G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Klaus Ehrler
Friedens- oder Provokationsstatus für Westberlin?

Friedhelm Boukloh
Bonns Rückkehr zum Kalten Krieg

Ralph Calamy
Organisierter Kapitalismus und Mitbestimmung

Höllich / Veit / Dohle / Sölle
„Politisches Nachtgebet" als Modell

Reinhard Opitz
Außerparlamentarische Bewegung und Parlament

Hubert Resch
Demoskopie und Politik

Einzelheft 3,– DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Abonnement für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,– DM

November 11 1968

XIII. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats Oktober 1968 1115

Kommentare und Berichte
Krupp im Schatten von „Prag" (Johannes Weidenheim) 1118
Westberlin: Provokation oder Frieden? (Klaus Ehrler) 1121
München im Licht der Geschichte (Daniil Melnikow, Moskau) 1125

Friedhelm Baukloh
Bonns Rückkehr zum Kalten Krieg. CSU als Gralshüter der Rüstungseskalation und Antreiber der CDU 1129

Ralph Calamy
Organisierter Kapitalismus und Mitbestimmung 1136

Dr. Egbert Höllich, Dr. Marie Veit, Michael Dohle, Dr. Dorothee Sölle
„Politisches Nachtgebet" als Modell 1147

Reinhard Opitz
Außerparlamentarische Bewegung und Parlament 1159

Hubert Resch
Zum Verhältnis von Demoskopie und Politik 1171

Dr. Jacques Otto Grézer
Zur Reform des Wahlrechts 1181

Jean-Louis Heym, Paris
Betrachtungen zur Mai-Bewegung in Frankreich 1189

Prof. D. Dr. Karl Kupisch
Das Schafott von Neapel. Bilanz einer christlichen Politologie 1196

Anmerkungen Zuschriften
Eine neue fortschrittliche Zeitschrift: „Kritische Justiz" (Hans Heinz Holz) 1202

Fernseh-Spalte
Sport und Mord (E. H. Wahl) 1204

Bücher
Werner Hofmann, Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jhdts.; Stalinismus und Antikommunismus; Universität, Ideologie, Gesellschaft (Klaus Fritzsche) 1205
Franz-Josef Strauß, Herausforderung und Antwort (Harold Rasch) 1209
Bücher über die DDR (IX) (Dr. Wolfgang Plat) 1210
Karl Schiller, Reden zur Wirtschaftspolitik (Margret Wirth) 1213
Ernst Forsthoff (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit; Theo Stammen (Hrsg.), Strukturwandel der modernen Regierung (Dr. Reinhold Kühnl) 1216
Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1218

Dokumente zum Zeitgeschehen
Denkschrift des NPD-Vorstandes an die Bundestagsfraktion der CDU 1221
Zum NS-Einfluß in Staat und Gesellschaft der BRD (Auszüge aus einer Personaldokumentation) 1223

Kommentare und Berichte

Krupp im Schatten von „Prag"

Für so manchen in der Bundesrepublik Deutschland ist seit dem 21. August 1968 die Versuchung groß, die kritische Betrachtung der politischen Lage und möglicher negativer Entwicklungen seines eigenen Landes in den Hintergrund zu rücken und sich mehr mit Prag als mit Bonn zu beschäftigen — als seien die Dinge an der Moldau für uns über Nacht wichtiger geworden als die Dinge am Rhein. Und noch ein zweites Phänomen ist in diesen Tagen zu beobachten: Es gibt bei uns Leute, rechts wie links, deren Engagement für das Inland den Umweg über das Ausland nimmt, abermals über die CSSR; sie schauen plötzlich durch tschechoslowakische Brillen. Fast könnte man meinen, das böhmische Drama, verbal verurteilt, werde vom Unterbewußtsein begrüßt — als willkommener Anlaß, sich um die eigene Misere, wenn auch nur für ein Weilchen, herumdrücken und, endlich wieder einmal, alle Schuld an allem den Russen in die Schuhe schieben zu können.

Verständlich ist das durchaus — zumal in einem Staat, über den sich der Mehltau demokratischer und geistiger Abwirtschaftung scheinbar unaufhaltsam niedersenkt, in dem die stillen Verwüstungen, die der mit allen Wassern gewaschene Spätkapitalismus mit all seiner hochgeputschten Potenz stündlich anrichtet, kaum noch registriert, geschweige denn empfunden und attakkiert werden, so daß es folglich geradezu auf der Hand zu liegen scheint, daß man in einem solchen Land dauernd und zunehmend Ausschau nach (vor allem inneren) Emigrationsmöglichkeiten hält: zum Beispiel in der Form — und das ist momentan besonders gefragt —, daß man die tschechoslowakischen Ereignisse für sich verinnerlicht und für Freiheit, Menschenwürde etcetera primär an einer Front einsteht, die schon deshalb weicher ist als die eigene, weil sie sich außerhalb der Landesgrenzen befindet.

Was will ich damit sagen? Es gehe uns nichts an, was in der CSSR passiert ist? Keinesfalls — wie viel es uns angeht, werden wir gewiß noch merken. Wir hätten kein Recht, die militärische Intervention der UdSSR, Polens, Ungarns, Bulgariens und der DDR in der CSSR zu kritisieren? Auch nicht — wir haben sogar die Pflicht, alle gedankliche Anstrengung aufzubieten und alle erreichbaren Materialien zusammenzutragen, um vielleicht doch dahinterzukommen, ob bei dieser drastischen Intervention in einem verbündeten Land Einsatz und Effekt auf längere Sicht nicht womöglich doch in einem Mißverhältnis zueinander stehen.

Aber was verständlich ist, braucht deshalb nicht auch richtig zu sein. Und es ist ohne Zweifel falsch, sogar gefährlich, sich jetzt mehr mit Prag als mit Bonn zu beschäftigen. So wenig originell es klingen mag — man muß den „Pragianern" bei uns in Erinnerung rufen: „Hic Rhodus, hic salta!" Hier, bei uns selbst, im Inland, da ist nach wie vor was „faul im Staate Dänemark". Unser Primärinteresse hat immer noch und heute mehr denn je den eigenen Verhältnissen zu gelten. Das hat damit zu beginnen, daß man sich die Kommunikation Prag-Bonn in genau umgekehrter Richtung klarmacht, als es zur Zeit bei uns häufig geschieht: Weniger die „Prager Krise" hat auf Bonn eingewirkt als vielmehr die „Bonner Krise" auf Prag, und zwar seit Jahren. Denn ist eine Krise, politisch wie moralisch, in irgendein östliches Land einwirken zu wollen, bevor reiner

Tisch gemacht worden ist. Einer Bundesregierung, die in aller Form das Münchener Abkommen als „von Anfang an für null und nichtig" erklärt hätte, wäre eine von Grund auf anders geartete, nämlich echte, auf Anständigkeit basierende Kompetenz zugewachsen, an den Prager Ereignissen (kritisch) Anteil zu nehmen. Und eine „neue deutsche Ostpolitik", die von der Grundlage der feierlichen Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges aus operiert hätte (statt von der Grundlage der, gelinde gesagt, Ignorierung dieser ehernen Ergebnisse aus), bräuchte sich nach dem 21. August nicht vorhalten zu lassen, sie (wenn auch vielleicht nicht sie allein) sei es gewesen, die so vielen Menschen in Böhmen, Mähren und der Slowakei durch die Blume den Floh einer „Liberalisierung" ins Ohr gesetzt hat.

Und es hat damit fortzufahren, daß wir uns durch nichts abbringen und ablenken lassen von der Ausleuchtung unserer eigenen Szenerie — die „nach Prag" nur umso mehr Aufmerksamkeit verdient. Denn wir sehen in der Bundesrepublik in diesen Tagen jene Kräfte doppelt emsig am Werk, die immer schon außenpolitische Abfuhren statt zur Selbstbesinnung dazu benutzt haben, die Wasser noch mehr zu trüben, um ungestörter darin fischen zu können. Wir sind bedroht, wir sind bedrohter denn je: das ist der Fanfarenstoß Herbst 68 dieser Kräfte — der gleichen, die einen Friedensvertrag für die Bundesrepublik bis jetzt blockiert und die längst fällige Legalisierung unserer Landesgrenzen verhindert haben. Resümee (dieser Kräfte): Wir müssen noch stärker werden, wir müssen weiter aufrüsten, wir brauchen jetzt unbedingt 88 Phantom-Jäger, das Stück zu 23 Millionen, wir müssen, so Willy Brandt nach seiner Lateinamerika-Reise, „unsere außenpolitischen Horizonte" erweitern, sprich: alle nur denkbaren Kontakte zu allen nur denkbaren regressiven Regimen in der Welt verstärken; wir müssen uns endlich an den Gedanken gewöhnen, daß unsere Verbündeten ersten Grades uns nicht helfen werden, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges irgendwie irgendwann doch noch zu revidieren — also gilt es, alle nur irgend in Frage kommenden Verbündeten zweiten Grades zu mobilisieren. Ja, Bonn ist „nach Prag" besonders aktiv geworden; nur leider abermals in der falschen Richtung.

Ostpolitik ist in der Tat unser Schicksal. Nur kann man sie weder in Washington noch in Montevideo oder in Madrid, man kann sie nur in Ostberlin, Moskau und Warschau machen. Eine Binsenwahrheit — von der man hierzulande zur Zeit allerdings weiter entfernt ist als je. Der Antikommunismus schäumt womöglich noch höher auf als zu Adenauers Zeiten, der bundesdeutsche Antisowjetismus übertrifft sich selbst. Bis in das Lager der Liberalen hinein zucken faschistische Atavismen durch die Glieder: Die Chefredakteurin der „Zeit" nannte die in Prag angewandten sowjetischen Methoden „asiatisch", ihr Stellvertreter die Sowjets in Prag einen „Shylock" — was beiden so rausgerutscht sein mag, doch muß daran erinnert werden, daß es von hier bis zur „Jud-Süß"- und „Untermensch"-Terminologie nur noch ein kleiner Schritt ist . . .

Verschiedene feine Leute werden diesen Schritt selber natürlich nie tun; und sie werden sich jederzeit von denen, die ihn tun, distanzieren. Wir registrieren eine Springflut von Regression, die „nach Prag" über unseren Staat geht; mag sich jeder selbst ausrechnen, ob und inwieweit er dazu beigetragen hat, jeder Rechte und jeder Linke. In das Bild paßt fatalerweise auch manches „Oppositionelle" — kein Zweifel: alle diese Kreise hatten, mehr oder weniger im stillen, fest damit gerechnet, daß im Ostblock für das Bonner Konzept doch irgendwas zu holen sei. Jetzt ist man, statt traurig zu sein, böse: natürlich nicht auf sich selbst, sondern auf die anderen.

Den, jedenfalls vorläufigen, I-Punkt auf die auffallende Versteifung, auf den Rückfall in unserem Staat in den zurückliegenden Wochen setzt meines Erachtens die durch die Presse gegangene Nachricht, daß der Krupp-Konzern sich mit der (inzwischen partiell offenbar schon verwirklichten) Absicht trage, in die Produktion von Rüstungsgütern für die Bundeswehr einzusteigen —, mehr noch die Bierruhe, mit der diese Nachricht von unserer Öffentlichkeit aufgenommen, verkraftet worden ist. Und ich wette, diese Gleichgültigkeit rührt viel weniger von dem Kalkül her, daß es im Effekt letzten Endes gleichgültig sei, welcher in- oder ausländische Konzern die Bundeswehr stark mache, als vielmehr von der unterschwelligen Empfindung: Warum auch nicht — warum soll Krupp, Deutschlands alte Waffenschmiede, nicht zu seiner besten Tradition zurückkehren? Daß Alfried Krupp nach seiner Entlassung aus dem Kriegsverbrechergefängnis (worin er, finde ich, mit mehr Recht eingesessen hat als z. B. ein Albert Speer) den Schwur getan hat: Nie wieder ..., ist ja ganz schön und vor allem edel, aber was haben wir nach dem verlorenen Krieg nicht alles versprochen ... Kinder, die Russen stehn im Böhmerwald, jetzt darf uns unser dummes Geschwätz von gestern nicht länger im Wege stehn, fort mit all den schönen Deklamationen aus der Zeit, als wir dachten, der Ami werde dem Ivan schon zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat — auf den Ami ist kein Verlaß mehr, wir müssen uns selber helfen: also her mit Krupp! Auf Krupp war immer schon Verlaß, schon unsere Großväter sind mit Krupp gut gefahren, und vor Krupp hat die Welt immer schon Respekt gehabt ... Wie sang Tucholsky in der Restauration Nr. 1 doch so schön: „Wir kehren langsam zur Natur zurück" — richtig, und wieso sollte ausgerechnet Krupp zu dieser „Natur" in der Restauration Nr. 2 plötzlich nicht mehr gehören?

Es scheint mehr als nur ein Gerücht zu sein, daß Krupp sich in Bonn um Staatsaufträge beworben hat oder bewerben will: um Rüstungsaufträge. Krupp — ein deutsches Wort, vor dem die Welt nur dann nicht länger zusammenzuzukken bereit ist, wenn ihr allen Erfahrungen zum Trotz das Gegenteil bewiesen wird. Jahrelang hat Krupp den Beweis für das Gegenteil versucht, ich glaube sogar, ziemlich ehrlich. Aber nun soll nach dem Willen der radikalen Kräfte im Bonner Machtkartell der Kalte Krieg zu neuem Leben erweckt werden. Entspannung war diesen Kräften immer schon suspekt gewesen — jetzt liefert „Prag" ein willkommenes Alibi, die Saiten wieder anzuziehen. Und Krupp ist nicht mehr das Individual-Unternehmen, dessen letzter Herr, eben der inzwischen verstorbene Alfried, jenes Nie-wieder-Gelöbnis getan hat; Krupps neues Organisations-Statut bietet dem Bonner Machtkartell Möglichkeiten genug, direkt oder indirekt Einfluß nun auch auf diesen Konzern auszuüben und ihn einzubeziehen in seine Strategie, und die ist nicht nur politischer, sie ist auch militärischer Natur.

Aber man sollte in Bonn nicht glauben, im Schatten von „Prag" könnten Gespenster nach Belieben wiederbelebt werden. Und „Krupp" in Verbindung mit „Staat" und „Macht", das ist ein Gespenst. Das ist bis in die Großvätergeneration jedes lebenden Engländers, Franzosen, Holländers, Russen zurück ein Symbolwort für jene gefürchtete „deutsche Dynamik", die unserem eigenen Volk schon unendlichen Schaden eingebracht hat. Und man kann sicher sein: „Krupp und westdeutsche Rüstung" — das wird zwar einer Handvoll Interessenten gewiß Nutzen, unserem Volk vor aller Welt aber wieder nur Schaden bringen.

Johannes Weidenheim

Westberlin: Provokation oder Frieden?

In einer Diskussion, die Mitte Oktober 1968 in einem der zwölf Westberliner Bezirksrathäuser zum Thema des umstrittenen Status der Stadt stattfand, fragte ein jüngerer Teilnehmer, ob nicht die politischen Umstände dieser Diskussion — Usurpation eines „gewachsenen" Bundesland-Status für Westberlin, NPD-Verbotsantrag und anschließende „zuvorkommende" Selbstauflösung in der Stadt, Vorbereitung des für Anfang November vorgesehenen Bundesparteitages der CDU, Arbeitswoche der Bundestagsausschüsse, Planung der Bundespräsidentenwahl für Frühjahr 1969 in Westberlin, statusverletzende Inanspruchnahme behördlicher „Amtshilfe" zur Rückführung von Bundeswehrdienstverweigerern aus Westberlin in den Geltungsbereich der Bundesgesetze —, ob also nicht all diese und noch manch andere hochpolitische Umstände ein alarmierendes Zeichen dafür seien, daß das Vermächtnis der deutschen Widerstandsbewegungen gegen Hitler, darunter auch der vom 20. Juli 1944, nämlich zu einem definitiven und gerechten Frieden der Deutschen mit allen ihren Nachbarn zu gelangen, noch immer nicht erfüllt sei. Müsse nicht die vielleicht schon etwas verspätet geführte Debatte über Sinn und Aktualität der UNO-Feindstaatenklauseln (Art. 53 und 107 UN-Charta) als ernster Vorwurf an die bundesdeutsche Adresse aufgefaßt werden, deren Inhaber offenbar noch immer nicht bereit seien, den Zweiten Weltkrieg auf ehrliche und insbesondere den Opfern gegenüber gerechte Weise verloren zu geben und vom einzig real möglichen Ausgangspunkt aus, nämlich dem bestehenden territorialen und sozialsystemaren Status quo, eine neue Politik zu beginnen. Ob nicht die politisch wie völkerrechtlich relevante Kontinuität dieser uneinsichtigen und dazu noch mit einem Alleinvertretungsanspruch für alle Deutschen verbundenen Praxis Anlaß genug sei, wenigstens für das durch sie in seiner Lebenserwartung und Lebensfähigkeit besonders gefährdete Westberlin diesen schon vor 25 Jahren angestrebten friedlichen Neuanfang unwiderruflich und verantwortungsvoll zu wagen und verheißungsvoll zu realisieren.

Abgesehen von den verschiedenen und differenzierten Antworten, die auf diese brisanten und komplizierten Fragen gegeben wurden und zu geben wären, sind schon Tatsache und Zeitpunkt ihrer häufigen und oft intensiven Behandlung durch jüngere, besonders politisch engagierte Westberliner bemerkenswert. Das geduldige Warten auf den Durchbruch der politischen Vernunft in Bonn wird als allzu kostspielig empfunden, ein eigener Beitrag zur Wendung und Besserung der Verhältnisse als dringend und notwendig erkannt. Gewiß darf die Wirkung eigener Westberliner Initiativen auf den Lauf der Dinge nicht überschätzt werden; aber das ausschließliche Abwarten auswärtiger Initiativen und Hilfemaßnahmen, seien sie nun politischer oder wirtschaftlicher Art, seien nun die Großmächte, besonders die USA, oder Neutrale in aller Welt ihre Urheber, hat sich letztlich als vergeblich erwiesen: so groß das Interesse, ja sogar Anteilnahme und Hilfsbereitschaft zugunsten echter Lebensfähigkeit Westberlins weithin sind, so beschränkt ist doch ihre Wirksamkeit durch die allzu große Rücksichtnahme auf den Anspruch der Bundesregierung auf Westberlin als ein faktisches Bundesland. Da aber niemand aus Freundschaft zu den Westberlinern und aus Rücksicht auf ihre nicht sofort und leicht verständlichen wirklichen Lebensinteressen sein eigenes Verhältnis zur Bonner Bundesregierung belasten möchte, kommt es nicht von allein zu jenem entscheidenden Bewußtseinsdurchbruch, der zu einer so dringend notwendigen Neuorientierung aller auf friedliche Lösun-

gen drängenden politischen Kräfte erforderlich wäre. Wer aber soll anders die entscheidenden Initiativen konzipieren und realisieren als die progressiven und friedenspolitisch engagierten Westberliner selber? Sie sind es, die die Umfunktionierung des gegenwärtig in so gefährlicher Weise strapazierten Provokations-Status ihrer Stadt zu einem echten und in jeder Richtung zumutbaren Friedens-Status wenigstens einleitend in die Hand zu nehmen haben. Ihr Beispiel wird zur Information und Polarisierung vieler hilfsbereiter Kräfte in aller Welt wesentlich beitragen.

Klärende Diskussionen sind in vollem Gange, auch schon weit über den Rahmen der Arbeit der außerparlamentarischen Opposition Westberlins hinaus. Nicht nur das im Sommer 1968 vom ehemaligen Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz gegründete Berliner Bürgerkomitee, auch realistisch denkende Mitglieder und Funktionäre der FDP und SPD Westberlins setzen sich für einen Friedens-Status der Stadt ein. So schrieb der Senatsexperte für Wasserwirtschaft, Dr. Kurt Schwerdtfeger, in der SPD-Wochenzeitschrift „Berliner Stimme" vom 19. Oktober 1968: „Für Berlins Zukunft sind ... nur drei Lösungen diskutabel: die Eingliederung als zwölftes Bundesland, was einer Kriegserklärung nahekäme ..., die Beibehaltung des einer Belagerung gleichenden Status quo mit seinen ständigen Ärgernissen und drittens die ... Lösung einer Freien Stadt, die nüchtern und pragmatisch auf Vor- und Nachteile hin geprüft werden sollte ... Da ... politische Stippvisiten die Lage der seit Jahrzehnten geschundenen Berliner nicht zu bessern pflegen, sollte man den Gedanken an eine Freie Stadt dann aufgreifen, wenn die DDR bereit ist, ihn auf eine Sieben-Staaten-Vertragsbasis zu stellen, der neben den vier Großmächten die beiden deutschen Republiken und West-Berlin angehören. Oberflächliche Gegner dieses Vorschlages werden schaudernd auf das Beispiel Danzig verweisen, sie mögen jedoch nicht vergessen, daß es unsere Väter waren, die diese Eigenstaatlichkeit kurzerhand durch Angliederung an das Reich — nicht ungestraft — beseitigt haben ..." Der Bundesvorsitzende der Jungdemokraten, Wolfgang Lüder, erklärte auf der 2. Plenumssitzung des Berliner Bürgerkomitees am 2. 11. 1968: „... Ich sehe als zentrale Aussage ... an, ... daß ... diese Stadt nur überleben kann, wenn es gelingt, Mitteleuropa politisch zu konsolidieren; jene These (vom Juli 1968), in der dazu als Voraussetzung die Anerkennung des jetzigen Zustandes gefordert wird ... Alle zukunftsfähigen Pläne ... (für Westberlin) können erst dann realisiert werden, wenn Realitäten als solche gesehen werden ... Dann erst haben wir die Chance, unsere Chance zu verwirklichen ..." Zu den Schwierigkeiten, denen die friedenspolitisch orientierten Kräfte und Kreise in den Bereichen von Arbeitswelt, Parteien, Gesellschaft und Kirche bei ihrem Bemühen um ein neues, hoffnungsvolles Selbstverständnis Westberlins ausgesetzt sind, sagte Heinrich Albertz in derselben Plenumssitzung des Berliner Bürgerkomitees: „... Wir gehen in dieser Stadt immer sichtbarer in die entscheidende Bewährungsprobe. Wir suchen Frieden. Frieden kann nur sein, wenn er im eigenen Hause beginnt. Ein Teil unserer Mitbürger ist damit beschäftigt, sich gegenseitig umzubringen. Ich fürchte, wir werden manchen noch brauchen, der heute in die Isolierung und Verbitterung getrieben wird. Sie zu durchbrechen, setzt Großzügigkeit, Offenheit, Unabhängigkeit voraus ... Das fordert jeden zum Engagement und zu Zivilcourage, zum Bürgersein."

Der Zeitpunkt der 2. Plenumstagung des Westberliner Bürgerkomitees war nicht zufällig auf zwei Tage vor dem Beginn des in die Westberliner Kongreßhalle einberufenen 16. Bundesparteitages der CDU festgelegt worden, galt es doch, dem Senat der Stadt und seiner allzu willfährigen Haltung

gegenüber der CDU ein unüberhörbares Warnsignal zu setzen. Anstatt aus der provozierenden Haltung der bundesdeutschen und Westberliner CDU Konsequenzen im Interesse der Stadt zu ziehen, versucht der Regierende Bürgermeister Schütz in Übereinstimmung mit der regierenden SPD, den CDU-Wünschen möglichst weit entgegenzukommen. Die Quittung, die die CDU ihm dafür erteilt, liest sich so: „Politik kann nicht der Ethik der Bergpredigt folgen. Die ist eine Individualethik für Heilige geblieben ... Der Senat, der die Alliierten bittet, die NPD zu verbieten, ... hat nicht gewartet, bis das (Bonner) Innenministerium ihm die Arbeit abnahm. Indem Schütz mehrfach für die Verbotsbitte die Sorge um die äußere Sicherheit Berlins und unser Ansehen in der Welt anführte, hat er wissend und wollend das Grundgesetz (der BRD) für Berlin beiseitegeschoben ... Der Verweis des Herrn Schütz auf die Ansichten der anderen ... ist peinlich primitiv ... Das ist eine typische Variante der Fremdherrschaft bezüglich innerer Angelegenheiten ... Bei uns zerstört nicht eine unbedeutende NPD den Wesenskern der Demokratie, sondern der Senat will uns zu einer nach rechts geschlossenen Gesellschaft machen ..." (Heinrich Lummer, CDU-MdA in: „berliner politik" 11/1968, S. 3). Mit solch forschen Tönen wird dem Senat auch noch ein schlechtes Gewissen für die leider nur spärlichen Ansätze seiner Politik zu einer etwas realistischeren Einschätzung der Lage der Stadt eingeflößt. Es gab kein Senatswort des Bedenkens oder gar des Protestes gegen die parteipolitisch durch den 16. Parteitag manifestierte Ausdehnung der Bundespolitik auf das Sonderstatus-Gebiet von Westberlin, es ist im Gegenteil sogar ein feierlicher Senatsempfang für den CDU-Parteitag im Schloß Charlottenburg vorgesehen, d. h. ein so weitgehender Akt protokollarischer wie inhaltlich-politischer Identifikation, daß fast alle Zweifel an der Amtsfähigkeit des Senats hinsichtlich seiner Hauptaufgabe der Sicherung der Lebensfähigkeit Westberlins wieder Auftrieb gewinnen müssen. Die gleichzeitigen Erwartungen des Regierenden Bürgermeisters, „wer in Ostberlin für Passierscheine zuständig ist, soll sich melden", sind angesichts dieser politischen Umstände geradezu als schlechter Witz zu werten. Wer den von Schütz in Anspruch genommenen „gewachsenen" Bundesland-Status Westberlins *) als Grundlage der Senatspolitik ansieht, wird doch unter normalen logischen Verhältnissen nicht erwarten können, daß die Regierung der DDR diesen von ihr oft und deutlich abgelehnten Standpunkt und die auf ihn orientierte politische Senatspraxis mit einem Entgegenkommen in der Passierscheinfrage honoriert. Am 8. Oktober 1968 erklärte der Verhandlungsbeauftragte der DDR-Regierung für die Passierscheinverhandlungen mit dem Westberliner Senat, Staatssekretär Dr. Michael Kohl, dazu: „... Entsprechend der Mißachtung des Völkerrechts, die der Bonner Regierungspolitik immanent ist und von der Leugnung der Verbindlichkeit des Potsdamer Abkommens bis zu dem Versuch der Ersetzung der UN-Charta durch den NATO-Militärpakt reicht, tritt ... Herr Gerstenmaier Recht und Gesetz mit Füßen. Ohne jeden Skrupel erklärte er das unrechtmäßige Amtieren westdeutscher Bundestagsausschüsse in Westberlin zu ‚Recht', kündigte für Ende Oktober auf einer ‚Bundestagsarbeitswoche' in Westberlin die Beratung einer verstärkten ‚Präsenz' von Bonner Regierungsgremien in Westberlin an und forderte sogar, im nächsten Jahr den Bonner Bundespräsidenten in Westberlin wählen zu lassen. Damit nicht genug, bezeichnete Gerstenmaier ein auf Westberlin bezogenes Verbot der neonazistischen NPD als ‚völlig unmöglich' ... Westberlin und seine Bür-

*) In der Neufassung des Entwurfs zum „Aktionsprogramm" der CDU heißt es dazu: „... Wir weisen jeden Versuch zurück, die in zwei Jahrzehnten gewachsene politische und wirtschaftliche Verbindung Westberlins mit der Bundesrepublik Deutschland zu schwächen ..." (Abschnitt B, I, 5).

ger brauchen Ruhe und Sicherheit. Die DDR, die UdSSR und andere sozialistische Staaten betreiben eine Politik, die diesem Anliegen vollauf entspricht. Sie können aber gerade deshalb die Eskalation der Bonner Annexionspolitik gegenüber Westberlin und den verstärkten Mißbrauch Westberlins ... nicht hinnehmen. Im übrigen kann niemand den Westberliner Bürgern die eigene Verantwortung für eine friedliche und demokratische Entwicklung Westberlins abnehmen ..." („Neues Deutschland", 8. 10. 1968, S. 2). Die häufigen Beteuerungen der Westberliner CDU, noch 1955 habe doch die DDR die Anwesenheit des Bundestages in Westberlin begrüßt, lassen geflissentlich unerwähnt, daß damals noch Hoffnungen bestanden, den Weg der militärischen Blockbindungen der deutschen Staaten zu vermeiden. Die Ablehnung jeglicher Neutralitätspolitik eben besonders und maßgeblich durch die CDU hat danach den Ausschlag dafür gegeben, daß gesamtdeutsche Beratungen zwischen Bundestag und DDR-Volkskammer in Berlin nicht zustandekamen. Jede weitere Anwesenheit von Bundesorganen in Westberlin mußte dann von den Staaten des Warschauer Paktes als annexionistisch-revisionistische Drohung aufgefaßt werden, zumal im Zuge der „neuen Ostpolitik" der Großen Koalition die Hallstein-Doktrin noch diskriminierender formuliert wurde, weil es nach ihr Bonn vorbehalten bleiben sollte zu entscheiden, welchen Regierungen in der Welt gleichzeitige Beziehungen zu beiden deutschen Staaten erlaubt werden sollten. Solange die Bundesregierung nicht von der Politik der Alleinvertretung und der Hallstein-Doktrin abgeht, wird sich an dieser kontroversen Situation nichts ändern können, und so lange muß eine dem Frieden und der Lebensfähigkeit Westberlins verpflichtete Politik eigenständige Ansätze zur Verwirklichung des seit mindestens 25 Jahren auf der Tagesordnung stehenden Programms allseitigen definitiven Friedensschlusses unternehmen. Der DDR wird es durch die Hallstein-Politik verwehrt, formellen Frieden mit den westlichen Kriegsgegnern des früheren Deutschen Reiches zu schließen; dem Sonderstatus-Gebiet Westberlin ist es durch den praktizierten Bundesland-Anspruch Bonns unmöglich, eine seinen Interessen entsprechende Politik allseitiger guter Friedens- und Nachbarschaftsbeziehungen zu beginnen und zu pflegen; der europäischen Sicherheitsordnung sind damit erhebliche Hindernisse in den Weg gelegt.

Selten wurde diese Spannungssituation so deutlich demonstriert wie in den Monaten Oktober und November 1968; nie aber waren die alternativ-politischen Warnungen und Neuerungsprogramme so stark in der Diskussion wie zu dieser Zeit. Nicht nur die außerparlamentarische Opposition, deren Schriften „Friede mit der DDR" („Voltaire-Flugschrift" 22) und „Frieden für Westberlin" („Argumente zur Zeit" 57, Pahl-Rugenstein Verlag Köln) seit einigen Monaten als Material- und Argumentationsbasis dienen, auch die christliche und liberale, sogar die sozialdemokratische „linke Mitte" findet die Lage so akut, daß ein weiteres Warten auf die Verwirklichung des notwendigen, weil Not wendenden Friedens-Status von Westberlin als zu gefährlich erscheint. Mit der Überwindung des Provokations-Status der Stadt muß endlich die allzu lange friedlose Vergangenheit wenigstens zunächst auch in diesem Teil unseres Vaterlandes bewältigt werden. Frieden für Westberlin!

Klaus Ehrler

München im Licht der Geschichte

Westliche Historiker stellen die Sache immer noch so hin, als sei das Münchener Komplott von 1938, nach dem das Sudetengebiet von der Tschechoslowakei losgetrennt wurde, eine legitime Abmachung gewesen, eine Art Kompromiß auf völkerrechtlicher Grundlage zwischen vier europäischen Großmächten: England, Frankreich, Deutschland und Italien. Diesem Mythos zufolge betätigte sich Mussolini als Vermittler zur Erzielung des besagten Kompromisses.

In Wirklichkeit war das Münchener Abkommen ein ausgesprochenes Komplott von zwei Hauptakteuren: Hitler und Chamberlain. Daß Mussolini den Vermittler gespielt haben soll, ist ein Märchen. Mussolinis Vorschlag, in München eine Viermächtekonferenz abzuhalten, kam erst nach dem Telegrammaustausch zwischen Hitler und dem britischen Premierminister, in dem die Entscheidung über die Konferenz bereits gefallen war. Am 27. September 1938 telegraphierte Hitler Chamberlain, er schlage Verhandlungen zur „Präzisierung" der Abmachung vor, die die beiden fünf Tage zuvor in Bad Godesberg getroffen hatten, der Abmachung nämlich über die Angliederung des Sudetengebiets an das Nazireich. Am folgenden Tag antwortete der britische Premier, er sei bereit, nach Deutschland zu kommen und darüber zu verhandeln, die Abmachung von Bad Godesberg auf vierseitiger Grundlage, d. h. unter Beteiligung Frankreichs und Italiens, endgültig unter Dach und Fach zu bringen. Mussolinis „Vermittlungsplan", der der Konferenz als Verhandlungsgrundlage vorgelegt wurde, war in Berlin ausgearbeitet worden. Aus den Erinnerungen Dr. Paul Schmidts, des persönlichen Übersetzers Hitlers, geht hervor, daß der „Mussolini-Plan" auf Weisung Hitlers in den späten Abendstunden des 28. September 1938 von Göring, Neurath und Weizsäcker abgefaßt wurde, worauf Schmidt ihn ins Französische übersetzte und ihn dem italienischen Botschafter in Berlin, Attolico, übergab. Dieser sprach den französischen Text nach Rom durch, und wenige Minuten bevor Mussolini den Sonderzug nach München bestieg, wurde ihm der Text „seines" Planes ausgehändigt . . .

Also kein internationales Abkommen, sondern ein Komplott. Für die Geschichte hat es beträchtliche Bedeutung, diese beiden Begriffe auseinander zu halten. Die Münchener Konferenz übte keinerlei „Arbeitsfunktionen" aus. Sie brachte nur die zuvor erzielte Geheimabmachung in offizielle Form. Die Akteure des Dramas hielten es nicht einmal für nötig, das Dekor zu wahren. Die tschechischen Vertreter, die man am 30. September spätnachts in den Sitzungssaal zitiert hatte, um sie über die Abmachung zu informieren, berichteten nach Prag: „Chamberlain gähnte ununterbrochen und ohne jedes Anzeichen von Verlegenheit . . . Herr Daladier, der offensichtlich verlegen war, antwortete gar nicht . . . Herr Leger" (der Generalsekretär des französischen Außenministeriums) „sagte, die vier Staatsmänner hätten nicht viel Zeit. Er fügte ausdrücklich hinzu, daß sie keinerlei Antwort von uns erwarten und den Plan als angenommen betrachten . . ."

In diesen nicht nur für das tschechoslowakische Volk, sondern auch für ganz Europa tragischen Tagen machte auch die Regierung Eduard Beneschs keine besonders gute Figur. Zweimal gab die tschechoslowakische Regierung die Mobilmachung bekannt, und beide Male blies sie sie wieder ab. Dabei wäre ein Widerstand der Tschechoslowakei trotz der Behauptungen ihrer angeblichen Freunde nicht aussichtlos gewesen. Die Sowjetregierung hatte ja auf die mehrmaligen Anfragen der tschechoslowakischen Regierung über die Haltung der Sowjetunion in dieser Situation stets geantwortet, sie sei unter beliebigen Bedingungen bereit, ihrer Bündnispflicht nachzukommen.

Beträchtliche Bedeutung hatte Beneschs persönlicher Appell an die Sowjetregierung vom 19. September. In seiner Botschaft stellte er folgende Fragen. „1) Würde die UdSSR der Tschechoslowakei vertragsgemäß unverzügliche und wirksame Hilfe leisten, wenn Frankreich vertragstreu sein und ihr gleichfalls helfen würde? 2) Würde die Sowjetunion der Tschechoslowakei als Mitglied des Völkerbundes auf Grund der Artikel 16 und 17 über militärische Sanktionen gegen einen Aggressor Hilfe leisten?"

Die Sowjetregierung beantwortete beide Fragen bejahend. Mehr noch: Durch den Führer der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Klement Gottwald, wurde Präsident Benesch mitgeteilt, daß die Sowjetunion bereit sei, auch ohne Frankreich militärische Hilfe zu leisten, wenn die tschechoslowakische Regierung das wünschen sollte. Die Sowjetunion war also bereit zu helfen, selbst wenn Frankreich es ablehnen sollte, für die Tschechoslowakei einzutreten. Dies natürlich unter der Bedingung, daß die Tschechoslowakei sich verteidigen und daß sie um Hilfe ersuchen werde. Diese Tatsache gab Benesch 1939 selber in einem Gespräch mit der Tochter Thomas Manns zu.

Die Sowjetunion beschränkte sich nicht auf Worte, sondern schob 30 Schützendivisionen, 10 Kavalleriedivisionen, 1 Panzerkorps, 3 Panzerbrigaden an ihre Westgrenze vor. Weitere 30 Schützen- und 6 Kavalleriedivisionen sowie andere Verbände und Einheiten wurden in Bereitschaft versetzt. Aber die Regierung Benesch-Hodza ließ den Hilferuf an die Sowjetunion nie ergehen.

Den am 29. September 1938 ausgestellten Wechsel mußte die Tschechoslowakei am 15. März 1939 restlos einlösen. An diesem Tag unterzeichneten die Machthaber des aufgeteilten tschechoslowakischen Staates, die Marionetten Hacha und Chvalkovsky, das Dokument, das Böhmen und Mähren endgültig zu einem von den Nazis versklavten Land machte. —

Wußten die führenden Staatsmänner des Westens, welches Risiko sie eingingen, als sie das Münchener Abkommen unterschrieben? Unter vier Augen sprachen sie ganz eindeutig von Hitlers Aggressionszielen, vor der Öffentlichkeit aber wurde die Sache anders hingestellt. Einer der eifrigsten englischen „Münchener", Samuel Hoare, schrieb nach dem Krieg in seinen Memoiren: „Es wäre falsch, zu behaupten, unsere militärische Schwäche sei die Hauptursache des Münchener Abkommens gewesen."

Das Märchen von der militärischen Schwäche der Westmächte diente lediglich zur Beschönigung der perfiden politischen Ziele von München. In Wirklichkeit waren die Armeen von allein zwei der verbündeten Länder — Frankreichs und der Tschechoslowakei — doppelt so stark wie die Naziwehrmacht jener Zeit. Dabei war diesen Ländern noch die Unterstützung der Sowjetunion und vieler anderer Staaten sicher.

Selbst in Hitlers Generalstab hielt man eine Niederlage Deutschlands für unausbleiblich, wenn Frankreich und England fest bleiben würden. Mehr noch: Hitlergenerale ließen das die britische Regierung eindeutig wissen. Das englische Kabinett kannte nicht nur die Absichten Hitlers, sondern auch dessen militärische Möglichkeiten.

Davies, der USA-Botschafter in Moskau, schrieb dem Sekretär Präsident Roosevelts: „Rußland kann beim Schutz des Weltfriedens eine wesentliche Rolle spielen. Man gewinnt jedoch den Eindruck, daß die demokratischen Länder die Faschisten mit Vorbedacht bei ihren Anstrengungen unterstützen, diese Großmacht vollständig von der Umwelt zu isolieren, besonders von Frankreich und England. Das ist traurig, aber wahr."

Darum ist es falsch, die Münchener Politik der Westmächte als eine Politik zur „Befriedung" Hitlers zu bezeichnen. Sie war eine Politik zur Aktivierung des Naziführers. Es handelte sich um ein bewußt eingegangenes Komplott, bei dem das Territorium und die Bevölkerung einer der kulturell am höchsten stehenden europäischen Nationen als Wechselgeld benutzt wurden. Die Verhandlungspartner wußten sehr wohl, auf wessen Kosten das Geschäft abgewickelt werden sollte. Die imperialistischen Mächte glaubten, durch Entfachung der Feindschaft gegenüber der Sowjetunion und die Anstiftung einer Aggression gegen sie ihre eigenen Gegensätze überwinden zu können. Damals erkannten weder Chamberlain noch Daladier, daß diese Politik der Ränke und des Verrats zur Politik des Zusammenbruchs des europäischen Friedens, zur Politik der nationalen Katastrophe der westlichen Länder werden würde.

Die Geschichte folgte einer ganz anderen Logik als der von Paris und London. München hatte genau das Gegenteil von dem zur Folge, was man im Westen erwartet hatte. Die Westmächte beabsichtigten z. B., Deutschland und die Sowjetunion in einen Konflikt zu hetzen, bei dem sie selbst der lachende Dritte wären. In Wirklichkeit wurden diese Staaten selbst zu den ersten Opfern der faschistischen Aggression. Der Krieg schmiedete das Bündnis, das die Machthaber der westlichen Länder mehr gefürchtet hatten als ihren eigenen Untergang: das Bündnis zwischen der Sowjetunion und den Völkern der USA, Englands, Frankreichs und anderer kapitalistischer Staaten, die dem faschistischen Überfall zum Opfer gefallen waren.

Johannes Weidenheim

schrieb den Roman unserer Generation

Mensch, was für eine Zeit oder Eine Laus im deutschen Pelz

445 Seiten · Ganzleinen DM 24,—

Hier sagt es auch die kleinste Episode: So war das damals — Mensch, und was für eine Zeit
Bayerischer Rundfunk

Weidenheim erzählt mit zarter Lässigkeit, süddeutscher Sprachmelodie, üppigem Wortschatz — mit knapper Ironie und einer Sachlichkeit, die weder Sentimentalität noch Überschwang duldet.
Welt der Literatur

Durch alle Buchhandlungen zu beziehen.
Verlangen Sie auch Verzeichnisse über unsere weiteren Verlagswerke.

List Verlag · München 15 · Goethestraße 43

Die Westmächte wollten die Sowjetunion entkräften, indem sie Hitler zur Expansion nach dem Osten hin aufputschten. In Wirklichkeit ging die Sowjetunion, obwohl sie die Hauptlast des Krieges gegen Nazideutschland zu tragen hatte, noch stärker und geschlossener aus dem Krieg hervor. Schließlich führte der in München eingeschlagene Weg zum Untergang des faschistischen Reichs und des „Führers" selber.

*

Bereits während des Krieges distanzierten sich diejenigen Partner des Münchener Abkommens, die von den Faschisten überfallen worden waren, offiziell von dieser Abmachung. Im Jahre 1942 erklärte die britische Regierung, sie betrachte das Münchener Abkommen als ungültig. Im Jahre 1944 gab die französische Regierung das gleiche bekannt. Die Regierung Italiens, die nach Mussolinis Sturz gebildet wurde, distanzierte sich sofort vom Münchener Abkommen. Der Standpunkt der britischen Regierung wurde im April 1965 während eines Besuchs des britischen Außenministers Stewart in Prag bekräftigt. Er erklärte, das Abkommen sei nicht rechtsgültig und auf seiner Grundlage könnten keinerlei Ansprüche auf tschechoslowakisches Gebiet oder auf eine Änderung der tschechoslowakischen Grenzen erhoben werden.

Das alles bedeutet jedoch keineswegs, daß die Verfechter von München die Waffen gestreckt hätten. „Münchener" gibt es in allen westlichen Ländern, aber besonders rührig sind sie in der Bundesrepublik Deutschland. Dort besteht ein Zentrum des antitschechoslowakischen Revanchismus, das von der Bundesregierung unterstützt wird. Die Hauptorganisationen, die gegen die Tschechoslowakei hetzen, haben übrigens ihren Sitz gleichfalls in München. Dort amtiert der Vorstand jener Sudetendeutschen Landsmannschaft, die die Führung der revanchistischen Kräfte übernommen hat, welche nach der Abtrennung des Sudetengebiets von der Tschechoslowakei streben.

Die antitschechoslowakischen Organisationen in der Bundesrepublik operieren vor allem mit der These, das Münchener Abkommen sei in Übereinstimmung mit den völkerrechtlichen Normen abgeschlossen und daher auch heute rechtsgültig. Diese extrem revanchistischen Elemente stützen sich auf die Rechtswissenschaftler Rabl, Korkisch, Böhmert und einige andere. Der erste von ihnen erklärte in einem 1958 in München herausgegebenen Buch, die Angliederung des Sudetengebiets an Deutschland sei nur eine auf dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker fußende „Berichtigung" des Vertrags von Versailles. An der Annexion der Tschechoslowakei durch die Nazis sei die Politik der Tschechoslowakei schuld gewesen.

Etwas elastischer argumentieren Juristen, die der Bonner Regierung nahestehen. Von Prof. Michael Freund stammt die „Kompromißformel", das Münchener Abkommen sei vom völkerrechtlichen Standpunkt zwar makellos gewesen, doch habe Hitler es 1939 selbst durch seinen Einmarsch in die Tschechoslowakei gebrochen. Diese Version wurde von der Bonner Regierung übernommen und von Bundeskanzler Erhard während seines USA-Besuchs im Juni 1964 in den Rang einer offiziellen Doktrin erhoben. Auf Grund dieser Doktrin weigert sich auch die heutige Bundesregierung, das Münchener Abkommen als „von Anfang an" für null und nichtig zu betrachten, obwohl sie beteuert, sie beabsichtige nicht, Gebietsansprüche an die Tschechoslowakei zu erheben.

Die Münchener Konferenz unseligen Angedenkens fand im „Führerbau" am Königsplatz statt. Das Ende dieser Geschichte spielte im Nürnberger Justizpalast, wo das Internationale Militärtribunal die Hauptkriegsverbrecher verurteilte ...

Daniil Melnikow, Moskau

Friedhelm Baukloh

Bonns Rückkehr zum Kalten Krieg

CSU als Gralshüter der Rüstungseskalation und Antreiber der CDU

Eine außerordentliche CSU-Landesversammlung wird nach einem Beschluß des Parteivorstandes am 13. und 14. Dezember in München stattfinden. Dabei soll die inzwischen vom Vorstand gebilligte neue Satzung den Delegierten zur Entscheidung vorgelegt werden. Gemäß dieser Satzung wird sich die Landesversammlung dann erstmals in der Geschichte der CSU „Parteitag" nennen. Die Verselbständigung der bayerischen Schwesterpartei der CDU soll somit noch vor Beginn des Wahljahres 1969 formell vollzogen werden. Die CSU will mit voller Handlungsfreiheit in die Entscheidungen des kommenden Jahres gehen. Der Entwurf einer neuen CSU-Satzung ist ohnehin eine Antwort auf das Berliner Aktionsprogramm der CDU. Einer der Mitautoren des Programms aus dem Brains Trust von CSU-Chef Franz Josef Strauß, der politische Redakteur des Bayerischen Rundfunks Josef Othmar Zöller, hat es bereits deutlich ausgesprochen [1]: Die „Idealpolitik" der CDU wurde konkretisiert durch die „Realpolitik" der CSU. Wo die CDU (aus Rücksicht auf den Koalitionspartner SPD, mit dem man, nach Kiesinger, nicht nur 1969, sondern auch 1973 die Große Koalition zu erneuern gedenkt), sich verbindlicher in der Formulierung und vager in der Zielansprache gibt, da soll die CSU genau sagen, worum es beiden Unionsparteien geht. Die CSU soll die nationalistische Komponente — als Partei eigener Prägung — so scharf herausstellen, weil es sich die „Volkspartei" CDU nicht leisten kann. Die CSU soll also die effektivere und dem Ausland weniger verdächtige rechtsextreme Partei werden. Man will sich, innerhalb der Union, gleichsam seine „eigene NPD" schaffen. (Was Absprachen mit der NPD nicht zu hindern braucht, wie sie auf kommunaler Ebene in Bayern die CSU und in Niedersachsen die CDU bereits getroffen hat.) Auch der Arbeitgeberverband und der Bundesverband der Industrie haben in letzter Zeit Interesse gezeigt, direkt (statt, wie unter Adenauer und Erhard, mehr indirekt durch Lobby und Spenden) in die Politik einzugreifen. Beide haben zwar die NPD gegen Angriffe in Schutz genommen, zum Beispiel in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber" durch deren Chefredakteur, aber ihre sichtbaren Eigeninitiativen doch vornehmlich in CSU und CDU entfaltet. Das Hineinregieren in die CDU durch den „Wirtschaftsrat e. V.", eine eindeutige politische Kampforganisation der Unternehmer, ist in der letzten Zeit durch die Arbeitnehmergruppe in den Sozialausschüssen der CDU der Öffentlichkeit stärker bewußt gemacht worden, wobei die, vorwiegend katholischen, Arbeitnehmer in der CDU als Betroffene vom „Klassenkampf von oben" sprechen. In der CSU gibt es keine Arbeitnehmerorganisation — insofern auch keine Debatte über Mitbestimmung der Arbeitnehmer —, sondern allein, wie jede Nummer des parteioffiziellen „Bayernkurier" beweist, das absolute Diktat der Arbeitgeber, die durch Top-Manager wie den BdA-Präsidenten Prof. Balke und den Flick-Manager Pohle maßgeblich persönlich in der CSU-Landesgruppe des Deutschen Bundestags vertreten sind.

[1] J. O. Zöller, Neue Töne aus Bayerns CSU, in „Christ und Welt", Stuttgart, 11. 10. 1968.

Von den Sozialausschüssen wird überdies behauptet, daß die hundertprozentig auf das Unternehmerinteresse ausgerichtete Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der CSU gleichsam das Signal setze für die aus Taktik etwas gemächlicher nachziehende CDU. Bei dem Zusammenspiel von Arbeitgeberverband, CSU, Wirtschaftsrat und CDU-Fraktionsführung (in dieser Reihenfolge bei der Durchpeitschung der Maßnahmen zum Aufbau der formierten Leistungsgesellschaft) sind freilich die Sozialausschüsse der CDU mit ihren Abgeordneten im Bundestag und mit ihren Meinungsäußerungen in der CDU zu einer Minderheit geworden, auf die von der Parteiführung kaum noch Rücksicht genommen wird. Die Sozialausschüsse werden von der CDU-Führung nicht mehr mitgezählt, da man sich gegen parlamentarische Initiativen dieser Gruppe im Bundestag der reaktionären Abwehrfront von CDU- und SPD-Establishment einstweilen sicher weiß. Auch, und nicht zuletzt, bei der planmäßigen Verschleppung der Mitbestimmung, von der im „Bayernkurier" die CSU behauptet, die SPD-Führer Brandt, Wehner und Helmut Schmidt hätten im „Kreßbronner Kreis" (dem Koalitionsausschuß der CSU-, CDU- und SPD-Führung) zugestimmt, daß diese Frage nicht in der derzeitigen Legislaturperiode entschieden werde. Die angesprochenen SPD-Führer haben zu dieser Behauptung bisher geschwiegen, die im Hausblatt von F.-J. Strauß aufgestellt wurde [2]).

Daß die CSU sich als Partei auch äußerlich vollkommen verselbständigt, entspricht nur einer Wirklichkeit, die längst greifbar ist. Die CSU ist nicht mehr ein Anhängsel der CDU. Sie ist ihr Vorreiter. Bei allem, was man gegen ein Nachrichtenmagazin wie den „Spiegel" und seine politischen Motivationen einwenden kann, gerechterweise muß man zugeben, daß er in einem Punkt konsequent und nicht ohne nachhaltigen Eindruck auch auf die westeuropäische und amerikanische Öffentlichkeit die Relationen klargestellt hat. Das Magazin hat nach dem Zeitpunkt der Sichtbarwerdung einer CSU-Linie in der Militärpolitik den radikalen und extrem nationalistischen Ansatz verdeutlicht, den im Rahmen der CDU-CSU-Politik die CSU unter ihrem Exponenten F.-J. Strauß ins weltpolitische Spiel unserer Tage brachte. Heute geht es um nichts anderes als eine Eskalation dieser nationalistisch-expansiven Militärpolitik, und wieder ist die CSU — nunmehr primär zu diesem Zweck verselbständigt — die Kraft, von der die Bewegung, der Dynamismus einer „beschleunigten" Rüstungspolitik und Rückkehr zum Kalten Krieg ausgeht.

Die CSU hat einen Artikel des Springer-Kolumnisten William S. Schlamm aus der „Welt am Sonntag" vom 25. August dieses Jahres in seinen Kernsätzen unter der Überschrift „5 Schlamm-Punkte" als Flugblatt verbreitet. Die „5 Schlamm-Punkte" finden sich außerdem abgedruckt in der von der CDU herausgegebenen Schulungszeitschrift für die Führungskräfte „Die politische Meinung" [3]), dort besonders hervorgehoben, gleichsam als Quintessenz nach einem militärpolitischen Artikel „Die Kunst, Konflikte zu meistern" des CDU-Militärexperten Wolfgang v. Raven. Was v. Raven verklausulierter vorbringt, hämmert Schlamm folgendermaßen ein:

„Deutschland, wenn es überhaupt noch zu retten ist, müßte unverzüglich diese nunmehr ganz unverkennbaren Tatsachen anerkennen:

Die Sowjets treffen Vereinbarungen, um sie im nächsten günstigen Augenblick zu brechen.

---

2) Bayernkurier, München, 7. 9. 1968.
3) „Die politische Meinung", herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Bildung und Studienförderung e. V., 1968, Heft III.

Die Sowjets, weit entfernt von Verzicht auf Gewalt, wenden Gewalt an, wann immer sie es mit wenig Risiko tun zu können meinen.

Je entspannter die Gegenseite, desto unbekümmerter sorgen die Sowjets für Spannung.

Ulbricht, ein Unteroffizier der Sowjetarmee, nimmt an jeder Invasion teil, die von den Sowjets angeordnet wird.

Wenn die Sowjets bereit sind, Waffengewalt gegen einen befreundeten kommunistischen Staat einzusetzen, dann sind sie gewiß zur Invasion von Berlin bereit. Was sie allein davon abhalten könnte, ist die glaubhafte Entschlossenheit Deutschlands (und seiner Verbündeten), in diesem Falle Krieg zu führen."

Halten wir uns nicht mit der Widerlegung sattsam bekannter Propagandalügen auf, wie etwa, daß Ulbricht „Unteroffizier in der Sowjetarmee" gewesen sein soll. In einem Disput im Bundestag mit CDU-Fraktionschef Barzel, der weitgehend wie Schlamm argumentierte, hat beispielsweise für die Freien Demokraten deren Vorsitzender Walter Scheel auf die schlichte Tatsache hingewiesen, daß die CSSR schon vor dem Monat August zum Warschauer Pakt gehörte und insofern keinerlei Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses in Europa stattgefunden habe. Allerdings sei das militärische Kräfteverhältnis dadurch gespannter geworden, daß die Bundesregierung so stürmisch eine Verstärkung der NATO verlange und selbst als einziger NATO-Partner lebhaft daran interessiert sei.

Schlamm geht über entsprechende Andeutungen Kiesingers, Schröders und des CSU-Vorsitzenden Strauß noch hinaus, wenn er nunmehr „die glaubhafte Entschlossenheit Deutschlands, ... Krieg zu führen" verlangt und diese Entschlossenheit gleichzeitig auch von den übrigen NATO-Partnern fordert. Daß CSU und CDU diese Äußerungen — die selbst über Einschlägiges des Herrn von Thadden beträchtlich hinausgehen — in ihren Organen als der Weisheit letzter Schluß bei der „Kunst, Konflikte zu meistern" herausstellen und in Flugblättern ihren Getreuen in die Hand drücken, sollte nun auch den letzten Zweifler überzeugen, daß die führenden Regierungsparteien CSU und CDU, und hinter ihnen im Gleichschritt nach dem Kommando von Reservemajor Helmut Schmidt die SPD, in Eilmärschen in die Schützengräben des Kalten Krieges zurückgekehrt sind (teilweise aus vorgeschobenen östlichen Positionen).

So kann es denn nicht überraschen, daß in einem Vortrag in der Katholischen Akademie München vor der versammelten bayerischen CSU- und, teilweise, SPD-Prominenz der Strauß nahestehende Prof. Dr. Karl Buchheim die Kontinuität der bundesdeutschen Ostpolitik gegenüber dem Schlagwort von der „neuen" Ostpolitik als Historiker nunmehr hervorhob. Buchheims Thema hieß demnach: „13 Jahre Ostpolitik" [4]). Sie begann für ihn 1955 mit der Aufnahme der Beziehungen zur Sowjetunion durch Bundeskanzler Adenauer und sie blieb, für Buchheim, „durch Adenauer geprägt". Der Vortrag ist bezeichnenderweise in der evangelischen Zeitschrift „Zeitwende" gedruckt erschienen, die in Hamburg erscheint und politisch der norddeutschen CDU nahesteht, die sich in diesem Jahr im „Soltauer Kreis" eine für Niedersachsen, Schleswig-Holstein und die Städte Hamburg und Bremen gemeinsame Führungsspitze gab, in der die Minister von Hassel und Stoltenberg dominieren. Der „Soltauer Kreis" wurde gelegentlich von Stoltenberg als ein „norddeutsches Gegenstück zur CSU" bezeichnet und entwickelt gleich starke extrem nationalistische und militärpolitische Züge. (Die Unterschiede liegen auf landes- und kulturpolitischer Ebene.)

4) Karl Buchheim, 13 Jahre Ostpolitik, in „Zeitwende", Hamburg, Oktober 1968.

Buchheim sagt über die Konstanten der Ostpolitik Bonns: „Konrad Adenauers Bedeutung für die deutsche Geschichte besteht darin, daß er im Aufbrechen des großen Weltgegensatzes zwischen Ost und West sofort erkannte, daß sich die deutsche Nation, wenn sie sich nicht dem russischen Kommunismus verschreiben wollte, nur durch sofortige eindeutige Anlehnung an die westlichen Siegermächte werde retten können. Seine politische Leistung besteht darin, daß er auch imstande war, die Nation auf diesen Weg zu führen, den bisher weder im neunzehnten noch im zwanzigsten Jahrhundert die Staatsmänner und politischen Führer Deutschlands hatten betreten mögen." Buchheim, der von Adenauer bei seinen Memoiren als Zunfthistoriker zu Rate gezogen wurde und einer der genauesten Kenner von Adenauers Ansichten sein dürfte, weist auch darauf hin, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Moskau durch Adenauer u. a. im Zusammenhang mit der im gleichen Jahr erfolgten Vereinbarung der vier Siegermächte über den österreichischen Staatsvertrag zu sehen sei. Buchheim äußert dazu: „Die Sowjetunion war bereit, ihre österreichische Besatzungszone freiwillig zu räumen. Es ist verständlich, daß sie damit Eindruck auf die Weltmeinung machte, in der die Hoffnung auftauchte, daß das Prinzip der Neutralisierung geeignet sei, vielleicht auch die Gegensätze in der deutschen Frage zu entschärfen. Es kam zu Erwägungen, ob man vielleicht in Mitteleuropa eine neutrale Zone schaffen sollte." Dem wollte, nach Buchheim, Adenauer rasch und wirksam einen Riegel vorschieben. Dazu aber wollte er auch eine Botschaft in Moskau haben, einerseits als Beobachtungsposten, zum anderen, um der westlichen Diplomatie auch in Moskau dann entgegenwirken zu können, wenn etwa dort ein Friedensvertrag ausgehandelt werden sollte, der eine Anerkennung und Neutralisierung beider deutscher Staaten vorsehen würde. „Adenauer aber befürchtete, daß damit das weltpolitische Gleichgewicht zuungunsten des Westens verändert und die Sicherheit der Bundesrepublik schwer benachteiligt würde." Buchheim will mit diesen aufschlußreichen Hinweisen verdeutlichen, daß schon am Anfang der Ostpolitik Bonns nicht etwa der Versuch eines Ausgleichs mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten stand, sondern daß Ostpolitik im Bonner Verständnis immer — wenn auch mit wechselnden Taktiken der Weltlage angepaßt — lediglich die Politik des NATO-Bündnisses absichern sollte gegenüber den eigenen Alliierten in der NATO, den drei westlichen Siegermächten. Der österreichische Staatsvertrag war das Trauma, das Adenauer überhaupt erst zur Ostpolitik animierte. Und der Zeitgeschichtsforscher Buchheim hat aus den Fakten — die er, soweit sie die Adenauerzeit betreffen, wohl besser als jeder andere Historiker kennt — gewiß richtig herausgelesen, daß es eine Ostpolitik der Verständigung und der Herbeiführung einer gesamteuropäischen Friedensordnung in Bonn nie gegeben hat, nicht unter Adenauer und nicht nachher. Denn für Buchheim steht fest, daß die Adenauersche Politik kontinuierlich weitergeführt worden ist, auch im Rahmen der Großen Koalition. Nichts anderes haben Barzel, Heck und der die Richtlinien bestimmende Kanzler der Großen Koalition Kiesinger immer wieder bekräftigt. Buchheim ist sich durchaus darüber klar, wie diese Ostpolitik, die Bonn seit 13 Jahren im Kern unverändert — flexibel nur in der Methode — betreibt, „mit russischen Augen" anzusehen ist. „Mit russischen Augen gesehen war es die Bundesrepublik, die sich mit amerikanischer Militärhilfe hatte kaufen lassen, um sich dann mit dem Trick der Bonner Staatsgründung jeder Reparationsverpflichtung gegenüber der von Hitler zu Unrecht angegriffenen Sowjetunion zu entziehen. Darum erschien in russischen Augen der Alleinvertretungsanspruch des Bonner Grundgesetzes als eine besonders schwere Anmaßung, als eine Verdrehung der Wahrheit und damit auch eine Verletzung der wahren Interessen der deutschen Nation." Es sei Adenauers ständige Sorge gewesen, berichtet Buch-

heim, „daß diese Argumentation auch in Westdeutschland einmal Eindruck machen könnte".

Aus diesem Grunde habe, so weiß Buchheim zu berichten, Adenauer die bis heute befolgte Parole ausgegeben, „als Hauptwaffe" den „Gedanken der politischen und menschlichen Freiheit" zu verwenden. Das machtpolitische Interesse ließ sich hinter der Freiheitsideologie unverbindlicher vertreten, als indem man, ohnehin den Folgen des Zweiten Weltkriegs ausweichend, wie Buchheim richtig bemerkt, nationale Forderungen direkt anmeldete und damit den expansiven Charakter der westdeutschen Bündnispolitik vorzeitig bloßlegte. „Mit russischen Augen" wurde der nationalistische Grundzug ohnehin festgestellt, und so dienten „Gedanken der politischen und menschlichen Freiheit" denn als Schutzbehauptungen und als quasi-demokratischer Schleier. Buchheim konnte im Jahre 1968 mit Beifall bei CSU und CDU — und mit keinem ernstlichen Widerspruch von der derzeitigen SPD-Führungsspitze — rechnen, als er seine als Maßstab für die Zukunft gedachte Besinnung auf die Ursprünge der Bonner Ostpolitik unter Adenauer mit der Bemerkung abschloß: „Der Ausblick nach Osten, den Adenauer ... eröffnete, ist ungehindert geblieben." Es ist der Ausblick auf die Landschaft des Kalten Krieges, in der Zeit der Entspannung perspektivisch nicht verändert, der sich nun, durch die Schaffung verschärfter Spannungen, wieder voll ins Recht und in Aktion setzen will.

Im Vergleich zum CDU-Programm ist dieser Gesichtspunkt im CSU-Programmentwurf, der im Dezember dem Münchener Parteitag vorliegen wird, ausdrücklich angesprochen. Strauß-Berater Zöller hat auf die „konkretere" Fassung des CSU-Programmentwurfs gegen Osteuropa aufmerksam gemacht. Bei der CSU heißt es: Die politische und militärische Wirksamkeit unserer Bündnissysteme muß der Bedrohung angemessen sein. Ausgegangen wird dabei von der Behauptung: „Deutschlands und Europas Sicherheit ist nach wie vor bedroht." Der Atomwaffensperrvertrag, der von der CSU strikt abgelehnt wird, ist in der CSU-Satzung nicht einmal negativ erwähnt. Er existiere für die CSU nicht, erklärte dazu, laut „Ruhrnachrichten", der CSU-Militärexperte Zimmermann vor der Jungen Union. Die europäische Szene in Spannung zu halten, statt das NATO-Bündnis in Entspannungsträumen erschlaffen zu lassen, ist nach der im WDR geäußerten Meinung des Barons von Guttenberg, CSU-Staatssekretär im Bundeskanzleramt, für die Entfaltung der Politik der Bundesrepublik von Bedeutung. Entsprechend heißt es in der CSU-Satzung: „Sie (die CSU) wird die internationale Erörterung der deutschen Frage im Zusammenhang einer europäischen Ordnung ständig betreiben." Natürlich auch im Sinne des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik. Den Referenten Bloemer, der für die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze als Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung votierte, hat die CSU entlassen. Nicht ohne daß der Sprecher der Sudentendeutschen und CSU-Abgeordnete Becher, früher prominentes Mitglied der Henleinpartei, Bloemer in einem öffentlichen Lokal — nach der CSU-Vorstandssitzung in Bad Berneck — Ohrfeigen verabreichte. Wer an eine Friedensordnung denkt und darüber nachsinnt, wie sie unter Mithilfe der Bundesrepublik errichtet werden kann, ist für die CSU-Matadore selbstverständlich ein Abtrünniger und Prügelknabe. „Wer anders denkt, soll doch das Land verlassen", pflegt Strauß dazu zu sagen. Wie vor ihm schon ein anderer Führer.

Das knapp und straff gehaltene CSU-Programm, das sich in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ganz im Sinn der Arbeitgeber gegen jegliche Form von Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft ausspricht und darum von Norbert Blüm, dem Sprecher der Sozialausschüsse der CDU, als „extrem kapitalistisch

orientiert" bezeichnet wurde, das ferner autoritäre Maßstäbe an eine Bildungsreform anlegt und gegen jede echte Mitsprache der Studierenden votiert, eröffnet Aspekte eines Staates, in dem Militärpolitik, Unternehmerherrschaft und ein autoritäres Bildungssystem die formierte Gesellschaft mit Nachdruck herbeizwingen und in dem die Ausrichtung der gesamten Untertanenmentalität, bei progressivem Abbau demokratischer Grundrechte, der von Schlamm projektierten Kriegsvorbereitung dient. Unter diesen Gesichtspunkten, die der Kern der „Realpolitik" der Unionsparteien sind, dürfte eine „Zwischenbilanz der Großen Koalition" von besonderem Interesse sein, wie sie — mit dem deutlichen Wunsch nach Fortsetzung dieser Koalition 69 für weitere vier Jahre — Anton Böhm bei einem Referat in Bonn vor der CSU-Landesgruppe geäußert hat. Soweit für die Führungsschulung der CDU- und CSU-Funktionäre freigegeben, sind diese Ausführungen in der CDU-nahen Zeitschrift „Wert und Wahrheit" erschienen [5]). Da bekommt man Sätze von einer Deutlichkeit zu hören, wie sie etwa auf dem CDU-Bundesparteitag in Westberlin so ungeschminkt nicht zu vernehmen waren. Böhm gehört sowohl zu den Beratern von CDU-Chef Kiesinger wie von CSU-Chef Strauß und ist hauptberuflich Chefredakteur des „Rheinischen Merkur", der schon immer als eine Art Vorposten der CSU-Freunde jenseits der Mainlinie galt. (Nicht zuletzt gehört Strauß zu den regelmäßigen Mitarbeitern des „Rheinischen Merkur", in dem auch die ersten Vorabdrucke aus seinen programmatischen politischen Büchern erschienen.)

Böhm bezeichnet auf längere Sicht als gesellschaftspolitisch wünschbares Ziel einer Großen Koalition aus CSU/CDU-Perspektive die „verlustlose Fusion der in ihr wirkenden Kräfte". Die SPD soll also „verlustlos" angeglichen werden. CSU und CDU sollen dabei keinen Abstrich von ihrer Programmatik machen. Böhm geht schlicht davon aus, daß sich mit „neunzigprozentiger Mehrheit" besser regieren läßt. Diesem Ziel freilich sei die Große Koalition noch nicht voll gerecht geworden bis jetzt, aber das sei auch nach so kurzer Zeit zu viel von ihr verlangt, meint Böhm. Im ganzen konstatiert er aber, daß die Anpassung der SPD sich bemerkenswert glatt vollzogen habe: Nur e i n e schmerzhafte Überraschung bleibt aus solcher Sicht zu vermerken: „Neu ist, daß der DGB im ganzen (es gibt Ausnahmen) in der Opposition verblieben ist, nachdem die SPD sie verlassen hat." Es gelte für CDU und CSU daraus die Konsequenz zu ziehen, die Gewerkschaften noch mehr als bisher von der SPD zu isolieren und damit jeglicher Stütze im Parlament zu entledigen. Man habe, lobt Böhm seine Parteifreunde, die Konjunkturlage politisch genutzt: „Die konservative Rechte in der CDU und CSU erkannte bald, daß finanzielle und wirtschaftliche Umstände hinreichend prohibitiv gegen soziale Experimente wirkten, die ihr unerwünscht sein mußten — ändern würde sich das erst, wenn es mit der Mitbestimmung ernst würde." Aber das werde durch entsprechende Kooperation mit der SPD-Führungsspitze schon zu verhindern sein. Freilich müsse man dann — wie etwa bei der gemeinsamen Durchbringung der Notstandsgesetze — auf SPD-Wahlrückschläge à la Baden-Württemberg, die durch die „neue Opposition des DGB" bedingt seien, sehr taktvoll Rücksicht nehmen und die SPD ihre Linientreue nicht etwa negativ entgelten lassen durch eine geringere Regierungsbeteiligung als vor dem Aderlaß.

Was die Ostpolitik angeht, so stellte Böhm in der CDU-nahen Zeitschrift ebenso wie Buchheim und andere CDU- und CSU-Ratgeber nüchtern fest, daß man von einer neuen Ostpolitik niemals, auch nicht im Verlaufe der Großen Koalition ernstlich habe sprechen können. Wie sonst nur Kritiker des Bonner Kurses setzt er die Qualifizierung „neue" in Beziehung zu Ostpolitik in Anführungszeichen,

[5]) Anton Böhm, Zwischenbilanz der Großen Koalition, in „Wort und Wahrheit", Freiburg, Juli/August 1968.

was erstaunlich offenherzig ist. Böhm äußert: „Die ‚neue' Ostpolitik der Großen Koalition kann sich nicht allzusehr von dem alten Kurs entfernen, und der CDU/CSU ist eine Anpassungskrise, die mit der Annahme einer fundamental neuen Konzeption verbunden gewesen wäre, erspart geblieben."

Schließlich definiert Böhm das neue, wirklich neue Verhältnis von CDU und CSU einerseits sowie SPD andererseits in der Großen Koalition, die er fortgesetzt zu sehen wünscht, folgendermaßen: „Es steht nicht mehr eine Volkspartei einer Klassenpartei gegenüber. Was die Außerparlamentarier als Abrundung des Establishment denunzieren, ist in Wirklichkeit ein immens politischer Befriedungsakt, ein Gewinn für die deutsche Demokratie: wahrscheinlich die größte Leistung der Großen Koalition. Sie läßt erhoffen, daß auch nach ihrer Beendigung die große Reform des parlamentarischen Systems von beiden Parteien als schicksalsentscheidende Gemeinschaftsaufgabe erkannt und angegangen wird." Das heißt also: in alle absehbare Zukunft Verlängerung der „Gemeinsamkeitspolitik" und Ausschaltung jeder Alternative.

Die Augen vor Entwicklungen zu verschließen, hat noch nie etwas genutzt. Ein Beispiel nur, wie wir bereits im Sinne der fünf Punkte Schlamms (und Springers) in die psychologische Bereitung unserer Kriegswilligkeit eingetreten sind, ist die Meldung, daß die Warschauer Philharmoniker, die zum erstenmal nach dreißig Jahren wieder in Westdeutschland musizieren wollten, keine Einreiseerlaubnis für ihre fest verabredete Konzerttournee erhielten. Das Auswärtige Amt teilte dazu mit, die Bundesregierung lehne kulturelle Kontakte mit Polen ab, da Polen zu den Interventionsmächten gehöre, die in die CSSR eingerückt seien. Bonns Auswärtiges Amt, in dem noch Nazis der Wilhelmsstraße sitzen, im Namen der Bundesregierung, die von einem solchen ehemaligen Funktionär der Hitlerschen Außenpolitik als derzeitigem Bundeskanzler geleitet wird, tritt als Moralapostel gegenüber Polen auf und verweigert den Warschauer Philharmonikern die Einreise, freilich, „eine Empfehlung der NATO befolgend". Die NATO nun auch als oberste Kulturinstanz im perfekten Militärstaat. Ein Beispiel nur. Die Beispiele werden sich häufen. Der Kalte Krieg treibt einer totalen Strategie zu, in allen Lebensbereichen. Immer aber pocht Bonn darauf seit den Ereignissen im August, die NATO „aktivieren" zu wollen, da man in Bonn offenbar die „Feindlage" so sieht, daß jetzt niemand die westliche Militärallianz wirksamer aufzurüsten vermag als die Bundesrepublik, die ihren Rüstungsetat erhöht, die dringender auf Atomwaffen besteht denn je und, wie Wolfgang Leonhard das kürzlich in einem Vortrag in Dortmund nannte, jetzt „die Stunde zur Abrechnung mit dem Weltkommunismus" der ganzen westlichen Welt anzeigen muß [6]). Freilich, wie solche Abrechnung, bei Hochrüstung, „friedlich" bleiben soll, das hat Wolfgang Leonhard — der „das Wort Kriegsvorbereitung nur rein defensiv verstanden wissen" will — seinen Zuhörern nicht verraten. Darüber macht man sich auch in der CSU und CDU keine Gedanken. Denn alles Nachdenken kreist zunächst einmal darum, laut CSU-Satzung, „die internationale Erörterung der deutschen Frage ständig zu betreiben", leider ausschließlich mit militärpolitischen Mitteln.

6) Wolfgang Leonhard, Die heutige Situation des Weltkommunismus, Vortrag auf der ostpolitischen Woche, Dortmund, 13. 10. 1968.

Ralph Calamy

Organisierter Kapitalismus und Mitbestimmung

Glaubt man der Fülle der vorgelegten vermögenspolitischen Pläne, dann scheint der alte Traum konservativen Reformwillens Wirklichkeit zu werden: eine Modifikation des kapitalistischen Systems von der Verteilungsseite her. Aber die sozialistische Theorie hat immer klargestellt, daß aus einer Symbiose von kapitalistischer Produktions- und sozialistischer Verteilungsweise nichts grundsätzlich Neues entstehen kann. Den illusionären Charakter dieses Ansatzes hat vor hundert Jahren Karl Marx bloßgelegt, vor fünfzig Jahren tat es Karl Korsch. Er schrieb: „Eine grundsätzliche Umgestaltung der gesellschaftlichen Verteilungsverhältnisse (ist) ohne Umwälzung der zugrundeliegenden Produktionsverhältnisse schlechterdings unmöglich..." [1])

Tatsächlich sind der Umverteilung noch heute die engsten Grenzen gesetzt. Entweder findet sie nur innerhalb der Arbeiterschaft selbst statt, oder sie hält sich innerhalb einer Größenordnung, die der „Hundesteuer besserer Leute" (Rolf Hochhuth) vergleichbar ist. Bemerkenswert an der vermögenspolitischen Kampagne ist eher ihre ideologische Funktion. Gegen ein geringes Entgelt soll der Arbeitnehmer verführt werden, sich mit dem Eigentümerinteresse auch im Produktionsbereich zu identifizieren. Er soll die Stabilisierungsmechanismen des organisierten Kapitalismus — Einkommens- und Vermögenspolitik, Fürsorge- und Sozialpolitik — als Indizien einer Änderung akzeptieren, die es nicht gegeben hat. Dem gutgläubigen Objekt spätkapitalistischer Verschleierungskünste wird der „Horizont mit Schmerbäuchen verhängt" (Karl Kraus).

Eine Modifikation des organisierten Kapitalismus muß deswegen im Produktionsbereich ansetzen. Der vorliegende Beitrag will untersuchen, ob bzw. in welcher Form die Mitbestimmung der Arbeitnehmer das geeignete Instrument ist oder werden kann. Vorab freilich ist zu klären, ob eine solche Modifikation überhaupt noch notwendig ist, ob sich nicht der kapitalistische Produktionsprozeß längst selbst demokratisiert hat.

I

Allen gegensätzlichen Beteuerungen zum Trotz ist die Entscheidungs- und Verfügungsgewalt im organisierten Kapitalismus immer noch in den Händen der Kapitalseite zentralisiert. Daran hat auch die Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt in den modernen Kapitalgesellschaften nichts geändert. Mit der Weitergabe der Entscheidungsmacht an kollegiale Führungsgremien wird zwar ganz augenscheinlich dokumentiert, wie überflüssig der private Eigentümer im Grunde ist. Aber die Änderungen sind rein formaler Natur. Die Personalunion von Eigentümer und Betriebsleiter wird durch eine Gruppe professioneller Manager ersetzt, der Individualkapitalist durch den Gesellschafterkapitalisten. Gleichzeitig ist die Interessenlage der am Produktionsprozeß Beteiligten nach

[1]) Karl Korsch, Sozialismus und soziale Reform in: Der Arbeiter-Rat, Nr. 3, 1920, S. 9.

wie vor gegensätzlich. Heute wie ehedem steht dem speziellen Profitinteresse der Kapitalseite das allgemeine Interesse der Arbeitnehmer an einer optimalen Befriedigung ihrer Bedürfnisse gegenüber. So ist der kapitalistische Produktionsprozeß durch mannigfaltige offene oder verdeckte Konflikte charakterisiert. Sie lassen sich auf zwei Konfliktypen reduzieren:

1) Autoritätskonflikte im Betrieb. Der Betrieb — die technische Einheit, die eigentliche Produktionsstätte — ist nach einem hierarchischen Anweisungssystem mit klar abgegrenzten Rangfolgen und Kompetenzen organisiert. Der Arbeitgeber und seine Beauftragten disponieren grundsätzlich autoritär. Die Arbeitnehmer haben zu gehorchen, sie sind die angewiesenen Objekte. Sie haben jedoch ein nur allzu berechtigtes Interesse daran, ihre Arbeitsbedingungen selbst zu gestalten. So entstehen Konflikte über das Weisungsrecht.

2) Entscheidungskonflikte im Unternehmen. Im Unternehmen — der eigentlichen Planungs- und Entscheidungseinheit, d. h. der wirtschaftlichen Einheit — ist die Verfügungsgewalt in den Händen der Unternehmensleitung zentralisiert. Sie wird diejenigen Güter produzieren, die einen möglichst hohen Profit abwerfen. Das sind keineswegs immer auch die Güter, die eine bestmögliche Versorgung garantieren. Auch der organisierte Kapitalismus befriedigt vorzugsweise individuelle Konsumbedürfnisse und vernachlässigt kollektive Bedürfnisse — etwa Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen —, die gar nicht als individuelle Nachfrage am Markt in Erscheinung treten. So kommt es zu Konflikten über Art und Umfang der Produktion.

Der Widerspruch zwischen monopolisierter Entscheidungsgewalt und dualistischer Interessenlage beweist, daß ein besonderer Schutz der Arbeitnehmerinteressen notwendig ist. Selbst die Verfechter des organisierten Kapitalismus bestreiten das nicht. Aber sie behaupten, das herrschende Wirtschaftssystem stelle aus sich heraus hinreichende Schutz- und Kontrollinstanzen sowohl im Betrieb als auch im Unternehmen bereit.

Im Betrieb — so heißt es — sei die Automation im Begriff, die autoritäre Befehlsgewalt überhaupt zu suspendieren und alle Anweisungen zu versachlichen. Außerdem orientiere sich der kapitalistische Betriebsprozeß bewußt am Wohle des Arbeiters, seit er zur Pflege der zwischenmenschlichen Beziehungen (human relations) übergegangen sei.

Aber die Automation potenziert eher bestehende Strukturen. Gerade die „Erleichterung der Arbeit wird zum Mittel der Tortur, indem die Maschine nicht den Arbeiter von der Arbeit befreit, sondern seine Arbeit vom Inhalt" [2]). Die Herrschaft des Kapitalisten verbirgt sich hinter der Herrschaft des Kapitals, die grundsätzliche Abhängigkeit des Arbeitnehmers wird ohne zusätzliche Sicherungen verfestigt.

Der objektive Zweck der human-relations-Ideologie wird deutlich, wenn man sich auf ihre Instrumente besinnt. Dietmar Rühl, der Chefredakteur der „Jungen Wirtschaft", hat sie in verdienstvoller Weise zusammengefaßt: „Öffentliche Belobigungen, die nichts kosten, Beförderungen, die ohnehin längst fällig waren, diese oder jene Anerkennung" [3]). Diese Ideologie will den Arbeitnehmer verführen, die Anforderungen des Produktionsprozesses für seine eigenen Bedürfnisse zu halten. Und sie will ihn überreden, seine tatsächlichen Bedürfnisse mit belanglosen Teilstücken derselben gleichzusetzen, etwa Beschwerdebriefkästen

2) Karl Marx, Das Kapital Bd. I, Berlin 1961, S. 444.
3) Dietmar Rühl, zitiert nach „Metall", Nr. 4/1967, S. 4.

mit Gerechtigkeit. Damit wird die Abhängigkeit des Arbeitnehmers nicht beseitigt, sondern verheimlicht, die Objektstellung nicht aufgehoben, sondern vertuscht.

Im Unternehmen — so heißt es — sorgten mannigfaltige Kontrollstationen für eine gemeinnützige Unternehmenspolitik. Die interne Unternehmenskontrolle über das Rechnungswesen (Jahresabschluß und Kostenrechnung) soll auf maximale Produktivität und minimale Kosten achten. Aber die Produktivitätskontrolle orientiert sich nicht an allgemeingültiger Globalproduktivität, sondern an einem einzelwirtschaftlichen Produktivitätstyp, der vorzugsweise zu Lasten der menschlichen Persönlichkeit realisiert wird. Ebenso will die Kostenkontrolle nicht die Globalkosten niedrig halten, sondern die Unternehmenskosten minimieren. Das gelingt mit am besten durch die Maximierung der externen Kosten, jener Kosten also, die die Allgemeinheit übernimmt.

Schließlich sei das Unternehmen in mehrfacher Hinsicht externer Kontrolle ausgesetzt. Es könne seine Angebotspreise und -mengen nicht unabhängig fixieren, sondern müsse das Verhalten der Konkurrenten, der Verbraucher und des Staates einkalkulieren. Aber im organisierten Kapitalismus werden diese Bestimmungsgründe des Güterangebots zunehmend manipulierbar. Der Wettbewerb wird durch ökonomische Repressalien einerseits, durch den steigenden Monopolisierungsgrad andererseits entweder ganz ausgeschaltet oder auf Formen jenseits des Preiswettbewerbs zurückgedrängt. Der Verbraucher ist den ausgeklügelten Strategien der Bewußtseinsindustrie ausgeliefert. Sie ersetzt die Produktion für die Bedürfnisse durch die Produktion der Bedürfnisse selbst. Der Staat schließlich neigt immer mehr dazu, sich formal freiwillig mit den Kapitalinteressen zu identifizieren. Schillers „Konzertierte Aktion" belegt das prägnant. Sie verlangt nur noch von den Arbeitnehmern jenes „Strammstehen auf Grund höherer Einsicht", das Erhards „Formierte Gesellschaft" — ihr galt das zitierte Schillerwort — noch allen aufschwatzen wollte. Mit dem steigenden Staatsanteil am Sozialprodukt geht die zunehmende Reprivatisierung öffentlicher Mittel über Industriesubventionen einher. Mit der Tendenz zur staatlichen Planung verbindet sich die Tendenz zum bloßen Plankapitalismus, das heißt zur Sozialisierung privater Risiken bei weiterhin privatisierten Profiten.

Die systemimmanenten Kontrollstationen funktionieren nicht oder nur sehr bedingt zugunsten der Arbeitnehmer. Die Unternehmensleitung kann sowohl im Innen- als auch im Außenbereich autoritär agieren. Der spätkapitalistische Produktionsprozeß läßt Spielraum für unternehmerische Willkür gegenüber Arbeitern und Verbrauchern. Aus diesem Fazit lassen sich erste Hinweise auf eine Therapie ableiten.

II

Die Arbeitnehmer müssen ihre Interessenvertretung selbst in die Hand nehmen. Ein bedeutsamer Schritt dazu war die Gründung der Gewerkschaften. In ihnen „vollzieht sich einerseits der Zusammenschluß der zuvor einzeln miteinander konkurrierenden Verkäufer der Ware Arbeitskraft zu gemeinsamer, allgemeiner Konkurrenz gegenüber dem kapitalistischen Arbeitgeber. Andererseits findet sich gerade in diesen Kämpfen um unmittelbare wirtschaftliche Ziele die Masse der bisher vereinzelten Proletarier als Masse auch innerlich zusammen. Sie konstituiert sich als Klasse für sich selbst" [4]). Aber das Koalitionsrecht kann die

[4]) Karl Korsch, Auf dem Wege zur industriellen Demokratie, Frankfurt/Main 1968, S. 70/71.

Arbeitnehmer nur vor den Auswüchsen autoritärer Entscheidungen schützen. Es kann die Objektstellung zwar erträglicher machen, aber nicht aufheben.

Deswegen muß als zweiter Schritt die direkte Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften im Produktionsprozeß selbst folgen, wenn die Objektstellung angetastet werden soll. Die Mitwirkungsrechte des Arbeiters als Verkäufer der Ware Arbeitskraft müssen zu Mitwirkungsrechten des Arbeiters als Arbeiter weiter entwickelt werden (Karl Korsch).

Aus der Kritik am organisierten Kapitalismus ergibt sich nicht nur die Begründung für die Mitbestimmungsforderung der Arbeitnehmer. Mit ihr wird auch die Mitbestimmungspolitik selbst präjudiziert. Die Mitbestimmung darf nicht bei der Teilnahme an gegebenen Unternehmensentscheidungen stehen bleiben. Es ist einfach zu bescheiden, wenn ein Gewerkschaftsvertreter in einer Fernsehdiskussion sagt: „Wir wollen ja nicht andere Entscheidungen, sondern wir wollen, daß bei diesen Entscheidungen auch die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigt werden. Die werden häufig genauso ausfallen, und die werden aber manchmal einen ganz anderen Akzent kriegen, oder vielleicht treffen wir eine Zusatzmaßnahme." Statt dessen muß die Mitbestimmungskonzeption zu einer systemändernden antikapitalistischen Strategie ausgebaut werden. Sie muß die Entscheidungskriterien selbst in Frage stellen. So wird die Mitbestimmungsforderung der Arbeitnehmer auch im Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes verstanden. Es heißt dort: „Die Gewerkschaften kämpfen um die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Damit wollen sie eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen."

Wie aber sieht ein Mitbestimmungssystem aus, das qualitative Änderungen des kapitalistischen Produktionsprozesses möglich macht? Es wird drei Voraussetzungen erfüllen müssen: Erstens muß ein systemänderndes Mitbestimmungskonzept die Entscheidungsrechte demokratisieren (formaler Aspekt der Demokratisierung). Das kann durch die paritätische Besetzung gemischter Gremien ebenso geschehen wie durch die Einsetzung gleichberechtigter Arbeitnehmerorgane. Dieser Aufbau von gleichberechtigten Gegenmachtpositionen ist eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Voraussetzung für die systemändernde Mitbestimmung.

Deswegen muß ein systemänderndes Mitbestimmungskonzept zweitens die Entscheidungen selbst demokratisieren (materieller Aspekt der Demokratisierung). Mit dem Aufbau subalterner Machtpositionen, die den Arbeitnehmern lediglich Verantwortung für die Ergebnisse der kapitalistischen Wirtschaftsführung aufbürden wollen, wäre wenig getan. Notwendig ist vielmehr der Aufbau „autonomer Machtpositionen", die die systemimmanenten Entscheidungskriterien in Frage stellen (André Gorz).

Grundsätzlich wird die Mitbestimmung das Privateigentum an den Produktionsmitteln zwar nicht abschaffen, aber sie wird es in die Grenzen des Grundgesetzes zurückverweisen. Sie wird daran erinnern, daß das Eigentumsrecht lediglich ein Verfügungsrecht über Sachen und nicht über Menschen ist (Oswald v. Nell-Breuning). Vor allem wird sie darauf dringen, daß das Eigentum gemäß der Sozialbindung im Grundgesetz nicht individuellen Zwecken, sondern allgemeinen Zielen verpflichtet ist.

Der organisierte Kapitalismus ordnet die Bedürfnisse dem Profit unter. Er nimmt — so André Gorz — die Gesellschaft als Instrument und den Profit als letztes

Ziel. Im Gegensatz dazu ordnet die systemkritische Mitbestimmung die Produktion den Bedürfnissen unter. Sie versteht die Produktion als Instrument und die gesellschaftliche Bedürfnisbefriedigung als Ziel.

Infolgedessen wird eine materielle Demokratisierung erst dann möglich sein, wenn die allgemeinen Zielelemente — etwa Freiheit, Gerechtigkeit, Wachstum — umfassender verwirklicht werden als im Kapitalismus. Nehmen wir als Beispiel das Wachstumsziel. Für den organisierten Kapitalismus ist einmal ein quantitatives Wachstumsdefizit typisch: Um die Preise hoch zu halten, werden unter bestimmten Voraussetzungen die angebotenen Mengen eingeschränkt. Dazu kommt das wichtigere qualitative Wachstumsdefizit.

Der organisierte Kapitalismus treibt systematische Verschwendungsproduktion in der Form übermäßiger Werbeausgaben oder überhöhter Rüstungsproduktion. „Das gewaltige Ausmaß an Ressourcen, die bei diesen Betätigungen verschlungen werden, stellt tatsächlich notwendige Kosten der kapitalistischen Produktion dar. Es sollte jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß ein Wirtschaftssystem, in dem solche Kosten gesellschaftlich notwendig sind, schon lange aufgehört hat, ein gesellschaftlich notwendiges Wirtschaftssystem zu sein" [5]). Im Gegensatz dazu muß eine systemändernde Mitbestimmung die Struktur des wirtschaftlichen Wachstums zugunsten der Allgemeinheit verändern und das Wachstumsziel nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell bestimmen.

Die dritte Voraussetzung systemändernder Mitbestimmung ist die Universalität des Mitbestimmungssystems. Gewiß ist die Mitbestimmung im Unternehmen, in der eigentlichen Planungs- und Reaktionszelle, ein Kernstück. Aber die Mitbestimmung muß darüber hinaus den unmittelbaren Erfahrungsbereich des einzelnen Arbeitnehmers und die unmittelbaren Entscheidungszentren auf den höheren Wirtschaftsstufen einschließen. Zur Mitbestimmung im Unternehmen muß als Unterbau die gleichberechtigte Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Betrieb kommen, als Überbau die gleichberechtigte Mitbestimmung im Industriezweig, in der Gesamtwirtschaft und in den supranationalen Institutionen. Erst ein in sich geschlossenes Mitbestimmungssystem für alle Entscheidungsstufen kann den systemändernden Einfluß der Arbeiterschaft garantieren.

III

Inwieweit entsprechen die gegenwärtig praktizierten Mitbestimmungssysteme in der Bundesrepublik einerseits, ihre ideengeschichtlichen Vorläufer andererseits den formulierten Voraussetzungen? Inwieweit werden sie der formalen Demokratisierung (Entscheidungsrechte), der materiellen Demokratisierung (Entscheidungsqualität) und der Universalität gerecht?

1) Die rudimentäre Mitbestimmung des Betriebsverfassungsgesetzes ist nicht einmal zur formalen Demokratisierung geeignet. Auf der Betriebsebene sind die Rechte des Betriebsrats unzureichend. Er sieht sich auf Entscheidungsrechte in bestimmten, im Gesetz genau aufgeführten sozialen Angelegenheiten, auf Beratungsrechte in personellen Angelegenheiten und auf ein formales Mitbestimmungsrecht bei Betriebsänderungen beschränkt. Außerdem baut das Betriebsverfassungsgesetz zusätzliche Sicherungen gegen eine Demokratisierung ein. Mit dem politischen Betätigungsverbot des Paragraphen 49 BVG werden der Willensbildung des Betriebsrats feste Grenzen vorgegeben. Er ist zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber verpflichtet und hat alles zu unterlassen, was geeignet ist, die Arbeit und den Frieden des Betriebs zu gefährden. Über-

5) Paul A. Baran — Paul M. Sweezy, a.a.O., S. 141.

dies ist nicht ausgeschlossen, daß der in gemeinsamen Beschlüssen artikulierte Wille des Betriebsrats nachträglich verformt wird. Die Ausführung obliegt nämlich stets dem Arbeitgeber. Nach Paragraph 52 BVG darf der Betriebsrat nicht durch einseitige Handlungen in die Betriebsleitung eingreifen.

Auf der Unternehmensebene ist der Einfluß der Arbeitnehmer noch geringer. Sie sind im Vorstand, dem eigentlichen Entscheidungsorgan, und in der Hauptversammlung überhaupt nicht vertreten. Im Aufsichtsrat, dem Kontrollorgan, wird ihnen lediglich eine Drittelbeteiligung zugestanden, so daß sie von den Anteilseignervertretern jederzeit überstimmt werden können. Dazu kommt, daß in allen drei- und sechsköpfigen Aufsichtsräten nur betriebliche Arbeitnehmervertreter beteiligt sind. Die aber sind stets nicht nur Mitbestimmungsfunktionäre, sondern auch abhängig Beschäftigte, so daß sie sich faktisch gegen Manipulations- und Repressionsversuche nur bedingt wehren können. All das bedeutet, daß die Mitbestimmung des BVG für systemändernde Ziele untauglich ist.

2) Die qualifizierte Mitbestimmung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes bringt demgegenüber wesentliche Verbesserungen. Einmal sind die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat den Anteilseignervertretern zahlenmäßig gleichgestellt. Sie können wie diese Einfluß auf wichtige unternehmenspolitische Entscheidungen nehmen, entweder über das allgemeine Überwachungsrecht des Aufsichtsrats oder über das Recht, wichtige Geschäfte von der Zustimmung des Aufsichtsrats abhängig zu machen, vor allem aber über die Wahl des Vorstandes. Zum anderen werden innerhalb der Arbeitnehmerseite neben zwei betrieblichen Arbeitnehmervertretern auch zwei außerbetriebliche entsandt. Sie können den betrieblichen Arbeitnehmervertretern den Rücken stärken und eine Gewähr dafür geben, daß auch gesamtwirtschaftliche Belange berücksichtigt werden.

Schließlich gewinnt die Arbeitnehmerseite nach dem Modell der qualifizierten Mitbestimmung einen gesetzlich abgesicherten Einfluß auf die Unternehmensleitung. In den Vorstand ist ein Mitglied zu entsenden, das nicht gegen die Stimmenmehrheit der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bestellt werden kann, der Arbeitsdirektor. So kann die bisher rein rentabilitätsorientierte Unternehmensplanung wenigstens durch sozialorientierte Überlegungen ergänzt werden.

Damit stellt die qualifizierte Mitbestimmung einen wesentlichen Schritt zur formalen Demokratisierung im Unternehmen dar. Sie bringt darüber hinaus zwar nicht die Garantie, wohl aber die Chance einer materiellen Demokratisierung. Zur Demokratisierung des Gesamtsystems ist die qualifizierte Mitbestimmung aber gegenwärtig ungeeignet. Ihr Anwendungsbereich ist nämlich in dreifacher Weise beschnitten: Erstens in bezug auf den Wirtschaftszweig — das Mitbestimmungsgesetz (MbG) gilt nur für den Montanbereich, das heißt in der Eisen- und Stahlerzeugung und im Kohlebergbau; zweitens in bezug auf die Rechtsform — das MbG gilt nur in Kapitalgesellschaften; drittens in bezug auf die Unternehmensgröße — dem MbG unterliegen nur Unternehmen mit mehr als 1000 Arbeitnehmern.

Überdies wurde die Basis der qualifizierten Mitbestimmung kontinuierlich geschmälert. Zwar unterstellte das Mitbestimmungsergänzungsgesetz von 56 jene Konzernobergesellschaften der qualifizierten Mitbestimmung, die selbst nicht Montanunternehmen sind, unter deren Tochtergesellschaften jedoch mehr als die Hälfte der gesamten Nettoumsätze des Konzerns auf Montanunternehmen entfällt. Aber alle acht Konzernobergesellschaften, für die das Mitbestimmungsergänzungsgesetz bei seinem Inkrafttreten galt, haben mittlerweile versucht,

der qualifizierten Mitbestimmung auszuweichen, oder sind im Begriff, es zu tun. Die erste Gruppe — Hoesch AG, Klöckner-Werke AG, Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG (heute Fried. Krupp Hüttenwerke AG, Bochum), Ilseder Hütte AG und Mannesmann AG — nutzte das Umwandlungsgesetz von 1956, das den Konzernen steuerrechtliche Vorteile bescherte. Sie gliederten sich ehedem rechtlich selbständige Tochtergesellschaften ein, so daß dort die gesetzlichen Voraussetzungen der qualifizierten Mitbestimmung wegfielen. Mit Ausnahme der Mannesmann AG schlossen die Konzerne privatrechtliche Vereinbarungen mit dem DGB, der IG Metall und der IG Bergbau und Energie, welche an die Stelle der Aufsichtsräte in den Tochtergesellschaften Beiräte für die verschiedenen Werksgruppen setzten. Deren Rechtsstellung ist zwar an den Aufsichtsräten orientiert, dem Inhalt nach aber schwächer.

Die zweite Gruppe — Gelsenkirchener Bergwerks AG, Salzgitter AG und Rheinstahl AG — fällt heute noch unter das Mitbestimmungsergänzungsgesetz. Aber diese Konzerne gliederten sich im Zeichen der offenen Kohlekrise und der schwelenden Stahlkrise Unternehmen der weiterverarbeitenden Industrie an, so daß der Umsatzanteil der Montanunternehmen ständig zurückging. Er lag bei der Gelsenkirchener Bergwerks AG und bei der Salzgitter AG nur noch knapp über der 50-Prozent-Grenze, bei der Rheinstahl AG seit Mitte 1966 sogar darunter. Im April 1967 hat das Mitbestimmungssicherungsgesetz die Frist für den Übergang von der qualifizierten Mitbestimmung zu der rudimentären Mitbestimmung des BVG von zwei auf fünf Jahre verlängert. Gegen dieses Gesetz ist mittlerweile eine Verfassungsklage anhängig.

Schließlich droht der qualifizierten Mitbestimmung des Montanbereichs in ihrer heutigen Gestalt von der wirtschaftlichen Entwicklung der nächsten Zukunft Gefahr, auf der nationalen Ebene von den Walzstahlkontoren im Stahlbereich und der Einheitsgesellschaft im Ruhrbergbau, auf der internationalen Ebene von den Plänen einer europäischen Handelsgesellschaft.

In dieser Situation ist es an der Zeit, daß sich der Gesetzgeber endlich zu einer einheitlichen Lösung aufrafft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seine Mitbestimmungsforderung für das Unternehmen in einem Gesetzentwurf zusammengefaßt. Die qualifizierte Mitbestimmung soll auf alle großen Kapitalgesellschaften ausgedehnt werden, die zwei der drei folgenden Merkmale erfüllen: 2000 Beschäftigte oder 75 Millionen DM Bilanzsumme oder 150 Millionen Jahresumsatz. Wären die Parteien des Bundestages rationalen Argumenten zugängig, dann müßte dieser Schritt längst getan sein. Mit ihm würde wenigstens der Weg offengehalten für eine Demokratisierung des Gesamtsystems. Weitere Schritte werden schon deswegen folgen müssen, weil sich das Modell der qualifizierten Mitbestimmung nur auf die Unternehmensebene bezieht. Infolgedessen müssen sich mitbestimmungspolitische Überlegungen schon jetzt auf weitergehende Mitbestimmungskonzepte beziehen.

Aus der Ideengeschichte der wirtschaftlichen Mitbestimmung lassen sich zwei weiterführende Idealtypen herausarbeiten: Das Modell der paritätischen Mitbestimmung und das Modell der Selbstbestimmung.

3) Ein Modell der paritätischen Mitbestimmung für das Unternehmen hat Oswald v. Nell-Breuning entwickelt[6]). Um den Interessendualismus im Unternehmen angemessen zu berücksichtigen, schlägt er folgende Unternehmensverfassung vor:

[6]) Vgl. Oswald v. Nell-Breuning, Mitbestimmung, Frankfurt/Main 1968, S. 69—105.

Eine Unternehmensversammlung als Legislativ-Organ, der je 20 Vertreter von Kapital und Arbeit sowie eine Anzahl weiterer Mitglieder angehören. Die Arbeitnehmervertreter werden teilweise von den Arbeitnehmern oder von den Betriebsräten gewählt, teilweise von den gewerkschaftlichen Spitzenorganen nominiert;

einen Unternehmensrat als Kontrollorgan, der von der Unternehmensversammlung gewählt wird. Alle Mitglieder des Unternehmensrats müssen die Mehrheit der Arbeits- oder der Kapitalseite sowie eine qualifizierte Mehrheit aller Stimmen auf sich vereinigen (Halb-Integration);

eine Unternehmensleitung als Exekutiv-Organ, die durch den Unternehmensrat gewählt wird. Alle Mitglieder der Unternehmensleitung müssen die Mehrheit der Arbeits- und der Kapitalseite sowie eine qualifizierte Mehrheit aller Stimmen auf sich vereinen (Voll-Integration).

Dieses Modell hat grundsätzlich die gleichen Stärken und Schwächen wie das Modell der qualifizierten Mitbestimmung, auch wenn es in einzelnen Punkten die formale Demokratisierung im Unternehmen besser absichert. Dem Universalitäts-Postulat wird es auf keinen Fall gerecht.

Ein Modell der paritätischen Mitbestimmung für die Gesamtwirtschaft haben Wissell und Moellendorff in ihrem Plan einer „Deutschen Gemeinwirtschaft" von 1919 konzipiert [7]). Dieser Plan sieht als regionale Selbstverwaltungswirtschaftskörper reine Arbeitnehmer- beziehungsweise Unternehmerorgane mit paritätischen Rechten vor, und zwar auf Unternehmensebene Betriebsrat und Unternehmensleitung, auf Bezirksebene Bezirksarbeiterrat und Bezirksunternehmerrat, auf der Reichsebene Reichtsarbeiterrat und Reichsunternehmerrat. Als fachliche Selbstverwaltungswirtschaftskörper sollen ihnen gemischte Organe mit paritätischer Beteiligung von Arbeitnehmern und Unternehmern zur Seite gestellt werden, und zwar paritätische Wirtschaftsfachverbände für die einzelnen Branchen sowie paritätische Wirtschaftsbünde für die einzelnen Produktionszweige. Als gemeinsame Klammer und zentrale Schaltstelle steht an der Spitze des Gesamtsystems ein ebenfalls paritätisch besetzter Reichswirtschaftsrat. Den Selbstverwaltungskörpern sollten alle wesentlichen Fragen des Produktionsprozesses übertragen werden, insbesondere Fragen der Preisbildung und der Gewinnverteilung.

Das Wissell-Moellendorffsche Modell der paritätischen Mitbestimmung ist ein universelles Modell. Auf Grund seiner institutionellen Eigenheiten birgt es aber die Gefahr, sich durch häufige Stimmengleichheit bei Kampfabstimmungen selbst zu paralysieren. Oder es tendiert zu arbeitnehmerfernen Entscheidungen, wenn bei Streitfällen die jeweils höhere Ebene eingeschaltet wird. Erst ein Selbstverwaltungsmodell, das alle Entscheidungen in die Hände der Arbeiterschaft legt, kann diese Schwierigkeiten ausräumen.

4) Konkret ausgeformt trat der Gedanke der wirtschaftlichen Selbstverwaltung in Deutschland erstmals in Gestalt des reinen wirtschaftlichen Rätesystems auf. Sein organisatorischer Aufbau wird am klarsten im Organisations-Schema des Berliner Vollzugsrats von 1919 wiedergegeben [8]):

Direkt gewählt werden die Betriebsräte; sie wählen die Bezirks-Gruppen-Räte für 14 Industriegruppen, diese wiederum die Reichs-Gruppen-Räte für die gleichen 14 Industriegruppen (Landwirtschaft, Bergbau, Bau, Metall, Chemie, Textil,

---

7) Vgl. Peter v. Oertzen, Die Probleme der wirtschaftlichen Neuordnung und der Mitbestimmung in der Revolution 1918, Frankfurt/Main ohne Jahr, S. 91 ff.
8) Vgl. Der Arbeiter-Rat, Nr. 27/1919, S. 8 f.

Papier, Leder, Holz, Nahrungs- und Genußmittel, Handel und Banken, Verkehr, öffentlicher Dienst, freie Berufe). Zum fachlich gegliederten Zweig des wirtschaftlichen Rätesystems kommt der regional gegliederte. Die Bezirks-Gruppen-Räte schicken Delegierte in die Bezirks-Wirtschafts-Räte, die Reichs-Gruppen-Räte schicken ihre Vertreter in den Reichs-Wirtschafts-Rat.

Im reinen wirtschaftlichen Rätesystem wächst den Mitbestimmungsrechten eine neue Dimension zu. Über den Einbruch in die unternehmerische Herrschaftsgewalt zugunsten des Arbeitnehmers als Objekt hinaus geschieht der Einbruch zugunsten des Arbeitnehmers als Subjekt. An die Stelle von „als völlig harmlos erkannten Requisitstücken aus der sozialreformerischen Rumpelkammer" tritt der Gedanke der „direkten Mitbestimmung und Kontrolle ... durch die Gemeinschaft der arbeitenden Betriebsbeteiligten und durch ihre von ihr selbst bestimmten Organe" [9]).

Über die Regelung und Kontrolle der Produktion durch die Räteorgane wird der Einfluß der Arbeiterklasse als Ganzes maximiert. Über das Wahlrecht und die sofortige Abberufbarkeit der Räte-Delegierten durch die Mehrheit der Stimmberechtigten aber wird gleichzeitig der Einfluß des einzelnen Arbeitnehmers hoch gehalten.

Das wirtschaftliche Rätesystem kommt der materiellen Demokratisierung dadurch nahe, daß es das kapitalistische Profitinteresse ausschaltet. Gleichwohl bleiben Interessengegensätze bestehen, Interessengegensätze nämlich zwischen den Arbeitern eines Unternehmens und der Gesamtheit der Arbeiter oder Verbraucher. Karl Korsch hat diesen Gegensatz beschrieben: Verlangen die Arbeiter eines Unternehmens (oder eines Produktionszweigs) eine der Bedeutung ihrer Arbeit entsprechende Teilnahme an der Herrschaft über den Produktionsprozeß, dann fordern die Verbraucher eine Überleitung der kapitalistischen Herrschaftsrechte auf die Gesamtheit [10]).

Ähnliche Gedanken entwarf Karl Kautsky in seinem Sozialisierungs-Referat, das auf dem 2. Rätekongreß 1919 in Berlin verlesen wurde: „Sozialismus bedeutet, wie man sieht, nicht bloß Expropriation der Kapitalisten. Das wäre ein sehr einfacher Prozeß. Er bedeutet Organisierung der Produktion und des Absatzes durch das Zusammenwirken der organisierten Arbeiter und der organisierten Konsumenten auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnis. Die Sozialisierung erheischt also Organisation der Arbeiter wie der Konsumenten. Beide Organisationen sind verschieden."

Karl Korschs System der „Industriellen Autonomie" führt den Prozeß der materiellen Demokratisierung bis zur letzten Konsequenz weiter. Es überträgt den Arbeitern die Herrschaftsgewalt über die Produktionsmittel, schränkt diese Sonderstellung der Produzentengemeinschaft aber im Interesse der Gesamtheit ein. „Der Weg, auf welchem diese beiden ... Forderungen, die Kontrolle von oben (durch die Gesamtheit) und die Kontrolle von unten (durch die unmittelbaren Betriebsbeteiligten), mit Sicherheit und Schnelligkeit nebeneinander verwirklicht werden können, ist das ... so wenig verstandene Rätesystem; (aber) nur unter der Voraussetzung, daß es auch wirklich gemäß diesen ... Grundsätzen ausgestaltet wird" [11]).

Ein Rätemodell im Sinne voller Selbstbestimmung der Arbeiter impliziert die Abschaffung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln und steht da-

---

9) Karl Korsch, Die Sozialisierungsfrage vor und nach der Revolution, in: Der Arbeiter-Rat, Nr. 19/1919, S. 15 f.
10) Karl Korsch, Was ist Sozialisierung? Hannover 1919, S. 18 f.
11) Karl Korsch, a.a.O., S. 27 f.

mit bereits außerhalb unserer Frage, die auf Möglichkeiten der Demokratisierung und insofern der Veränderung des organisierten Kapitalismus durch Mitbestimmung gerichtet ist. Die Durchsetzung einer paritätischen Mitbestimmung, die dem Universalitätspostulat gerecht wird, würde einen Prozeß der Veränderung nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Machtkonstellationen im Lande in Gang setzen. In dem Maße, in dem die Einflußnahme der Arbeiterschaft auf die Wirtschaft gesichert wird, verändert sich nicht nur der Inhalt der wirtschaftlichen Entscheidungen, es ändert sich auf Grund dieser neuen Machtlage im wirtschaftlichen Bereich auch das politische Klima im Staate. In dem Maße, in dem wirtschaftliche Mitbestimmung verwirklicht wird, vergrößert sich die Chance, daß breite Bevölkerungsschichten auch wieder Einfluß auf die politischen Parteien und über sie auf die Parlamente gewinnen, und dies deshalb, weil die formalen politischen Institutionen, die heute von den Konzernen okkupiert sind, in dem Augenblick für das Einströmen der Gegenmacht der Lohnabhängigen frei werden, in dem der Einfluß des Kapitals reduziert ist. Während einige Parteien, wie die CDU, immer deutlicher ihren Charakter als Parteien der privaten Monopole zeigen müssen, werden sich diejenigen Parteien, die ihrem Anspruch nach Parteien der Lohnabhängigen sein wollen, deren Forderungen mehr und mehr wieder öffnen müssen, wenn sie nicht von der durch die Mitbestimmung zu größeren Einblicken in das wirtschaftliche Getriebe befähigten Massen ebenfalls abgeschrieben und durch andere, neue Parteien ersetzt werden sollen. Der Kampf um die Teilung der Macht in der Wirtschaft durch paritätische Mitbestimmung ist somit das entscheidende Agens der politischen Veränderung. In ihm entscheidet sich, ob eine Demokratisierung durchgesetzt werden kann, und da er ein realer Kampf um Beschneidung der Macht der großen Unternehmen ist, wird er von diesen auch mit aller Schärfe und ohne Bereitschaft zu freiwilligen Kompromissen geführt werden. Alle Mitbestimmungsmodelle, die von oben her im Einvernehmen mit den Konzernen, also kampflos, eingeführt werden könnten, sind in Wahrheit Modelle, die an der bestehenden Machtverteilung nichts ändern und den Namen eines Mitbestimmungsmodells nur aus Täuschungsgründen tragen. Effektive Machtteilung, auf die wirkliche Mitbestimmung hinausläuft, kann nur erkämpft werden, und weil sie den erfolgreichen Kampf von unten gegen die in den Händen einiger großer Unternehmen monopolisierte Macht bedingt, ist der Kampf der Lohnabhängigen um die wirtschaftliche Mitbestimmung identisch mit dem Kampf um die Demokratisierung auch der politischen Institutionen. Die Forderung nach Selbstbestimmung der Forderung nach Mitbestimmung vorzuziehen, ist Utopie; umgekehrt aber trägt der Kampf um die Verwirklichung der Mitbestimmung und damit zugleich um die Veränderung der innerpolitischen Kräfteverhältnisse eine Dynamik in sich, die dann weitergehende Systemänderungen genau in dem Umfange, in dem sie von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht werden, realisierbar macht.

IV

Wenn es ernst ist mit der Forderung nach systemändernder Mitbestimmung, dann muß die Mitbestimmungsdiskussion innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften über den gegenwärtigen Stand hinausgehen. Sie muß wirtschaftliche und politische Möglichkeiten einbeziehen, die über die Tagesforderung nach qualifizierter Mitbestimmung im Unternehmen weitergreifen. Die Resolutionen der Gewerkschaftskongresse haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß die gleichberechtigte Mitbestimmung alle Entscheidungsstufen einbeziehen soll. Heute

müssen die konkreten Vorstellungen für den Unterbau und den Überbau zur Mitbestimmung im Unternehmen formuliert werden, wenn sie in absehbarer Zukunft verwirklicht werden sollen.

Allerdings kann die Mitbestimmung allein nicht garantieren, daß das gesamte Wirtschaftssystem entsprechend den objektiven Interessen der Allgemeinheit geändert wird. Mehrere Rahmenbedingungen müssen dazukommen:

Erstens muß die systemändernde Mitbestimmung in ein geschlossenes systemänderndes Instrumentarium der Wirtschaftspolitik eingereiht werden, das sich auf folgende Bestandteile stützen sollte:

Eine gesellschaftliche Rahmenplanung, die über den angepaßten Plankapitalismus hinausgeht;

eine gesellschaftliche Machtkontrolle, die eine wirksame Monopol- und Kartellkontrolle und z. B. eine Verbesserung der Publizitätsvorschriften einschließt;

eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien, nicht als Selbstzweck, sondern als Modell für eine Unterordnung des Profits unter die gesellschaftlichen Bedürfnisse mit dem Nahziel, Preissteigerungen zu vermeiden, Überprofite für gemeinnützige Zwecke abzuschöpfen und volkswirtschaftlich notwendige, aber im kapitalistischen Sinne unrentable Investitionen zu realisieren.

Zweitens — und das ist noch wichtiger — muß breitesten Arbeitnehmerschichten ihre objektive Interessenlage bewußt werden. „Die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder sind (heute) diejenigen, wo die besitzlosen proletarischen Schichten die große Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Trotzdem findet sich in jenen Ländern immer noch eine Mehrheit für die Parteien, die politisch die Interessen der besitzenden Minderheit des Volkes vertreten. Fragt man sich nun, wie dies möglich ist, so lautet die Antwort, daß diese besitzende Minderheit dank ihrer wirtschaftlichen Übermacht, dank ihrer Privilegien des Besitzes und der Bildung bis jetzt gewaltige Beeinflussungs- und Druckmittel hat, denen zu widerstehen die Mehrheit der Bevölkerung bisher nicht im Stande war" [12]). Der organisierte Kapitalismus hat die überlieferten Verschleierungs- und Manipulationskünste noch verfeinert. Gerade auf diesem Wege werden bestehende Verhältnisse zementiert. Denn — so schreibt Auguste Blanqui — „der Magen kann die Enthaltsamkeit nicht vertragen, das Gehirn gewöhnt sich leicht daran. Im Gegenteil, je mehr ihm entzogen wird, um so weniger fühlt es sein Bedürfnis" [13]). So kann erst ein Bildungssystem, das nicht bloß auf technische Effizienz, sondern auch auf gesellschaftliche Humanität ausgerichtet ist, zum menschlichen Charakter der menschlichen Produktion hinführen.

---

12) Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie, Frankfurt/Main, 1966, S. 15.
13) Auguste Blanqui, Kritik der Gesellschaft, in: Diehl — Mombert, Ausgewählte Lesestücke, Bd. XI. (1886), S. 66.

Dr. Egbert Höflich, Dr. Marie Veit, Michael Dohle, Dr. Dorothee Sölle

„Politisches Nachtgebet" als Modell

Zu einer Veranstaltung des Ökumenischen Arbeitskreises in der ev. Antoniterkirche am 1. Oktober 1968 in Köln

Der Begriff „Politische Theologie" entbehrt heute noch der Eindeutigkeit. Er ist durch Vorstellungen belastet, die weit in die Geschichte der Kirche zurückreichen, in die Zeit Kaiser Konstantins, in der die christlichen Gemeinden sich zur Reichskirche entwickelten. Hier wurden die Fundamente des Sacrum Imperium gelegt, das einen mehr als tausendjährigen Bestand in der Geschichte des Abendlands hatte. Geistliche und weltliche Macht, religiöse und gesellschaftliche Existenz waren damals in einer kaum trennbaren Weise einander zugeordnet.

Einen entscheidenden Riß erhielt die Einheit von Religion und Gesellschaft in der Aufklärung. Die aufkommende Ideologiekritik weist der Religion ihren partikulären Ort und ihre partikuläre Funktion im gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang an. Sie glaubte die Religion als ideologischen Überbau enthüllen zu können, der ein falsches Bewußtsein erzeugt und die bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse rechtfertigt. Die Kritik an der Religion und der sie stützenden metaphysischen Theologie, die sich bei Karl Marx in seinen „Thesen über Feuerbach" findet, geht jedoch darüber hinaus. Sie bringt nicht nur zum Ausdruck, daß das religiöse Gemüt selbst ein gesellschaftliches Produkt ist und der von der Anthropologie analysierte Mensch immer schon einer bestimmten Gesellschaftsform angehört (These 7). Marx stellt die Frage nach der Wahrheit des Menschen auf eine neue Basis. Wahrheit ist für ihn nicht ein Verhältnis, in dem der Mensch dem erkennbaren Gegenstand in theoretischer Distanz gegenübersteht; Wahrheit geht nicht in beschaulicher Kontemplation auf; Wahrheit ist ein Verhältnis von Theorie und Praxis. „In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, i. e. Wirklichkeit und Macht, Diesseitigkeit seines Denkens beweisen" (These 2).

Marx hätte es sich gewiß nicht träumen lassen, mit diesem Gedanken auch ein neues Verständnis von „politischer Theologie" begründet zu haben. Aber genau an dieser Stelle setzt es ein. Die Theologie der Neuzeit hat die christliche Botschaft in den privaten Kategorien der Heilsmitteilung Gottes an den Einzelnen interpretiert, als Ich-Du-Verhältnis zwischen Gott und Mensch, als Begegnung von zwei Partnern. Gerade darin wurde sie a-politisch. Gott und sein Wort blieben das Gegenüber des Menschen, das in frommer Meditation bedacht und verehrt wurde. Der Gesellschaftsbezug der biblischen Botschaft drohte verloren zu gehen, im privaten Heilsbereich zu verschwinden. Kritisches Aufwachen war nötig. „Entprivatisierung ist die primäre theologiekritische Aufgabe der politischen Theologie" [1]). Das bedeutet Abkehr von einer ausschließlich existenzialen und personalen Theologie, die den Menschen abstrakt, herausgelöst aus

[1]) Vgl. J. B. Metz, Zur Theologie der Welt, Mainz 1968, S. 101, und Das Problem einer „politischen Theologie" und die Bestimmung der Kirche als Institution gesellschaftskritischer Freiheit, in: Concilium IV, 6/7 Zürich—Mainz 1968, S. 404. Auch die anderen Beiträge des Concilium-Heftes, die unter dem Thema „Der Glaube und die gesellschaftlich-politische Wirklichkeit" zusammengestellt sind, verdienen in diesem Zusammenhang Beachtung.

seiner im weitesten Sinne des Wortes politischen Verflochtenheit in das Leben der Gesellschaft betrachtete. Für eine politische Theologie ist die Frage nach dem Menschen immer ein gesellschaftliches Problem, eine Frage nach den Bedingungen, die eine Gesellschaft für das Leben ihrer Mitglieder schafft. Dem christlichen Glauben kommt unter diesen Vorzeichen eine gesellschaftskritische Funktion zu. Sie besteht darin, die eschatologischen Verheißungen der biblischen Offenbarung in einem gesellschaftlich politischen Sinn auf die Welt zu beziehen, die vorgefundenen politischen Zustände und das ihnen entsprechende öffentliche Bewußtsein zu prüfen und, wenn nötig, zu verändern.

Politische Theologie versteht sich so als theologische Aufklärung, als politischen Vorgang, als gesellschaftliche Praxis. Aber das kann nicht heißen, daß der christliche Glaube bzw. die ihn tragenden Institutionen, die Kirchen, ein totalitäres Programm besäßen, nach dem die Welt ein für allemal in Ordnung zu bringen wäre. Nicht die Verwirklichung einer systematischen Soziallehre, sondern die ständige kritische Infragestellung des gesellschaftlichen Status quo, die Kritik der totalitären Gewalt, die Kritik der öffentlichen Manipulation des Einzelnen, die Kritik des Freund-Feind-Denkens auf allen Ebenen des menschlichen Zusammenlebens — das ist ihre Aufgabe. Ihr liegt die Überzeugung zugrunde, daß die Christen als Brüder Christi Brüder aller Menschen sind. Ihre erste Sorge kann darum nicht die Sorge um sich selbst, um die eigene Gruppe, um die eigene Kirche sein. Die politische Relevanz des christlichen Glaubens darf nicht als politischer Katholizismus mißverstanden werden. Das Heil aller Menschen, der Frieden und die Versöhnung in der einen Welt, die größere Gerechtigkeit in der Verteilung der Güter, der Schutz jedes Einzelnen vor Diskriminierung, Ausbeutung, Verdummung und jeder Art von Terror ist in die Verantwortung des Glaubens gestellt. Das ist der Raum, in dem sich das politische Engagement des christlichen Glaubens zu bewähren hat.

Egbert Höflich

Innerhalb des deutschen Protestantismus ist der Nachholbedarf an politischer Theologie besonders groß. Das hat seinen Grund zunächst in konkreten Machtverhältnissen (Summepiskopat der evangelischen Landfürsten von der Reformationszeit bis 1918), sodann in einer dementsprechenden, grundsätzlich politikfernen theologischen Tradition.

Der Summepiskopat der Fürsten, von Luther als vorübergehende Notlösung gedacht, hielt sich durch 400 Jahre und gab den Landesherren fast unbegrenzte Möglichkeiten zur Beeinflussung der Volksmeinung in die Hand. Besetzung der Pfarrstellen, der theologischen Professuren, Bücherzensur (Kants Konflikt mit der Zensurbehörde), direkter Eingriff in die Lehre (Synkretismusstreit im 17., Agenden- und Apostolikumsstreit im 19./20. Jhd.) schienen dadurch gerechtfertigt. Welche Rolle direkt politische Zielsetzungen dabei spielen konnten, zeigt besonders deutlich die Agendenreform Friedrich Wilhelm III.; ihre Absicht war, durch Kirchenmusik und einheitliches altkirchliches Glaubensbekenntnis „die Gemeindeglieder an den Gottesdienst zu fesseln, den Zusammenhang mit der Kirche zu stärken und so allen revolutionären und gefährlichen Gedanken von vornherein das Wasser abzugraben" (so der König in einem Schreiben betr. seine ersten Entwürfe aus dem Jahre 1804) [2]). Die Liturgie, so heißt es wörtlich, sei für die Gemeinde dasselbe wie die Parade für das Heer [3]).

[2]) Leupold, Die Liturgischen Gesänge der evangelischen Kirche im Zeitalter der Aufklärung und der Romantik, Bärenreiter-Verlag 1933.
[3]) Kupisch, RGG III „Agendenstreit".

Ablehnung jeder Revolution, von Luther in der Auseinandersetzung mit dem linken Flügel der Reformation (Karlstadt, Müntzer, die altevangelischen Taufkirchen) und besonders im Bauernkrieg 1525 konzipiert, war und blieb wichtiger Bestandteil der landesfürstlich-kirchlichen Volkserziehung. Sie verband damit die bedingungslose Bindung an „König und Vaterland": Zu Beginn des 19. Jhds. gab es in Preußen Pläne zu einer „vaterländischen Konfirmation", die im Anschluß an die kirchliche vor einem mit den Farben des Vaterlandes geschmückten Altar stattfinden und die Jungen zur Bereitschaft zum Heldentod verpflichten sollte. Zur Ausführung kamen sie allerdings nicht. Daß Christentum und Sozialismus, Christentum und Widerstand gegen die „Obrigkeit" in Deutschland als unvereinbare Gegensätze empfunden werden mußten, lag unter diesen Umständen auf der Hand.

So sehr aber die religiöse Volkserziehung politischen Zwecken diente, so wenig wurde dies dem Volk bewußt. Im Gegenteil, es bildete sich die heute noch ständig zu hörende Meinung, Politik und Religion hätten nichts miteinander zu tun. Politik war Sache des Fürsten und seiner Minister, dem Einzelnen blieb die Welt religiöser Innerlichkeit. Diese Meinung wurde und wird aus zwei wichtigen theologischen Traditionsströmen gespeist: 1) der lutherischen Lehre von den beiden Reichen, 2) der pietistischen Weltabkehr, die Politik als „schmutziges Geschäft" erscheinen läßt. Im Neuluthertum des 19. Jhds. trat 3) die Lehre von den Schöpfungsordnungen hinzu, derzufolge politisches Handeln von Christen jedenfalls nur konservativ orientiert sein kann.

Zu 1): Von der Frage her, ob sich die Gebote der Bergpredigt Matth. 5-7 (Feindesliebe) in der Realität verwirklichen lassen, kam Luther ab 1523 [4]) zu seiner Unterscheidung der „zwei Reiche", in denen der Christ zu leben habe: dem „Reich Christi", zu dem er sich im Glauben zählt, und dem „Reich der Welt", dem er in Staat, Amt, Beruf zugehört. Nur im „Reich Christi" ist die Bergpredigt relevant; im „Reich der Welt" gelten andere Gesetze, nämlich „Vernunft", „Gewalt", „gerechte Vergeltung". Den Grund zur Unterscheidung beider Reiche sieht Luther in der Existenz des „Bösen" in der Welt, dem Fürsten und andere „Ämter" (Richter, Büttel, Henker, Kriegsleute) entgegentreten müssen; wollten sie Gnade walten lassen, wo Amtsgewalt hingehört, so nähme das Böse überhand: „Darum, wenn ein ganzes Land oder die Welt sich unterwinden, mit dem Evangelium zu regieren, das ist eben, als wenn ein Hirt in einem Stall zusammentäte Wölfe, Löwen, Adler, Schafe und ließe jegliches frei unter dem anderen gehen und spräche: Da weidet euch und seid friedsam untereinander, der Stall steht offen, Weide habt ihr genug, Hunde und Keulen braucht ihr nicht zu fürchten. Hier würden die Schafe wohl Frieden halten ... aber sie würden nicht lange leben" [5]). Daß Amtsträger selbst zu „Wölfen" werden könnten, sieht Luther im Zusammenhang des Bauernkrieges wohl, kann sich aber eine Gewaltausübung von unten nach oben, also Revolution, nicht vorstellen; böse Fürsten „befiehlt er dem Teufel" [6]).

Da das „Reich der Welt" nach Luther der Durchsetzung von Recht und Ordnung dient, wirkt in ihm die „erhaltende" Liebe Gottes, allerdings unter Härte verborgen („Gottes Mummerei"). Bis zum Jüngsten Tag, an dem die Welt und mit ihr das Böse vergeht, bleibt dieses Reich nötig. An eine Weltveränderung, die die Ursachen des Bösen beseitigt, kann Luther nicht denken, zumal die (so nicht biblische!) Lehre von der Erbsünde dies als hoffnungslos erscheinen lassen muß.

4) In der Schrift „Von weltlicher Oberkeit, wie weit man ihr Gehorsam schuldig sei".
5) Ebd.
6) „Sendbrief von dem harten Büchlein wider die Bauern", 1525.

Im „Reich Christi" dagegen, in dem es nur Vergebung, nicht Vergeltung gibt, wird die Gnade Gottes hier schon unverhüllt sichtbar; in ihm beginnt das ewige Leben.

Praktisch bedeutet diese Lehre, daß der Christ als Privatmensch „christlich", im Amt (besonders im staatlichen Bereich) jedoch „weltlich" handeln muß. Daß sich daraus (gegen Luther) leicht die Auffassung entwickeln konnte (und unter den oben skizzierten Machtverhältnissen entwickeln mußte), Politik habe mit dem Christsein nichts zu tun, liegt auf der Hand.

Seit 1945 ist die Lehre von den beiden Reichen massiven theologischen Angriffen seitens der schweizerischen reformierten Theologie (Karl Barth) sowie seitens amerikanischer Theologen ebenfalls reformierter Tradition ausgesetzt worden. Karl Barth entwickelte die Lehre von der „Königsherrschaft Christi": durch die Gemeinde der Glaubenden hindurch muß das Evangelium verändernd in die Welt hineinwirken, und zwar vor allem in Richtung auf Friedenspolitik.

Zu 2): Für den Pietismus, der seit der Mitte des 17. Jhds. (Spener, Francke, dann Zinzendorf) die „lebendigen" evangelischen Gemeinden vorwiegend prägt, ist das jenseitige Heil der einzelnen Seele das einzig Wichtige; laut Francke wird es in der sogenannten „Bekehrung" erlangt, die die Abkehr von allen „weltlichen" Interessen impliziert. Dazu gehören nicht nur Vergnügungen, sondern auch Politik, Kultur, Wirtschaftsleben. Die einzige Ausnahme bildet die Hilfe für Leidende, in der die Pietisten Bahnbrechendes geleistet haben (Waisenhäuser, Krankenfürsorge); allerdings kannten sie bis ins 19. Jhd. hinein nur die private christliche Initiative, nicht den Gedanken, durch Einflußnahme auf politische Entscheidungen Leiden gar nicht erst entstehen zu lassen oder aber Fürsorge zur gesetzlichen Pflicht der Gesamtgesellschaft werden zu lassen. Leiden galt als unvermeidbar, gottgewollt; und Ergebung war Ausdruck des Glaubens, Auflehnung sicheres Zeichen des Unglaubens. Wenn gegen das „credo" von Dorothee Sölle (s. u.) noch heute der Einwand zu hören ist: „Arme und Reiche hat's immer gegeben", so sind darin auch Nachwirkungen dieses pietistischen Geistes zu sehen.

Zu 3): Die Theologie der Schöpfungsordnungen nimmt eine Statik grundlegender gottgewollter Seinsstrukturen an, die dem Gedanken an eine Veränderbarkeit der Welt entgegen steht. Das eigentümliche Mißtrauen gerade frommer Kreise gegenüber jedem Fortschritt in Medizin und Technik (als Eingriffen in den „Lauf der Natur", der mit dem Willen Gottes gleichgesetzt wird) wurde durch sie noch bestärkt. Politisch reaktionäre Haltung, ja eine spezifische Nähe zum Faschismus (Rassenlehre, lebensunwertes Leben) waren die Folgen. Daß der Mensch in der Bibel als Herr der Natur gilt (besonders deutlich im ersten Kapitel, dem sogenannten Schöpfungsbericht, sowie im 8. Psalm), ist hier fast vergessen, zumindest aber uninterpretiert: nur in „natürlichen" (in Wahrheit vor-technischen) Verhältnissen darf es gelten; die Technik geht „zu weit".

Angesichts dieser theologischen Vorgeschichte des deutschen Protestantismus kann es nicht wundernehmen, daß die protestantisch geprägten Teile Deutschlands für Hitler besonders anfällig waren. Noch bei den Landtagswahlen 1966 in Hessen und Bayern wurden die NPD-Erfolge überwiegend in evangelisch bestimmten Landkreisen gewonnen (s. Report des Bundesinnenministeriums über „Erfahrungen aus der Beobachtung und Abwehr rechtsradikaler und antisemitischer Tendenzen im Jahre 1966") [7]. Der oben erwähnte Nachholbedarf ist also evident.

Marie Veit

[7] Zugänglich im Israel-Forum, Landsberger & Co., Heft 9/1967.

„POLITISCHES NACHTGEBET" ALS MODELL

Eine der ersten Vorbedingungen für die Wirksamkeit einer politischen Theologie ist der geduldige Aufbau einer kritischen Öffentlichkeit innerhalb der Kirchen. Davon handelt der nachfolgende Bericht über die Tätigkeit eines Kölner Arbeitskreises. Seine Versuche und Ansätze sollen als Modell eines theologischen Theorie-Praxis-Verhältnisses verstanden werden, das den Boden einer „reinen Theologie" bewußt verläßt.

Im November 1964 verfaßt eine kleine Gruppe von katholischen Journalisten, Pädagogen und Theologen den Entwurf eines Ehehirtenbriefs, der dem Erzbischof von Köln zur Verkündigung angeboten wird. Die Initiative gründet in der Überlegung, daß die in diesem Bereich sachlich kompetenten Eheleute eine Mitverantwortung für die kirchliche Verkündigung tragen.

Der zweite Versuch einer politisch-theologischen Aktion dieses Kreises besteht in einer Anregung, sich mit einer Friedensbotschaft von elf vietnamesischen Priestern aus Saigon solidarisch zu erklären. Sie wird an alle katholischen Bischöfe der Bundesrepublik versandt mit der Bitte, sie in ihren Diözesen verlesen zu lassen.

Der Arbeitskreis nimmt aktiven Anteil an der Gründung des Bensberger Kreises, einer Vereinigung von Freunden der Pax-Christi-Bewegung am 7./8. Mai 1966. 1966 treten evangelische Mitglieder dem Arbeitskreis bei. Er arbeitet zunächst an ökumenisch-theologischen Fragen, wendet sich aber bald darauf der Erörterung eines Glaubensbekenntnisses aus dem Geist einer politischen Theologie zu.

Im Dezember 1967 regen Mitglieder des Arbeitskreises ein politisches Gespräch über den Vietnamkrieg in der Kirche St. Alban im Anschluß an den Sonntagsgottesdienst an. Das Generalvikariat erhebt Einspruch gegen die Diskussion in der Kirche. So findet sie am dritten Adventssonntag vor der Kirchentür statt, was ihr ein starkes Presseecho einträgt. Ein eigener „Arbeitskreis Vietnam an St. Alban" wird gegründet. Er verfolgt als Ziel: humanitäre Hilfe für die vom Krieg betroffenen Menschen und politische Bewußtseinsbildung durch Protestaktionen gegen den ungerechtfertigten Krieg. Zu den Protestaktionen gehören ein Aufruf an alle Bundestagsfraktionen, das Thema Vietnam im Bundestag zur Sprache zu bringen, ein Brief an Außenminister Willy Brandt im selben Sinn, ein Brief an jeden einzelnen Bundestagsabgeordneten, ein Brief an den Bundeskanzler und ein Brief an die Fuldaer Bischofskonferenz. Innerhalb von drei Monaten werden 10 000 DM gesammelt. Persönliche Kontakte zu den Empfängern des Geldes in Nord- und Südvietnam werden hergestellt.

Für den Weihnachts- und Ostergottesdienst 1967/68 bietet der „ökumenische Arbeitskreis" allen evangelischen und katholischen Pfarrern in Köln einen Text zum Krieg in Vietnam an mit der Bitte, ihn zu verlesen oder mit eigenen Worten wiederzugeben. Karfreitag 1968 veranstaltet er in eigener Verantwortung einen öffentlichen Gottesdienst auf dem Neumarkt in Köln. Zu seinem Programm gehören ein Schweigemarsch vom Rudolfsplatz zum Neumarkt mit einem großen Transparent „Vietnam ist Golgatha", Gebete, Informationen, Aktionsaufrufe und Ansprachen evangelischer und katholischer Christen. Teilnehmerzahl: 2 000 Personen.

Einige Mitglieder des Arbeitskreises engagieren sich im Sommer 1968 in den kritischen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetzgebung.

Der „Arbeitskreis Vietnam an St. Alban", dem ein Teil der Mitglieder des ökumenischen Arbeitskreises angehört, nimmt Kontakt zu biafranischen Studenten auf und fordert in Schreiben an den Bundeskanzler, den Bundesaußenminister, die

Bundestagsfraktionen und zahlreiche in Bonn akkreditierte Botschafter fremder Staaten die verantwortlichen Staatsmänner und Regierungen zu politischer Hilfe für die bedrängte Bevölkerung Biafras auf.

Der ökumenische Arbeitskreis veranstaltet während des Katholikentages 1968 das erste „Politische Nachtgebet" in der katholischen St. Martinskirche in Essen. Nach dem Vorbild des Kölner Karfreitagsgottesdienstes enthält es Informationen zu den politischen Gewaltaktionen in der CSSR, in der Dominikanischen Republik und in Vietnam, ferner Fürbitten und Meditationen. An den gottesdienstlichen Vortrag schließt sich eine heftige mitternächtliche Diskussion in der Kirche an. Teilnehmerzahl: 300 Personen.

Der Arbeitskreis beschließt, das „Politische Nachtgebet" zu institutionalisieren. Beginnend mit dem 1. 10. 1968 soll es am ersten Dienstag eines jeden Monats in einer Kölner Kirche stattfinden. Egbert Höflich

Die Anwendung des Begriffs „Modell" ist bezogen auf zwei Ereignisse: 1) Die Reaktion des Kölner Generalvikariats zum Vorhaben des Arbeitskreises und 2) Die Konzeption des Gottesdienstes selbst.

Zu 1): Als durch die Presse bekannt wurde, daß Frau Dr. Sölle ein von ihr verfaßtes Glaubensbekenntnis in einer katholischen Kirche auszusprechen vorhatte, gab Oberhirt Kardinal Frings das Verbot zur Benutzung des Gotteshauses St. Peter. Die Kirchenzeitung (vom 11. 10.) begründet sein Verbot wie folgt: Die Veranstaltung sei als „eine Entweihung des Gotteshauses" verboten worden. „Um diese Entscheidung ... zu verstehen, sollte man nicht daran erinnern müssen, daß (der Erzbischof von Köln) vor Gott und unserer Kirche für die Verkündigung des wahren und unverkürzten katholischen Glaubens die Verantwortung trägt." Es „steht außer Zweifel, daß ein solches Unternehmen ... fragwürdig ist, indem Politisches und Religiöses gefährlich vermischt werden." Nach dem (unter 2) zitierten Glaubensbekenntnis „kann der religiöse Kern des „Nachtgebetes" .. nur auf dem Hintergrund einer falschen Theologie gesehen werden, für die Gott als Person tot ist und Jesus Christus als dritte (!) Person der Trinität nach der Auferstehung sich sozusagen in das subjektive soziale Tun der einzelnen Menschen verflüchtigt". Es folgen Zitate aus dem Credo, „um dem Leser vor Augen zu führen, wie sehr vom katholischen Glauben her unhaltbar und undurchsichtig eine solche Theologie und damit auch eine solche Veranstaltung sein muß". In der Begründung heißt es weiter, „daß sich die Bedenken ... gegen die von Frau Dr. Sölle vertretene Lehre richten. Ihre Theologie steht den Vertretern jener Richtung nah, für die ‚Gott tot ist' ... Auch wirkt verletzend, daß dieses Gebet dem Apostolischen Glaubensbekenntnis nachgebildet ist ... Aus der Verantwortung des Bischofs ... entspringt seine Pflicht, auf die Einseitigkeit und Mißverständlichkeit eines rein politisch verstandenen Christusglaubens hinzuweisen und so die Gläubigen vor Verwirrung zu bewahren ... Diese Begründung (hätte man) auch den katholischen Planern des ‚Politischen Nachtgebetes' gegeben, ... wenn diese sich rechtzeitig bei ihrem Ortsbischof zu informieren bereit gewesen wären ..." Am 30. 9. fand ein Gespräch zwischen Mitgliedern des Arbeitskreises und Kardinal Frings statt. Eine Annäherung in theologischen Fragen kam nicht zustande, weil der Kardinal auf dem Standpunkt doktrinärer theologischer Formulierungen bestand. Er benutzte das Gespräch, seinen Standpunkt mitzuteilen; der Meinungsaustausch ging den Differenzen nicht auf den Grund und kann deshalb auch in keiner Weise als Dialog bezeichnet werden.

Die Konfliktzone, in der sich der Ökumenische Arbeitskreis befindet, ist anhand der bischöflichen Reaktion erkennbar geworden: die spontane, unvollständige Artikulation des Glaubens findet keinen Platz mehr in dem funktionalisierten Apparat Kirche, wenn sie sich z. B. eines vorhandenen, weithin zur Phrase gewordenen Glaubensbekenntnisses bedient und dieses selbständig konkretisiert. Diese Zone umfaßt das Feld primärer Bewegung innerhalb des totalitären Anspruchs kirchlichen Sekundärspiels. Die „Verantwortlichen" fühlen sich verletzt in ihrem Herrschaftsanspruch und reagieren irrational und autoritär: Sie überprüfen den Text nicht auf seinen Inhalt hin, sondern greifen auf Vermutungen des theologischen Standpunktes einer mißliebigen „einzelnen Person" zurück; sie argumentieren unsachlich („Ihre Theologie steht den Vertretern jener Richtung nahe . . ."), parteipolitisch („Die Amerikaner sind doch unsere Verbündeten"), reaktionär („Sie können doch nichts zu Vietnam sagen, wenn sie nicht dort waren") und antisozial („Es hat schon immer Arme und Reiche gegeben").

Der Kardinal weigert sich schließlich, Frau Sölle anzuhören, verbietet die Benutzung einer Kirche, verpflichtet den für St. Peter zuständigen Pfarrer, A. Schuh SJ, zum Gehorsam und ergreift repressive Maßnahmen gegen Mitglieder des Arbeitskreises.

Zu 2): Der Konzeption des Gottesdienstes liegt nicht die Absicht der antiklerikalen Provokation zugrunde, sondern vielmehr die Einsicht in die Notwendigkeit der politischen Aussage des Glaubens. Er beinhaltet demnach Information, Meditation, Gebet und Diskussion. Er beginnt mit einer Presseerklärung zum Verbot der Veranstaltung und einer Einführung zum Verständnis der Handlung.

Die Erklärung lautet: „Am Samstagabend spät (28. 9.) erfuhren die Veranstalter des Politischen Nachtgebetes, daß Kardinal Frings diesen Gottesdienst in St. Peter verboten habe. Wir protestieren gerade als katholische Christen gegen diese Weise des Vorgehens: — Die Benachrichtigung kam so spät, daß eine Umorganisation fast nicht mehr möglich war.

— Kardinal Frings hat mit niemandem aus dem Kreis der Veranstalter Rücksprache genommen, sondern das Verbot des Gottesdienstes über Dritte aussprechen lassen.

— Es wurden Texte aus dem Gottesdienst als theologisch unmöglich und häretisch erklärt, ohne daß die Verfasser Gelegenheit hatten, ihre Argumente vorzubringen. Wir halten dies für eine Entmündigung der evangelischen und der katholischen Laien und Pfarrer dieses Kreises.

— Das zweite Vatikanische Konzil hat gefordert, niemanden zu verurteilen, bevor er gehört worden sei. Wir halten das Vorgehen für einen Rückfall in vorkonziliares Gebaren und für einen Herrschaftsanspruch, den wir in der katholischen Kirche überholt glaubten.

Wir wollen keine Feindschaft. Aber wir können nicht zu Unternehmungen schweigen, die gegen den Geist der Brüderlichkeit und des Dialogs verstoßen und damit das Evangelium verdunkeln. Die Wahrheit der Kirche selber ist gefährdet, wo Stimmen in ihr unterdrückt werden, kirchliche Instanzen einseitig informiert werden und darum auch nur einseitig handeln können."

Der erste Text wird als Statement zu den Vorgängen in der CSSR vorgetragen; er betrifft den chronologischen Ablauf der Ereignisse, die Reaktion der Bevölkerung, den Verlauf der Verhandlungen und die Rede Smrkovskys vom 29. 8. „Aber" heißt es, „Dubček und Svoboda haben am Ende der Moskauer Verhandlungen einen für ihr Land demütigenden Kompromiß unterzeichnet. Sie haben zuge-

sichert, die sowjetischen Forderungen nach Einschränkung der politischen Unabhängigkeit, der Meinungs- und Pressefreiheit, nach Einstellung der Kritik an den Besatzungsmächten zu erfüllen. Sie haben darin eingewilligt, ihren eigenen Mythos als Reformer des Sozialismus abzubauen und sich den vorgegebenen Verhältnissen unterzuordnen. Sie haben nicht starr an den Prinzipien des Rechts, der Freiheit, des politischen Prestiges festgehalten, auch nicht an einer konsequenten Handlungsweise, zu der sie ihr politischer Mythos nach Meinung vieler Beobachter verpflichtet hätte. Sie haben aus Verantwortung gegenüber ihrem Volk und in nüchterner Abwägung ihrer Möglichkeiten die sehr kleine Freiheit und die sehr großen Opfer gewählt, die ihnen jetzt noch bleiben. Damit haben sie ein Beispiel der Humanität gegeben. Sie sind Kommunisten. Aber was heißt das? Hätten Christen besser handeln können?"

Es folgt der Meditationstext: „Wir haben erfahren, daß die Russen als Okkupanten einfielen, daß die Bevölkerung ihnen widerstand, daß die Tschechen ihre Freiheit wollen.

Wir haben nicht erfahren oder gleich wieder vergessen, daß die Amerikaner als Okkupanten einfielen, daß sie genug Kollaborateure fanden, daß die Vietnamesen ihre Freiheit wollen.

Wir haben gelernt, sorgfältig und genau zu unterscheiden zwischen Persil, Cascade und anderen Wachsmitteln, zwischen katholischen und evangelischen Schulgebeten für Kinder, zwischen empfängnisfreien und empfängnisgünstigen Tagen. Wir haben nicht gelernt, sorgfältig und genau zu unterscheiden zwischen dem Kommunismus und dem Stalinismus, zwischen der Sozialisierung des Eigentums und der plumpen Gewalt der Panzer, zwischen der gerechten Verteilung der Bildung und des Wissens und der imperialistischen Anmaßung der Parteibürokratie, zwischen dem Sozialismus, den ein ganzes Volk bejaht und will, und dem Terror seiner Unterdrücker.

Wir haben gelernt, worauf es ankommt: auf die Ordnung, die darin besteht, daß die Produktion läuft und die Studenten büffeln, die Schüler parieren, die Gammler sich waschen, die Kirchen beten und sich nicht einmischen und die Feinde Feinde sind und bleiben.

Wir haben nicht gelernt, worauf es ankommt: daß ein christliches Leben ohne politisches Handeln eine Heuchelei ist, daß jeder religiöse Satz zugleich ein politischer sein muß, daß in den Generalstäben und Planungsbüros über Christus entschieden wird.

Wir haben nicht gemerkt, worauf es ankommt: daß der Glaube heute eine neue soziale Gestalt sucht, daß Christen eine Chance haben im Gespräch am Arbeitsplatz, in der Hilfe für die Benachteiligten, in der Veränderung des Bewußtseins, in der Aktion der kleinen störenden Gruppen.

Wir haben nicht gemerkt, worauf es ankommt; daß Christus uns für seine Revolution braucht."

Das zweite Statement erinnert an die Interventionen der USA in der Dominikanischen Republik und Vietnam; es hebt die Parallelität der Ereignisse hervor und weist auf die unterschiedliche Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes hin.

Es folgt ein Bibeltext (Matthäus 5,21-22): „Christus spricht: Ihr habt gehört, daß zu den Alten gesagt ist ‚Du sollst nicht töten'. Wer aber tötet, soll dem Gericht verfallen sein. Wer aber seinem Bruder sagt ‚Raka' (Du Null), soll dem Hohen Rat verfallen sein. Wer aber sagt ‚Du Tor', soll der Hölle mit ihrem Feuer verfallen sein.

Heute heißen diese Worte Jesu: Ihr habt gehört, daß seit einiger Zeit gesagt wird, ihr sollt nicht kriegführen und beim Völkermord mittun. Wer aber zu den Mördern gehört, der wird verurteilt werden.

Ich aber sage euch: wer auch nur denkt, daß die Kommunisten ihre Maske fallengelassen haben, so daß Entspannungspolitik falsch sei, der macht sich schuldig. Und wer jetzt wieder in den östlichen Nachbarvölkern den brutalen Untermenschen sieht, der ist kein Christ. Wer aber sagt, wir müssen sie isolieren und den Wehretat erhöhen, der arbeitet mit an der Zerstörung unserer Welt.

Was starrt ihr auf den sowjetischen Imperialismus und vergeßt den der Amerikaner? Was starrt ihr auf die Armeen des Warschauer Paktes und vergeßt die NATO und die Angst, die sie einflößt? Wie könnt ihr die Unfreiheit der anderen kritisieren, während ihr Telefone abhört, Kommunisten einsperrt und Studenten niederknüppelt? Wie könnt ihr entsetzt sein über die Besetzung der CSSR, da ihr noch nie entsetzt wart, wenn die Grenzen von 1937 verlangt wurden und von der Befreiung Osteuropas die Rede war!

Matth. 7, 3-5: Christus spricht: Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge, des Balkens jedoch in deinem Auge wirst du nicht gewahr. Oder wie kannst du zu deinem Bruder sagen: ‚Halt! Ich will den Splitter aus deinem Auge ziehen!' — und siehe, in deinem Auge ist der Balken? Du Heuchler, ziehe zuerst den Balken aus deinem Auge, und dann magst du zusehen, daß du den Splitter aus deines Bruders Auge ziehst."

Pater Fulbert Steffensky hält eine Ansprache zum Sinn des politischen Gebetes und faßt seine Gedanken in sieben Thesen zusammen:

1) Christliches Gebet verzichtet auf das Wunder; es will keine magische Veränderung der Situation.

2) Das Gebet bereitet den Menschen darauf vor, die Verantwortung für seine Welt zu übernehmen. Es wird also nicht die Aktivität Gottes an die Stelle der Aktivität des Menschen gesetzt.

3) Im Gebet übernimmt der Mensch die Verantwortung für den Zustand seiner Welt; Verantwortung kann er nur für das übernehmen, was er kennt und durchschaut. Darum ist die Information der erste Schritt des Gebetes.

4) In einer unautoritären Gemeinschaft wird die Information nicht von den einen gegeben und von den anderen empfangen. Die genaue Erkenntnis der Situation wird gesucht im gegenseitigen Abwägen der Argumente. Darum ist der zweite Schritt des Gebetes die Auseinandersetzung, die Diskussion.

5) Das Gebet macht uns bewußt, was noch nicht ist, aber durch uns heraufgeführt werden soll. Darum gehört zu ihm als dritter Schritt das Erwägen der Aktionsmöglichkeiten.

6) In der ausdrücklichen Bitte formuliert der Mensch sich selber vor Gott in seinem Schmerz über das noch abwesende Reich, in seiner Hoffnung auf dieses Reich, in seiner Verantwortung für dessen Heraufführung. In der Bitte übernimmt der Mensch die Sache Gottes als seine eigene.

7) Auch da, wo dem Menschen nicht mehr geholfen werden kann, und wo er selbst nicht mehr handeln kann, hält die Bitte den Hunger nach dem Reich Gottes in ihm wach, macht ihn menschlicher in seiner Unabgefundenheit und läßt ihn am Sinn der Welt nicht verzweifeln.

Dorothee Sölle spricht anschließend das Glaubensbekenntnis:

„Ich glaube an Gott, der die Welt nicht fertig geschaffen hat wie ein Ding, das immer so bleiben muß, der nicht nach ewigen Gesetzen regiert, die unabänderlich gelten, nicht nach natürlichen Ordnungen von Armen und Reichen, Sachverständigen und Uninformierten, Herrschenden und Ausgelieferten. Ich glaube an Gott, der den Widerspruch des Lebendigen will und die Veränderung aller Zustände durch unsere Arbeit, durch unsere Politik. Ich glaube an Jesus Christus, der recht hatte, als er, ‚ein einzelner, der nichts machen kann', genau wie wir an der Veränderung aller Zustände arbeitete und darüber zugrunde ging. An ihm messend, erkenne ich, wie unsere Intelligenz verkrüppelt, unsere Phantasie erstickt, unsere Anstrengung vertan ist, weil wir nicht leben, wie er lebte. Jeden Tag habe ich Angst, daß er umsonst gestorben ist, weil er in unseren Kirchen verscharrt ist, weil wir seine Revolution verraten haben in Gehorsam und Angst vor den Behörden. Ich glaube an Jesus Christus, der auferstehtin unser Leben, daß wir frei werden von Vorurteilen und Anmaßung, von Angst und Haß und seine Revolution weitertreiben, auf sein Reich hin. Ich glaube an den Geist, der mit Jesus in die Welt gekommen ist, an die Gemeinschaft aller Völker und unsere Verantwortung für das, was aus unserer Erde wird: ein Tal voll Jammer, Hunger und Gewalt oder die Stadt Gottes. Ich glaube an den gerechten Frieden, der herstellbar ist, an die Möglichkeit eines sinnvollen Lebens für alle Menschen, an die Zukunft dieser Welt Gottes. Amen."

Der Textteil des Gottesdienstes schließt mit den Fürbitten: „Herr, wir sehen, wie aufs neue Freiheit und Sozialismus unter uns mißachtet und die Erwartungen eines Volkes zertreten werden. Laß die Bevölkerung der CSSR nicht in Bitterkeit bleiben und in fruchtlose Verzweiflung fallen. Verhindere, daß die Angst sie blind macht und daß unter ihnen ein neuer Völkerhaß entsteht. Laß sie in ihrer Ohnmacht an der Hoffnung auf Gerechtigkeit und Freiheit nicht verzweifeln. Laß die Toten dieser Tage nicht umsonst gestorben sein, sondern laß sie die Lebenden mahnen.

Herr, wir sehen in unserem eigenen Lande Hochmut wachsen, Haß sich ausbreiten und die Wahrheit gefälscht werden; die Friedlosigkeit ist auch unsere Schuld, denn wir haben es nicht vermocht, die Angst der sozialistischen Länder vor uns aufzulösen und ihr Vertrauen zu wecken. Laß uns nicht in ein neues Gefühl der Überlegenheit verfallen und in einen Antikommunismus, der die Fronten des Kalten Krieges wieder aufbaut. Führe die zusammen, die den Frieden wollen, daß sie gemeinsam handeln, denn als einzelne sind sie machtlos. Bewahre uns Christen davor, eine religiöse Sprache zu sprechen, die ohne politische und soziale Konsequenz bleibt. Gib uns den Mut, unsere Kirche zu einem Ort der Befreiung zu machen und zu einer Stätte der Kritik an Unrecht, Verleumdung und Unterdrückung in unserem Land. Wir bitten dich, erhöre uns!

Herr, am Ende deines Lebens warst du selber gebunden und vergewaltigt vor einer ungerechten Macht. Aber die Hoffnung, die du gebracht hast, ist nicht gestorben. Sie will realisiert werden durch unsere Augen, die Recht und Unrecht unterscheiden; durch unsere Ohren, die die Wahrheit hören; durch unseren Mund, der für die spricht, die stumm gemacht werden; durch unsere Hände, die an der Stadt bauen, die du entworfen hast. Komm, Herr Jesus, und laß uns deine Zukunft heraufführen."

In der anschließenden Diskussion wurden zunächst Fragen geklärt, die aus den sieben Thesen hervorgingen: „Hat Christus selbst jemals politisch gesprochen? Wie ist der Begriff Politik heute zu verstehen? Welche Rolle spielt die Information im Gebet? Was ist das Reich Gottes auf der Erde?"

Fragen zur Theologie der Revolution und zur Anwendung von Gewalt in der Dritten Welt nahmen einen langen Zeitraum ein, so daß die Diskussion, die eher einer Fragestunde glich, schließlich abgebrochen werden mußte. Der Arbeitskreis tagte noch am selben Abend und übte gründliche Selbstkritik zu Form und Inhalt der Veranstaltung.

*

Berichte der Presse und des Fernsehens:

Am 28. 9. bringen die Lokalzeitungen ein Gespräch mit Frau Dr. Sölle und mehrere Berichte, die das Politische Nachtgebet auszugsweise zitieren und erläutern. Dabei fällt immer wieder der Satz, daß ein religiöses Gebet ohne politische Konsequenz Heuchelei und theologisches Nachdenken ohne politische Praxis sinnlos sei.

Am 1. 10. berichten die Zeitungen und der Rundfunk über das ausgesprochene Verbot und zitieren die Presseerklärung des Arbeitskreises.

2. 10.: Das Echo auf die Veranstaltung selbst nimmt die Atmosphäre der überfüllten Antoniterkirche („Lackmäntel, Fernsehscheinwerfer, Sonnenbrillen . . .") zum Anlaß, den Versuch als positiv zu bewerten.

Die „Deutsche Volkszeitung" vom 11. 10. zitiert ausführlich die Interpretation des Bibeltextes. „Publik" bringt am gleichen Tag das Credo und zwei Punkte der Presseerklärung (zur Umorganisation der Veranstaltung).

In der Sendung „Für und Wider" (3. Programm des Westdeutschen Fernsehens vom 2. 10.) sieht C. Bormann in der Aussage des Glaubensbekenntnisses die Gefahr des Sektierertums. Der Satz „Ich glaube an den gerechten Frieden, der herstellbar ist, an die Möglichkeit eines sinnvollen Lebens für alle Menschen . . ." sei eine stimulierende Utopie, stehe aber in einem Glaubensbekenntnis vielleicht nicht am richtigen Platz. Er schließt mit der Anregung, das Gebet müsse „weniger politisierend, dafür aber um so mehr — in einem weiten Sinn — politisch" sein.

Michael Dohle

Der Satz, daß ein religiöses Gebet ohne politische Konsequenzen eine Heuchelei sei, hat in der Diskussion und Kritik eine Polarisation vorangestrieben, die uns berechtigt, im gegenwärtigen Stadium zwei in Ansatz und Zielrichtung verschiedene Theologien zu konstatieren (vgl. Uppsalabericht von M. Linz, Radius, 3, 1968 S. 43).

Die traditionelle, „vertikal" denkende Theologie reflektiert im wesentlichen das Verhältnis zwischen Gott und dem Menschen; Gott spielt die Rolle des Sichoffenbarenden, der Mensch drückt seine Beziehung zu Gott wesentlich in religiösen Formen — wie Gebet oder Gottesdienst — aus. Das politische und gesellschaftliche Handeln wird als ein Sekundäreffekt aus der Gottesbeziehung abgeleitet und gefordert, aber es wird nicht als konstitutiv für die Gottesbeziehung angesehen: das Gebet kann oder sollte politische Konsequenzen haben; wenn sie aber fehlen, so berechtigt dies nicht dazu, das rein religiöse Gebet unter den Ideologieverdacht der „Heuchelei" zu stellen. Die vertikale Beziehung zwischen Gott und dem Menschen (Verkündigung), zwischen dem Menschen und Gott (Glauben, Gebet) betrifft den Einzelnen, nur der Einzelne kann ein Verhältnis zu Gott haben. Da „die Welt" ein Zweites ist, eine Materia der Bewährung des Glaubens, steht der überweltlich gedachte Gott in dieser Beziehung zur Seele des Einzelnen auch nicht weltlich-historisch auf dem Spiel. Auschwitz oder Viet-

nam können ihm nichts anhaben, selbst die atomare Vernichtung allen Lebens auf der Erde könnte den ansichseienden Gott nicht annullieren. Die moderne, „horizontal" denkende Theologie reflektiert das Verhältnis der Menschen zueinander unter dem absoluten Gesichtspunkt Gottes. Gott ereignet sich dabei in dem, was zwischen Menschen geschieht, der abwesende Gott erscheint in der Deformation, der Verstümmelung des Lebens, die Menschen einander antun; die Freundlichkeit Gottes erscheint in den die Entfremdung überwindenden Menschen. Die Beziehung zu Gott drückt der Mensch wesentlich in weltlichen Formen — wie Arbeit, Politik, Familie — aus, das politische Handeln ist selber Gottesdienst, die Information, die Diskussion, die Aktion sind selber bereits Gebet. Das formulierte Gebet fügt diesen weltlichen Verhaltensformen nichts Übernatürliches hinzu. Es macht sie nur in der Reflexion unter der absoluten Hoffnung auf authentisches Leben für alle (in der Sprache der Bibel „ewiges Leben") bewußt. Das rein religiöse (und darin private und apolitische) Gebet wird als ein, häufig unbewußtes, Alibi der verweigerten Liebe angesehen, Frömmigkeit wird im Sinn der alttestamentlichen Prophetie kritisiert. „Tu nur weg von mir das Geplärr deiner Lieder ... Es soll aber das Recht offenbart werden wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein starker Strom" (Amos 5,23.24). Gott steht in der Geschichte der Welt und in unserer eigenen auf dem Spiel. Wir können durch Wirtschaftslage, Politik und Erziehung Menschen so zerstören, daß sie Gott nicht erfahren; wir vereiteln in eins damit unsere eigene Erfahrung des Gottes, der „Liebe", d. h. Erfüllung für alle verspricht. Die politischen Konsequenzen dieses Ansatzes für Kirche und andere Organisationen werden zur Zeit erprobt (vgl. Brief der brasilianischen Pfarrer, Herderkorrespondenz, Jan. 68; Gründung von Solidaritätsgruppen katholischer Priester, FAZ vom 8. 10. 1968; „Theologie der Revolution" und Diskussion der Anwendung von (Gegen-)Gewalt). Will man nicht in ein naives Engagiertsein verfallen, so wird die Arbeit auch und gerade die innerkirchlichen Strukturen zu ändern haben, weil sie das naive, z. B. karitative Engagement erlauben, ein informiertes, reflektiertes und politisch Partei ergreifendes christliches Verhalten aber diskriminieren. Für die bundesrepublikanischen Verhältnisse bedeutet dies, daß wir den schon lang begonnenen Prozeß der Selbstauflösung der Volkskirche vorantreiben um einer sich demokratisierenden Kirche willen, in der jeder Gläubige zur Meinungsbildung berufen ist. Die Politisierung des Gewissens ist der Anfang dieser Bewegung. Die entstehende Freiwilligkeitskirche wird sich in den Formen des Widerstands und der Aktion einüben. Modelle der Art, wie das politische Nachtgebet sie darstellt, sind in jeder Gemeinde möglich; der polarisierende Gruppenprozeß wird dabei beschleunigt, und die Freiwilligkeitskirche wird, nicht administrativ, sondern in unmittelbarer Demokratie von unten nach oben gebaut. Dorothee Sölle

Reinhard Opitz

Außerparlamentarische Bewegung und Parlament*)

Seit einiger Zeit bringen sich in der außerparlamentarischen Opposition Stimmen zur Geltung, die mitunter den Eindruck erwecken, als befände sich die außerparlamentarische Bewegung in einem prinzipiellen Gegensatz zur Institution des Parlaments und damit denn natürlich auch zur parlamentarischen Demokratie insgesamt. Die Auseinandersetzung, die um diese Frage in den Reihen der außerparlamentarischen Opposition geführt wird, ist bekanntlich der Grund dafür, daß viele von denen, die zur außerparlamentarischen Opposition gehören, die Beteiligung an einem oppositionellen Wahlbündnis ablehnen und deshalb auch heute nicht auf diesem Kongreß sind. Gerade dies verlangt aber von uns, daß wir es uns mit der Diskussion des Themas nicht leicht machen dürfen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß diejenigen, die heute die Frage nach dem Wert des Parlaments in die Debatte werfen, Demokraten sind, und zwar meist sehr engagierte, sehr mutige Demokraten. Es sind in der überwiegenden Zahl junge Menschen, und diese jungen Menschen sind von demselben tiefen Unbehagen über den Gang der politischen Dinge in der Bundesrepublik erfüllt wie wir, sie sind ungeduldig gegenüber der herrschenden Politik und den herrschenden Verhältnissen, vielleicht ungeduldiger als mancher von uns, und sie gehen, wenn sie auf den Straßen demonstrieren, gegen denselben Gegner an wie wir. Das darf, wenn wir uns jetzt in diesem Arbeitskreis hier mit ihrer Haltung zur Parlamentarismusfrage auseinandersetzen, keinen Augenblick lang in Vergessenheit geraten. Andererseits aber muß die Auseinandersetzung geführt werden. Denn es handelt sich um eine Frage, die je nach dem, wie man sie entscheidet, sofort völlig unterschiedliche Konsequenzen für den weiteren Weg der außerparlamentarischen Opposition hat. Die Aktionseinheit der demokratischen Kräfte in diesem Lande, die in der Antinotstandsbewegung zum ersten Male sich wirklich anzubahnen begann, droht an dieser Frage zu zerbrechen, und diese Gefahr ist natürlich dann am größten, wenn zwischen den beiden Seiten keine ernsthafte Diskussion mehr stattfindet.

Ich möchte daher auch nicht mit Gegenargumenten gegen die antiparlamentarische Position beginnen, sondern zunächst die beiden gegensätzlichen Auffassungen noch einmal so vortragen, daß sie möglichst beide begreiflich erscheinen, um erst dann einige kritische Anmerkungen zu machen.

Allerdings lassen sich die beiden Positionen gar nicht ohne grobe Entstellungen wiedergeben, wenn nicht vorher die ihnen beiden gemeinsame analytische Ausgangsposition deutlich gemacht ist. Die beiden Auffassungen stimmen nämlich in der Beurteilung des bei uns in der Bundesrepublik sich vollziehenden Entdemokratisierungsprozesses, des Prozesses der Formierung oder, wie Johannes Agnoli sagt, der „Involution", weitgehend überein. Sie ziehen aus diesen Entwicklungstendenzen nur völlig entgegengesetzte praktische Schlußfolgerungen für die

*) Rede in der Arbeitsgemeinschaft III des Dortmunder Gründungskongresses „Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969" am 2. November 1968.

Strategie der Opposition. Und weder die eine noch die andere Schlußfolgerung läßt sich beurteilen, wenn sie nicht gesehen wird als der Versuch einer Antwort auf diese Prozesse des Abbaus der Demokratie, mit denen der Funktionsverlust oder Funktionswandel der Parlamente in modernen kapitalistischen Systemen aufs engste zusammenhängt. Zu allererst also müssen wir fragen: was ist der Charakter dieses Entdemokratisierungsprozesses?

Der Charakter der Entdemokratisierung

Beiden Seiten ist geläufig, daß die antikommunistische Orientierung der westlichen Nachkriegspolitik, die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und der Kalte Krieg die gesellschaftliche Restauration im Innern des Landes begünstigt haben. Aber beide sind sich auch einig darin, daß es sehr oberflächlich wäre, bei diesen Feststellungen stehenzubleiben und sie als Erklärung für alle uns heute begegnenden antidemokratischen Bestrebungen anzusehen. Denn das Problem der Demokratie ist heute in allen westlichen Ländern ein Problem primär des Verhältnisses von Wirtschaft und Staat. Es ist die Dynamik des ökonomischen Prozesses im Kapitalismus, die die parlamentarisch-demokratischen Staatsverfassungen überrollt und sie vom Standpunkt der kapitalistischen Ökonomie her als überholt erscheinen läßt.

Natürlich hat es auch früher zu keiner Zeit irgendwo eine parlamentarische Demokratie gegeben, die tatsächlich Volksherrschaft gewesen wäre. Die wirtschaftlich privilegierten Schichten haben es immer verstanden, mittels der Parlamente ihre Herrschaft über das Volk auszuüben, und wenn ihnen irgendwo die Macht über das Parlament aus den Händen zu gleiten drohte, dann haben sie lieber das Parlament auseinanderjagen und eine Diktatur errichten lassen, als ein wirkliches Volksparlament zu dulden. Aber mit der fortschreitenden Monopolisierung der Wirtschaft und der zunehmenden Verflechtung der monopolisierten Wirtschaft mit dem Staat hat sich immer mehr eine Lage herausgebildet, in der es der Wirtschaft nicht mehr genügen kann, nur über eine willfährige Mehrheit im Parlament zu verfügen; sie muß über den ganzen Staat, über die Regierung, das gesamte Parlament und auch über alle relevanten gesellschaftlichen Institutionen verfügen können.

Denn der Staat kann sich in der neuen Entwicklungsphase nicht mehr, wie es einmal das liberale Ideal war, aus den wirtschaftlichen Dingen „heraushalten". Seit 1930 etwa hat die Wirtschaft ihn überall selbst dazu gedrängt, aktive Konjunkturpolitik zu treiben, weil die hochmonopolisierte Wirtschaft an den ungedämpften Konjunkturschwankungen zerbrochen wäre und nur der Staat die Aufgabe der Konjunktursteuerung übernehmen kann. Aber Konjunkturpolitik ist eine höchst parteiische Sache, denn die Konjunktur funktioniert im kapitalistischen System nur über die Unternehmerprofite, speziell über die Profite der Wachstumsindustrien. Der Staat muß sich also in den Dienst der privatwirtschaftlichen Profitmaximierung stellen, und dies nicht etwa nur mittels der Geld- und Kreditpolitik der Zentralnotenbank, sondern mit seinem gesamten Haushaltsgebaren, mit seiner Steuerpolitik, seiner Sozialpolitik, seiner Agrarpolitik, seiner Wirtschaftspolitik im weitesten Sinne des Wortes. Und Erfolg kann er sich auch dann nur erhoffen, wenn die Länder und die Kommunen sich bis aufs I-Tüpfelchen genau ihm analog verhalten, wenn es also keine Autonomie auf der mittleren und unteren Ebene mehr gibt.

Aber nicht nur dies: spätestens mit der zweiten industriellen Revolution sind auch alle weiteren Gebiete der Politik zu unmittelbar konjunktur- oder profitrelevanten Gebieten geworden. Jeder weiß, wie stark sich heute die Industrie

für die Schul- und Bildungspolitik, vor allem aber für die Wissenschaftspolitik und die staatliche Forschungsförderung interessiert, oder auch, daß sie der Motor der „Raumordnungs"pläne und der Verwaltungsreform ist. Auf allen diesen Gebieten läßt sich argumentieren: Wenn die Entscheidungen nicht so, sondern so fallen, dann hat das auf Wirtschaftswachstum und Konjunktur nicht diese, sondern jene Rückwirkungen, und da der Staat im Interesse aller an nichts mehr interessiert sein muß als an Wirtschaftswachstum und Konjunktur — die in diesem System nun einmal nur über steigende Gewinnaussichten der mächtigsten Unternehmen zu erreichen sind —, hat er gar keine andere Wahl, als stets die jeweils für die führenden Kreise der Wirtschaft günstigste Entscheidung zu treffen. Daß dies alles für die Fragen der Außenpolitik in noch viel handfesterem Maße gilt, braucht wohl nicht erst nachgewiesen zu werden. Mit anderen Worten also: es gibt heute kaum eine politische Frage mehr, die nicht von unmittelbarer wirtschaftlicher Relevanz wäre; der Staat muß sich deshalb in einem privatwirtschaftlichen System hohen Entwicklungsstandes, wenn er nicht tatsächlich Konjunktur und Wirtschaftswachstum in Gefahr bringen will, auch in allen Fragen an der Profitlogik dieses Systems orientieren. Das aber heißt, daß Parlamente und eine von unten nach oben funktionierende politische Willensbildung eigentlich überflüssig, ja höchst störend sind: Parteien, die wirklich unterschiedliche Auffassungen und gesellschaftliche Interessen vertreten, werden zu einem dysfunktionalen, systemwidrigen Element.

Viel besser als die Wähler, als die Parteien oder gar die Gewerkschaften können tatsächlich die Unternehmerverbände im Verein mit den Konjunkturforschungsinstituten und einigen systemkonform denkenden „Fachleuten" beurteilen, was dem Profit- und Expansionsinteresse dieser hochmonopolisierten und damit auch gleichzeitig hochgradig sensiblen, auf höchste Reagibilität der politischen Institutionen angewiesenen Wirtschaft guttut, und zwar auf allen Gebieten der Innen- und Außenpolitik. Schon längst wird heute die Regierungspolitik weitgehend von den Unternehmerverbänden vorprogrammiert. Dem Staat fällt außer der exekutivischen Tätigkeit eigentlich nur die Funktion zu, eine Art Clearing zwischen den konkurrierenden Egoismen der einzelnen privatwirtschaftlichen Spitzenverbände und, falls sie politisch sehr stark sind, auch anderen Verbänden herbeizuführen, und dies im Sinne der jeweils optimalen Artikulation des Systeminteresses. Dazu muß der Staat über eine relative Selbständigkeit gegenüber den einzelnen Monopolgruppen verfügen, aber diese soll ihm nur dazu dienen, das von den je einzelnen wirtschaftlichen Monopolgruppen nie gänzlich zu erfassende Gesamtinteresse aller Monopole zu vertreten und notfalls gegen einzelne durchzusetzen, d. h. seine relative Selbständigkeit allen einzelnen Kapitalgruppen gegenüber erklärt sich aus seinem Auftrag, die politische Agentur des Gesamtkapitals zu sein. Um diese Funktion erfüllen zu können, bedarf es an staatlichen Institutionen aber einsehbarerweise nur einer Regierung, allenfalls einer Gesprächsrunde Wirtschaft—Exekutive, und der Staatsbürokratie.

Obwohl nun die Entwicklung in den meisten westlichen Ländern längst an dem Punkt angelangt ist, daß alle wichtigen Entscheidungen im Dialog zwischen Wirtschaft und Exekutive fallen und die Parlamente von jeder effektiven Mitsprache ausgeschaltet sind, hält die Großindustrie überall am Parlamentarismus und am Mehrparteiensystem fest. Denn das Parlament behält für sie eine wichtige Funktion: die der Legitimierung des Industriewillens als Volkswille. Ohne Parteien und Parlamente ließe sich vor dem Volk nicht mehr verbergen, daß der den staatsbürokratischen Apparat programmierende Wille nicht der Volkswille, sondern der Wille der Mächtigsten in der Wirtschaft ist. Das Volk würde die

Regierung nicht mehr als „seine" Regierung empfinden, sondern als die Regierung der Monopole erkennen. Und damit geriete die innenpolitische Stabilität des Systems in Gefahr. Deshalb bleiben die Parlamente, obwohl sie der Sache nach von den Herrschenden nicht mehr gebraucht werden, für die Herrschenden nützlich.

Eine Konstruktion aufrechtzuerhalten, in der es zwar Parlamente gibt, diese aber nur eine Legitimierungs-, d. h. hier konkret: eine Täuschungsfunktion, haben und im übrigen immer mehr bloße Hilfsarbeit für die Exekutive leisten sollen, erfordert jedoch bei der hochgradigen Allergie moderner Wirtschaftssysteme gegenüber Reibungsverlusten im staatlichen Entscheidungsprozeß eine Fülle von pragmatischen und institutionellen Absicherungen. Es müssen vor allem Absicherungen geschaffen werden gegenüber der Gefahr, daß die aufrechterhaltene Fiktion von den Parlamenten als den Organen des Volkswillens nicht in kritischen Situationen, bei wachsender Unzufriedenheit größerer Bevölkerungsteile mit der herrschenden Politik, doch reale Bedeutung gewinnt. Gerade in solchen Situationen soll sich die Institution Parlament in ihrer kooperierenden und ihrer verschleiernden Funktion ja bewähren. Deshalb müssen Vorkehrungen getroffen werden, die es ausschließen, daß das Parlament aus seiner Funktion als Hilfsorgan der „Sachzwänge" wieder in die Funktion der Volksvertretung zurückfallen kann.

Der Entdemokratisierungsprozeß in der Bundesrepublik ist im wesentlichen charakterisiert durch den Übergang zu diesen pragmatischen und institutionellen Absicherungen. Zu ihnen gehören unter anderem:

Pragmatisch: die Formierung der Parteien von der Spitze her, d. h. die Vereinigung der Parteiführungen auf dem Generalnenner der Industrieinteressen bei gleichzeitiger Abschirmung dieser formierten Führungen vor jedem andersgerichteten Mitgliederwillen mittels des Parteiapparates.

Institutionell: die rechtswirksame Abriegelung des Parlaments vor systeminkonformen Kräften. Dies leisten variabel gehaltene Wahlrechtsbarrieren nur unzureichend (eine mehrmalige Heraufsetzung der Prozenthürde könnte auf die Wähler nur eine entlarvende Wirkung haben). Sicherer ist deshalb die Institutionalisierung des Zwei-Parteien-Systems durch Einführung des Mehrheitswahlrechts. Dieser Weg ist für die Industrie gangbar, wenn es im Lande zwei einigermaßen gleich starke und gleichermaßen der Wirtschaft ergebene Parteien gibt. Sein großer Vorteil für die Industrie ist, daß diese zwei auf ein und dieselbe Politik festgelegten Parteien die systemnotwendige Rollenverteilung reibungsfrei praktizieren können, d. h. die eine Partei kann ungestört regieren und die andere kann ungestört die mit der gerade regierenden Partei unzufriedenen Wählerschichten durch oppositionelles Gebaren an sich ziehen, ohne daß sich aus diesen divergierenden Aufgaben Konflikte in der Zusammenarbeit der beiden Parteien untereinander ergeben, wie es bei einem gemeinsamen Regieren in Form einer Großen Koalition — und überhaupt bei allen Koalitionsregierungen — auf die Dauer unvermeidlich ist. Bedingung des Funktionierens einer solchen Einparteiendiktatur mit Hilfe von zwei Parteien ist jedoch die weitgehende Unabhängigkeit der regierenden Partei selbst noch von dieser Scheinopposition, denn die Exekutive soll rasch und ohne Zwang zu Kompromissen handeln können und muß also durch Vollmachten so gestärkt werden, daß sie, ähnlich wie es in Präsidialverfassungen der Fall ist, ohne Rücksicht auf die systemnotwendigen scheinoppositionellen Gefechte der Reservepartei agieren kann.

An den Willen dieser gestärkten Exekutive wiederum sollen die Länder und die Gemeinden gebunden werden und über Einrichtungen wie die „Konzertierte

Aktion" auch alle Verbände. Während die staatlichen Institutionen durch ihre Verpflichtung zu aktiver Konjunkturpolitik grundsätzlich und die Verbände durch Veranstaltungen wie die „Konzertierte Aktion" moralisch auf die Orientierung am Wirtschaftswillen festgelegt sind, sorgen die formierten beiden Parteien in den staatlichen Institutionen dafür, daß auch in den Details keine wesentlichen Abweichungen vom erwünschten politischen Kurs vorkommen. Und durch die Notstandsgesetzgebung stehen der um einige zuverlässige Parlamentarier erweiterten Exekutive die Mittel zur Verfügung, um gegen jede von unten her sich entwickelnde Gegenbewegung, die sich nicht kanalisieren läßt, gewaltsam vorzugehen.

In dieser Konstruktion also sind die beiden großen Parteien — und damit das Parlament — bloße Instrumente zur Integration des Volkswillens in das System der verschleierten Monopoldiktatur. Und das ist im Prinzip auch dann nicht anders, wenn noch, wie zur Zeit bei uns, das Verhältniswahlrecht in Kraft ist und es Parteien wie die FDP und die NPD gibt, von denen die erstere das liberale Unbehagen und die letztere das chauvinistisch-irrationale Unbehagen und den Protest der von den Monopolen bedrängten mittelständischen Schichten der herrschenden Politik zuführt. Nur erschwert dieses Verfahren das Regieren (weil es zu Koalitionen nötigt) und hat außerdem den Nachteil, daß die Chancen des Verhältniswahlrechts auch von einer nicht-integrationswilligen, d. h. also linken oder konsequent demokratischen Partei genutzt werden könnten, was die Herrschenden dann zur Erhöhung der Wahlrechtsbarrieren nötigen würde.

Über die Funktion, die dem Parlament in modernen kapitalistischen Systemen zugewiesen ist, gibt es also keinen Zweifel. Da es die Interessen der Wirtschaftsgiganten, der Motoren des ökonomischen Expansionsprozesses im Kapitalismus, schädigen würde, wenn das Parlament noch wirkliche Entscheidungen träfe, soll es nur noch die Spanische Wand abgeben, die die Blicke des Volkes auffängt und es davon abhält, sein tatsächliches Ausgeschlossensein von der Macht zu begreifen und damit auch seinen tatsächlichen Gegner.

Die antiparlamentarische Schlußfolgerung

Von daher nun ist es nicht schwer, die Schlußfolgerung der Antiautoritären zu verstehen. Sie sagen zu uns: Und bei so einem Spiel wollt ihr mitmachen? Ihr drängt euch in ein Parlament, das nur die Funktion der Verschleierung hat? Sie sagen: Selbst wenn ihr mit dem besten Willen zu entschiedener Opposition ins Parlament geht, werdet ihr objektiv doch nur zu Spießgesellen der Manipulation. Ihr torpediert die Aufklärung des Volkes über die wahren Herrschaftsverhältnisse in unserem Staat. Eine kleine, ohnmächtige, aber lauthals opponierende Gruppe im Parlament kann den Herrschenden nur willkommen sein. Während die Industrie den Staat kommandiert, bleibt das Volk gerade durch eure Anwesenheit und euer Auftreten im Parlament des Glaubens, es gehe hierzulande ja doch noch alles mit rechten Dingen zu; die Opposition hat Redefreiheit, also gibt es offenbar auch Chancengleichheit. Da ihr in Wirklichkeit aber im Parlament nur vor der Wahl steht, euch entweder anzupassen, also korrumpieren zu lassen, oder nichts bewirken zu können, grenzt eure Kandidatur an Volksbetrug. Schlußfolgerung: Die außerparlamentarische Bewegung müsse über den parlamentarischen Schwindel aufklären, statt ihn mitzumachen, sie müsse sich als antiparlamentarische Bewegung verstehen, die den Kampf gegen die Herrschenden und alle ihre Verschleierungsinstitutionen direkt führt, durch Aktionen in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen; denn Veränderungen seien schließlich nur möglich von unten her durch die gesellschaftliche Revolution, nicht aber von oben her, durch die parlamentarische Reform.

Die realistische Schlußfolgerung

Das klingt im ersten Augenblick konsequent; es ist dennoch kurzschlüssig. Bekanntlich ziehen wir, die wir heute hier ein Wahlbündnis konstituieren, aus denselben Sachverhalten eine andere und, wie wir meinen, realistischere Konsequenz. Wir sehen zwar auch im Fortgang der Bewegung draußen im Lande, in den Aktionen, in der Demokratisierung der Strukturen der einzelnen Gesellschaftsbereiche, der Betriebe, Schulen, Universitäten, Kirchen usw. das Primäre und das Entscheidende; wir halten es aber für unerläßlich, trotz all der beschriebenen Zusammenhänge auch an Wahlen teilzunehmen. Und dies aus Gründen, die sich am besten anhand der Fehler, die in der antiparlamentarischen Schlußfolgerung stecken, darlegen lassen.

Die Fehlschlüsse der antiparlamentarischen Position

1) Offenkundig unstimmig in der antiparlamentarischen Position ist bereits dies: Ihr zufolge dürfte es ja eigentlich für die Herrschenden kein idealeres Wahlsystem geben als das Verhältniswahlrecht. Denn oppositionelle, die Wähler über die Verschleierungsfunktion des Parlaments täuschende Gruppen können ja nur unter den Bedingungen des Verhältniswahlrechts, nicht aber mehr unter denen des Mehrheitswahlrechts ins Parlament gelangen. Wir wissen nun aber, daß es gerade die Großindustrie ist, die bei uns auf die Einführung des Mehrheitswahlrechts drängt, und in den USA und in England ist ebenfalls gerade die Industrie die leidenschaftlichste Befürworterin des dort seit langem bestehenden Zweiparteiensystems. Die Vertreter des antiparlamentarischen Standpunktes haben dafür keine Erklärung. (Neulich sagte mir einer von ihnen im Gespräch, nun, es käme eben vor, daß sich auch die Herrschenden manchmal über ihre wirklichen Interessen täuschen. Wir glauben dagegen, daß die Herrschenden ihre Interessen sehr gut begreifen und gerade deshalb im Parlament unter sich bleiben wollen. Die mögliche Anwesenheit wirklicher, nämlich systeminkomformer, in den „nationalen Grundfragen" illoyaler Oppositionsgruppen im Parlament empfinden sie keineswegs als Manipulationshilfe, sondern durchaus als Störung, weil das Parlament seine Kooperations- und Verschleierungsfunktion nur erfüllen kann, wenn es durchweg aus kooperations- und verschleierungswilligen Kräften besteht. Zumindest wird die Rolle des Parlamentes als einer obersten, mit besonderen Weihen ausgestatteten Anstalt für Volksbeeinflussung geschmälert, wenn aus seiner Mitte heraus eine permanente Gegenaufklärung gegen die von der Parlamentsmehrheit dem Volke vorzelebrierten nationalen Spruchweisheiten erfolgt, die den Kitt für die pluralistisch verbrämte Volksgemeinschaft abgeben sollen.)

2) Es ist eine falsche Sicht des Problems, wenn gesagt wird, man müsse den Massen zeigen, daß das Parlement ein Verschleierungsinstrument ist. Gezeigt werden muß vielmehr, daß das Parlament dazu gemacht wird und von wem es dazu gemacht wird. Das ist etwas ganz anderes. Die Antiautoritären lassen mit ihrer Darstellung den konkreten politischen — oder gesellschaftlichen — Feind hinter dem formalen Modell verschwinden, sie machen das Modell als solches zum Feind. Damit aber wird ihre Aufklärung selbst zur Vernebelung, und im Nebel dieser Formalisierung wird der fortschreitende Angriff der Industrie auf die Volksrechte, der sich nun einmal zum großen Teil in der Form der Beschneidung der Parlamentsrechte und der Gewerkschaftsrechte vollzieht, unsichtbar. In der Tat interessieren sich die Antiautoritären für die Liquidierung der formalen Verfassungsrechte nicht — aber würde man diese formalen Rechte denn liquidieren, wenn sie nicht reale Berufungsmöglichkeiten des Volkes gegen die Herrschenden wären? Die Konsequenz der antiparlamentarischen Haltung ist es, die

Imperium Springer

Macht & Manipulation

Herausgegeben von Bernd Jansen und Arno Klönne

Die Analysen über Pressekonzentration und „Springer-Dominanz" (R. Burkhardt, U. Sander, E. Spoo) über die Springer-spezifische Manipulation (P. Sörgel, J. Holtkamp, R. Lenz, F. Baukloh) und über die besonderen Verflechtungen der Springer-Presse mit der Regierungspolitik (C. Taler, K. Ehrler, G. Anders) stellen dem Leser Argumentationsmaterial zur Verfügung, wie es in den bevorstehenden Gerichtsprozessen im Zusammenhang mit den Osterdemonstrationen bestimmt benötigt wird. Sie stellen dar, wie wenig die ökonomische und politische Realität dem Anspruch auf Meinungsfreiheit (Art. 5 [1] GG) und Meinungsvielfalt (Urteil des BVerfG vom 5. 8. 1966, Az.: 1 BrR 586/62, 610/63, 512/64) gerecht wird. W. Hofmann (Springer als Symptom), J. Huffschmid (Politische Ökonomie des Springer-Konzerns) und K. D. Bredthauer (Demokratie — Information — Herrschaft) dagegen stellen — über den liberalen Ansatz hinausgehend — ihre Analysen in einen Rahmen, der gesellschaftliche Strukturzusammenhänge berücksichtigt.

diskus, Oktober 1968

272 Seiten · glanzkartoniert · DM 9,60

Pahl-Rugenstein Verlag · Köln · Barbarossaplatz 2

noch vorhandenen formalen Volksrechte kampflos preiszugeben, statt den Griff der Herrschenden nach diesen Rechten anzuprangern und so die Bevölkerung aufzuklären und für den Kampf gegen die Herrschenden zu gewinnen.

3) Politisch falsch ist die antiparlamentarische Schlußfolgerung vor allem deshalb, weil sie das Bewußtsein der breiten Volksmassen nicht in Rechnung stellt. Keine antiautoritäre Aufklärungskampagne wird gegenwärtig die Masse der Bevölkerung daran hindern können, an die Wahlurnen zu gehen. Aber gleichzeitig gibt es in dieser Bevölkerung doch Unzählige, die mit der herrschenden Politik unzufrieden sind. Was sollen sie wählen, wenn es kein oppositionelles Wahlangebot gibt? Es ist ein falsches Argument, daß dies gleichgültig sei. Es ist unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung des politischen Bewußtseins der Massen nicht gleichgültig. Die große Masse des Volkes wird wählen. Davon muß man ausgehen. Und wenn es keine oppositionelle Wahlalternative gibt, dann wird die Masse daraus nicht folgern, daß jetzt eben die Zeit gekommen sei, gegen die Herrschenden mit direkten Aktionen anzugehen, sondern sie wird folgern, daß die Opposition im Verlaufe der letzten Jahre offenbar abgewirtschaftet habe und sich neuerdings nicht einmal mehr eine Kandidatur zutraue. Kann jemand meinen, daß das eine Aufmunterung zur Beteiligung an Oppositionsakten in den Betrieben ist? Aber auch unter anderen Gesichtspunkten ist es nicht gleichgültig, ob die Bevölkerung oppositionell wählen kann oder nicht. Es ist bekannt, daß Proteststimmungen in den apolitischen Bevölkerungsschichten jeweils nach rechts oder nach links ausschlagen können. Ist es für das politische Klima im Lande wirklich unerheblich, wenn die Unmutsstimmung größerer Wählerschichten sich mangels einer demokratischen Wahlalternative auf dem Konto der NPD niederschlägt? Jeder Auftrieb der NPD verschafft bekanntlich den beiden großen Parteien ein Alibi, sich um einige Grade deutlicher nach rechts zu bewegen. Brauchen wir eine Verschärfung dieses allgemeinen Rechtstrends etwa nicht zu fürchten? Können wir die Verschlechterung der Bedingungen, unter denen die Opposition heute arbeitet, etwa wollen?

4) Mit antiparlamentarischen Losungen würde sich die demokratische Opposition, und das ist das Entscheidende, von den demokratisch eingestellten Teilen des Volkes isolieren. Die Mehrheit unserer Bevölkerung setzt Hoffnungen in die parlamentarische Demokratie, die ihrer Substanz nach berechtigte, echt demokratische Hoffnungen sind. Nach den Erfahrungen mit der Hitlerzeit hat sich im deutschen Volk eine ehrliche Sympathie gegenüber demokratischen Ideen ausgebreitet, wie wir es nie zuvor in der Geschichte kannten. Aber unser Volk hat die Demokratie nun einmal nur kennengelernt in der Form der parlamentarischen Demokratie, und es ist ihm deshalb nicht möglich, jetzt auf einmal Demokratie und Parlamentarismus auseinanderzudenken. Wer sich gegen den Parlamentarismus ausspricht, spricht sich dem Empfinden der weit überwiegenden Bevölkerungsmehrheit nach gegen die Demokratie aus. Es ist irreal, zu meinen, man könne der Bevölkerung mittels Agitation oder theoretischer Aufklärung gleichsam auf dem Unterrichtswege jetzt einen anderen Demokratiebegriff nahebringen. Es ist dafür auch gar kein Anlaß zu sehen, denn es ist ja die Industrie, die mit dem Grundgesetz nicht mehr zurechtkommt und es in reaktionärem Sinne an allen Ecken und Enden abändert, so daß die Forderung nach voller Verwirklichung der parlamentarischen Demokratie im Sinne des Grundgesetzes von 1949 — und allerdings auch nach Schaffung der gesellschaftlichen Voraussetzungen für ihre Verwirklichung — längst eine progressive, den Monopolinteressen entgegengerichtete, nur noch einseitig im Volksinteresse gelegene Kampfforderung ist. Wenn die außerparlamentarische Opposition hingegen antiparlamentarisch

auftritt, dann wird sie der Bevölkerung einfach als antidemokratisch erscheinen und es ihr somit unmöglich machen, sich mit der außerparlamentarischen Bewegung zu solidarisieren. Das hieße aber, die Opposition würde durch ihr eigenes Verhalten breite Bevölkerungsschichten, die ihrem subjektiven Bewußtsein nach auf der Seite der Demokratie stehen, dazu veranlassen, sich doch wieder auf die herrschenden Kräfte zu orientieren, die ihnen wegen ihres Festhaltens an der formaldemokratischen Fassade dann letztlich immer noch demokratischer erscheinen als die demokratische Opposition. Dies wäre zwar ein absurdes Mißverständnis, aber solche Mißverständnisse sind in der Geschichte nicht gerade selten, und sie ergeben sich oft aufgrund schuldhaft falschen Verhaltens derjenigen, die als die Aktiveren und politisch Bewußteren zu einer genauen Einschätzung auch der im Volke gegebenen subjektiven Bedingungen die Pflicht haben. Die letzte Konsequenz eines derart katastropholen Mißverständnisses könnte es sein, daß die Monopole die Möglichkeit erhalten, im Bündnis und Einverständnis mit den demokratischen, aber eben nicht rätedemokratisch oder revolutionär gesonnenen, Bevölkerungsschichten gegen die außerparlamentarische Opposition vorzugehen, statt daß es umgekehrt zu einem gemeinsamen Vorgehen aller linken und gemäßigten demokratischen Kräfte gegen die Monopole kommt.

5) Dies verweist uns nun aber auch auf einen Mangel in der antiautoritären Analyse, nämlich auf deren von der Geschichte abstrahierenden Schematismus. Es ist eine unhistorische Betrachtungsweise, die Einrichtungen der parlamentarischen Demokratie nur in ihrem Aspekt als Herrschaftsinstrumentarium der Bourgeoisie ernst zu nehmen. In Wirklichkeit ist die parlamentarische Demokratie in dem Augenblick, in dem das Bürgertum über die feudalen Kräfte endgültig gesiegt hatte, diesem zu einer zweischneidigen Sache geworden. Von da an sind es gerade die erfolgreichsten Kreise des Wirtschaftsbürgertums, die die parlamentarische Demokratie umformen wollen, um die auf ihr formal gleiches Recht pochenden proletarischen, klein- und mittelbürgerlichen Schichten von der Macht fernzuhalten. Sieht man das, dann wird man nicht mehr bestreiten können, daß in Phasen, in denen die Wirtschaftsoligarchien auf den Übergang zu irgendeiner Spielart von faschistischer Ordnung Kurs nehmen, die Erhaltung der parlamentarischen Demokratie zum objektiven Interesse der breiten Bevölkerungsschichten wird und die oppositionelle Strategie dem zu entsprechen hat. Sie muß in solchen Phase eine Strategie der Zusammenführung aller von den Diktaturabsichten der herrschenden Wirtschaftskreise bedrohten Bevölkerungsschichten sein. In einer Situation aber, in der dies geboten ist, einen Propagandafeldzug für eine parlamentslose Demokratie zu eröffnen, bedeutet nichts anderes, als die Menschen zu irritieren, die Abwehrfront gegen die Diktaturgelüste der Unternehmer aufzusplittern und es so den Monopolen leicht zu machen, in der Tat das parlamentslose System zu errichten, nämlich die parlamentslose Diktatur von rechts.

6) Hinzu kommt, daß antiparlamentarische Strömungen in der Geschichte der Linken nichts Neues sind und immer im Zusammenhang standen mit einem prinzipiellen Antiinstitutionalismus, der auch heute wieder der antiparlamentarischen Position ihren Hintergrund gibt. Der antiautoritäre oder anarchistische Antiinstitutionalismus aber hat in der Geschichte immer zur Isolierung seiner Vertreter von den arbeitenden Massen geführt. Denn die Arbeiter wissen sehr gut, daß ihre Kraft in ihrer Organisiertheit liegt, der Arbeiter als Einzelkämpfer ist eine liberale Idylle. In der antiautoritären Abneigung gegen alles Organisierte aber repetiert sich die bürgerlich-liberale Furcht vor der organisierten Feudalmacht einerseits, der organisierten Arbeitermacht andererseits, also vor

rechts und links, in einer linken Spielart. Die Theorie von der Bürokratisierung und notwendigen Verselbständigung der Apparate, die sich durch ihren formalen, von allen gesellschaftlichen Inhalten strikt abstrahierenden Ansatz doch eigentlich deutlich genug als ein Kind liberalen Denkens ausweist, jedoch von der antiautoritären, sich selbst als sozialistisch verstehenden Linken bemerkenswert unkritisch rezipiert wird, erfüllt für diese „neue" Linke die gleiche Funktion, die die Totalitarismus-Doktrin für das liberale Bürgertum hat, ja sie ist nur eine linke Modifikation dieser bürgerlich-liberalen Doktrin. Ermöglichte das Totalitarismus-Schema die Gleichsetzung von faschistischen und sozialistischen Staaten, von rechten und linken Bewegungen vermittels des Begriffes des Totalitären — so ermöglicht das Bürokratisierungsschema die Gleichsetzung von West und Ost, kapitalistischen und sozialistischen Staaten, bourgeoisen Organisationen und proletarischen Organisationen vermittels des Bürokratiebegriffs. In beiden Fällen wird durch die Ausklammerung der konträren politischen Inhalte eine Abwehrposition nach zwei Seiten hin, eine Zweifrontenhaltung, ermöglicht. Die Bürokratisierungstheorie unterscheidet sich von der Totalitarismus-Doktrin dadurch, daß diese eine Verteidigungs- oder Kampfposition auf dem Boden des Kapitalismus gegen dessen faschistische und sozialistische Perspektive ideologich begründet, während jene eine Position zwischen dem Kapitalismus und dem konkret, d. h. nämlich organisiert, auftretenden Sozialismus erlaubt. Diese Variante gestattet das Bekenntnis zur sozialistischen Idee und verbietet doch, wegen des antiinstitutionellen Vorbehaltes, die Solidarisierung mit ihren konkreten geschichtlichen Inkarnationen, die, den Bedingungen fortgeschrittener Industrialisierung entsprechend, vom Merkmal der Organisiertheit (und zwar als Staat wie als Bewegung) heute weniger denn je frei sein können.

Diese politisch schwer verständliche, da kaum realistische Haltung fordert den Versuch einer soziologischen Erklärung geradezu heraus. Der antiautoritäre Antiinstitutionalismus könnte sich vielleicht begreifen lassen als der Nachhall des liberalen Individualismus bei denjenigen bürgerlichen Schichten, die heute durch den Monopolisierungsprozeß der Proletarisierung ausgeliefert werden — wie z. B. die gesamte wissenschaftliche Intelligenz —, und die bei dem Versuch, sich diesem Schicksal entgegenzustemmen, zwangsläufig in eine Frontstellung zu den Monopolen geraten. Am ökonomischen Individualismus können sie nicht mehr festhalten, da er ja zu jener Machtballung in den Händen weniger geführt hat und immer mehr führt, durch die sie selbst entprivilegisiert und proletarisiert werden. So kämpfen sie einerseits gegen die organisierte Macht der Herrschenden, zögern aber andererseits, aus ihrer neuen Lage die Konsequenz zu ziehen und sich mit der aus der Arbeiterschaft erwachsenden organisierten Opposition fest zu verbinden. Der in seinem ökonomischen Aspekt für sie inakzeptabel gewordene Individualismus bringt sich verstärkt in der Form eines politischen Individualismus zur Geltung, der die Funktion erfüllt, Unterscheidungsmerkmale gegenüber der proletarischen Opposition aufrechtzuerhalten, ohne doch das intellektuell meist schon vollzogene Bekenntnis zur Arbeiterschaft zu desavouieren und die Möglichkeit des praktischen Appells an ihre Solidarität zu blockieren. Mit der Entwicklung politischer Aktionsformen, die die Züge eines kollektivistischen Individualismus oder voluntaristischen Revolutionarismus tragen und zu denen überzugehen die Arbeiterschaft permanent eingeladen wird, wird eine Grenze gezogen zu der dem nachhallenden liberalen Empfinden unheimlichen Organisiertheit der proletarischen Opposition, wird den Härten einer Verschmelzung mit dieser kraft ihrer Organisiertheit als erdrückend überlegen empfundenen Arbeiteropposition oder auch nur eines Aktionsbündnisses mit ihr auf der Basis einer gemeinsamen Strategie ausgewichen und so die Möglichkeit eines

„dritten Weges" fiktiv aufrechterhalten. Die Bürokratisierungstheorie ist die Rechtfertigungsideologie dieser Position.

Somit würde sich die antiparlamentarische Haltung aber nur als der Ausfluß dieses prinzipiellen Antiinstitutionalismus, und zwar nur als ein Ausfluß unter mehreren, erweisen. Ein anderer ist die antigewerkschaftliche Frontstellung, die in der Geschichte der Antiautoritären nur allzu oft mit der antiparlamentarischen korrespondierte. Der Ruf „Boykottiert die Parlamente" ging fast immer mit dem Ruf „Raus aus den Gewerkschaften" Hand in Hand, und auch dies findet seine Entsprechung in der heutigen Haltung der Antiautoritären, denen es nicht darum geht, den Kampf um fortschrittliche Gewerkschaften zu führen, sondern darum, die Arbeiter zur Abkehr von den Gewerkschaften (als eben notwendig „bürokratisierten" Organisationen) zu veranlassen.

In der Summe hieße dies alles dann aber nichts anderes, als daß die uns gegenüber so prinzipiell vorgetragene antiparlamentarische Position gar nicht das Kernproblem der Antiautoritären zum Ausdruck bringt. Die antiparlamentarische Position, die antigewerkschaftliche Position wie generell die antiinstitutionelle Position wären nur Ausdruckformen — und zwar momentane, durchaus auswechselbare — eines konstanteren Grundmotivs: der Scheu, sich mit der aus der Arbeiterbewegung kommenden organisierten Opposition auf die Linie einer gemeinsamen Strategie zu begeben und damit das eigene neue Klassenschicksal selbst zu bestätigen.

Gerade wenn man dies so sieht, dann zwingt dies uns jedoch zu der Einsicht, daß es sich bei den antiautoritär und antiparlamentarisch auftretenden Oppositionellen wirklich um echte Verbündete und Weggenossen, aufgrund ihrer objektiven Situation nämlich, handelt, auch wenn sie uns gegenwärtig angreifen.

Wir dürfen uns durch den Spott, mit dem sie uns oft begegnen, auf keinen Fall dazu hinreißen lassen, auch unsererseits in ihnen Gegner zu sehen, denn es handelt sich um einen Spott der Verzweiflung, um den Spott derjenigen, denen objektiv kein anderer Weg mehr offensteht, als ihr Schicksal und ihren Kampf künftig mit den von allen Privilegierungen ausgeschlossenen lohnabhängigen Schichten zu teilen und somit auch zur Aktionseinheit mit ihnen zu finden. Dies aber sollten wir ihnen im Gespräch immer wieder vor allem in der Form vor Augen führen, daß wir sie vom größeren praktischen Realismus unserer politischen Strategie überzeugen.

Außerparlamentarische Bewegung und Parlament

Ist diese Strategie denn, wie es die Antiautoritären uns vorwerfen, nur die einfache Umkehrung der ihrigen, also einfach eine proinstitutionelle und proparlamentarische? Was die Antiautoritären bislang nicht verstehen wollen, ist, daß es in der Politik stets auf die richtige Verbindung der verschiedenartigsten Kampfformen ankommt, nicht aber auf die Dogmatisierung der einen oder anderen. Unsere Strategie ist nicht die dogmatische Umkehrung der antiautoritären Strategie, sie ist vielmehr gerade dadurch gekennzeichnet, daß sie sich von jedem Dogmatismus freihält und immer um die richtige Kombination der Wege und Kampfformen bemüht. Und was zu einem bestimmten Zeitpunkt die richtige Kombination ist, läßt sich nur aufgrund der konkreten Analyse der jeweiligen Situation entscheiden. Es gibt auch Situationen, in denen der Verzicht auf eine Wahlbeteiligung ein richtiger Schritt wäre. Aber diese Situationen sind weitaus seltener gegeben, als es die allzu Ungeduldigen annehmen. Auf keinen Fall darf diese Frage auch etwa nur opportunistisch aufgrund der Wahlaussichten entschieden werden, sie ist immer nur entscheidbar aufgrund der Gesamtheit aller

politisch relevanten Faktoren, und einer der allerwichtigsten ist dabei stets das Bewußtsein der Massen, das immer genauestens eingeschätzt werden muß.

Über die wirkliche Rolle der heutigen Parlamente kann man die breiten Bevölkerungsmassen im Lande nicht dadurch aufklären, daß man ihnen sagt: schafft die Parlamente ab, sie sind doch nur täuschendes Blendwerk. (Und das eben deshalb nicht, weil sie tatsächlich blenden.) Aufklärung ist nur auf dem Wege möglich, die Massen selber erleben zu lassen, daß ihre Forderungen — inhaltlich ganz konkrete Forderungen, die ihnen ins Bewußtsein zu heben unsere wirkliche Aufgabe ist — vom Parlament nicht vertreten werden und auch dann, wenn es gelungen ist, oppositionelle Abgeordnete ins Parlament zu bringen und dort von ihnen diese Forderungen vertreten zu lassen, sich der Widerstand der übrigen Teile des Parlaments als undurchdringlich erweist. Dann kann es sein, daß für das Volk die institutionelle Frage eine konkrete wird, nicht aber vorher. Wenn wir auf die Wahlbeteiligung verzichten, wird das Volk in uns nicht die Vertreter seiner Interessen sehen und schon gar nicht Erkenntnisprozesse durchmachen, die die Herrschaftsverhältnisse im Lande betreffen. Einer im Parlament niedergestimmten oder durch unfaire Wahlrechtstricks vom Parlament ferngehaltenen Opposition, die eindeutig Volksinteressen vertritt, wird man zuhören, wenn sie sagt, daß auch ihre Abgeordneten im Parlament nichts erreichen können, so lange nicht die Demokratie auf die Wirtschaft ausgedehnt, die Selbstherrlichkeit der Monopole paralysiert und dafür der Kampf in den Betrieben und auf den Straßen aufgenommen wird. Einer Opposition hingegen, die sich nicht um die Stimmen des Volkes bemüht und sich einfach, statt gegen die Ruinierung der beim Volk noch in Kredit stehenden parlamentarischen Demokratie durch die Herrschenden, gegen die parlamentarische Demokratie selbst wendet, wird die Bevölkerung nicht zuhören, in keiner Frage. Und dies wäre nicht dem Volk anzukreiden, sondern der Opposition, weil sie sich der politischen Todsünde schuldig gemacht hätte, den Kampf um die Demokratie nicht am konkreten Stand des Massenbewußtseins anzuknüpfen, sondern am Bewußtseinsstand einer Minderheit.

Wahlbeteiligung und außerparlamentarische Aktion sind keine Gegensätze, weil beide auf Aufklärung zielen. Sowohl der Wahlkampf wie auch das Auftreten oppositioneller Abgeordneter im Parlament können als Aufklärungsaktion in eben dem Sinne, in dem es die Aktionen auf den Straßen und in den Betrieben sind, verstanden und angelegt werden. Und so sollte und wird dieses Wahlbündnis seine Tätigkeit verstehen und sich deshalb auch von den etablierten Parteien unterscheiden.

Und von einer so verstandenen Wahlkampfführung und Wahlbewerbung dürfte es sich auch durch höhere Wahlbarrieren oder gar durch die Einführung des Mehrheitswahlrechts nicht abhalten lassen, da es ihm primär ja nicht um den Einzug ins Parlament geht, sondern um die Aufklärung der Bevölkerung, die in jedem Falle notwendig sein wird und zu deren Förderung die Kandidaturen unter jedweder Wahlrechtskonstellation ein geeignetes Mittel bleiben.

Es scheint, als ließen schon diese Wochen erkennen, daß der antiautoritäre Weg in eine Sackgasse und unser Weg zur Verstärkung der außerparlamentarischen Bewegung führt. Während die Antiautoritären in eine Krise geraten sind und nicht mehr wissen, wo sie den Ansatzpunkt finden sollen für die Fortführung und vor allem für die Verbreiterung der Bewegung, die nach dem Antinotstandskampf zunächst einmal stagnierte, erweist sich die Wahlbewegung, die von den Partnern dieses Bündnisses hier in Gang gesetzt worden ist, schon jetzt als ein aktivierender Faktor, der im Lande zu wirken beginnt. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat sich nicht zufällig veranlaßt gesehen, in den letzten Tagen

nicht so sehr vor neuen Aktionen der Antiautoritären, sondern vor diesem Wahlbündnis hier zu warnen, denn dieses Bündnis verstößt in einer so entscheidenden Frage wie dem Demokratieverständnis nicht gegen das Massenbewußtsein, sondern kann sich mit ihm verbünden und hat somit tatsächlich die Chance, die in der Antinotstandsbewegung sichtbar gewordene Kraft und Breite der Opposition wieder zu mobilisieren und gleichzeitig auszuweiten.

Es hat diese Chance. Ob sie real wird, hängt natürlich von vielen Faktoren ab. Aber einer davon ist auf jeden Fall der, daß durch die Art unserer Arbeit die im Bewußtsein der Öffentlichkeit sich abzeichnende widernatürliche Entgegensetzung von außerparlamentarischer Bewegung und Demokratie, wie sie durch eine falsch geführte Parlamentarismusdebatte möglich geworden ist, überwunden wird.

Hubert Resch

Zum Verhältnis von Demoskopie und Politik

„Mit Kiesinger zufrieden"

„Mehrheit für die Oder-Neiße als Ostgrenze." „50 Prozent für die Todesstrafe." „Mit Kiesinger zufrieden." „73 v. H. befürworten Briefwechsel mit Zone." „Allensbach: SPD verlor durch Osterunruhen." „60 Prozent loben die Große Koalition." „Mehrheit bejaht Notstandsgesetze." „Nur jeder Zehnte hat demonstriert."

So und ähnlich wird laufend in der Presse über die Ergebnisse der politischen Umfrageforschung berichtet. Daneben erfahren wir auch, daß „jede dritte Frau einen Bikini besitzt", „der Karneval jeden Dritten kalt läßt" und eine „Mehrheit für die Olympia-Lotterie" ist. Die veröffentlichten Umfrageergebnisse, Wahlprognosen und Wahlanalysen sind aber nur ein Bruchteil der politischen Umfrageforschung der kommerziellen Meinungsforschungsinstitute [1]). Nur in den wenigsten Fällen, und dann meistens erst nach Ablauf bestimmter Fristen, lassen die Auftraggeber eine Veröffentlichung von Untersuchungsergebnissen zu. Eigene Untersuchungen führen die Institute aus finanziellen Gründen relativ selten durch. Dafür gibt es noch einen weiteren Grund: die Institutionen, die regelmäßig Umfragen bei „ihrem Institut" in Auftrag geben, dürften nicht gerade freudig reagieren, wenn die Institute eigene Umfragen publizieren, die ihre Kunden lieber in den Schubladen mit der Aufschrift „vertraulich" unter Verschluß hätten. Das Hauptinteresse der Auftraggeber besteht ja darin, geheime

[1]) Am Rande soll vermerkt werden, daß die politische Umfrageforschung bei den meisten der großen Institute nicht den größten Teil des Arbeitsvolumens und der Einnahmen ausmacht. „Zum Beispiel verwendet das Institut für Demoskopie Allensbach etwa 15 Prozent seiner Tätigkeit auf politische Umfrageforschung" (Gerhard Schmidtchen, Die befragte Nation, Fischer-Bücherei, Frankfurt/Main 1965, S. 26).

Kenntnisse über die Volksmeinung für die Ausrichtung ihrer politischen Strategie zu erlangen. Zahlen werden von ihnen nur dann publiziert, wenn sie ihre politischen Ziele scheinbar legitimieren.

Wer bedient sich aber in der Bundesrepublik der politischen Meinungsforschung? Es sind alle maßgeblich am politischen Leben beteiligten Institutionen, wie z. B. Parteien, Bundesregierung, Bundespräsidialamt, einzelne Ministerien, Landesregierungen, Kommunalverwaltungen, Rundfunkanstalten, Verlage und der große Kreis der Interessengruppen. Alle diese Institutionen führen einen recht sonderbaren „Dialog" mit der Bevölkerung mittels Fragebogen und Interviewer. Sie „horchen" die Gesellschaft in der Bundesrepublik auf politische Einstellungen ab und versuchen die gewonnenen Erkenntnisse in ihre politische Strategie und Taktik einzubeziehen. Hier aber liegt die doppelte Problematik der politischen Meinungsforschung:

1) Sie entzieht sich der öffentlichen Kontrolle. „Die Bevölkerungsumfrage ... ist wegen der geringen Zahl der Befragungen im Vergleich zu einer Millionenbevölkerung und weil sie öffentlich nicht verbreitet wird, eine unauffällige Aktion, die selbst in Zeiten starker politischer Auseinandersetzungen vollzogen werden kann, ohne die politische Szenerie, das politische Kräftespiel zu verändern" [2]).

2) Der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß in den politischen Institutionen wird durch Meinungsforschungsergebnisse erheblich beeinflußt. „Jedem Auftraggeber wächst aus dem Ergebnis einer Umfrage ein gewisses Herrschaftswissen zu, sei es in der Politik oder im Bereich der Wirtschaft, wenn die Ergebnisse nicht zur allgemeinen Kenntnis gegeben werden" [3]).

Auf diese zwei Punkte richtet sich auch die Kritik an der Meinungsforschung: „Einsame Entschlüsse nach Umfrage." „Verliert die öffentliche Meinung ihre Macht? — Bemerkungen zum Verhältnis von Meinungsforschung und öffentlicher Meinung." „Versuchen sich Meinungsforscher als Meinungsmacher?" „Aus Meinungsforschern werden Manipulatoren der politischen Willensbildung." Das sind einige Überschriften von Presseartikeln, die die Rolle der politischen Meinungsforschung kritisch analysieren.

Die öffentliche Kritik an der Funktion der Meinungsforschung wird meistens laut, wenn die Meinungsforschungsinstitute Wahlvoraussagen veröffentlichen. „Nicht nur in der Bundesrepublik sind Kontroversen entbrannt, ob die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen über die Parteisympathien die Stimmabgabe merklich beeinflussen kann; und ob dies denn sein dürfe. Ein vorläufiger Höhepunkt wurde in der Nacht der letzten Bundestagswahl erreicht, als ein prominenter Politiker den Vorwurf erhob, Öffentlichkeit und Wählerschaft seien mit Hilfe der Demoskopie bewußt irregeführt worden. In den dann folgenden methodologischen, terminologischen und ideologischen Scharmützeln zwischen Instituten, Parteien und Professoren wurde soviel Staub aufgewirbelt, daß mittlerweile kaum noch auszumachen ist, worum gestritten wurde" [4]). Die Wahlprognosen sind nur die Spitze eines Eisberges, denn die Parteien lassen sich laufend durch Analysen der Meinungsforschungsinstitute über die politischen Einstellungen in der Bevölkerung informieren. Die Meinungsforscher selbst sind sich ihrer Wichtigkeit durchaus bewußt. So äußerte z. B. der frühere Leiter der politischen Meinungsforschung bei Emnid, Klaus Eberlein: „Wir tragen zu einer

[2]) Gerhard Schmidtchen a.a.O., S. 27/28.
[3]) Prof. Erwin K. Scheuch (Köln) bei einem Vortrag im Februar 1966 in Bremen.
[4]) Wolfgang Hartenstein, Mit Prognosen leben. Der Einfluß von Wahlvoraussagen auf das Wählerverhalten, in: Interdependenzen von Politik und Wirtschaft (Festgabe für Gert von Eynern, S. 285).

Demokratisierung der Politik bei und helfen Elfenbein-Türme im politischen Bereich vermeiden." Beispielsweise habe die Meinungsforschung wesentlichen Anteil daran gehabt, daß das Godesberger Programm der Sozialdemokraten durchgesetzt wurde [5]). Eben dieses Beispiel zeigt aber, wie problematisch die Rolle der Meinungsforschung in der Politik ist.

Demokratisierung oder Manipulation?

Die Funktion der Meinungsforschung ist unter den Aspekten der Öffentlichkeit und des Verhältnisses zum politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß zu analysieren. Dazu sollen zunächst einige repräsentative Meinungsäußerungen aus der Diskussion um die Rolle der Meinungsforschung dargestellt werden.

Die positive Bedeutung der Meinungsforschung für Parteien und Politiker hat Gerhard Schmidtchen vom Allensbacher Institut für Demoskopie in seinem Buch „Die befragte Nation" herausgestellt. Er bezeichnet die Ergebnisse demoskopischer Untersuchungen als eine wichtige Hilfe für die Handlungen der Politiker. Außerdem könne durch das Wechselverhältnis von politischer Doktrin und empirischen Befunden aus Repräsentativumfragen eine laufende Überprüfung und Korrektur der demokratischen Doktrin vorgenommen werden. Schmidtchen formuliert einen Begriff der „öffentlichen Meinung", der das unprofilierte und reaktive „Meinen" der Bevölkerung einschließt. Teil der „öffentlichen Meinung" sind demnach auch die mit Repräsentativumfragen erfaßten politischen Stimmungen. Er tritt den Leuten entgegen, die aus Enttäuschung über das Versagen eines individualistisch verstandenen idealdemokratischen Prinzips („alle Bürger verfügen über ausreichende Vernunft und Kenntnis zur Mitwirkung am Willensbildungsprozeß") die Folgerung ziehen, die „öffentliche Meinung" beschränke sich auf eine demokratische Elite, während die Ansichten der übrigen Bevölkerung die „gemeine Meinung" sei.

Eine solche Unterscheidung trifft z. B. Prof. Wilhelm Hennis, der als öffentliche Meinung nur den meinungsbildenden Prozeß sieht, an dem „Parteien, Presse, andere Institutionen gesellschaftlicher Repräsentanz, unter ihnen nicht zuletzt die Universitäten", beteiligt sind. Bei Hennis ist die öffentliche Meinung die der Gebildeten, während repräsentative Meinungsumfragen die „gemeine Meinung" verkörpern. Die „gemeine Meinung" kommt nur bei Wahlen in die Möglichkeit einer Entscheidungshandlung. Im Gegensatz zu Hennis sieht Schmidtchen eine Ausweitung des demokratischen Prozesses in der Tatsache, daß die Meinung der Bevölkerung den Politikern zur Kenntnis gebracht wird und sie dadurch zur Einbeziehung dieser Ergebnisse in ihre Überlegungen gezwungen sind. Die Gefahr der Anpassung hält Schmidtchen nicht für so bedeutend, weil die Politiker nach bestimmten Wertvorstellungen und Konzeptionen handeln und nicht blind den Ergebnissen der Meinungsforschung folgen würden. Bei einem Nachgeben gegenüber den befragten Bevölkerungswünschen spielt nach Schmidtchen der Pragmatismus nicht die Hauptrolle, sondern es kommen andere sachlich ausschlaggebende Gründe hinzu.

Während also einerseits die Meinungsforschung als eine Ausdehnung der Demokratie angesehen wird, weil durch die Einbeziehung der Umfrageergebnisse in den Entscheidungsprozeß der Politiker die „Volksmeinung" stärker berücksichtigt wird (Schmidtchen), gilt sie anderen als unqualifizierte Einflußnahme auf die Handlungen der zur Politik berufenen Elite (Hennis).

[5]) Klaus Eberlein in einem Referat beim 11. Journalistentag der „d.j.u.", 1965.

Das Verhältnis von Meinungsforschung und innerparteilicher Willensbildung hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Lohmar in seinem Buch über die „Innerparteiliche Demokratie" kommentiert. Lohmar spricht von der Entfremdung durch Meinungsforschung, die das Entstehen „unechter Verhaltensweisen" und eine Entdemokratisierung der Parteien begünstige. Die Absicht der Parteien, „alle Tabus im Meinen der Wähler zu schonen", um den „gemeinsamen Nenner des ‚Jedermann' zu finden", zwinge die Parteien — ausgehend von einer zunächst taktisch bedingten Haltung — letztlich zu einer Unterwerfung unter die Außenlenkung durch die Ergebnisse der Meinungsforschung. Ein Funktionsverlust der innerparteilichen Demokratie trete dadurch ein, daß die in kleinen Zirkeln der Parteiführung kreisenden Ergebnisse der Meinungsumfragen die Politik der Partei stärker bestimmen als die Ansichten der Mitglieder und Funktionäre im parteiinternen Willensbildungsprozeß.

Alle drei dargestellten Positionen treffen nicht den Kern des Problems, weil sie die Funktion der Meinungsforschung nicht im Zusammenhang mit der politischen Herrschaftsstruktur in der Bundesrepublik sehen. Das gilt nicht nur für den elitären Standpunkt von Hennis, sondern auch für die von Schmidtchen geschilderte positive Wirkung auf den demokratischen Willensbildungsprozeß und für die grob vereinfachende These Lohmars von der „Außenlenkung der Parteien durch Meinungsforschung".

Die politisch-soziale Entwicklung in der Bundesrepublik ist gekennzeichnet durch die Umfunktionierung der parlamentarischen Demokratie in ein Instrument der herrschenden Klassen. Die zunehmende Verschmelzung von Staat und Wirtschaft findet ihre Parallele in der wachsenden politischen Interessenidentität der Führungsgruppen der Wirtschaft mit denen des Staates und der „staatstragenden" Parteien.

Die Parteien haben sich als Herrschaftsapparate von der Gesellschaft abgesetzt und spiegeln nicht mehr die gesellschaftlichen Konflikte wider. Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Rolle als Fundamentalopposition aufgegeben. Dadurch konnte sich das „Herrschaftskartell" der „staatstragenden Parteien" formieren. Der staatlich-politische Bereich der Gesellschaft ist nur noch von Gruppen besetzt, die die Grundlage des augenblicklichen Herrschaftssystems erhalten und Reformen nur in diesem Rahmen zulassen wollen.

Die herrschenden Klassen — repräsentiert durch die Führungsgruppen der Großwirtschaft (Unternehmerverbände) und des Staates einschließlich der Parteiführungen — brauchen in der repräsentativen Demokratie zur Sicherung ihrer Herrschaft die Zustimmung und Duldung durch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Ja, sie benötigen sogar ein gewisses Maß an abweichenden Vorstellungen und Reformprogrammen, die aber nur dazu dienen sollen, das System zu modernisieren, jedoch nicht die Grundlagen der Herrschaftsstruktur zu verändern. Um diese Notwendigkeiten des „aufgeklärten Kapitalismus" erfüllen zu können, bedarf es einmal der Manipulation der Massen und zum anderen der Einschränkung der Öffentlichkeit und der Steuerung der öffentlichen Meinung.

In diesem Zusammenhang spielt die Meinungsforschung eine bedeutende Rolle. Durch sie können die Stimmungen und Tendenzen in der Bevölkerung aufgefangen und von den Herrschaftsgruppen in Politik und Wirtschaft für ihre politische Strategie und Taktik berücksichtigt werden. Der große Vorteil ist dabei, daß sich die erfaßten Meinungen noch nicht organisiert haben und damit auch nicht in der Öffentlichkeit als politische Forderungen der betreffenden Meinungsgruppen artikuliert worden sind.

Dieser „Teil der öffentlichen Meinung" bleibt öffentlich unbekannt und dient nur kleinen Herrschaftsgruppen dazu, die Öffentlichkeit einzuschränken und die öffentliche Meinung zu manipulieren. Das ist die entscheidende Gefahr der Meinungsforschung. Durch sie wird es den Herrschaftsgruppen ermöglicht, Meinungen zu filtern und zu kanalisieren, die zwar latent in der Bevölkerung vorhanden sind, aber von den „Meinenden" nicht als manifeste Forderung und Ansichten vertreten werden. Damit können die Herrschenden schon in die öffentliche Meinungsbildung eingreifen, bevor die Meinungen eigentlich politisch und in dem Sinne auch „öffentlich" werden. Es liegt auf der Hand, „daß eine Herrschaft es sich nicht leisten kann, erst zu dem Zeitpunkt Kenntnis vom Stand der öffentlichen Meinung zu erhalten, in dem sie sich durch Wahlergebnisse, Insurrektion, Sabotage, Revolten bemerkbar macht" [6]).

Das allgemeine „Raunen und Meinen" — Öffentliche Meinung und Demoskopie

Damit ist aber auch die Frage gestellt, was eigentlich Öffentlichkeit und öffentliche Meinung sind und in welcher Beziehung die Meinungsforschung dazu steht. Uns soll hier nur die politische Öffentlichkeit interessieren: „Von politischer Öffentlichkeit sprechen wir, etwa im Unterschied zur literarischen, wenn sich die öffentlichen Diskussionen auf Gegenstände beziehen, die mit der Praxis des Staates zusammenhängen. Die Staatsgewalt ist gleichsam Kontrahent der politischen Öffentlichkeit, aber nicht deren Teil." Und die öffentliche Meinung „bezieht sich auf die Aufgaben der Kritik und Kontrolle, die das Publikum, der Staatsbürger, informell, und während der periodischen Wahlen auch formell, gegenüber der staatlich organisierten Herrschaft ausübt" [7]).

Öffentlichkeit und öffentliche Meinung können in der industriellen Massengesellschaft nur durch Institutionen (z. B. Parteien, Verbände) vermittelt und hergestellt werden. Das heißt, daß an die Stelle eines Publikums aus miteinander korrespondierenden einzelnen Bürgern ein Publikum der in Parteien und anderen Institutionen organisierten Privatleute treten müßte. Die Kommunikation des „Publikums" bedarf „bestimmter Mittel der Übertragung und Beeinflussung; Zeitungen und Zeitschriften, Funk und Fernsehen sind heute solche Medien der Öffentlichkeit" [7a]).

Nun hat sich gezeigt, daß zwar formal die Existenz von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung garantiert ist, aber real die politische Öffentlichkeit als kritische, handelnde Öffentlichkeit weitgehend eingeschränkt wird. In den Institutionen, in denen sich die Bürger zum Publikum versammeln sollen, kann von Öffentlichkeit kaum die Rede sein. Der Meinungsbildungs- und Willensbildungsprozeß ist im wesentlichen auf die Führungsgruppen beschränkt. Das gilt heute auch für die Sozialdemokratische Partei: Die Mitgliedschaft hat „weder in der innerparteilichen Willensbildung noch in der Meinungsbildung nach außen Bedeutung erlangen können" [8]). Auch die Masse der Funktionäre unterscheidet sich nur in der Aktivität, aber nicht durch größere Mitbestimmungsrechte von den Mitgliedern.

Während einerseits in den Parteien oder Verbänden Öffentlichkeit eingeschränkt wird, wirken andererseits die Führungsgruppen dieser Institutionen auf die freie

---

6) Gerhard Schmidtchen a.a.O., S. 332.
7) Jürgen Habermas, Stichwort „Öffentlichkeit" in: Das Fischerlexikon, Staat und Politik, Frankfurt/Main, Ausgabe 1964, S. 220.
7a) Jürgen Habermas a.a.O.
8) Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie, Stuttgart 1963, S. 43.

Meinungsbildung der Massenmedien ein. Bei der Presse kommt hinzu, daß sie den privatwirtschaftlichen Interessen der Eigentümer und Inserenten ausgesetzt ist. Parallel mit der Entdemokratisierung in der Bundesrepublik ist ein Rückgang an Öffentlichkeit festzustellen. Der politische Pluralismus bleibt auf die Konkurrenz einzelner Gruppen innerhalb der herrschenden Klassen beschränkt. An die Stelle von Öffentlichkeit ist Manipulation gerückt.

Was stellt aber die Meinungsforschung dar? Ist sie ein Teil der öffentlichen Meinung? Die Ergebnisse der Meinungsforschung können nicht in dem oben beschriebenen Sinne als öffentliche Meinung gewertet werden, denn sie sind keine wirklich öffentlich artikulierten und organisierten Meinungen. Es sind Meinungen im Vorfeld der öffentlichen Meinung, die wahrscheinlich in den meisten Fällen nicht zur öffentlichen Meinung werden. In einer Gesellschaft, in der Öffentlichkeit und öffentliche Meinung weitgehend eingeschränkt sind, wird es für die Herrschaftsgruppen aber notwendig, auch das allgemeine „Raunen und Meinen" der Bevölkerung zu beobachten.

Außensteuerung der Parteien durch Meinungsforschung?

Die Meinungen, die sich aus politischen Repräsentativumfragen ergeben, widersprechen häufig der offiziellen Politik. Das wirft die Frage nach dem Verhältnis von politischer Theorie und empirischer Umfrageforschung auf. Mit anderen Worten: Wie weit lassen sich Parteien und Politiker von den Ergebnissen der Meinungsumfragen in ihrer grundsätzlichen politischen Haltung beeinflussen? Sind die Parteien — wie es Lohmar ausdrückte — durch die Ergebnisse der Meinungsforschung fremdbestimmt? Oder gehen sie von einer politischen Theorie oder auch Ideologie aus und messen der Meinungsforschung nur für die Strategie und Taktik Bedeutung bei?

Die Entwicklung der großen Parteien in der Bundesrepublik enthält Hinweise auf beide Alternativen. Sowohl in der SPD als auch in der CDU gab es zunächst antikapitalistische Tendenzen. Die CDU entwickelte in ihrem Ahlener Programm Vorstellungen, die eindeutig gegen eine Gesellschaftsordnung gerichtet waren, in der das Großkapital eine dominierende Rolle spielen konnte. Dieses Programm hatte in der praktischen Politik der CDU nur wenig Auswirkungen, denn sehr schnell übernahm die Partei neokapitalistische Vorstellungen und wurde zum politischen Träger der neuen Ordnung, die durch eine Koppelung von repräsentativer Demokratie, kapitalistischer Wirtschaftsstruktur und veränderten Werthaltungen der Menschen gekennzeichnet ist. Die Konzeption der CDU wird mit den Schlagwörtern „freies Unternehmertum", „Wohlstandsgesellschaft", „freier Westen" und „Antikommunismus" am deutlichsten gekennzeichnet. Diese Parolen fielen auf fruchtbaren Boden bei der politisch apathischen Bevölkerung, in der sich mit dem wirtschaftlichen Aufstieg neue Wertstrukturen entwickelten, die Ralf Dahrendorf einmal mit der Bemerkung kennzeichnete, daß die Individuen für sich selbst „das größte Glück und die größte Befriedigung suchen".

In diesem Rahmen diente die Umfrageforschung der CDU im wesentlichen zur Festlegung ihrer Taktik. Die Ideologie wurde und wird hingegen bestimmt durch relativ feste Wertvorstellungen, die die führenden Männer der Partei aufgrund ihrer Erfahrung sowie der sozialen Herkunft und klassenmäßigen Bindung verinnerlicht haben. Die reale Basis der politischen Konzepte sind die ökonomischen Interessen der Kapitalistenklasse. Von ihrer grundsätzlichen politischen Konzeption ist die CDU nicht abgewichen; auch dann nicht, wenn die Mehrheit der Bevölkerung anderer Meinung war.

Wo diese Linie, wie z. B. in der Wirtschaftspolitik (die Mehrheit der Bevölkerung war lange Zeit für die Planwirtschaft) oder in der Verteidigungspolitik (die Mehrheit war gegen die Bundeswehr), abgelehnt wurde, hat die CDU und die von ihr getragene Bundesregierung die Umfrageergebnisse zur Kenntnis genommen, aber nicht ihre Konzeption aufgegeben, sondern durch eine verstärkte Werbearbeit nur besser verkauft[9]). Sie hat mit Hilfe der Umfrageergebnisse besser auf die Bevölkerung einwirken und sie geschickter manipulieren können. Auf die SPD trifft Lohmars These von der Außenlenkung schon eher zu, weil die SPD durch die Änderung ihrer politischen Grundkonzeption und die damit verbundene Zeit des geistigen Tastens und Suchens anfälliger wurde für eine Ausrichtung an den durch Meinungsumfragen ermittelten „Wünschen" der Bevölkerung. Ein besonders eklatantes Beispiel war der Werbefeldzug bei der ersten Kanzlerkandidatur von Willy Brandt. Durch die unkritische Übernahme demoskopischer Ergebnisse wurde Willy Brandt eine Rolle vorgeschrieben, die ihn als Politiker verleugnete und ihn wie die Attrappe eines Volkstribuns wirken ließ. Der Wähler gewann den Eindruck, hier sei ein Kanzlerkandidat „gemacht" worden. Der „Kennedy-Look" war nur äußerlich, es fehlte die politische Substanz.

Interessant ist die Tatsache, daß sich die CDU bereits seit 1948 der Meinungsforschung bediente, während die SPD erst nach 1953 und insbesondere ab 1957 die Ergebnisse der Meinungsforschung für ihre politische Planung heranzog. Bei der SPD setzte sich also die Meinungsforschung erst in der Zeit durch, als die Partei ihre grundsätzliche Opposition gegen die Herrschaftsstruktur in der Bundesrepublik aufgab. Das soll nicht heißen, die Benutzung der Meinungsforschung sei auf jeden Fall negativ. Im Zusammenhang mit den ideologischen Veränderungen in der SPD wirkte sie sich aber negativ aus. Die Parteiführung wollte sich nach Überwindung der „Klassenkampfideologie" und nach Umwandlung von der „Klassenpartei" in eine „Volkspartei" an den „tatsächlich in der Gesellschaft vorhandenen" Interessen und Vorstellungen orientieren. Das Bild, das die Meinungsforscher von den „wirklichen" Interessen und Bedürfnissen vermittelten, wurde nicht mit einer politischen Theorie konfrontiert, sondern ohne kritische Prüfung als „Wirklichkeit" hingenommen. Die Frage nach den gesellschaftspolitischen Ursachen für bestimmte Meinungen und Tendenzen unterblieb. In dieser Phase kann man von einer Außenlenkung der SPD durch die Meinungsforschung sprechen.

Hinter dieser Entwicklung verbirgt sich aber ein tiefergehender Anpassungsprozeß, der schlagwortartig so gekennzeichnet werden kann, daß die SPD die Fundamentalopposition aufgab und Schritt für Schritt ein politischer Hauptträger des vormals von ihr bekämpften Systems wurde. Der letzte Schritt war der Eintritt in die Große Koalition. Heute ist die Phase der ideologischen Unsicherheit ebenso überwunden wie die antikapitalistischen Restbestände im Godesberger Programm. Der Anpassungsprozeß ist abgeschlossen. Zu der Wandlung der SPD hat die Meinungsforschung insofern beigetragen, als sie durch die wohlfeile Interpretation von „Oberflächenstimmungen" den Sozialdemokraten die Lust zu gesellschaftspolitischen Alternativprogrammen genommen hat.

Die politische Konzeption der Meinungsforscher

Hier muß ein Wort gesagt werden zu der Arbeitsweise der Institute und insbesondere zu den politischen Vorstellungen der Meinungsforscher selbst, die nicht ohne Einfluß auf die Untersuchungsthemen und -ergebnisse sind.

---

[9]) Gerhard Schmidtchen a.a.O., S. 277.

In seinem Buch „Was die Deutschen möchten" geht Klaus D. Eberlein, der frühere Leiter der politischen Meinungsforschung beim Emnid-Institut, an mehreren Stellen auf das Godesberger Programm der SPD ein. „Das Godesberger Programm markiert einen Wendepunkt in der Geschichte bzw. in der Zielsetzung und Verhaltensweise der SPD. Es signalisierte die Abwendung der SPD von der Ideologie und die Hinwendung zur pragmatischen Beschäftigung mit den Tagesfragen" [10]). Und weiter: „Das Godesberger Programm ist in seinem Inhalt der Bevölkerung ... völlig unbekannt geblieben. Es ist jedoch ... Garantie und Gütesiegel der SPD für die Absicht, in ihren politischen Plänen alle ideologische Verbohrtheit zu lassen und vielmehr pragmatisch zu verfahren, hart an den Realitäten zu bleiben, selbst wenn deren Erfordernisse gewissen früheren sozialdemokratischen Grundhaltungen ins Gesicht schlagen" [11]). Dieses Schema — früher war die SPD negativ, sozialistisch und deshalb ideologisch, heute ist sie positiv, pragmatisch und deshalb realistisch — ist schlichte Ideologie. Hier wird jede politisch-soziale Theorie als Ideologie abgetan, während die Anpassung an die bestehende Herrschaftsstruktur, also die tatsächliche Übernahme der herrschenden Ideologie, als nicht ideologisch, sondern realistisch und pragmatisch bezeichnet wird. Alternative gesellschaftspolitische Vorstellungen, die über das bestehende System hinausgehen, gelten Leuten wie z. B. Eberlein als Ideologie, während die Anpassung an eine gegebene Herrschafts- und Wertstruktur nicht ideologisch ist, sondern „realistisch". Diese Auslegung zeigt, daß Eberlein gar nicht begriffen hat, was Ideologie im Unterschied zu politisch-sozialer Theorie eigentlich ist [12]).

Diese These von der Ideologielosigkeit ist selbst ideologisch, denn sie verkennt, daß das bloße Anpassen an die bestehende Herrschafts- und Wertstruktur letztlich nur die Übernahme der herrschenden Ideologie als einer verbindlichen Wahrheit bedeutet. „Verzicht auf jedwede politische Theorie, die gesellschaftliche Veränderung verlangt, ist aber stets Identifikation mit der Realität und verhüllte Rechtfertigung dessen, was jeweils ist" [13]). Zwar ist die Behauptung richtig, die SPD habe vor Godesberg eher eine Ideologie als eine politische Theorie gehabt, doch kann man die Übernahme der herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Ideologie an Stelle der bisherigen pseudosozialistischen nicht als einen Verzicht auf jede Ideologie feiern. Es war nur ein Austausch von Ideologien. Wer das positiv als Entideologisierung preist, identifiziert sich ebenfalls mit den herrschenden Wertvorstellungen und wird in diesem Zusammenhang unkritisch. Genau das trifft aber auf viele tonangebende Leute in den kommerziellen Meinungsforschungsinstituten zu.

Das wird auch an einem anderen Beispiel deutlich. Im Zusammenhang mit der Analyse der Begriffe „Öffentlichkeit" und „öffentliche Meinung" schreibt Gerhard Schmidtchen über die Herrschaftsstruktur: „Unter Herrschaft verstehen wir Parteien, Gesetzgebung, Regierung, Verwaltung, Jurisdiktion. Parteien und Gesetzgebung sollen deshalb zur Herrschaft zählen, weil sie, obzwar juristisch dem Souverän, dem Volk, zugehörig, praktisch Organe des Staates sind. Die Delegation der Gesetzgebungsbefugnisse an das Parlament ist zugleich ein Entfremdungsprozeß. Die Geschäfte der politischen Repräsentation sind der Vor-

10) Klaus D. Eberlein, Was die Deutschen möchten. Hamburg 1968, S. 39.
11) ebenda, S. 84.
12) Unter dem Begriff Theorie wird der Versuch des bewußten Erkennens von Gesellschaft und Geschichte und die praktische Anwendung der Theorie auf die Gestaltung der Gesellschaft verstanden. Die Theorie ist ständig an Hand der Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung zu überprüfen. Dagegen wird der Begriff Ideologie für den Sachverhalt des „falschen Bewußtseins" im marxistischen Sinne angewandt.
13) Wolfgang Abendroth, Mitglieder und Funktionäre. Vortrag im Hessischen Rundfunk am 26. 5. 64, Manuskript S. 39.

stellungswelt des Souveräns entrückt" [14]). Die Konsequenzen aus diesen Erkenntnissen werden aber sorgsam umgangen: „Unter Volk verstehen wir alle Staatsbürger, auch diejenigen, die Herrschaftsfunktionen ausüben. Damit vermeiden wir jede demographische Disjunktion (Trennung, H. R.) zwischen einer herrschenden und einer beherrschten Gruppe. Uns interessieren hier nur die Funktionen. Ähnlich wie in nationalökonomischen Betrachtungen ein und derselbe Personenkreis einmal die Funktion des Verbrauchers, das andere Mal die des Einkommenbeziehers oder Produzenten ausübt, so sollen auch hier nur Aspekte und nicht kategorial getrennte Personengruppen betrachtet werden. Dies trägt im übrigen der Tatsache Rechnung, daß wir in keinem modernen Staat Herrschaftskasten haben" [15]). Diese Betrachtungsweise zeigt, daß durch das Spiel mit „Funktionen" und „Rollen" die Analyse der Herrschaftsstruktur und der sie tragenden sozialen Klassen umgangen wird. Auch das ist eine ideologische Anpassung an die bestehende Gesellschaftsstruktur. Die beiden zitierten Aussagen sind durchaus repräsentativ für die kommerziellen Meinungsforschungsinstitute.

Vom „Pluralismus der Auftraggeber und Institute"

Die Untersuchungsthemen und der Inhalt der Analysen werden durch das Zusammenwirken von Auftraggebern und Instituten bestimmt. Damit ist bereits die erste Begrenzung der Meinungsforschung genannt, nämlich die Gebundenheit an die Interessen und Vorstellungen der Auftraggeber. Die ideologische Voreingenommenheit von Auftraggebern und Meinungsforschern schränkt Forschungen bereits im Denkansatz — in der Hypothesenbildung — weitgehend ein. So gibt es z. B. fast keine Analysen über die Herrschaftsstruktur unserer Gesellschaft und die Stellung und Funktion der sozialen Klassen. Pluralismus und demokratische Ordnung werden als gegeben vorausgesetzt. Damit werden die Erscheinungen mit dem Wesen der Sozialstruktur verwechselt. Die kritische Frage, ob in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt Pluralismus und Demokratie funktionieren können, wird nicht gestellt, weil es für Auftraggeber und Meinungsforscher keinen Zweifel gibt, daß man die „industrielle Gesellschaft" in der Bundesrepublik nicht als „kapitalistische" Gesellschaft bezeichnen kann.

Wie vom Pluralismus in der Gesellschaft ausgegangen wird, so wird auch behauptet, es gebe einen „Pluralismus von Auftraggebern und Instituten" [16]). Niemand wird bezweifeln, daß es eine Vielzahl von Auftraggebern gibt, die zwischen mehreren Instituten wählen können. Vielzahl ist aber noch nicht Pluralismus. Die Auftraggeber kommen fast alle aus dem Bereich der Gesellschaft, den man heute mit dem Schlagwort „Establishment" bezeichnet. Sie verbindet mit den Meinungsforschern die grundsätzlich positive Einstellung zu der augenblicklichen Herrschaftsstruktur. Parteien, Regierung und die großen Wirtschaftsverbände sind die Hauptkunden der Institute. „Lediglich die Gewerkschaften betreiben, soweit man weiß, wenig empirische Sozialforschung" [17]). Das mag auf einer Fehleinschätzung der Wichtigkeit von Meinungsforschung durch die Gewerkschaften beruhen, dürfte aber auch auf die Erfahrung zurückzuführen sein, die Interessen einer alternativen Gesellschaftskonzeption bei den Meinungsforschern nicht gut aufgehoben zu sehen. Keine Industriegewerkschaft würde dem „CDU-nahen" Institut für Demoksopie in Allensbach Aufträge an-

14) Gerhard Schmidtchen a.a.O., S. 323.
15) ebenda, S. 324.
16) Gerhard Schmidtchen a.a.O., S. 30.
17) ebenda, S. 25.

vertrauen, und auch dem „SPD-nahen" Institut für angewandte Sozialwissenschaft in Bad Godesberg stehen viele Gewerkschaftsfunktionäre reserviert gegenüber. Und welches Institut gilt nicht als „Vertrauensinstitut" für eine bestimmte politische Richtung [18])? Würde die CDU noch Aufträge an Allensbach geben, wenn die SPD dort einen Großauftrag für die nächste Wahl hätte? Wäre das Institut überhaupt bereit und in der Lage, diesen beschränkten Pluralismus zu gewähren? Welches renommierte Institut könnte es sich leisten, einen Auftrag der DFU oder des SDS oder des Initiativausschusses für die Wiederzulassung der KPD anzunehmen? Und welches Institut würde es tun wollen, auch wenn keine Schwierigkeiten mit den anderen Auftraggebern zu befürchten wären? Hinzu kommt weiterhin, daß die Institute den ökonomischen Zwängen der kapitalistischen Marktwirtschaft unterworfen sind.

Positive Aspekte — negative Tendenz

Wenn man auch von einer weitgehenden ideologischen Übereinstimmung zwischen Auftraggebern und Instituten in den Grundfragen ausgehen kann, so läßt sich keineswegs daraus folgern, die Institute würden immer brav das schreiben, was die Auftraggeber gern sehen möchten. Im Gegenteil: die Institute haben mit ihren Analysen den Politikern schon manch unangenehme Wahrheit unterbreitet, die nicht in Einklang mit deren dogmatischen Vorstellungen stand. Häufig gehen ihre Fragestellungen weiter als die oft unklaren Wünsche und Vorstellungen der Politiker. Es ist kaum vorstellbar, entspricht aber den Tatsachen: viele Politiker sind so weit in ihren dogmatischen Denkschablonen befangen, daß sie die wohlmeinenden Analysen der Meinungsforscher in den Wind schlagen, weil sie ihnen nicht passen. In gewissem Sinne wirken sich Umfrageergebnisse positiv aus: wenn nämlich die Politiker bereit sind, sie zur Prüfung ihrer eigenen ideologischen Vorstellungen zu verwenden. Das ist aber nicht — wie Schmidtchen behauptet — ein „Demokratisierungseffekt", denn ein solcher Effekt wird durch die Geheimhaltung der Ergebnisse wieder aufgehoben. Verständigungsschwierigkeiten zwischen Meinungsforschung und Politik gibt es dadurch, daß viele Politiker Analysen über Umfrageergebnisse gar nicht „richtig lesen" können.

Eine positive Rolle spielt die Meinungsforschung immer dann, wenn sie die Konkurrenz der herrschenden Institutionen und Apparate fördert. Dazu ein Beispiel: Im Dezember 1967 veröffentlichte das Allensbacher Institut für Demoskopie eine vom Südwestfunk in Auftrag gegebene Untersuchung über die Ostpolitik. Unter anderem wurde gefragt, wer für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze wäre, wenn sich dadurch das Verhältnis zum Osten verbessern würde. Unter dieser Bedingung befürworteten 53 Prozent eine Anerkennung, während 33 Prozent dagegen waren. In der gleichen Untersuchung wurde ermittelt, daß 90 Prozent sich für Verhandlungen mit der DDR aussprachen und 51 Prozent meinten, es könne der Tag kommen, an dem nichts anderes übrig bliebe, als die DDR als zweiten deutschen Staat anzuerkennen.

Nach der Veröffentlichung der Ergebnisse gingen die Heimatvertriebenen auf die Barrikaden. Der Bund der Vertriebenen bezeichnete die Frage nach Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als „suggestiv" und „politisch tendenziös". Aus diesem Grunde sei die Umfrage „nicht repräsentativ" und „wissenschaftlich nicht vertretbar". In die Diskussion schaltete sich auch das CSU-Organ „Bayern-Kurier" ein: „Die Zahl 53 bezauberte in den letzten Tagen einen großen Teil der linken oder linksliberalen Presse." Diesen Zeitungen wurde pauschal unterstellt,

[18]) ebenda, S. 25/26.

sie hätten die 53 Prozent zustimmender Meinungen zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ohne die in der Frage enthaltene Bedingung „wenn sich dadurch das Verhältnis zum Osten verbessern würde" abgedruckt. In Wirklichkeit ist diese Bedingung in den gemeinten Zeitungen korrekt veröffentlicht worden (z. B. in der Frankfurter Rundschau und im Kölner Stadt-Anzeiger). Aus den Reaktionen wird deutlich, daß sich die „Reaktion" getroffen fühlte.

In welchem Verhältnis stehen nun die positiven Auswirkungen der Meinungsforschung zu den negativen? Die positiven Effekte sind zumeist auf Einzelaspekte beschränkt, während insgesamt eine negative Funktion für die Demokratie zu registrieren ist. Wirtschaftliche Abhängigkeit der Institute vom Markt des „Establishments", ideologische Voreingenommenheit der Meinungsforscher, geheime Verwendung der Ergebnisse durch die Herrschaftsgruppen in Staat, Parteien und anderen Institutionen und eine gehörige Portion „Gratisangst" der Meinungsforscher gegenüber den Auftraggebern sind bestimmend dafür, daß die von kommerziellen Instituten betriebene Meinungsforschung einen entdemokratisierenden, systemerhaltenden Effekt hat und nicht kritische Analyse der Gesellschaft ist.

Dr. Jacques Otto Grézer

Zur Reform des Wahlrechts

Dieser Beitrag hätte bereits in unserer Septemberausgabe erscheinen sollen, hat aber indessen an Aktualität nichts eingebüßt. Zwar bleibt es umstritten, ob eine Wahlrechtsreform tatsächlich noch bis zur Bundestagswahl 1969 verabschiedet wird, wofür erst jetzt wieder Paul Lücke in einem massiven Artikel im „Bayern-Kurier" (Nr. 43/1968) ebenso ficht wie in seinem vor einigen Tagen veröffentlichten Taschenbuch (Ullstein-Taschenbuch Nr. 637) „Ist Bonn doch Weimar"? („Die Große Koalition — darin längst grundsätzlich einig, daß diese Wahlrechtsreform notwendig ist — müßte das Gesetz bis spätestens März—April 1969 verkündet haben, damit die technischen Vorbereitungen noch vor September abgeschlossen werden können"). Für den Fall, daß bis dahin keine Verabschiedung mehr erfolgt, sollten — nach Lücke — „beide Parteien der Großen Koalition im Wahlkampf dafür sorgen, daß das Thema Wahlrechtsreform auf der Tagesordnung bleibt". Inzwischen scheint es jedoch eher so, daß sich CDU und SPD gegenseitig die Schuld zuzuschieben versuchen, falls es zeitlich nicht mehr zur Verabschiedung ausreichen sollte (vgl. etwa „Vorwärts" Nr. 44/1968 — „Verfassungsfragen, die noch offen sind — Zwischenbilanz der Wahlrechtsdiskussion"; aber auch „Ein nutzloser Streit" von H.-J. Wischnewski in der „Welt", Nr. 243/68 und „Neues Wahlrecht notfalls im Alleingang", Bericht aus Stuttgart, in der „Welt", Nr. 245/68). *D. Red.*

„Diese erpresserische, für die Arroganz der Macht beispielhafte Alternative — Fortsetzung der Großen Koalition oder Wahlrechtsänderung — kann einfach von Demokraten nicht hingenommen werden: sich ihr zu unterwerfen hieße, den Anspruch auf die Herrschaft des Volkes über seinen Staat preiszugeben." Dies ist der resümative Schlußsatz der bisher ausführlichsten in der BRD vorgelegten Publikation zu der nach wie vor aktuellen Wahlrechtsdiskussion: „Reform oder Manipulation? Zur Diskussion eines neuen Wahlrechts" von Thomas von der Vring (im Rahmen der „res novae"-Reihe der Europäischen Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1968).

Das ganze Jahr 1967 und auch noch die ersten Wochen des Jahres 1968 standen im Zeichen lebhafter Auseinandersetzungen darum, ob das in der Bundesrepublik Deutschland bisher geltende „personalisierte Verhältniswahlrecht" in Zukunft durch ein „relatives Mehrheitswahlrecht" abgelöst werden sollte. Die CDU/CSU war in ihrer überwiegenden Mehrheit bereits dafür, in der SPD sollte eine entsprechende Mehrheit dafür erst noch gewonnen werden. Aber bereits Wochen vor dem März-Parteitag der SPD in Nürnberg tauchten in der Presse Schlagzeilen auf wie „Das Mehrheitswahlrecht ist schon tot" [1]), wie auch die fünfte und zunächst letzte Folge einer sehr ausführlichen Dokumentation über die gesamte Wahlrechtsproblematik in der „Stuttgarter Zeitung" (unter dem gemeinsamen Titel „Wahlrecht im Widerstreit") schon unter dem Titel erschienen war „Die Reform des Wahlrechts ist gestorben" [2]).

Der scheinbar so plötzliche SPD-Gesinnungswandel — zumindest in den führenden sozialdemokratischen Parteigremien gab es nämlich inzwischen ebenfalls bereits eine Mehrheit für die Wahlrechtsänderung! — ist wohl das Ergebnis einer Studie des Bad Godesberger „Instituts für angewandte Sozialwissenschaften" (INFAS) gewesen, die der CDU/CSU — mit Hilfe des Mehrheitswahlrechts — die Sicherung einer absoluten Mehrheit für die überschaubare Zukunft und der SPD zugleich ebenso katastrophale Wahlchancen unter diesen Bedingungen ausrechnen zu können glaubte. Zwar beeilten sich die Mehrheitswahlrechts-Anhänger sofort, dem INFAS-Report angebliche „Fehler" nachzuweisen und die Absicht, der SPD angeblich „nur suggerieren zu wollen, daß eine Wahlrechtsänderung nicht in ihrem Interesse liegen" würde, aber der negative Eindruck war nun einmal nicht mehr wegzuwischen.

Der Nürnberger Parteitag der SPD sah sich also gezwungen, die Entscheidung über die gesamte Wahlrechtsfrage auf den nächsten ordentlichen Parteitag im Jahr 1970 zu vertagen. Bundesinnenminister Paul Lücke, einer der fanatischsten CDU-Verfechter der Wahlrechtsänderung, schied daraufhin prompt aus dem Kabinett aus, und es mochte zunächst scheinen, als sei damit die weitere Diskussion über das Wahlrecht zumindest für die nächsten Jahre wiederum in den Hintergrund getreten.

Wenn sich heute Prof. Wilhelm Hennis — ein die Wahlrechtsänderung befürwortendes Mitglied der SPD-Wahlrechtskommission und ehedem auch Mitglied der sogenannten „Lücke-Kommission", deren Plädoyer für eine Wahlrechtsänderung im Sinne des Mehrheitswahlrechts erst kürzlich unter Lücke-Nachfolger Ernst Benda publiziert worden ist [3]) — in seiner jüngsten Streitschrift zur Wahlrechts-

1) „Süddeutsche Zeitung" vom 12. 2. 1968.
2) „Stuttgarter Zeitung" vom 23. 2. 1968.
3) „Zur Neugestaltung des Bundestagswahlrechts — Bericht des vom Bundesminister des Innern eingesetzten Beirats für Fragen der Wahlrechtsreform", Bundesministerium des Innern, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Juni 1968, wobei sich dieses Gremium fast ausschließlich (bis auf Prof. Günther Dürig, Tübingen) aus Anhängern einer Wahlrechtsänderung zusammensetzte und schon allein dadurch an der erforderlichen Objektivität Zweifel wecken mußte.

frage [4]) genau im Sinne des hier einleitenden Zitates über die „Verzögerungstaktik" des Nürnberger Parteitagsbeschlusses der SPD aufregt, betreibt er im Grunde Spiegelfechterei. Dies zumindest geht aus einem Interview hervor, das Prof. Horst Ehmke vor einigen Wochen dem „Rheinischen Merkur" [5]) gewährt hatte: „Was unter den damaligen Voraussetzungen bei einer Abstimmung in Nürnberg herausgekommen wäre, kann ich Ihnen genau sagen: eine große Mehrheit gegen die Änderung und damit für das (jetzt bestehende) Verhältniswahlrecht... Wollte man also eine glatte Abfuhr vermeiden, mußte man mit dem taktischen Ziel der Vertagung zu retten versuchen, was noch zu retten war..." Damit ist wieder einmal deutlich ausgesprochen worden, wie die gegenwärtige SPD-Führung in Fällen, in denen sie in diametralem Gegensatz zum sogenannten „Fußvolk der Partei" steht, dieses geschickt zu überspielen pflegt.

Ungeachtet der Nürnberger Parteitags-Reaktion arbeitete also die „SPD-Wahlrechtskommission" weiter. Sie ließ inzwischen zwar das Schema des ursprünglich von der CDU/CSU im eigenen Interesse so warm empfohlenen relativen Mehrheitswahlrechtes in Nachwirkung des Schocks durch den erwähnten INFAS-Report fallen, produzierte allerdings neue und nicht weniger dubiose Vorschläge. Zunächst hatte SPD-Wahlrechtsexperte Prof. Friedrich Schäfer das Modell eines „Vierer-Wahlkreis-Systems" in die neuangefachte Diskussion geworfen, aber die Kommission einigte sich schließlich auf das „Dreier-Wahlkreis-System" des Furtwanger SPD-Mathematikers Ernst Wrage. Zwar handelt es sich dabei strenggenommen nur noch um eine Mischform von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht (auf die Einzelheiten soll hier nicht näher eingegangen werden), die immer noch ihre erheblichen Tücken hat und zunächst ebenso der CDU/CSU für lange Zeit die absolute Mehrheit garantieren würde, bei der sich aber doch zumindest ihre SPD-Befürworter für eine ziemlich ferne Zukunft relativ bessere Chancen ausrechnen zu können glauben als beim ursprünglich CDU-geförderten relativen Mehrheitswahlrecht. Zwar ist die entsprechende Publikation der „SPD-Wahlrechtskommission" [6]) gleich auf verschiedentliche Kritik gestoßen [7]), gilt aber dennoch als aktuelle Diskussionsgrundlage, die die augenblickliche SPD-Führung jetzt in den Reihen ihrer Partei durchzusetzen bestrebt ist.

Wirklich gefährlich werden dürfte auch dieses Modell in erster Linie vor allem der FDP, weil es diese zwar nicht unbedingt in der wahlarithmetischen Theorie, aber desto sicherer in der Praxis auszuschalten droht, zumal ja gerade die FDP kaum Wählerballungen in sogenannten „regionalen Hochburgen" kennt, auf die man sich dann im Rahmen der neuen Wahlkreiseinteilung konzentrieren könnte. Weniger zu befürchten von den „Dreier-Wahlkreisen" hätte da z. B. schon die NPD, und sie würde davon unter Umständen sogar noch begünstigt, sofern sie nur in bestimmten „Hochburg"-Wahlkreisen Stimmen zu akkumulieren vermöchte, was der NPD durchaus möglich, für die FDP (und ebenso für jede andere — neue — Partei, die sich etwa noch links von der heutigen SPD konstituieren mag) so gut wie unmöglich wäre. Darum ist auch nicht erstaunlich, daß die NPD eine solche Wahlrechts-„Reform" nicht fürchtet und vorsorglich schon kürzlich ankündigte, daß sie im Falle ihrer Einführung [8]) „ihre ganze Kraft auf etwa 30

4) W. Hennis, „Große Koalition ohne Ende? Die Zukunft des parlamentarischen Regierungssystems und die Hinauszögerung der Wahlrechtsreform", Piper-Verlag, München 1968.
5) „Rheinischer Merkur" vom 21. 6. 1968.
6) „SPD-Bericht der Wahlrechts-Kommission", herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn, im Juni 1968.
7) „X-INFORMATIONEN — Berichte, Kommentare, Analysen" Nr. 47/48 vom 19. 7. 1968 „Dreier-Wahl... Eine Manipulation mit dem Wählerwillen" von Staatssekretär a. D. Dr. Hans Schäfer (FDP) und a. m. mit dem Tenor: „Der Vorschlag der Kommission selbst ist ein verfassungsrechtlich unzulässiger und staatspolitisch unbrauchbarer Versuch einer Manipulation mit dem Wahlrecht", wobei überhaupt der eigentliche Kommissionsbericht in der Broschüre von 72 Seiten nur ganze vier Seiten umfaßt.
8) „dpa"-Information Nr. 801 vom 28. 6. 1968 im „rosa Dienst" der „dpa"-Informationsredaktion/Hamburg.

für die NPD besonders aussichtsreich erscheinende Wahlkreise zu konzentrieren gedenkt, in denen ihr Durchbruch wahrscheinlich ist".

Unter solchen Voraussetzungen muß es ausgesprochen verlogen erscheinen, wenn interessierte Bonner Kreise nunmehr im Ausland den Eindruck zu erwecken versuchen, als ob die „Einführung eines mehrheitsbildenden Wahlrechts in der Bundesrepublik auch aus außenpolitischen Gründen notwendig" wäre, um „neue Wahlerfolge der NPD dadurch zu verhindern", wie es z. B. neulich in einem Interview Wilfried Hertz-Eichenrode, der „rechte Flügelmann" der „Welt"-Redaktion, mit dem US-Professor Joseph Dunner von der Jewish University in New York darzulegen versucht hatte, weil doch offensichtlich weitere NPD-Erfolge in „einen großen außenpolitischen Erfolg der Sowjetunion und aller Gegner Westdeutschlands in der Welt" umgemünzt werden könnten [9]). In Zukunft wird man jedoch niemandem mehr das „Argument" abnehmen können, ausgerechnet die NPD würde durch eine Wahlrechtsänderung im Sinne der „Dreier-Wahlkreise" etwa „ausgeschaltet" ...

Möglicherweise wären jedoch all diese „Gruppenwahlrechts"-Modelle mit vier oder drei Kandidaten in zusammengelegten Wahlkreisen bis auf weiteres auch nur Sandkastenspiele geblieben, wenn inzwischen der leidige Zirkus um die Bildung der Stuttgarter Landesregierung nach den für das herrschende parteipolitische Machtkartell (bestehend aus CDU und SPD) so unbefriedigenden baden-württembergischen Landtagswahlen vom 28. April d. J. (d. h. unbefriedigend in erster Linie für die SPD, aber auch nicht so recht befriedigend für die CDU — alles in allem also eine Wähler-„Quittung" für die Große Koalition!) nicht gewesen wäre. Nachdem sich die FDP unter den gegebenen Bedingungen einer Stuttgarter Koalition mit der CDU eindeutig versagt hatte und auch der SPD-Landesdelegiertentag von Kehl von der Fortsetzung einer Großen Koalition in Stuttgart nichts mehr wissen wollte, hätte es drei Möglichkeiten gegeben: 1) die korrekteste in Form von Neuwahlen, 2) eine eventuelle Minderheitenregierung der CDU, toleriert entweder von der SPD oder FDP, aber möglicherweise auch von der NPD (selbst ein derartiger Vorschlag hat vorgelegen), 3) eine Landes-Koalition der „neuen Harzburger Front" zwischen CDU und NPD, wodurch allerdings der hintergründige Trend gewisser Aspekte möglicher westdeutscher Entwicklungen zu rasch und damit wohl zu früh offengelegt worden wäre.

In dieser Situation nun lieferte die SPD ein weiteres Musterbeispiel dafür, wie man die ohnehin noch rudimentäre und in gewisser Beziehung schon wieder rezessive westdeutsche Demokratie von innen heraus immer mehr kaputtmachen kann. Während SPD-Funktionäre nach außen von der angeblichen „Rettung des Vaterlandes vor einem Zerfall der demokratischen Ordnung" faselten, dachten sie in Wirklichkeit nur noch an die Rettung der ihr verbliebenen Reste ihres eigenen politischen Besitzstandes und damit — koste es, was es wolle — ihres Anteils an der Macht, ebenso wie an die künftig tunlichste Ausschaltung lästiger Konkurrenten und möglicher neuer politischer Strömungen. In souveräner Mißachtung sowohl des erklärten sozialdemokratischen Wählerwillens (er hatte ja der SPD nicht zuletzt wegen der Beteiligung an der Großen Koalition einen Rückschlag gebracht) als ebenfalls des vorangegangenen Beschlusses der Kehler SPD-Landesdelegierten-Konferenz — und möglicherweise auf direkte Weisung der Bonner SPD-Zentrale — entschied sich die SPD-Fraktion des Stuttgarter Landtages (ein Hohn auf die Floskel „nur dem eigenen Gewissen verantwortlich") für die weitere Fortsetzung der Großen Koalition. Selbst Horst Ehmke sprach in seinem bereits erwähnten „Rheinischen Merkur"-Interview in diesem

[9]) „Die Welt" vom 10. 7. 1968.

Zusammenhang von einem „bedenklichen Beschluß, der den Verdacht nähren muß, es gehe innerhalb der Partei eben doch nicht ganz so demokratisch zu, so daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn man dann an Glaubwürdigkeit verliert."

Daß man in der Tat an Glaubwürdigkeit verlieren und sich damit für die Zukunft wohl noch drastischere Wahlniederlagen einhandeln würde, war inzwischen freilich auch jenen SPDlern klar geworden, die unter derartigen Umständen die Fortsetzung der Großen Koalition in Stuttgart mit solchen schon an Frivolität grenzenden undemokratischen Methoden und Machinationen am Ende doch noch „gemanagt" hatten: ihre neue „Koalitionsvereinbarung" mit der CDU gipfelte denn auch in der „Verpflichtung", sich nunmehr plötzlich doch wieder für die „Einführung des Mehrheitswahlrechtes möglichst schon für die Bundestagswahl von 1969 einzusetzen" und damit dem Beschluß des Nürnberger SPD-Parteitags die erste öffentliche Ohrfeige zu verpassen.

Die „zweite Runde" um die Diskussion über die Wahlrechtsänderung war damit „erfolgreich" eröffnet, und die „SPD-Wahlrechtskommission" hatte inzwischen ihr übriges dazu beigetragen, indem sie sich überstürzt auf das erwähnte „Dreier"-Gruppenwahlrecht festlegte, bevor überhaupt noch die entsprechenden Untersuchungen des INFAS-Institutes darüber vorlagen. Neuerdings gibt es wiederum Stimmen, die zwar an diesem Prinzip ebenfalls festhalten, allein rein zeitlich nicht mehr an die Möglichkeit einer Wahlrechtsänderung für 1969 glauben [10]), obwohl einer ihrer eifrigsten SPD-Befürworter, Staatssekretär Prof. Friedrich Schäfer, nach wie vor noch nicht von dem abrückte, was er schon am 21. Juli d. J. in einem Interview mit dem Kölner „Deutschlandfunk" bekräftigte: „Die SPD wird alles dazu tun, daß noch spätestens bis Weihnachten d. J. ein Wahlrechts-Reformgesetz schon für die Bundestagswahl 1969 verabschiedet werden kann." Wenn bei solcher Hast jetzt andererseits dem neuen SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischnewski doch nicht ganz wohl zumute ist und auch der kürzlich aus der SPD-Führung ausgeschiedene Publizist Fried Wesemann die ganze verdächtige Eile mit dem Wahlrecht peinlich empfindet [11]), so mögen darin in erster Linie Überlegungen zum Ausdruck kommen, die die „Frankfurter Rundschau" bereits vor Wochen unter dem Titel „Demaskierung" glaubte vorwegnehmen zu sollen [12]): „Mit erstaunlicher Unverfrorenheit hat die SPD-Wahlrechtskommission nunmehr enthüllt, worum es mit dem staatspolitischen Getöse um die ganze ‚Wahlreform' in Wirklichkeit geht . . . Die SPD-Wahlrechtsexperten spekulieren — für einen entfernten Tag — doch noch auf einen Machtwechsel — freilich ausschließlich zwischen der eigenen Partei und der CDU/CSU. Für jede andere Partei soll dies verhindert werden: man möchte diese künftig ein für allemal von der Macht ausgeschaltet wissen, in der sich dann nur noch die beiden Großen teilen sollen. Dies dürfte allerdings zur scharfen Munition gegen solcherart Wahlrechtsmanipulierer bei einem zu erwartenden Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht werden. In einer seiner früheren Entscheidungen hatte der Gerichtshof nämlich bereits erklärt, eine Wahlrechtsänderung dürfte nicht primär das Ziel der Ausschaltung anderer Parteien verfolgen. Genau diese Absicht ließen aber die SPD-Wahlrechtsexperten jetzt durchblicken."

---

10) „Mannheimer Morgen" vom 16. 8. 1968; außerdem „Der Neue Tag" (Weiden) vom 17. 8. 1968, wonach allerdings der gleiche SPD-Politiker Wischnewski, der an der Wahlrechtsänderung noch rechtzeitig für 1969 zweifelte, zugleich einen „Wahlsieg" der SPD für 1969 „prophezeite", womit Wischnewskis Äußerungen sich von selbst disqualifizieren dürften.

11) „Christ und Welt" vom 23. 8. 1968 — Fried Wesemann zum Thema „Wahlrechtsreform — schon wieder ‚gestorben' . . ."?

12) „Frankfurter Rundschau" vom 26. 6. 1968.

ZUR REFORM DES WAHLRECHTS

Die wiederbelebte Debatte um die Wahlrechtsfrage — unabhängig davon, wann sie zu einem endgültigen Ergebnis führen mag — hat sich erneut in den gleichen unsachlichen Dogmen, Fehlschlüssen und Vorurteilen verfangen, die bereits während ihrer „ersten Runde" zur Kritik herausfordern mußten. Zwei Beispiele seien dafür als ganz besonders symptomatisch herausgestellt:

1) Paul Wilhelm Wengers Leitartikel „Ausmarsch aus der Demokratie? — Die Lösung des Dilemmas heißt Mehrheitswahlrecht" [13]; und

2) die Glosse „Keine Alternative" in der Maiausgabe der Monatszeitschrift „Der Wähler", herausgegeben im Namen einer „Deutschen Wählergesellschaft e. V." von den Befürwortern einer Wahlrechtsänderung Prof. Dolf Sternberger und Prof. Richard Freudenberg, um nunmehr die „Notwendigkeit eines mehrheitsbildenden Wahlrechts" auf möglichst breiter Grundlage öffentlich zu propagieren.

Wenger schreibt u. a.: „Der Abmarsch aus der parlamentarischen Demokratie begann im März 1930 mit der Abberufung des Reichskanzlers Hermann Müller (SPD mit einer Großen Koalition)... Bei einem neuen Ausmarsch aus der parlamentarischen Verantwortung ..., der sich bereits in der Paralyse der parlamentarischen Demokratie im Südwesten (Stuttgart) zeigte und dort fast schon zu einer parlamentarischen Obstruktion (durch FDP und womöglich auch SPD) geführt hätte ..., wäre ein mangelndes Selbstvertrauen der SPD gegenüber ihren Chancen bei der Mehrheitswahl geradezu verhängnisvoll ..." Noch deutlicher als diese elegant verschlüsselte Aufforderung an die SPD, sich mit der Rolle der „ewigen Opposition" nun doch endlich abzufinden, wird die Zeitschrift „Der Wähler": „Das System der Verhältniswahl führt auf die Dauer der inneren Zerrissenheit entgegen, die immer verbunden ist mit der Handlungs- und Regierungsunfähigkeit der parlamentarischen Regierung: wir haben es ja im Zusammenbruch der Weimarer Republik schon einmal erlebt... In der Bundesrepublik zeigte die Landtagswahl von Baden-Württemberg, was 1969 auf uns alle zukommen wird: keine Regierungsmehrheit, keine starke Oppositionsminderheit, kein arbeitsfähiger Bundestag, keine funktionstüchtige Bundesregierung... Das können wir noch verhindern und damit gleichzeitig auch den Untergang der zweiten deutschen Demokratie (sic!), wenn wir uns endlich für ein klares Mehrheitswahlsystem entscheiden ..."

Diese beiden Stellungnahmen, die für eine gewisse Argumentation typisch geworden sind, suggerieren der Öffentlichkeit schiefe Perspektiven, denen nicht energisch genug entgegengetreten werden kann. Die erste Perspektive entspricht dem in arrivierten Bonner Politikerkreisen weitverbreiteten Versuch, alle anstehenden Fragen der heutigen Bundesrepublik retrospektiv am Versagen der Weimarer Republik messen zu wollen. Mochte dies in den ersten Nachkriegsjahren psychologisch noch irgendwie verständlich gewesen sein, ist eine solch rückschauende Methode jedoch heute längst nicht mehr gerechtfertigt: im Gegensatz zu dem, was dem Weimarer Staat zum Verhängnis wurde, droht der Bundesrepublik heute weit eher Gefahr aus einer politischen Erstarrung als aus einer allzu hochgespielten geistigen Zersplitterung oder Aufspaltung! Ist z. B. der Weimarer Staat in erster Linie an der Staatsverneinung des „rechten" bzw. antiliberalen Bürgertums im weitesten Sinn gescheitert, also an einem Faktor primär außerhalb seiner Institutionen, so droht der Bundesrepublik antidemokratische Manipulation von innen heraus, die diesen Staat mit Hilfe seines Establishments stillschweigend institutionell wieder zu einem autoritären Gebilde zurückzubilden

[13] „Rheinischer Merkur" vom 31. 5. 1968.

vermag, weil eben viel zu wenig neue fruchtbare Reform-Ideen in die öffentliche Diskussion gelangen können.

Man kann diese offizielle Bonner Einstellung, die immer wieder Bonn an Weimar zu messen sucht, besser verstehen, wenn man sich daran erinnert, was seinerzeit Karl Jaspers zur allgemeinen Verärgerung des Bonner Establishments geschrieben hatte und was man nicht einfach als „kulturkritischen Essay" zur Seite schieben sollte: „... für das Unheil von 1933 nicht in erster Linie die damals politisch Handelnden, sondern die seinerzeitigen Institutionen verantwortlich zu machen ... Aber selbst die besten Institutionen machen es nicht, wenn die Politiker versagen, die sie nutzen sollen" [14]). Jaspers sieht darum auch die gesamte innenpolitische Reformdiskussion in Westdeutschland durch folgende Faktoren gehandicapt: „1) durch eine eben zu einseitige Orientierung heutiger Entscheidungen an dem, was einst zu Hitlers Machtergreifung führte, 2) durch die Denkungsart der damals dafür Mitverantwortlichen (und nach 1949 wieder weitgehend in Bonn bestimmenden Kräfte, d. Verf.), die alle Schuld bei den Institutionen und nicht bei sich sehen wollen, 3) durch den Sicherheitswillen, der nun gesetzlich verhindern möchte, was im Entscheidenden nur in der Politik handelnde Menschen bewirken können ..."

Man sollte ebenfalls die Wahlrechtsdiskussion in erster Linie in diesem Rahmen sehen, zumal ja in der Tat objektiverweise niemand eindeutig beweisen könnte, welchen „negativen Anteil gerade das Wahlrecht am Untergang der Weimarer Republik hätte, wo ja eine Vielzahl von Ursachen bei ihrem Zerfall zusammengewirkt hatten" [15]). Demgegenüber ist es lediglich die Arbeitshypothese der sogenannten „Hermens-Schule" — so benannt nach dem Kölner Prof. Ferdinand A. Hermens, einem seinerzeitigen Schüler des späteren „formierten Gesellschafts"-Theoretikers Prof. Goetz Briefs, wobei heute wiederum zu Hermens' Anhängern neben Dolf Sternberger, Wilhelm Hennis, Friedrich Schäfer usw. fast alle professoralen Befürworter des „mehrheitsbildenden Wahlrechts" gehören —, daß die Weimarer Republik zu Beginn der dreißiger Jahre tatsächlich durch das Mehrheitswahlrecht hätte gerettet werden können. Dies kann man bestenfalls als eine Legende oder aber ein „Glaubensbekenntnis" werten, wobei die letzte wissenschaftliche Evidenz immer noch fehlt. Die Hermens'sche Zuspitzung „Demokratie oder Anarchie?" (so sein bereits 1951 in Buchform erschienenes Plädoyer für das Mehrheitswahlrecht) stellt dabei höchstens eine durchaus subjektive Generalisierung einiger Erkenntnisse von früher dar, die überdies die speziellen Weimarer Zustände mit der allgemeinen Problematik des Verhältniswahlrechts überhaupt einfach gleichzusetzen versuchten.

Demgegenüber müssen die „Nürnberger Nachrichten" zitiert werden, die kürzlich [16]) in weit zutreffenderer Weise zur Wahlrechtsänderung Stellung bezogen: „Angeblich habe das Verhältniswahlrecht in der Weimarer Republik zu einer ‚heillosen Zersplitterung' der politischen Kräfte der Demokratie geführt und damit den Totalitären Vorschub geleistet ... Umgekehrt wird ein Schuh daraus ... Nicht das Verhältniswahlrecht hat damals zur Entstehung immer neuer Parteien geführt, sondern die Unfähigkeit der — ursprünglich ja durchaus starken — demokratischen Massenparteien, mit den wirtschaftlichen und politischen Folgen des verlorenen Ersten Weltkriegs fertigzuwerden ..." Zwar mit den wirtschaftlichen, aber umso weniger mit den politischen Folgen des ebenso verlorenen

14) Karl Jaspers, „Wohin treibt die Bundesrepublik?" in den Kapiteln „Von der Demokratie zur Parteienoligarchie — Von der Parteienoligarchie zur Diktatur", Piper-Verlag, München 1966.
15) Heino Kaak, „Zwischen Verhältniswahl und Mehrheitswahl" (Zur Diskussion des Wahlrechts), C. W. Leske-Verlag, Opladen 1967.
16) „Nürnberger Nachrichten" vom 13. 7. 1968.

Zweiten Weltkriegs sind auch bisher wieder die diesmal „arrivierten" Bonner Parteien fertiggeworden, woraus sich in der Tat eine gewisse unterschwellige Parallele der Angst vor einer unbewältigten Situation ergibt, die man entweder juristisch (das unfruchtbare Gerede von den angeblichen „Rechtsstandpunkten") oder aber zumindest doch institutionell ersatz-„lösen" möchte.

Nicht allein und einseitig in den Vordergrund stellen, aber auch nicht übersehen sollte man dabei natürlich ebenso hintergründige gesellschaftspolitische Motive, wie sie schon vor einiger Zeit Hanns-Jochen Hauss zusammengefaßt hatte: „Ist den Vertretern von Besitz und Kapital in der Bundesrepublik heute eine bisher immer noch verhältnismäßig liberale Demokratie etwa schon zu riskant geworden? Soll der direkte politische Einfluß des Volkes also womöglich noch geringer, das politische System noch ‚repräsentativer' werden? ... Für Demokraten sind politische Parteien Massenorganisationen, die in der gesellschaftlichen Basis wurzeln und ihre politische Zielsetzung aus dem freien Willen ihrer Mitglieder empfangen! Für die in der Bundesrepublik Herrschenden sind sie offenbar nur noch quasi-staatliche Agenturen, die das möglichst reibungslose Funktionieren der Exekutive zu gewährleisten und diese zum Volk hin abzuschirmen haben. Da den Parteien von den hier heute Herrschenden eine rein instrumentale und funktionelle Rolle — übrigens im Gegensatz zum ursprünglichen Auftrag der Verfassung — zugedacht ist, muß schließlich auch Zahl und Umfang ihres Wirkens manipuliert werden! Offen erneut ein ‚Ein-Parteien-System' zu fordern, scheut man sich (obwohl dies vielleicht unter gewissen Umständen schon wieder das Ehrlichste wäre, d. Verf.), aber ein verkapptes Ein-Parteien-System in Form eines institutionalisierten Zwei-Parteien-Systems mit zwei nahezu konformen ‚Volksparteien', von denen in der Regel nur eine regiert, würde ja die gleichen Dienste tun, und die Bürger könnten formal auch noch weiterhin ‚wählen' ..." [17]).

Nicht nur das zähe Streben nach einer Wahlrechtsänderung, auch die lange Serie von Grundgesetzänderungen mit der Tendenz, sich von dem ursprünglich freiheitlich-antifaschistischen Ursprungsgehalt der Verfassung immer mehr auf ihr freiheitshemmendes und erneut autoritäres Zerrbild zuzubewegen [18]), auch alle anderen Vorbereitungen für eine Finanzreform, eine Parlaments-, Verwaltungs- oder Regierungsreform, die den Föderalismus abbauen, die Rechte des Volkes weiter einschränken und dafür jede Exekutive stärken sowie dabei einen neuen möglichst straffen bürokratischen Zentralismus forcieren, könnten in diesem Zusammenhang erwähnt und kritisch dafür herausgestellt werden, wie man hier immer mehr durch institutionelle Manipulation fehlende politische Ideen und Initiativen zu „ersetzen" versucht.

Mit einem Zitat aus Thomas von der Vrings Buch „Reform oder Manipulation?" haben wir unsere Betrachtung eröffnet, wir wollen vor Schluß nochmals darauf zurückkommen. „Prof. Gerhard Leibholz hat bereits 1956 darauf hingewiesen", schrieb v. d. Vring u. a., „wie wichtig gerade in der BRD Koalitionen für die Mäßigung der Regierung sind ... Regierungsmehrheiten erhalten hier sofort in der Öffentlichkeit eine enorme Machtprämie zur Monopolisierung ihrer Position, so daß Oppositionen keine Chance mehr haben, die Regierung noch wirksam zu kontrollieren, womit eine Verfügungsgewalt über den Staatsapparat in diesem Land erhöhte Möglichkeiten des Mißbrauchs wie der Verschleierung einräumt ... Die Einführung eines Zweiparteiensystems könnte daher gerade in der BRD das Ende der parlamentarischen Regierungskontrolle bedeuten, weshalb die Mög-

17) DFU-Pressedienst „das argument", Dezember 1967.
18) „Süddeutsche Zeitung" vom 7. 6. 1968.

lichkeit, ja der politische Zwang zur Bildung von Koalitionen mehrerer Parteien nicht nur als Notbehelf, sondern geradezu als ein Element zur Begrenzung der Macht verstanden werden muß!"

Der jüngste Erdrutsch in der Sitzverteilung des französischen Parlamentes zugunsten der Gaullisten, obwohl diese an effektiven Wählerstimmen nur knapp 3 Prozent gewonnen und die Linksparteien etwa 4 Prozent verloren hatten, zeigt darüberhinaus nochmals sehr eindeutig die ganze Problematik „mehrheitsbildender Wahlrechte" in krasser Aktualität auf. Andererseits verhinderte weder in Kanada, noch in Großbritannien das dort ebenfalls bestehende Mehrheitswahlrecht die Anwesenheit einer dritten oder sogar vierten Partei, ja sogar das Emporkommen weiterer kleiner Parteien im Parlament, so letztere nur (wie etwa die Franco-Kanadier oder die Schotten, Walliser usw.) über sichere regionale „Hochburgen" verfügen, was von den kleineren Parteien in der BRD augenblicklich eben einzig die NPD von sich sagen könnte ...

Jean-Louis Heym, Paris

Betrachtungen zur Mai-Bewegung in Frankreich

Es ist in Frankreich selber wie im Ausland und besonders in der Bundesrepublik so viel über die französische Mai-Bewegung (es wäre viel besser, von „Bewegungen" zu sprechen) geschrieben worden, daß es gewagt erscheinen mag, wenn in den folgenden kurzen Betrachtungen trotzdem versucht werden soll, einige besonders wichtige Erkenntnisse klar herauszuschälen. Daß die Erkenntnisse nur Einzelelemente einer allgemeinen Analyse sein können, die einen viel weiteren Raum und vermutlich auch einen längeren zeitlichen Abstand vom Geschehen erfordert, braucht wohl kaum unterstrichen zu werden.

I

Die Bewegung der französischen Studenten verdient ganz besondere Aufmerksamkeit, weil hier, anders als in allen anderen Ländern, wo es zu Studentenrevolten gekommen ist, mit der einzigen Ausnahme wohl von Großbritannien, wo ebenfalls außerhalb der Universität liegende aktuelle politische Motive fehlen und wo eine intelligente Hochschulpolitik des Staates (Schaffung von 44 neuen Universitäten seit Ende des zweiten Weltkrieges) die Explosion bisher vermieden hat, zu Beginn jedenfalls keine außerhalb des Grundkonfliktes „Studenten contra Universität von gestern und darüberhinaus contra Konsumgesellschaft" liegenden allgemeinen politischen Motive mitgespielt haben und infolgedessen die Analyse dieser Bewegung erschweren. Der Kampf der Studenten der BRD

deckt sich zu einem großen Teil mit dem der außerparlamentarischen Opposition im allgemeinen und hat in seinen Äußerungen gegen die Notstandsgesetzgebung oder gegen den Vietnamkrieg z. B. seine spezifischen Züge verloren. Dasselbe gilt für die Aktionen der Studenten in den USA, die in erster Linie gegen Rassismus und Armut im eigenen Lande und erst in allerletzter Linie, wenn überhaupt, gegen das Etablissement als solches kämpfen. Daß die Bewegungen der Studenten in den Ländern des europäischen Ostens fast ausschließlich einen Kampf gegen das Überleben des Stalinismus und für Herstellung der politischen Grundfreiheiten darstellen, ist wohl jedem klar. Ebenso bedarf es keiner besonderen Spezialkenntnisse, um zu erkennen, daß die Studenten in den Ländern des „tiers-monde" und besonders in den am meisten fortgeschrittenen Lateinamerikas einen die gesamte Bevölkerung dieser Länder angehenden Kampf gegen ausländischen und besonders nordamerikanischen Imperialismus und für nationale Befreiung führen. Was die Revolte der italienischen Studenten angeht, so ist sie zu einem nicht unwesentlichen Teil ein Kampf gegen den überalterten Moralkodex der bürgerlichen Gesellschaft des Landes, das nur zu einem Teil von der politischen Gewalt des Staates und auf weiten Gebieten (trotz des, zeitlich so kurzen, Wirkens Johannes' XXIII.) von den Dunkelmännern des Vatikans regiert wird.

Von all derartigen außerhalb ihrer spezifischen Gegebenheiten liegenden Motiven konnte bei der Bewegung der französischen Studenten, jedenfalls bei ihren ersten Äußerungen im Frühling dieses Jahres, keine Rede sein. Dagegen spielten bei ihnen (und zwar bei der zahlenmäßig überwältigenden Mehrheit der Studenten und des ihren Kampf unterstützenden Teils des Lehrkörpers) die ganz besonderen, sich lediglich auf die Universität und ihre Aktivität beschränkenden Forderungen eine sehr wichtige, wenn nicht gar entscheidende Rolle. 700 000 Studenten bei einer Gesamtbevölkerung von 50 Millionen (gegen 300 000 bei 60 Millionen Bundesdeutschen), ein völlig veralteter Studienplan bei unzureichenden Lehrmitteln, das Fehlen eines ausreichenden Beistandes bei der Wahl des Studienfaches und die Abwesenheit einer jeden Fürsorge für die mindestens 60 bis 70 Prozent der Gesamtzahl erreichenden Ausfälle oder Ausschlüsse, d. h. jener Studenten, die jedes Jahr infolge Nichtbestehens der Jahresendprüfungen ohne Diplom von der Alma Mata verstoßen wurden. Sie bildeten ebenso wie jene, die zwar die Examina bestanden und alle nur erdenkbaren Zeugnisse und Titel erworben hatten, doch e i n Fach, wie etwa die Psychologie oder die Ethnologie zusammen mit mehreren Tausenden bei der ersten Fachprüfung und vielen Hunderten bei der zweiten jährlich nicht verkraften können, ein „intellektuelles Proletariat", dessen ungewisses Schicksal wie ein Damoklesschwert die Zukunft aller Studenten bedrohte. Gegen all dies ging und geht in allererster Linie der Kampf der französischen Studenten, für deren Mehrzahl die Frage der Reform der Examina oder das Problem ihres Mitbestimmungsrechts an allen die Universität und ihr Funktionieren angehenden Fragen ausschlaggebend ist.

Daß diese zahlenmäßige Majorität, die zunächst ihre Forderungen im Rahmen der Fakultäten durchzusetzen gedachte, sich trotzdem von einer anfangs völlig einflußlosen Minderheit von Extremisten auf die Barrikaden führen ließ, war nur der Instinktlosigkeit und Autoritätsgläubigkeit gewisser Universitätsbehörden (Rektoren und Dekane) und der Unfähigkeit und Überheblichkeit der letzten Erziehungsminister des gaullistischen Regimes zu verdanken. Nach der Besetzung der Sorbonne durch die Polizei, ein Akt, der ein wahres Sakrileg in der Geschichte der französischen Universität darstellte, war der Krieg von seiten der Obrigkeit den Studenten erklärt worden, die sich zu dieser Zeit der offenen

Sympathie ihrer Eltern, die zu 94 Prozent der Bourgeoisie angehörten, sicher wußten.

Eine ernsthafte Untersuchung dieses In-Frage-Stellens (contestation) der bestehenden Universität durch die studentische Jugend führt uns zur Erkenntnis ihrer Aktion auf drei verschiedenen Ebenen. Die Kritik des verkalkten und zutiefst wirklichkeitsfremden Lehrbetriebs ist wohl die zuerst in die Augen springende. Sie verdeckt aber kaum den Zweifel an der allgemeinen Rolle, welche die heutige Universität der Wohlstandsgesellschaft im Interesse der Aufrechterhaltung eines als ungerecht empfundenen sozialen Gleichgewichts spielt und die von der studentischen Jugend als Faktor der Entfremdung und Zerstörung der individuellen Werte angesehen wird. Und schließlich richtet sich der Kampf der Studenten gegen den Akt des Lehrens ex cathedra, so wie er in diesem Massenbetrieb immer unpersönlicher geworden war, und damit im Endeffekt gegen die Autorität des Lehrenden selber, der den Lernenden nicht zum Licht und zur Freiheit, sondern zur Versklavung und Aufgabe seines Ichs führt.

Neben diesen spezifisch universitätsbezogenen Motiven war sicher auch, mindestens latent im Unterbewußtsein agierend, ein die Konsumgesellschaft als Ganzes In-Frage-Stellen bei der Mehrheit der Studenten vorhanden und für ihre Aktion mitbestimmend. Doch trat, jedenfalls bei der breiten Studentenmasse, diese grundsätzliche Kritik an der bestehenden Gesellschaft und inbesondere am autoritären gaullistischen Herrschaftssystem in den Hintergrund, sobald es sich um die Ausarbeitung von praktisch realisierbaren Reformprogrammen des Universitätsbetriebs und insbesondere der durch das Ende des Studienjahres bedingten Examensprobleme handelte. Hier zeigte sich besonders klar die Kluft zwischen der breiten Masse der revoltierenden Studenten und jener, besonders durch den Namen eines ihrer geschicktesten Wortführer, Danny Cohn-Bendit, bekannt gewordenen Minorität, für welche der Kampf auf dem Universitätsgebiet nur der Vorwand für den beabsichtigten revolutionären Aufstand gewesen war. Diese sich als Avantgarde der Revolution betrachtende Minderheit, der es gelungen war, die Massen der Studenten auf die Barrikaden und zum gewollten Angriff (und nicht etwa nur zur Verteidigung) gegen die Sicherheitsorgane des Staates und eine aus Unsicherheit heraus immer brutaler werdende Polizei zu führen, erklärte sich jetzt an der Lösung dieser terminmäßig bedingten Probleme und schließlich an der Lösung aller rein universitätsbezogenen Fragen für völlig uninteressiert und isolierte sich damit von neuem gegenüber der großen Masse der französischen Studenten.

Daß es ihr aber vorher gelungen war, durch ihre Exzesse (ich erwähne hier nur beispielshalber die Besetzung des Odeon-Theaters, die sinnlose Beschädigung seiner Inneneinrichtungen und insbesondere der Bühne und Requisiten) sowie durch die instinktlose Aufnahme der fragwürdigsten Elemente des Lumpenproletariats und insbesondere jener arbeitslos gewordenen Söldnertrupps aus Katanga und Kongo in ihre Reihen, dem Kampf der Studenten in ihrer Gesamtheit die Sympathie der Pariser Bevölkerung zu entziehen und schließlich, weniger in der Hauptstadt als in der Provinz draußen, die Angst vor dem Chaos bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und damit der Wählerschaft zu wecken, sei hier bereits ausdrücklich unterstrichen.

II

Die Streikbewegung der französischen Arbeiter des letzten Frühjahrs hat, mehr oder minder unabhängig von dem Aufstand der Studenten, zuerst in der Provinz in Betrieben der Flugzeugindustrie und dann der Autoindustrie begonnen. Daß

diese Streiks von Besetzung der Betriebe durch die Belegschaften begleitet waren, ist, entgegen den so häufig anders lautenden Behauptungen von Nichtkennern der sozialen Probleme Frankreichs wie Jean-Paul Sartre, keineswegs ein Novum, d. h. eine Art des Arbeitskampfes, die seit den ersten Besetzungen der Fabriken im Frühsommer 1936 (nach der Machtübernahme durch die Volksfrontregierung) vergessen worden sei. So waren die großen Streiks der beiden letzten Jahre in den Betrieben der Kunstfaser-Industrie des Lyoner Raumes regelmäßig mit Besetzung der Fabriken verbunden gewesen. Neu war nur die Geschwindigkeit, mit der sich diese Streikbewegung auf die gesamte Industrie und weite Kreise des Handels (Warenhäuser und Banken insbesondere) im ganzen Lande ausdehnte und überall, wie im Jahre 1936, mit Besetzung der Arbeitsstätten verbunden war. Neu war auch die Teilnahme von breiten Schichten der technischen und kaufmännischen „cadres" (Ingenieure und Werkmeister insonderheit) sowie ihrer bisher stets streikfeindlich eingestellten Gewerkschaftsorganisationen an diesem Arbeitskampf.

Auf die Art der Führung dieser Streikbewegung hat fraglos das Beispiel des Kampfes der Studenten ansteckend gewirkt. War doch die gaullistische Regierung vor den auf Gewaltanwendung nicht verzichtenden Studenten nach einigem Hin und Her und sinnloser Polizeibrutalität offen zurückgewichen, woraus die streikenden Arbeiter, die fast überall zunächst den Gewerkschaftsapparat überflügelt hatten, ihre eigenen Schlußfolgerungen zogen und zu einer neuen Streiktaktik übergingen. Die in den letzten Jahren auf ein oder zwei Tage beschränkten Generalstreiks der öffentlichen Betriebe (insbesondere Elektrizitäts- und Gaswerke und Eisenbahn sowie die übrigen Verkehrsbetriebe) hatten sich ja als völlig wirkungslos herausgestellt und waren von der breiten Öffentlichkeit, die durch Strom- und Gasausfall viel stärker in ihrem Lebensnerv getroffen war als Regierung und Unternehmerschaft, nur als Schikane empfunden worden. So hatten sie im Endeffekt lediglich zur Isolierung des aktivsten Teils der Arbeitnehmerschaft und zur Verringerung des Einflusses der Gewerkschaften geführt, ohne je zur Erfüllung der immer auch berechtigten Forderungen der Streikenden beizutragen. Diesmal übernahmen die Streikleitungen überall die Weiterversorgung der Bevölkerung mit elektrischem Strom und Gas, wodurch die Popularität des Arbeitskampfes wesentlich verbessert wurde.

Der Ausbruch dieser gigantischen Streikwelle, deren Ausmaß fraglos alle (Gewerkschaftsführungen wie Regierung und Oppositionsparteien mit einbegriffen) überraschte, fiel zeitlich mit dem zehnjährigen Jahrestag des Bestehens der Fünften Republik zusammen. Während das gaullistische Regime auf alle Manifestationen und Feiern dieses Jubiläums verzichtet hatte, war es der Streikbewegung und der linken Opposition ein leichtes nachzuweisen, daß die angeblichen Erfolge der Fünften Republik an der Wirtschaftsfront in allererster Linie auf dem Rücken der Arbeitnehmerschaft und zu deren Lasten errungen worden waren. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitsdauer in Frankreich war die längste der sechs Länder der EWG geworden, und der durchschnittliche Wochenlohn des französischen Arbeiters war an die vorletzte Stelle im Rahmen des Gemeinsamen Marktes gefallen.

Beim Streik der französischen Arbeiterschaft dieses Frühjahrs handelte es sich um einen reinen Arbeitskampf mit im wesentlichen auf die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern beschränkten Zielen, die, grob skizziert, auf drei Ebenen lagen:

1) Erringung materieller Vorteile, d. h. in erster Linie Erhöhung der Löhne und Gehälter bei Verringerung der Arbeitsdauer und Herabsetzung des Pensionie-

rungsalters bei bestimmten Arbeitnehmerschichten (etwa weiblichen Arbeitern);

2) Verbesserung der Stellung der Gewerkschaften in den Betrieben, insbesondere verstärkter gesetzlicher Schutz der Gewerkschaftvertreter; die gesetzliche Anerkennung ihres Anspruchs auf Informierung über alle die Betriebsführung angehenden Fragen stand an erster Stelle des diesbezüglichen Feldzuges;

3) Aufhebungen der Verordnungen des letzten Herbstes, welche die Selbstverwaltung der Sozialversicherungskörperschaften durch gewählte Arbeitnehmervertreter stark eingeschränkt, wenn nicht ganz beseitigt hatten.

Wenn das sogenannte „Grenelle-Abkommen", das sich im wesentlichen auf die unter 1) aufgeführten materiellen Ziele beschränkte, trotz Einverständnisses der Gewerkschaftsvertreter von der überwiegenden Mehrheit der Belegschaften abgelehnt worden war, so ist darin bestimmt keine über den Rahmen des reinen Arbeitskampfes hinausgehende politische Aktion der Streikenden zu sehen. Selbst die radikalsten Teile der Streikbewegung haben nie daran gedacht (wie es ihnen von seiten des gaullistischen Regimes vorgeworfen und wie es von ihnen zu gleicher Zeit von den revoltierenden Studenten und den sich extrem links gebärdenden Splittergruppen und Grüppchen trotzkistischer, castristischer oder maoistischer Färbung gefordert worden war), den sozialen Arbeitskampf in einen politischen Streik oder gar in einen Aufstand zu verwandeln. Sie haben insbesondere, was ihnen gewisse Intellektuelle so hart vorgeworfen haben, nie die Existenz der Konsumgesellschaft als solche in Frage stellen wollen.

Hier geht es um eine uns entscheidend erscheinende Feststellung. Während in verschiedenen Ländern des hochentwickelten Westens (den USA, den skandinavischen Ländern, der Schweiz und auch der BRD) die Arbeitnehmerschaft seit langem mehr oder minder in allen materiellen sogenannten Vorteilen der Konsumgesellschaft teilnimmt, ist das in Frankreich und auch Italien bestimmt nicht der Fall. Hier stehen weite Kreise der Arbeitnehmerschaft noch außerhalb des Zugangs zur Wohlstandsgesellschaft und haben noch nicht aufgehört, sich gewissermaßen die Nase an den Schaufenstern, die sie vom Überfluß trennen, plattzudrücken. Deshalb konnte und mußte die an sie gerichtete Forderung der Studenten, die, wie schon vorher erwähnt, zu 94 Prozent aus der Bourgeoisie stammen, die mit Auto, Eigentumswohnung, TV und Kühlschrank groß geworden sind und trotzdem oder gerade deshalb, davon unbefriedigt, bereit sind (oder jedenfalls so tun), darauf zu verzichten, um Zugang zu einer von ihnen erhofften, auf einer anderen Ebene liegenden „Freiheit" und Erfüllung ihres „Ichs" zu finden, bei der Arbeitnehmerschaft auf taube Ohren stoßen.

III

Der Kampf der Journalisten des französischen Staatsrundfunks und Fernsehens um eine jedem Einfluß des Staatsapparats entzogene Information muß als dritte Bewegung besonders gewertet und untersucht werden. Infolge des geringen uns hier zur Verfügung stehenden Platzes, aber auch infolge der Tatsache, daß dieser Kampf uns heute noch nicht abgeschlossen zu sein scheint, verzichten wir hier auf die an sich dringend nötige Untersuchung.

Dagegen wollen wir schon jetzt bei dieser Gelegenheit auf die Schädlichkeit der sich als „objektiv" gebärdenden, eng an den täglichen Ereignissen haftenden Berichterstattung der sogenannten Peripherie-Radiosender wie „Europa 1" oder „Radio Luxemburg" hinweisen. Obwohl dieser Berichterstattung wohl keine direkte Fälschung, keine materielle Unwahrheit vorgeworfen werden kann, hat sie, mehr oder minder auf Sensation eingestellt, doch der Außenwelt, d. h. den

Hörern außerhalb von Paris, insbesondere in der französischen Provinz und im Ausland, ein völlig falsches Bild von den Ereignissen vermittelt, mußten doch die so informierten Hörer außerhalb der Hauptstadt den fälschlichen Schluß ziehen, ganz Paris und Frankreich stehe in Flammen und der Bürgerkrieg vor den Toren!

Zu Gewalttaten führende Zusammenstöße zwischen Studenten und Polizei sind seit jeher im Quartier Latin keine Seltenheit; sie sind auch übrigens nicht immer auf politische Gründe zurückzuführen gewesen. So ist es regelmäßig bei den jährlichen Umzügen der Abiturienten, am Abend des Baccalaurents, zum Wurf von Pflastersteinen, zur Beschädigung von Privateigentum, insbesondere von Cafés, Autos und Autobussen sowie Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Auch gegen führende Politiker der Republik haben sich in der Vergangenheit oft gewalttätige Studentenmanifestationen gerichtet; es sei hier nur an die tätliche Bedrohung des Ministerpräsidenten Léon Blum durch faschistische Studenten im Jahre 1936 oder 1937 erinnert. Doch hat man in keinem all dieser Fälle von Bürgerkrieg oder Revolte sprechen können.

Ohne die ständige Erwähnung und Betonung dieser besonderen Tradition des Quartier Latin war die lediglich am Teilgeschehen haftende „objektive" Berichterstattung im Endeffekt eine Fälschung und Verzerrung und nicht weniger schädlich als die einseitig orientierte, unbequeme Tatsachen verschweigende Berichterstattung der Staatssender von der Revolte der Journalisten.

IV

Die revoltierenden Studenten, ihre lautstarke Minorität mit Cohn-Bendit an der Spitze, sowie gewisse Intellektuelle, wie der große Philosoph und Essayist, der hervorragende Dramatiker und mittelmäßige Romancier, der völlig unklare Politiker Jean-Paul Sartre, der sich zur Veröffentlichung seiner gehässigen und durch keine Sachkenntnis getrübten Angriffe gegen die französischen Arbeiter und ihre politischen Organisationen ausgerechnet jenes die Existenz der Springer-Druckerei (und damit wohl auch des ganzen Konzerns) gewährleistenden Wochenmagazins „Der Spiegel" sowie als Tageszeitung die den Eigentümern der Fiat-Werke (welche die reaktionärste Scharfmachergruppe des italienischen Unternehmertums darstellen) gehörende „Stampa" ausgesucht hatte, haben der Kommunistischen Partei Frankreichs und der angeblich von ihr beherrschten Gewerkschaft, der CGT, vorgeworfen, die Revolution verraten und eine einmalige Gelegenheit ungenutzt vorbeigehen gelassen zu haben. Bei der hier gebrachten Formulierung muß betont werden, daß sie weit hinter den besonders von Cohn-Bendit gebrauchten Beschimpfungen und Beleidigungen zurückbleibt.

Hier muß nun eindeutig und klar festgestellt werden, daß es eine solche Gelegenheit in Wirklichkeit weder im Mai noch im Juni dieses Jahres in Frankreich gegeben hat und daß niemals die erforderlichen Voraussetzungen für eine Revolution bestanden haben. Weder war der Machtapparat des Staates in irgendeiner Weise erschüttert, noch war die Bevölkerung Frankreichs, das eben nicht nur Paris oder gar das Quatier Latin ist, in irgendeiner Form bereit, die bestehenden Verhältnisse, so sehr sie vielleicht auch von einzelnen Schichten und Gruppen (es sei nur an die Unzufriedenheit der Bauern erinnert oder an die immer stärker werdende Bewußtwerdung ihrer regionalen Eigenheit der Bevölkerung gewisser unterentwickelter Gebiete wie der Bretagne) kritisiert wurden, gegen etwas Unbekanntes einzutauschen, für das es ihr kein anderes Leitbild zu geben scheint als das für die breiten Massen des Westens wenig anziehende des Ostens.

Aus den uns zugänglichen unwiderlegbaren Zeugnissen hoher Beamter, welche die Monate Mai und Juni im Hotel „Matignon" (Sitz des Ersten Ministers) oder im Elysée (Sitz des Präsidenten der Republik) erlebt hatten, geht klar hervor, daß die Regierung nicht eine Minute die Kontrolle über den unerschütterten Staatsapparat verloren hatte. Richtig ist wohl, daß es bezüglich des Verhaltens gegenüber den Studenten zeitweilig ein Schwanken und Zögern auf den Kommandobrücken des Staates gegeben hat; war es doch für die Eltern der meuternden Studenten nicht leicht, den Befehl zum energischen Einsatz gegen die eigenen Kinder zu geben. Derartige familiäre Bedenken hätten aber bei einem Einsatz gegen über den Streik hinausgehende, offen revoltierende Arbeiter nicht bestanden. Alles war vorbereitet, um in kürzester Zeit einen eventuellen Aufstand der Arbeiterschaft im Keime zu ersticken. Paris war von Panzereinheiten eng umschlossen, und die Fallschirmjäger aus ganz Frankreich hatten ihre Garnisonen verlassen, um im weiteren Umkreis der Hauptstadt auf den Befehl zum Einsatz zu warten. Man kann sogar so weit gehen zu sagen, daß gewisse Kreise des gaullistischen Regimes (der General selber vermutlich nicht) einen solchen Einsatz erhofften, um auf diese Art die gesamte Opposition und besonders die verhaßte Kommunistische Partei zu vernichten. Doch diese letztere (ganz im Gegensatz zu den Führern der oppositionellen Fédération de la gauche sozialiste et démocrate, Francois Mitterrand und dem sonst so klugen Pierre Mendès-France) hat ihr eben den Gefallen nicht getan, in dieser Situation den Boden der Legalität zu verlassen und so in die vorbereitete Falle zu gehen.

Das Verhalten jener studentischen Minderheit und der kleinen Intellektuellen-Grüppchen, die von bewaffnetem Aufstand faselten, ohne andere Waffen als Pflastersteine, Taschenmesser oder mit Benzin gefüllte Flaschen zu besitzen oder gar über eine feste Organisation zu verfügen, kann nur als das von „agents provocateurs" gewertet werden. Auch wenn sie in ihrer Mehrheit wahrscheinlich guten Glaubens gewesen sind, so haben sie sich doch objektiv als Werkzeuge der eine Machtprobe erhoffenden gaullistischen Politik benutzen lassen. Darüber hinaus haben sie, für längere Zeit wahrscheinlich, die bedauerliche Kluft zwischen dem klassenbewußten Proletariat und der linken Intelligentsia vertieft. Dem latenten Mißtrauen des Arbeiters gegenüber dem Intellektuellen und der als Erbe des Stalinismus innerhalb der Parteiführung der französischen KP bestehenden ausgesprochenen Intellektuellenfeindlichkeit, die dank des jahrelangen Kampfes einer Gruppe von Parteimitgliedern, wie des Dichters Aragon z. B., erschüttert zu sein schien, ist neue Nahrung geliefert worden. Daß dieses bedauerliche Mißtrauen weit über die Grenzen Frankreichs hinaus schädlich wirkt, beweisen klar die Zwischenfälle des Weltjugendtreffens von Sofia.

Kann aus den Mai-Juni-Ereignissen Frankreichs der Schluß gezogen werden, daß eine Revolution im Stadium der Konsumgesellschaft unmöglich ist? Wir selber möchten diese Frage, die eine tiefschürfende, den hier zur Verfügung stehenden Raum überschreitende Untersuchung verdient und erfordert, im Gegensatz zu vielen ausgezeichneten Beobachtern Frankreichs (wie besonders des Pariser Politologen Maurice Duverger) verneinen. Besondere Umstände wie eine auch heute noch mögliche große Wirtschaftskrise wie die um 1930 oder ein verlorener Krieg können unseres Erachtens durchaus die objektiven Voraussetzungen für eine revolutionäre Umwälzung schaffen. Doch erscheinen uns derartige Sondersituationen durchaus unwahrscheinlich. Das auf den Besitz von Atomwaffen gestützte Gleichgewicht des Terrors verhindert fraglos den Ausbruch von Weltkriegen, wenn auch nicht von an der exkolonialen Peripherie gelagerten lokalisierten bewaffneten Zusammenstößen und Kriegen; auf der anderen Seite kann und

müßte dank der seit den dreißiger Jahren gewonnenen neuen wirtschaftlichen Einsichten die Ausbreitung einer Weltwirtschaftskrise verhindert oder mindestens abgeschwächt werden.

Die Theorie Herbert Marcuses von der revolutionären Stoßkraft der im gemeinsamen Kampf verbundenen Studenten und des Lumpenproletariats (siehe die Katanga-Söldner) hat sich in den Mai-Ereignissen Frankreichs dagegen als völlig illusorisch und wirklichkeitsfremd erwiesen.

Prof. D. Dr. Karl Kupisch

Das Schafott von Neapel

Bilanz einer christlichen Politologie

Am 29. Oktober waren es 700 Jahre her, daß in Neapel das Haupt des letzten Stauferfürsten Konrad, genannt Konradin, unter dem Richtbeil fiel. Es war der blutig-düstere Epilog zu einer der größten politischen Tragödien des christlichen Abendlandes. Die Erinnerung an jenes Ereignis ist mehr als nur historischer Natur. Sie zwingt den, der in der Geschichte nicht nur ein Ruinengelände erblickt, das man am besten den Abrißmaklern von Vergangenheitsrelikten überläßt, zum kritischen Nachdenken über Engpässe und Sackgassen einer christlich-politischen Konzeption, die, romantisch verklärt oder säkular korrumpiert, noch in unserem Jahrhundert den Blick für unwiderrufliche Tatsachen getrübt hat.

Das Heilige Römische Reich

Der Name ist nie amtlich geführt worden. Er kommt zuerst im 13. Jahrhundert in der Literatur vor, als das deutsche Kaisertum in der Katastrophe der Staufer an der übergroßen Aufgabe, das christliche Abendland zu beherrschen, gescheitert war. Immerhin hat das „Reich" noch über fünfhundert Jahre fortgelebt, bis der Degen Napoleons die Grenzen Europas und seiner Völker neu zog. Da brachen die altersschwachen Institutionen des längst morschen Gehäuses lautlos zusammen.

In seiner Blütezeit war dieses „Reich" jedoch die Widerspiegelung eines übernationalen Ideenzusammenhanges, in dem das geschichtstheologisch verklärte Erbe der christlichen Antike, d. h. die Verschmelzung des römischen Weltreichsgedankens mit dem des Gottesreiches, sich erneuert sehen wollte. Zugleich bezeichnete es ein politisch-kirchliches Machtgebilde, ohne das die Idee nur ein Traum geblieben wäre. Zu den Realitäten gehörte aber auch, daß das neue sakrale Kaisertum der Deutschen, das seine Herrschaft in die göttliche Heilsgeschichte eingeordnet sah, in ein positives Verhältnis zu der römischen Ober-

Westdeutscher Verlag
Köln und Opladen

Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin

Parteielite im Wandel

Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung
Eine empirisch-systematische Untersuchung
Von Prof. Dr. Peter Christian Ludz
Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin Band 21.

2. Auflage. 1968. XX. 438 Seiten, 59 Tabellen
Leinen DM 39,–

Ludz hat ein in diesem Umfang bisher nirgends im Westen erfaßtes biographisches Material über die Führungselite der SED verarbeitet. Der Anhang enthält eine umfangreiche Zusammenstellung von Dokumenten und Materialien, eine Bibliographie und ein Sach- und Namensregister. »Das Buch von Peter Christian Ludz kann als eine der wichtigsten Beiträge zur Klärung eines gesamtdeutschen Problems gelten.« Bayerischer Rundfunk

Berlin – Hauptstadtanspruch und Westintegration

Von Dr. Jürgen Fijalkowski, Peter Hauck, Axel Holst, Dr. Gerd-Heinrich Kemper und Alf Mintzel, Berlin
Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin Band 20.

1967. VII. 353 Seiten. Leinen DM 49,–

»In der lawinenartig anschwellenden Literatur zu Berlin sollte die Schrift einen der vordersten Plätze einnehmen. Auf Grund eines an wissenschaftlicher Gründlichkeit und Sorgfalt kaum zu überbietenden Quellenstudiums werden bestimmte besonders wichtige Aspekte der Berliner Nachkriegsgeschichte, die Entwicklung der Parteien und Gewerkschaften, das Rechtsproblem der Berliner Lage und die allmähliche Eingliederung Berlin in die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik behandelt.« Das Historisch-Politische Buch

Bedrohung und Bewährung

Führung und Bevölkerung in der Berlin-Krise
Von Prof. Dr. Kurt Leo Shell
Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin Band 19.
1965. 496 Seiten, 125 Tabellen, 2. Karten. Studienausgabe.
Kartoniert DM 22,–
Leinen DM 36,–

»So minutiös Shell die Einzelphasen der Krise darzustellen strebte (August 1961), so ist er fast noch mehr darauf aus, die großen politischen und zeitgeschichtlichen Zusammenhänge aufzuweisen, in deren Rahmen sie sich entwickelt und abgespielt haben. Daher holt er in der Schilderung der Berliner Situation ziemlich weit aus und beginnt mit einer knappen, aber gründlichen Darstellung der Ereignisse des deutschen Zusammenbruchs im Hinblick auf Berlin.« Vierteljahreshefte der Evangelischen Akademie Berlin

leitung der kirchlichen Hierarchie trat, die ihrerseits, jedenfalls in den Anfangszeiten, des Schutzes durchaus bedürftig war, um als angesehener Partner in diesem problematischen Bund von Thron und Altar gelten zu können. Solange dies der Fall war, konnte es auch kaum einen nennenswerten Konflikt in der Frage der Vorrangstellung geben und die Anwesenheit der deutschen militärischen Macht in (Ober-) Italien der Kurie und dem Kirchenstaat nur nützlich sein. Aber von dem Augenblick an, als die von dem burgundischen Kloster Cluny ausgehende Reformbewegung, die der Salier Kaiser Heinrich III. aufzufangen suchte, auch in Rom Fuß faßte, begannen sich die Machtverhältnisse zu verschieben. Der Investiturstreit, in dem die Kirche um ihre Freiheit von der kaiserlichen Bevormundung rang, war die politische Offensive, der ein Zeitwandel universalen Charakters folgte. Mit einem Schlage enthüllte sich in der berühmten Canossa-Szene die Schwäche des Kaisertums. Die deutschen Fürsten konnten nur durch Kompromisse am Ausbruch aus der Reichsverfassung gehindert werden, und die bisher als zuverlässig geltenden Reichsbischöfe verschmolzen zu einer Interessengemeinschaft, die je nach der Gunst der Stunde ihre Entscheidungen traf.

Politik der Restauration

Trotzdem haben die Staufer, deren erster Vertreter (Konrad III.) nicht ohne Gunst und Wunsch der Kirche auf den Kaiserthron gelangt war, noch einmal die Gedanken der Vergangenheit aufgegriffen und sich in einer heroisch-verwegenen Restaurationspolitik dem Zeitgeist entgegengeworfen. Es war das Programm Friedrichs I. Barbarossa, die Reichsherrlichkeit im Sinne Karls des Großen und der Ottonen mit allen Zügen weltlicher Macht und sakralen Glanzes wiederherzustellen. Die Nachwelt hat bis heute die Regierung des Rotbarts meist nur im Licht der hohen literarischen Kultur des ritterlichen Laientums gesehen und ihren eigentümlichen Zauber in der Verbindung von frommer Weltbejahung und gehobener irdischer Freude an dem ins Unvergängliche weisenden Ruhm des Sacrum Imperium gepriesen. Nichts kann aber darüber hinwegtäuschen, daß seine Politik alles andere als schöpferische Politik war und nur mit Pyrrhussiegen durchgeführt wurde, die den späteren Niedergang des Reiches einleiteten. Die immer mit größter Behutsamkeit zu führende Italienpolitik wurde bei ihm zu einer ebenso brutalen wie kurzsichtigen Zerstörung der hochentwickelten lombardischen Städte, die er dem Zwangssystem des deutschen Feudalismus unterwarf. Die wichtigste Position der kaiserlichen Macht wurde dadurch für immer erschüttert. Die Zerschlagung des Besitzes des aufständischen Welfen Heinrich des Löwen förderte den deutschen Partikularismus. Noch folgenreicher war der von vornherein aussichtslose Kampf gegen das Papsttum, das sich gegen eine Abhängigkeit vom deutschen Kaiser stemmte. Keiner der vom Kaiser eingesetzten Gegenpäpste konnte sich durchsetzen. Der rechtmäßige, nun im Exil in Frankreich weilende Papst Alexander III. wurde von der gesamten westlichen Christenheit und ihren Fürsten anerkannt. Die von Friedrichs nicht minder gewalttätigem Reichskanzler, dem Erzbischof Rainald von Dassel, betriebene ausgedehnte Propaganda zugunsten des Honor imperii — ein überaus zweifelhafter Begriff — blieb Literatur, die deutsche Germanisten unseres Jahrhunderts in Entzücken versetzte. Politisch war sie eine stumpfe Waffe, die das Ausland nicht rührte. Unbemerkt von den Verfechtern der Reichsideologie veränderte sich die Welt um sie her. Wirkliche Anerkennung hatte dieses christliche Kaisertum in der außerdeutschen Welt nie völlig gefunden. Jetzt spottete man über dieses sakral-weltliche Gott-Königtum, dessen theokratisch-politische Liturgie niemals Wirklichkeitskraft besessen hatte. Es kennzeichnet die Ansicht

der Christenheit in der außerstaufischen Welt, wenn der Bischof von Chartres, Johann von Salisbury, schrieb: „Wer hat denn die Deutschen zu Richtern der Nationen gestellt? Wer hat diesen plumpen und wilden Menschen das Recht gegeben, nach Willkür einen Herrn über die Häupter der Menschenkinder zu setzen?" Im Frieden zu Venedig (1177), zu dem der Kaiser schließlich genötigt war, kniete er vor seinem Gegner Alexander III. nieder, den er nun als den rechtmäßigen Papst anerkannte. Auch das Papsttum hatte in vielen Dingen nachgeben müssen. Aber es war ein Kompromiß auf Zeit.

Wie falsch schätzte der Kaiser jedoch die Situation in der Welt ein, als er nach dem glänzenden Würzburger Hoftag zu Pfingsten 1184 seinen ältesten Sohn und Thronfolger mit der Erbin von Sizilien, Konstanze, vermählte, ein Bund, der die Umrisse einer neuen Weltherrschaft ahnen ließ, die den Sturz der kaiserlichen Macht und den Untergang der Staufer herbeiführen sollte.

Die Katastrophe

Heinrich VI. war eine finstere Machtnatur. Seine kurze Regierungszeit machte alle Gefahren sichtbar, denen das Reich künftig ausgesetzt sein sollte. Als er 1197 an Malariafieber in Süditalien starb, hinterließ er einen knapp 3jährigen Knaben, den ihm Konstanze geboren hatte. Als Friedrich II. 1215, nach dem unseligen Doppelkaisertum Philipps von Schwaben und Ottos IV., von seinem Vormund, dem mächtigen Papst Innozenz III., zum König und Kaiser berufen wurde, mußte er versprechen, auf Sizilien zu verzichten. Er dachte nie daran, dieses Versprechen zu halten. Dieser romanisierte Normanne, der — wie Nietzsche es einmal sagte — „die Erbschaft einer vielfältigen Herkunft im Leibe" hatte und ein Mensch von ungewöhnlicher Begabung war, gehörte als Herrscher wohl der deutschen Geschichte an, aus der er aber durch seine Weltpolitik heraustrat und deren universale christliche Reichskonzeption er verließ. Denn die von ihm betriebene Politik war ein ungeschminkter Imperialismus mit allen Zügen eines harten Eroberungswillens. Seine Gegner nannten ihn den Antichrist. Seine „Christlichkeit" war jedenfalls dem Kirchenglauben seines Jahrhunderts entwachsen. Sizilien wurde zu einem despotisch regierten Militär- und Beamtenstaat, die Machtbasis seiner ausgreifenden, vom Baltischen Meer bis Jerusalem reichenden Herrschaft. Aber diese Politik stand trotz zahlreicher imponierender Einzelerfolge auf tönernen Füßen. Die Rückendeckung in dem sich ihm immer mehr entfremdenden Deutschland konnte nur mühsam und durch große Zugeständnisse an das geistliche und weltliche Fürstentum erkauft werden. Sein dort von ihm zum König ernannter Sohn Heinrich (VII.), der sich gegen den Vater erhob, verschwand für immer hinter apulischen Kerkermauern. Aber auch in Italien rissen die gefährlichen Krisen nicht ab. Die oberitalienischen Städte widersetzten sich seinem drakonischen Regiment, wie auch in Süditalien Verschwörungen zum leidvollen Alltag gehörten. Der natürliche Gegner mußte jedoch das Papsttum sein. Mochten auch die Inhaber des Stuhles Petri in ihren eigenen Zielen und Kampfmethoden vom Zauber der Macht nicht frei gewesen sein, so besaßen sie doch als Gegner des dämonischen Weltkaisers das Ohr der westlichen (und z. T. auch der deutschen) Christenheit. Es waren in Italien nur wenige kaisertreue (ghibellinische) Städte, unter ihnen das von den Päpsten fluchtartig verlassene Rom, auf die sich der Kaiser leidlich verlassen konnte. Aber er kämpfte für eine bereits verlorene Sache. Wie seinem Großvater (und Vater) fehlte ihm der Sinn für das Mögliche. Das Erfolgsgeheimnis des wahren Staatsmannes, das nach Bismarck darin besteht, daß man mit seinen Zielen „in die Zahnräder der Geschichte" passe, war ihm unbekannt. Als er

1250 nach kurzer Krankheit überraschend starb, brach die staufische Herrschaft zusammen.

Leider haben seine leiblichen Erben, trotz der schrecklichen Wirren um die künftige Führung im Reich, die Zeichen der Zeit ebenfalls nicht verstanden. Allerdings gehört dieser Ausklang der Stauferherrlichkeit nicht mehr der deutschen Geschichte an. Zunächst hatte Friedrichs illegaler Sohn Manfred für seinen Stiefbruder Konrad IV. (aus des Kaisers zweiter Ehe) die Stellvertretung in Sizilien wahrgenommen. Konrad wurde jedoch, als er in Apulien eintraf, um sein normannisches Erbe in Besitz zu nehmen, vom Fieber hinweggerafft. Jetzt machte sich Manfred zum König von Sizilien. Ihm stellte der Papst Karl von Anjou entgegen, dem er Sizilien und Neapel als Besitz versprach. Manfred fiel in der Schlacht bei Benevent. Seine Familie geriet in lebenslängliche Gefangenschaft. Inzwischen war aber auch Konrads einziger Sohn, Konradin, nach Italien aufgebrochen. In Rom wurde er von der kaiserlich gesinnten Bevölkerung stürmisch begrüßt. Aber hinter dem Jubel der Massen stand keine Macht. Bald darauf kam es in den Abruzzen zu einem Treffen mit Karl von Anjou, der den jungen Fürsten gefangen nahm, nach Neapel brachte und nach einem Prozeß als Hochverräter enthaupten ließ. Auf dem Judenfriedhof wurden Konradin und seine gleichfalls hingerichteten Anhänger begraben, ein Jahrzehnt später seine Gebeine unter dem Hauptaltar der eigens dazu gebauten Kirche Santa Maria del Carmine beigesetzt. Im vorigen Jahrhundert wurden sie in den Sockel des Denkmals überführt, das Thorwaldsen auf Veranlassung Maximilians von Bayern in der Kirche errichtet hatte. Konradins Mutter war eine bayerische Prinzessin aus dem Hause Wittelsbach.

Mit Konradins gewaltsamem Tod ist das Geschlecht der Staufer erloschen. Ein illegaler Sohn Friedrichs II., König Enzio, befand sich schon seit 1249 in Bologna im Gefängnis, wo er 1272 starb.

Die Nachwelt

„An gewissen Stellen fühlt man sich besonders versucht, wenn wir es aussprechen dürfen, den Plänen der göttlichen Weltregierung nachzuforschen." So beginnt Ranke eine kurze Beurteilung der Schicksalswende des staufischen Zeitalters. Deutlicher äußerte sich Luther, als er in seiner Schrift „An den christlichen Adel deutscher Nation" sagte: „Gott kann und will's nicht dulden, daß ein gutes Werk im Vertrauen auf die eigene Macht und Vernunft angefangen wird. Er stößt es zu Boden, dagegen hilft nichts ... Aus diesem Grunde, fürchte ich, ist es in früheren Zeiten so gekommen, daß die teuren Fürsten Kaiser Friedrich I. und Friedrich II. so jämmerlich von den Päpsten mit Füßen getreten und unterdrückt worden sind ... Sie haben sich mehr auf ihre Macht als auf Gott verlassen; darum mußten sie fallen." Luther sieht freilich auch die Finsternis bei den Päpsten, indem sie allein „durch des Teufels Hilfe" das alles vollbringen konnten und schließlich selber von ihrer Höhe herabstürzten.

Auch das Stammhaus der schwäbischen Waiblinger ist radikal verschwunden. „Gründlicher als diese Staufenburg ist wohl nie ein Feudalsitz vom Erdboden wegefegt worden. Man hat auf dem Gipfel des Berges den schrankenlosen Spielraum für Erinnerung, Gefühl und Einbildungskraft; denn er ist vollständig kahl ...", schrieb im vorigen Jahrhundert Wilhelm Raabe. Die Phantasie der Deutschen wandte sich darum einem anderen Berg zu, dem Kyffhäuser, in den die Sage zunächst den düsteren Friedrich II. zum nationalen Dauerschlaf (bis zum Neuerwachen des Reiches) versetzte, bald jedoch diese Vorstellungen auf den sonnigeren Großvater, den Rotbart, übertrug, der auf dem 3. Kreuzzug im Kad-

mos ertrank und dessen in kostbare Seidentücher gehüllten sterblichen Überreste noch gegen Ende des 12. Jahrhunderts an den Grenzen des heiligen Landes der Erlösung harrten, bis sie gänzlich verschollen waren.

Die nationale Sehnsucht spiegelte sich in der Symbolsprache der Dichter wider: der im Kyffhäuser verzauberte Kaiser wird aus seinem Schlaf aufwachen, wenn die den Berg umflatternden Raben, die politischen Wettervögel Odins, den Sieg des neuen deutschen Reiches verkündigt haben. Bismarck und vor allem der alte Kaiser Wilhelm I., unter dessen Regierung das neue Deutschland erstand, hatten für derartige Phantasien nicht viel übrig. Es war daher ein merkwürdiges Unternehmen, als Wilhelm II. 1896 auf dem verwitterten Sagensitz des Rotbarts ein Denkmal Kaiser Wilhelms I. errichten ließ. Auffallender konnte die Sprache der Geschichte nicht mißverstanden werden: Wilhelm I. und Friedrich Barbarossa. Drei Jahre vor dem Ersten Weltkriege ließ Wilhelm II. dann in Aachen, am Tage der Völkerschlacht von Leipzig, dem Rotbart selber ein Denkmal errichten.

Der Erste Weltkrieg hätte zu echten Einsichten auch im Verständnis der Geschichte führen können. Es kam anders. Der Kyffhäuser blieb das Symbol der Kriegervereine, und in einer Fülle von Büchern und Aufsätzen wurde die Staufer-herrlichkeit neu beschworen. Diesmal lag das Schwergewicht auf Friedrich II., dessen Persönlichkeit und Einmaligkeit des Wesens zum politischen Mythos erhoben wurde. Der „Fall Barbarossa" — Hitler wählte ihn als Decknamen für seinen Angriff auf Rußland — war ein Ritt ins Verderben, der abermals mit dem „Schafott von Neapel" endete. Die Hitlerische „Großraumpolitik" hatte mit dem Decknamen bewußt in dem staufischen Imperialismus das mittelalterliche Vorbild für das eigene Unternehmen gesehen. Wenige Monate vor Beginn der Schlacht um Stalingrad hatte Hitler denn auch in seinen Tischgesprächen im Führerbunker sich dahingehend geäußert: so wie es einst völlig im Interesse des altdeutschen Kaisertums lag, Italienpolitik zu treiben, die dann der „eidbrüchige Heinrich der Löwe zu durchkreuzen suchte, so liegt heute der Osten als Aufgabe vor uns". „Vielleicht", so bekam die andächtig lauschende Tafelrunde zu hören, „wird nach 1000 (!) Jahren, wenn das Reich aus irgendwelchen Gründen wieder Südpolitik treiben muß, irgend so ein verrückter Gymnasialprofessor erklären, was der Hitler im Osten gemacht hat, war zwar ganz gut gemeint, aber letzten Endes doch Unsinn!" Nun: der „verrückte Gymnasialprofessor" braucht nicht mehr bemüht zu werden. Die Geschichte ist ihm zuvorgekommen. Und das hohle Pathos neuer Rabenprologe, die auf das Schaugetäfel nationaler Empfindungen pochen und ihre Gedenkhäufchen auf hohe Weistümer setzen, werden die Deutschen sich hoffentlich auch versagen. Oder . . .?

Zwischen den beiden Weltkriegen, als die nationalen Leidenschaften auch mit der Geschichte pokerten, schrieb Friedrich Wilhelm Foerster: „Die Deutschen werden noch viel Leid durchmachen müssen, ehe sie sich von ihren Götzen abwenden." Zu diesen „Götzen" gehört aber auch jede christliche Politologie, deren Bilanz immer mit einer Konkursrechnung abschließt.

Anmerkungen Zuschriften

Eine neue fortschrittliche Zeitschrift: „Kritische Justiz"

Es gibt keine Justiz, die nicht politisch wäre. Sie kann sich nur darüber täuschen, wie jene Vertreter eines scheinbar abstrakten Normativismus, die sich positivistisch an den Buchstaben des gesetzten Rechts halten und glauben, sie könnten so der Parteilichkeit politischer Stellungnahmen entgehen. Jede Rechtsordnung ist aber das Spiegelbild der jeweiligen Gesellschaftsordnung, wie es programmatisch im Titel einer rechtsphilosophischen Fundamentalanalyse von W. R. Beyer — „Der Spiegelcharakter der Rechtsordnung" (Meisenheim 1951) — heißt. Und allen, die sich auf die trügerische Unbetroffenheit einer apolitischen Justiz zurückziehen wollen, sollte schon Jherings „Kampf ums Recht" (1872), ein Grundbuch demokratischer Rechtsauffassung, die Illusion zerstört haben, als seien Rechtsprechung, Rechtsetzung und politischer Machtkampf säuberlich voneinander getrennt zu halten. Vielmehr zeigt sich, daß das „richtige Recht" immer nur im Rückbezug auf die Rechtsquelle, nämlich die sich selbst in der politischen Auseinandersetzung organisierende Gesellschaft, gefunden werden kann.

Die Rechtssoziologie, jüngster Zweig der Rechtswissenschaft, hat einiges Material zum Verständnis der Bedingtheit der Justiz zusammengetragen. Die soziologische Betrachtungsweise allein reicht jedoch noch nicht aus, um den Prozeß der kritischen Reflexion einzuleiten, aus dem erst die Demokratisierung einer positivistisch erstarrten justiziären Praxis erwachsen kann. Nur der Jurist, der die starre Norm als Instrument einer bestehenden, der gesellschaftlichen Wirklichkeit vielleicht gar nicht mehr angemessenen Ordnung durchschaut, kann im Rekurs auf den Sinn des Rechts zu einer flexiblen (wenn man will: dialektischen) Handhabung des Gesetzes kommen; er wird in der Lage sein, das zu überwinden, was Hegel „die schlechte Positivität" nannte.

Wir leben, möchte man in Wiederholung eines Kant-Wortes sagen, zwar nicht in einem aufgeklärten Zeitalter, wohl aber in einem Zeitalter der Aufklärung. Das heißt: Aufklärung tut not, um jenes kritische Bewußtsein zu erzeugen, das angesichts einer in Veränderung befindlichen Welt jene „Flüssigkeit der Begriffe" (Hegel) wiederherstellt, die allein die Bewegung des Wirklichen zu erfassen vermag. Wo im Prozeß der Rechtsfindung auf die Funktion reflektiert wird, die der Rechtsspruch im gesellschaftlichen Leben haben wird, ist der Weg zum „richtigen Recht" eingeschlagen. Allerdings kann sich der Jurist dann der Selbstprüfung nicht mehr entziehen, ob er Recht als Mittel eines Herrschaftssystems oder als Vehikel der Gerechtigkeit anwenden will. Mag er es so nennen oder nicht: der Klassencharakter der Justiz wird ihm dann offenbar.

So beschaffene kritische Aufklärung setzt sich eine Vierteljahresschrift zum Ziel, die seit Herbst 1968 unter dem Titel „Kritische Justiz" in der Europäischen Verlagsanstalt (Heft 1 September 1968) erscheint, unter Mitarbeit von Wolfgang Abendroth, Walther Ammann, Jürgen Bolck, Tobias Brocher, Heinrich Hannover, Werner Hofmann, Hans G. Joachim, Erich Küchenhoff, Olaf Radke, Thilo Ramm, Peter Römer, Jürgen Seifert und Kurt Thon. Diese Zeitschrift ist, wie schon der Inhalt des ersten Heftes — mit einem grundlegenden Aufsatz von Werner Hofmann und einer weiteren Anzahl durchweg höchst lesenswerter Analysen — belegt, fortschrittlich in dem Sinne, in dem die Aufklärung diesen Begriff verstand. In einer Zeit, in der die Demokratisierung der gesellschaftlichen Strukturen zu einem aktuellen Thema von unmittelbarer politischer Relevanz in der Bundesrepublik wird und von der Durchsetzung neuer Strukturen auf allen Gebieten, und darunter nicht zuletzt auch auf dem der Justiz, erkennbar die Möglichkeit von Demokratie in diesem Lande abhängt, kann ein derartiges Unternehmen nur aufs allerlebhafteste begrüßt werden. All denen, die an den Bemühungen um eine Demokratisierung unserer Verhältnisse Anteil nehmen und sich für die Probleme der Demokratisierung auch unter juristischen Ge-

sichtspunkten interessieren, sei deshalb die Existenz dieses neuen Blattes angezeigt.

Die neue Zeitschrift „will nicht Justiz und Recht politisieren, sondern die ohnehin vorhandenen politischen Elemente und Wirkungen deutlich machen" (wie es in der Vorankündigung heißt). Das methodologische Bewußtsein des Rechtswissenschaftlers soll also auf ein Niveau kritischer Gesellschaftsbezogenheit gehoben werden, die den eigenen Standort und die Funktion einer Rechtsnorm immer im Kontext der politischen Wirkungen zu sehen vermag. Die Illusion einer metaphysischen Geltung von Normen soll zerstört werden. Demgemäß werden Theorie und Praxis der Rechtsprechung als eine Einheit behandelt. Die Autorität von Normen wird in Frage gestellt, indem ihre Grundlagen kritisch untersucht werden.

Die Justiz soll nicht den Herrschenden überlassen werden, um ihre Herrschaft zu verewigen. Vielmehr sind Staat und Recht, wie W. R. Beyer („Staatsphilosophie", München 1959) gezeigt hat, nicht nur der Staat und das Recht der Herrschenden, sondern ebenso der Beherrschten, die in diesem Staate und unter diesem Rechte leben und ohne die Staat und Recht nicht existieren würden. Sie können auch innerhalb einer Ordnung, die sie zu Beherrschten macht, ihr Recht anmelden und für eine gerechtere Ordnung streiten. Hierfür das kritische Instrumentarium bereitzustellen, ist die praktische Intention der „Kritischen Justiz". Zu ihrem Start sollte sie der Erfolgswünsche, auf ihrem weiteren Wege des mithelfenden Interesses aller kritischen Demokraten versichert sein.

Hans Heinz Holz

Kritische Justiz

Vierteljahresschrift Heft 1

„Kritische Justiz" ist eine neue Zeitschrift – sie will Öffentlichkeit ermöglichen für eine kritische Rechtswissenschaft, für die Aufdeckung des Bezuges zwischen Recht und Gesellschaft, seinen politischen und sozialen Implikationen

In Heft 1/68 September

Werner Hofmann, Die Krise des Staates und das Recht – Stephan Leibfried, Wissenschaftsprozess und politische Öffentlichkeit (Zu den Entscheidungen der Verwaltungsgerichte zum politischen Mandat der Studentenschaft) – Jürgen Seifert, Verfassungskompromisse und Verschleierungsnormen in der Notstandsverfassung – Wolfgang Perschel, Situationsmotivierte Kriegsdienstverweigerung und innerer Bundeswehreinsatz – Heinrich Hannover, Demonstrationsfreiheit als demokratisches Grundrecht

Kommentare/Entscheidungen/ Rezensionen

In Heft 2/68 November

Bürgerliches Arbeitsrecht oder die Zerstörung der formalen Rationalität – Art. 12a GG und Europäische Menschenrechtskonvention – Zur Zulässigkeit von Tarifausschlußklauseln – Informierungsrechte der Gewerkschaften im Betrieb – Demonstrationsrecht und und Schulbesuchspflicht – Beiträge zur Reform der juristischen Ausbildung und zum Thema Justiz und Außerparlamentarische Opposition

Einführungspreis Heft 1/68 (bis 31. 12.) **4 DM** – Im Jahresabonnement 20 DM einzeln 6 DM – Studenten und Referendare jährlich nur 16 DM – Prospekte und Bestellungen beim Verlag, 6 Frankfurt 70 – Postfach 270

Europäische Verlagsanstalt

Fernseh-Spalte

SPORT UND MORD

Die Technik funktionierte, die Moral nicht. Arena-Stumpfsinn quoll vierzehn Tage lang in bester Bildqualität aus der Röhre. In Farbe — für die 14 Millionen Schwarzweiß-Empfänger in der Bundesrepublik. Sport-Gigantomanie im Liliput-Heimkino. Wochenlang vorher ging es schon los. Mit monotonen Berichten, Interviews und „Diskussionen" wurde man auf das große Ereignis „eingestimmt", mit Daumendrücken für „unsere" Athleten, mit Medaillen-Astrologie (wieviel Gold steht „für uns" ins Haus?), mit jenem Funktionärsradikalismus, der Sport als militärischen Ersatz-Fetisch denunziert, mit ein bißchen Skepsis wegen der Gefahren des Hochlandklimas (gut geheuchelt diese Besorgnis, die sich exakt in den Grenzen eines angenehmen Thriller-Effektes bewegte, um die Sache interessant zu machen, aber alle entschiedenen Warnungen ernsthafter Ärzte z. B. neutralisierte). Ja, und dann wurden wir zwei Wochen lang von wackeren Reportern über Mexiko informiert, noch gründlicher als über die CSSR. Und das will schon etwas heißen. Zum Glück starb während dieser Zeit niemand mit Staatstrauer-Anrecht. Man stelle sich die Folge telegen vor: PANEM ET CIRCENSES contra MEMENTO MORI ... Das ist nun aber, genau betrachtet, kein makabres Wortspielchen. Die Konstellation war tatsächlich gegeben. Nur blieben die TV-Gewaltigen von amtlich verfügter Staatstrauer im eigenen Land verschont. Die Volkstrauer im Gastland übersahen sie geflissentlich, nämlich die ohnmächtge Trauer mexikanischer Familien um die Toten, um die vermißten und verwundeten Opfer des Polizei- und Militärterrors im Namen der sogenannten „Präsidialen Republik" Mexiko. Die Staatsgewalt mordete, folterte, verhaftete legitime Demonstranten und sogar Unbeteiligte. Angeblich für den „olympischen Frieden". Das Olympische Feuer kam diesmal aus einem KZ-Hellas. Es störte niemanden. Widerlich. Nicht einmal ein symbolischer Protest kam zustande. Und was im intellektuellen, musischen, studentischen Bereich heute schon fast selbstverständlich ist: für Sportler scheint das uninteressant. Solidarität nämlich, Solidarität mit den KZ-Häftlingen in Griechenland und den Opfern des mexikanischen Establishments. Selbst die gelungene Anti-Amerika-Demonstration der beiden Black-Power-Leute verlor dadurch erheblich an Überzeugungskraft. Wer gegen Unrecht demonstriert, büßt an Glaubwürdigkeit ein, wenn er nur den eigenen Nabel sieht.

Ansonsten wurde die Lüge vom „Olympischen Frieden" stillschweigend akzeptiert. Eindringlicher als je machte diese Situation eines klar, auch wenn die wenigsten es wahrhaben wollen: Die in der Hochblüte des europäischen Nationalismus begründeten Olympischen Spiele der Neuzeit (1896) sind trotz des Zerfalls der alten Ordnungen, trotz zweier Weltkriege und der neuen globalen Macht- und Partner-Konstellationen im ideologischen Klischee ihrer Anfänge steckengeblieben.

Was das Fernsehen anbelangt, so kann ich nur für „unseres" sprechen. Es vergötterte „unsere" Athleten. Es beteiligte sich an der Legendenbildung um die Vorteile der Neger. (Zuerst sah man nur die günstigeren physischen Voraussetzungen für „Hochland"-Athleten. Mit einem Male unterschob man „den Negern" allgemein Vorteile in diesem Klima, ganz gleich, ob sie nun aus amerikanischer „Ebene" oder afrikanischem „Hochland" kamen.) „Unsere" Tele-Olympiade wurde, unter dem Deckmantel der Objektivität, ein Glotz-Volksfest für nationalbewußte Seh-Leute, womit nichts gegen Zuschauer mit kritischem Reflektionsvermögen gesagt ist. Zum Schluß in aller Deutlichkeit dies: Vor zwei Monaten habe ich an dieser Stelle das sowjetische Vorgehen in der CSSR verurteilt, dem Fernsehen aber weitgehende Mißachtung eines Riesenkatalogs von Scheußlichkeiten in aller Welt vorhalten müssen. Diesmal muß, wieder um glaubwürdig zu bleiben, gesagt werden, daß der Terror, die Toten, die unrechtmäßig Eingekerkerten von Mexiko (ausgenommen ein Bericht von „Report München") von den bundesdeutschen Fernsehanstalten mit der gleichen Gründlichkeit ignoriert wurden, wie sie keine Einzelheit der sowjetisch-tschechoslowakischen Konflikte ausließen. Damit disqualifiziert sich die Berichterstattung über Mexiko als übler Opportunismus und diejenige über die CSSR als Heuchelei.

E. H. Wahl

Bücher

Konkrete Praxis und kritische Theorie

Zu drei Veröffentlichungen Werner Hofmanns

Zur Misere der Linken in der Bundesrepublik gehört wesentlich, daß ihr eingehende Kenntnis und wissenschaftliche Analytik des ökonomischen Gesamtprozesses weithin fehlen. Besonders gravierent ist der Mangel an voll ausgewiesenen Nationalökonomen, die — entgegen und trotz der heute allgemeinen rein funktionstechnischen Ausrichtung ihres Fachs — grundsätzliches Problembewußtsein und kritischen Horizont aufweisen. Beides aber ist elementar notwendig, wo sich Sozialwissenschaft darum bemüht, das vielfältige Ineinander des Wirtschaftlichen, Gesellschaftlichen und Politischen von dem Ansatz aus und auf dem Niveau zu analysieren, die mit Karl Marx zur Debatte stehen. Die Veröffentlichungen des Marburger Soziologen Prof. Werner Hofmann zeigen dies auf das deutlichste. Der Verfasser ist habilitierter Nationalökonom und hat in diesem Fach eine Reihe von Monographien und Aufsätzen veröffentlicht, hat aber schon, in Wilhelmshaven und Göttingen, auch Soziologie gelehrt. Indem er beide Fachbereiche übersieht, sind seine Beiträge zur kritischen Sozialwissenschaft von besonderem Interesse, zumal Hofmann sich nicht bei bloßer Analyse beruhigt, sondern zunehmend auch im Praktisch-Politischen mitwirkt, den Weg der Linken in der Situation der Bundesrepublik zu bestimmen.

Vor kurzem erschien neu seine zuerst 1962 veröffentlichte

Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, 2. neubearbeitete und ergänzte Auflage, unter Mitwirkung von Prof. Wolfgang Abendroth (Göschen 1205/1205 a), Berlin: de Gruyter 1968, 243 S., 7,80 DM,

vom Verfasser als „Werkchen" (S. 7) bezeichnet. Dies allerdings ist ein höchst unzutreffendes Understatement, denn „Werkchen" bezeichnet sonst quasi Abfallprodukte wissenschaftlicher Arbeit. Davon kann hier keine Rede sein, denn, wie Hofmann (S. 6) selbst sagt: „Eine geschlossene Darstellung des Ideenganges der neueren Sozialbewegung fehlt bei uns seit Jahrzehnten", und wer sie unternimmt, hat außerordentliche Mühe aufzuwenden. Von dieser, und von ihrem Ertrag, zeugt die „Ideengeschichte" allenthalben.

Sie bringt in konsequent durchdachter, systematischer Anordnung und in denkklarer Abgrenzung der individuellen Beiträge den Aufstieg und die denkerische Entfaltung der sozialen Emanzipationsbewegungen, ohne dabei jemals das Kontinuum von Praxis und Theorie, von Historie und Perspektive, von Situation und Person zu vernachlässigen. Der Verfasser versteht seine Aufgabe als eine kritisch auf unsere Gegenwart bezogene. Das bedeutet, daß die Elemente und Theorien des sozialkritischen Denkens vor allem im Licht der seitherigen Entwicklung und der Tendenzen in die Zukunft hin überprüft und auf ihren Denkertrag befragt werden. Besonders ausgeprägt und gelungen scheint dies für das Denken von Marx; vgl. etwa die kritische Erörterung der Kritik der Arbeitswertlehre (S. 109 ff).

Wie hier ein Sozialwissenschaftler Marx' ökonomisch-soziales Denkgebäude aus präziser Kenntnis und auf der Höhe auch aller national-ökonomischen Probleme darstellt und — stets kritisch-abwägend — würdigt, muß besonders hervorgehoben werden: einmal angesichts der strikten Ablehnung, die weithin die Einschätzung des Nationalökonomen Marx bestimmt; zum andern wegen der List und Tücke, mit der Fachgenossen wie etwa Karl Schiller Marx als eine völlig vergangene, bloß noch historische Größe von allerdings einigem Rang darstellen, um damit marxistische Forderungen heute durch kategorischen Verweis ins 19. Jahrhundert zu unterlaufen. Hofmann macht in exemplarischer Weise deutlich, daß, wie und warum der wissenschaftliche Sozialismus nicht nur etwas sagt, sondern auch etwas will, und auf welcher sozioökonomischen Basis beides untrennbar ineinander verflochten ist.

Solcherart kritische Gesellschaftstheorie, die mit der Praxis sich zu vermitteln ständig imstande ist, schafft ihren Forderungen

vermehrte Evidenz und Stringenz. Allerdings, für die Macht der Durchsetzung bei uns hat dies wenig Auswirkung; denn solange sich der herrschenden Klasse der Profit und der Hebel der Manipulation, solange sich den vor ihrer realen Lage und ihren Notwendigkeiten bewußtlos gehaltenen Massen der Abhängigen der „Komfort der Repression" erhält oder steigert: solange wird mit der von Hofmann (S. 275) ausgesprochenen Wahrheit, daß es „ohne die großen Ideen ... kein wirkliches Fortschreiten auch in der praktischen Welt" gibt, nicht Ernst gemacht werden.

Die Darstellung beginnt bei dem sich erhellenden sozialen Horizont der Aufklärung und reicht bis in die Gegenwart. Das Lenin'sche Denken scheint dabei gegenüber Marx etwas in den Hintergrund gerückt. Den letzten Teil über den „theoretischen Weltkommunismus" seit der Oktoberrevolution und über unabhängige marxistische Theoretiker hat Prof. Wolfgang Abendroth vollkommen neu gefaßt und stark erweitert. Er bietet einen sehr konzentrierten, allerdings überaus gedrängten Abriß, der besonders gegen Denker der Gegenwart (etwa Bloch, Marcuse, Sartre) sehr summarisch verfährt.

Insgesamt: diese „Ideengeschichte" ist sehr zu empfehlen. Sie vereint Systematik, Klarheit und Abgewogenheit. Sie bietet nicht nur Ideengeschichte, sondern arbeitet in der allein sachgemäßen Weise: dialektisch und soziologisch, Basis und Überbau aufeinander beziehend.

Eins sei aber hinzugefügt: sie weckt den Wunsch nach einer großangelegten Darstellung und Erörterung dieses Gegenstandes von gleicher Hand. Eine solche wäre hoch willkommen und dringend erwünscht, denn sie würde zweifellos viel dazu beitragen, der Beschäftigung mit der kritisch-sozialistischen Gesellschaftstheorie ein methodisch geklärtes, umfassend und systematisch ausgearbeitetes Fundamet zu geben. Dann käme vielleicht auch das Gerede darüber — sei es oberflächlich, listig oder schlicht falsch —, wie es etwa wieder Siegfried Landshut und René König beim Karl-Marx-Symposion in Trier vorführten, endlich zu seinem verdienten Ende.

*

In seiner Veröffentlichung

Stalinismus und Antikommunismus, Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts (es 222), Frankfurt/M: Suhrkamp 1967, 1968, 169 S., 3,— DM,

wendet sich Hofmann zwei aufeinander bezogenen Aspekten der politischen Weltszene zu, die beide zentral mit dem Gegenstand der „Ideengeschichte" zu tun haben und über die in der Tat „Aufklärung ..., deren die Menschen unserer Zeit so sehr bedürfen" (S. 7), in besonderer Weise nötig ist.

Die Studie „Was ist Stalinismus?" — zuerst in der Festschrift für Georg Lukács, 1965 — nimmt ihren Anlaß von dem „immer noch vorwissenschaftlichen Stand der Stalinismus-Konzeption" (S. 11), um den Unfug anzugehen, den die herkömmliche „Stalinismus = Faschismus"-Totalitarismustheorie angerichtet hat: „Die stille Neigung, die obwaltende Antipathie gegenüber faschistischen Herrschaftsgebilden der jüngsten Vergangenheit über das Mühlrad der ‚Totalitarismus'-Kritik auf eine inhaltlich grundverschiedene andere Ordnung umzuleiten, hat mit Wissenschaft nichts gemein" (S. 17). Freilich, so obwaltend mag man diese Antipathie kaum mehr finden ...

Hofmann zeigt, wie der Stalinismus als „System der ins Unmaß gesteigerten Machtanwendung" (S. 19) unter der fast totalen außenpolitischen Isolierung und vor allem unter der wachsenden Bedrohung durch den Aufstieg des Faschismus sich durchsetzte. Denn er versprach — und leistete tatsächlich — die wirtschaftlich-technische Entwicklung und damit politisch-militärische Stärkung der Sowjetunion mit allen Mitteln — und „mit allem, was dies für die Innenbeziehungen der neuen Gesellschaft bedeutete" (S. 34). Aber selbst dieser von den Intentionen und Erwartungen der klassischen sozialistischen Denker weit über das Notwendige weg getriebene, vielfältig depravierte, ja entmenschte stalinistische „Sozialismus" als ein „spezifischer Opportunismus der Macht" (S. 39) war mit alldem dennoch kein Klassensystem, keine perpetuierende Herrschaftsordnung, ging nicht auf die Verdichtung eines Systems privilegierter Klassenherrschaft aus, sondern auf die Selbstbehauptung des würgend bedrohten Sowjetstaates.

Für den zukunftsoffenen, lebendigen, dialektischen Marxismus bedeutete der Stalinismus, daß dogmatische Schatzhüter in kleinbürgerlicher Enge „die Erzeugnisse einer großen schöpferischen Kraft in der Botanisiertrommel zur Pflanzenpresse ge-

tragen haben" (S. 66). Neben der allzu oft geübten Flucht in die Überzeugungskraft der Gewalt war dieser Rückfall „von der Dialektik in den Dualismus" (S. 73) der bedeutsamste, weit fortwirkende Beitrag zur Diskriminierung des Sozialismus in aller Welt. Und er hat überdies, wie Hofmann nachdrücklich betont, ein schwerwiegendes Zurückbleiben in der theoretischen Analyse und Deutung gegenüber vielen Aspekten der weiterentwickelten Gegenwartswirklichkeit, von der Ökonomie bis zur Philosophie, bewirkt. Die dennoch historische Leistung der stalinistischen Epoche sieht der Verfasser in der Industrialisierung des ganzen Landes; in der zivilisatorischen Emanzipation der vordem am Rand der Gesellschaft gehaltenen Massen der Bevölkerung, vor allem auch der Frauen; in der durchgreifenden und umfassenden kulturellen Revolution, die vom Analphabetismus zur allgemeinen und hochentwickelten Volksbildung geführt hat. Hinzuzufügen wäre ein weiteres Element: die wahrscheinlich doch nicht oberflächliche Zusammenfügung so vieler unterschiedlicher Völker zu einem mächtigen und bedeutenden Ganzen.

In einer Analyse der Abwendung des Sowjetblocks vom Stalinismus werden schließlich die Möglichkeiten und der Neuansatz eines schöpferischen Sozialismus ins Bild gerückt, der in der „Dialektik eines Fortschreitens durch Rückgriff" (S. 124) die human und rational notwendigen Grundelemente der Kritik und Kontrolle wieder aus ihrer stalinistischen Verschüttung herauszuarbeiten sucht.

Diese Studie über den Stalinismus weist exemplarisch den kritisch-sozialistischen Maßstab als allein sachgemäßen, damit auch gegen Verfehlungen und Mißgriffe schneidendsten aus. Sie steht auf der Denkebene, auf der allein die Erörterung fruchtbar sein kann. In ihrer Klarheit, Umsicht und Vielfältigkeit hält sie allem verkürzten und verkürzenden Denken ein dialektisches Modell vor.

*

„Je mehr sich aber die Länder des sozialistischen Typs von ihrer eigenen Vergangenheit lösen, desto mehr droht der Stalinismus zur ‚unbewältigten Vergangenheit' seiner Kritiker zu werden." So heißt es am Schluß der Untersuchung (S. 127). Damit ist dem folgenden Essay: *„Zur Soziologie des Antikommunismus"* schon der Ton angeschlagen. Der Verfasser selbst antizipiert das bei diesem Gegenstand breithin zu erwartende hohle Erstaunen: „Kann Antikommunismus ein Thema, eine Frage sein" (S. 131)? Die dringliche Notwendigkeit der Befragung wird offenkundig, wenn Hofmann diesen Grundwert westlicher Vorstellungswelt als ein Produkt gesellschaftlich-geistiger Verwesung angeht: ein Produkt, in welchem sich eine Einheitsfront besonderer Art konkretisiert, die „heute von den Verbänden der Wirtschaft bis zu den Gewerkschaften, von der HIAG, dem Kameradschaftsbund der alten SS-Kämpfer, bis zu den Kirchen reicht" (S. 133). Zur Perspektivierung des Bildes darf gesagt werden, daß diese Front Risse zu zeigen begonnen hat.

Als Elemente des antikommunistischen Syndroms arbeitet Hofmann heraus:

1) Anwendung des eigenen Erfahrungshorizonts auf den nicht begriffenen, rein affektiv angegangenen „Feind"-Bereich; das beschädigte Eigene wird Vollmaß des Fremden.

2) Verschiebung des Problems von der Basis zum Überbau, vom sozioökonomischen Inhalt zu den Verkehrsformen der Gesellschaft; das blindwütig festgehaltene Stalinismus-Bild vergangener Zeit gibt e contrario unser Gesellschaftssystem als frei, gut und schön aus.

3) Verlegung des elementaren vertikalen Gesellschaftskonflikts in die Horizontale dualistisch bewerteter Ordnungswelten; wer vom Gegeneinander der Klassen, von Ausbeutung, Verdummung und Manipulation nun noch redet, ist als Innenfeind dringend verdächtigt, Agent des Außenfeindes, schlicht: „Kommunist" zu sein, — und DDR-Bürger erscheinen nicht länger als Deutsche, sondern als getarnte Russen. Damit ist der Antikommunismus an seinem Inhalt als „soziales Disziplinierungsmittel" (S. 158) auszumachen; „Kennzeichen einer Gesellschaft . . ., die, im allseitigen Gegeneinander der diffusen Einzelinteressen, nur noch negativ zusammengehalten wird" (S. 165), die aber gerade darum durch jenen ihre eindeutige Formation erfahren soll: in Richtung auf eine Ordnung, „in der schließlich nur noch eines stört: die Erinnerung an das, was verteidigt werden sollte" (S. 166). Dieses Syndrom aufzubrechen, ist dringlich und strikt geboten. In der Konfrontation mit dem auch hier erhellenden Cui bono? muß dem Bürger

der Grundverhalt aufgewiesen werden, daß die einen den Antikommunismus brauchen, um sich und das Ihre zu behaupten, und daß die anderen objetiv-gesellschaftlich unter ihm zu leiden haben.

*

Hofmanns jüngste Publikation

Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie (es 261), Frankfurt/M: Suhrkamp 1968, 141 S., 3,— DM

nimmt in acht Einzelarbeiten (aus den letzten zehn Jahren) jene gesellschaftliche Institution nach Anspruch und Realität vor, die sich seit einiger Zeit auch allgemein nicht mehr ungetrübt krähwinkelhaften An-und-für-sich-Seins erfreuen kann: die Universität und ihren Wissenschaftsbetrieb. In diesen Analysen, die besonders deutlich Nähe zur Tradition der frühen Frankfurter Schule zeigen, wird in intensiver, dialektischer Verschränkung dargelegt, wie die „ungelösten Fragen der sozialen Ordnung auf die produktiven Potenzen der Gesellschaft selbst zurückschlagen" (S. 7). Hofmanns Diktion ist stets konzentriert, hier aber zusätzlich oft vehement, angetrieben von der drohenden Dichte dieser Misere.

Die Generaltendenz der Entwicklung wird in einer „allgemeinen Pauperisierung des Geistes" zugunsten bloßer Funktionsrationalität gesehen: die Auszehrung, die das Verständnis und die Bildung von Theorie ergriffen hat, setzt sich als weitreichende Inhaltsentleerung, als Formalisierung der Wissenschaft fort und bildet sich gesellschaftlich vergrößert in der „Atmosphäre eines weitverbreiteten Anti-Intellektualismus" (S. 8) ab, zu der sie ebenso weiter beiträgt, wie sie in ihr aufgewachsen ist. Dies alles gerade nicht als Zuwendung zu dem, was wirklich ist, als Schritt von Gedankenblässe zur Realität, sondern unverkennbar „als eine Art von Selbstschutz gegenüber den gesellschaftlichen Implikationen und Konsequenzen wirklicher Erkenntnis" (S. 17). Oder, zugespitzt: „Es gehört zur Ironie unserer Epoche, daß sie im gleichen Maße nach allen Seiten hin Ideologieverdacht übt, wie sie selbst Ideologien ausbrütet" (S. 49). Setzt man den „Druck offenkundiger Faschisierung des öffentlichen Lebens" (S. 48) dazu in Korrelation, so ist das Umfeld des Gegenstandes, seine Voraussetzungen, Bedingungen und Implikationen bezeichnet.

Und wenn an einer Stelle (S. 54 A. 4) — der über Ideologie handelnde — Kurt Lenk versehentlich so zitiert ist: „Soziologie dient zur Absicherung des einmal Gewordenen gegenüber dem neu Werdenden", so ist in diesem amüsanten Lapsus zugleich viel Wahrheit, die das Gesamt unserer sozial relevanten Wissenschaften weithin betrifft. Davon aber hat zu gelten — wiederum mit Hofmann (S. 59) —: „Wo Ideologien herrschen, wird Wissenschaftlichkeit zum gesellschaftlichen Oppositionsprinzip."

Daß allerdings Ideologien „Ausdruck der Interessen des überlegenen Teils der Gesellschaft" (S. 55) seien, ist eine unvollständige Aussage; denn auch in einer Gesellschaft, die zur Verwirklichung ihrer objektiven Möglichkeiten vorschreitet, bildet oder erhält sich Ideologie noch: verhüllende oder rechtfertigende regressive Anspruchsideologie der vordem herrschenden Klasse, die ihre Positionen schwinden sieht.

Hofmann geht in diesen Studien der gesellschaftlich anschwellenden Unvernunft und Widervernunft nach, die Gründe, Zusammenhänge und Folgen nicht mehr erhellen will; die in Ideologisierung und Bewußtseinsüberfremdung dem allgemeinen Verlust der Dimensionen — der gesellschaftlichen, geschichtlichen, humanen — sich nähert. Nicht selten fließt in seine Sprache eine fast grimmige Ironie, hinter der sich Zorn und Trauer über die Desolatheit der Zustände (besonders auch derer der Fachökonomie) erkennen lassen. Auch Resignation — Gift für den Geist, der nach Veränderung drängt — ist gelegentlich, wie ähnlich bei Herbert Marcuse, zu spüren. „Zu widersprechen", „Ideologien bloßzulegen", „sich zu verweigern" (S. 40, 66, 81), kann kein letztes Wort kritisch wertender, engagierter Sozialwissenschaft sein. Ihre gesellschaftliche Verantwortung trägt ihr gerade in Dämmerungszeiten auf, Horizonte zu suchen und Licht zu bringen: Entwürfe des Besseren, Möglichen, „konkrete Utopien". Um noch einmal Hofmann selbst zu zitieren: „Das einmal erarbeitete, von der Geschichte mühsam ausgeformte Bild des Menschen in seinen Möglichkeiten bleibt, auch in der Verfinsterung der Geschichte. Es kann verleugnet, nicht getilgt werden" (S. 81). In diesem Sinn ist auf den Aufklärer Werner Hofmann zu hören.

Klaus Fritzsche

Strauß fordert heraus

Franz-Josef Strauß, Herausforderung und Antwort. Ein Programm für Europa. Seewald-Verlag, Stuttgart 1968, 204 S., Ln. 16,— DM.

Man sollte denken, daß ein aktiver Bundesfinanzminister mehr als genug zu tun hat, um auch nur die laufende Arbeit zu bewältigen, von grundlegenden Fragen unserer Finanzreform ganz abgesehen. Für den gegenwärtigen Amtsträger Franz-Josef Strauß gilt diese Annahme nicht. Strauß, dessen „Entwurf für Europa" ich in den „Blättern" Heft 12/1966 angezeigt habe, hat die Zeit gefunden, neben seiner Tätigkeit als Minister und Vorsitzender der CSU noch ein neues Buch zu schreiben, zum mindesten seine Konzeption zu entwerfen und deren Ausarbeitung durch einen oder mehrere ghost-writer zu überwachen. Das ist eine beachtliche Leistung, offenbar dazu bestimmt, den Autor für noch mehr als die Leitung eines Fachressorts zu qualifizieren. Schon die Persönlichkeit des Verfassers, dem niemand Fleiß, Ideenreichtum und politische Durchschlagskraft abstreiten kann, sichert seinem neuesten Werk gerade jetzt großes Interesse.

Ausgangspunkt für Strauß ist wiederum die seit Jahren festzustellende Minderung der Schlagkraft der NATO (S. 62 ff). Washington möchte „die Aufgabe der NATO nicht mehr vor allem in der ‚Abschreckung', sondern hauptsächlich in der ‚Rüstungskontrolle' wahrgenommen wissen" (S. 67/8), während Moskau ein gleiches für den Warschauer Pakt zu praktizieren nicht bereit ist. „Im Fazit dieses Prozesses wäre es logisch, wenn die ‚Nuklearschwelle' niedriger gelegt würde; die USA jedoch wollen und werden sie — aus begreiflichen Motiven, die mit dem Dispositiv ihrer nationalen Sicherheit zusammenhängen — höher setzen" (S. 71). Damit wachsen nach Strauß die Gefahren für die Sicherheit Europas.

Unter diesen Umständen „bedarf es der politischen Einigung unseres Kontinents", wobei „pragmatisches Denken ... in der Lage sein (sollte) zu erkennen, daß Rotchina ein Interesse an einer Potenz an der Westgrenze des sowjetischen Imperiums in Mitteleuropa hat, während wir an der stärkeren Bindung der Sowjets an ihrer asiatischen Ostgrenze interessiert sind. Partiell

NEUE KOMMENTARE
erscheinen wieder!

Nach der Unterbrechung, hervorgerufen durch die Aktionen der Bundesanwaltschaft gegen Herausgeber, Redaktion und Verlag, informieren

NEUE KOMMENTARE

wieder wie seit 11 Jahren regelmäßig über

- das Treiben der neonazistischen Organisationen und Parteien
- die Umtriebe der revanchistischen Landsmannschaften
- die revanchistischen Jugendorganisationen
- die Tätigkeit der antikommunistisch ausgerichteten Ostinstitute
- den Inhalt der revanchistischen und neonazistischen Presse
- die Beziehungen von Regierung und Bundestagsparteien zum organisierten Neonazismus und Revanchismus und vieles andere mehr.

NEUE KOMMENTARE

sind ein unentbehrlicher Informant für alle politisch Interessierten.

NEUE KOMMENTARE

erscheinen zweimal im Monat in 6 Frankfurt (Main), Mauerweg 20, Telefon 49 23 86 (Herausgeber Georg Herde). Der monatliche Bezugspreis für den Nachrichten- und Informationsdienst beträgt 5,— DM.

Überzeugen Sie sich von dem Wert der Informationsquelle

NEUE KOMMENTARE

Fordern Sie ein Probeexemplar bei uns an.

und zeitweilig begegnen sich daher unsere und die chinesischen Interessen" (S. 96). „Chancen zur politischen Offensive" bieten sich uns, „sobald sich Europa auf der Basis der langfristigen Parallelität seiner fundamentalen Interessen geeinigt hat und dadurch kräftig genug geworden ist, in der Welt nicht mehr nur Objekt — Leidender oder allenfalls Störenfried —, sondern Subjekt — also politisch Handelnder — zu sein" (S. 98).

„Wir müssen (also) in Westeuropa einen Kristallisationskern für eine politische Aktionsgemeinschaft zustande bringen, aus dem sich eine eigenständige Macht entwikkeln kann, die Anerkennung als Bündnispartner in Washington und das entsprechende Ansehen als Gesprächspartner in Moskau findet" (S. 103). „Es handelt sich nicht nur um die deutsche Teilung, es handelt sich um die europäische Teilung. Wir sollten daran denken, daß Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Rumänien usw. genauso zu Europa gehören wie die Schweiz, Holland oder Belgien. Es geht darum, sowohl durch die Einwirkung auf diese Länder wie in harten Verhandlungen mit Moskau in einem langfristigen Prozeß dafür zu arbeiten, daß diese Länder wieder Bestandteil Europas wenigstens erst einmal in dem Sinne werden, wie es die Bezeichnung Zwischeneuropa ausdrückt" (S. 108). „Die Menschen Osteuropas blicken zu uns herüber und erwarten, daß im freien Teil des Kontinents, der heute allein über die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeit für eine eigenständige europäische Politik verfügt, die Grundlage für die große europäische Gemeinschaft erstellt wird". Mit der UdSSR dagegen könnte „ein Gemeinschaftseuropa niemals zustande kommen" (S. 111).

Wie Strauß sich das Hineinwachsen der europäischen Nationen in ein „Gemeinschafts-Europa" vorstellt, will ich hier nicht näher darlegen. „Nur ein ausgeprägter Föderalismus", schreibt er, „kann der wahren Bedeutung der Nationen in einem vereinten Europa gerecht werden" (S. 121), wobei sich „der nationale Auftrag der Deutschen ... als eine Schlüsselfunktion für die ‚europäische Familienzusammenführung'" erweist (S. 124). Der entscheidende Einwand gegen seine Gedanken scheint mir folgender zu sein:

Was Strauß will, ist nichts anderes als eine offene Herausforderung der Sowjetunion. Wie die UdSSR auf einen — tatsächlich unternommenen oder auch nur vermuteten — Versuch reagiert, eines der Mitglieder des Ostblocks aus diesem herauszubrechen, „zunächst einen Gürtel zwischen Rußland und Westeuropa zu schaffen, ein ‚Zwischeneuropa', das weder unter sowjetischer noch unter westeuropäischer Herrschaft steht" (S. 147), hat sie soeben in der Tschechoslowakei drastisch gezeigt. Und dieses Experiment soll nun offizielle deutsche Politik unter einem zukünftigen Kanzler Franz-Josef Strauß werden! Ausgerechnet die Bundesrepublik — der Strauß rät, weder den Atomsperrvertrag zu unterzeichnen (S. 80 ff) noch die DDR anzuerkennen (S. 126 ff) — soll dabei eine besonders aktive Rolle spielen („Auf die Dauer kann es kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist", S. 203). Nein, eine derartige Politik kann zu nichts Gutem, sie kann nur ins Verderben führen. Sie darf gar nicht erst begonnen werden.

So bleibt nur die Offenheit anzuerkennen, mit der Strauß erneut seine Pläne für die Zukunft enthüllt hat. Dankbar wird ihm hierfür aber vor allem der Kreml sein.

Harold Rasch

Bücher über die DDR (IX)

Deutschland Archiv (mit Gesetzesbeilage). Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, 1. Jahrgang Heft 1—4 (April bis Juli 1968). Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1968, Preis pro Heft 4,50 DM, jährlich 45,— DM.

XX

Nachdem die ersten 4 Hefte der Zeitschrift Deutschland Archiv mit insgesamt 450 Seiten erschienen sind, kann eine erste Einschätzung gewagt werden.

Jedes Heft, jeweils etwa 100 Seiten umfassend, gliedert sich in die Unterabschnitte „Analysen", „Forum", „Rezensionen", „Bibliographie", „Dokumentation", „Berichte" und „Chronik".

Jedem Heft ist eine Sammlung von Gesetzen und Verordnungen aus der DDR beigegeben. Es handelt sich dabei um jene Beilagen, die seit 1951 im sogenannten SBZ-Archiv erschienen.

Während die 293. Folge dieser Gesetzessammlung noch als „Sammlung von Gesetzen und Verordnungen aus der SBZ" bezeichnet wird und den Vermerk enthält, daß sie im Auftrage des sogenannten „Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen" zusammengestellt wurde, heißt die 294. Folge schlicht „Sammlung von Gesetzen und Verordnungen aus der DDR". Die Bezeichnung des Auftraggebers fehlt, so daß man nun nicht weiß, hat der Auftraggeber nun keine Aufträge mehr zu vergeben, oder möchte er lieber nicht mehr genannt sein, weil das vielleicht dem Verlagsgeschäft schaden könnte? Wie auch immer, eine bemerkenswerte Wandlung nach 17 Jahren, die wir gelassen registrieren wollen, wenn auch der lange Weg das Säumen von Herbert Wehner und seinen gleichfalls mehr unsäglichen als unglücklichen „gesamtdeutschen" Vorgängern in den Augen der „Anerkennungspartei" keineswegs entschuldigt. Und die Wandlung, die so gerne zur Annäherung führen möchte, zeigt sich nicht nur in dem neuen unauffälligen Make-up.

Neben einigen bedeutsamen Analysen, über die wir noch zu sprechen haben, gehören die Artikel der Hefte 2 und 3 über Stand und Aufgaben der westdeutschen DDR-Forschung zu den bisher interessantesten Beiträgen dieser Zeitschrift.

Am bemerkenswertesten Ernst Richerts Beitrag „Möglichkeiten und Grenzen der DDR-Forschung".

Mit seiner entschiedenen Absage an das Totalitarismus-Modell des Kalten Krieges und des Roll-back als total untauglichen Ansatz, das Phänomen des zweiten deutschen Staates ernsthaft zu erforschen, trifft Richert nicht nur, wie er betont, die Springersche Publizistik und die sogenannte Exil-CDU, sondern vor allem auch jene sattsam bekannte Verfilzung von Pseudo-Wissenschaft und offizieller Bundespolitik, durch die das Feindbild der „Zone" zwei Jahrzehnte hindurch geprägt wurde.

Den originellsten Beitrag zu dieser Thematik liefert Carola Stern mit ihrer forschen Polemik gegen Eckart Förtsch. Förtsch hatte ziemlich naiv, ohne neue Windrichtungen zu prüfen, der westdeutschen DDR-Forschung zwei wesentliche Aufgaben gestellt: 1) Lösungsvorschläge an die Adresse der DDR zu offerieren als „Hilfe" für die DDR-Regierung und die Bevölkerung der DDR. 2) Verwandlung der gesamten westdeutschen DDR-Forschung in ein Instrument der Regierung, um Analysen und Vorschläge für Bundesminister bereitzustellen.

Damit hatte Förtsch völlig harmlos das ausgeplaudert, was seit vielen Jahren Schwerpunkt, z. T. Hauptanliegen der westdeutschen DDR-Forschung gewesen ist, bevor ein relativer Zustand der Ernüchterung und des Realismus eintrat. Nun will Carola Stern, die mit ihren einschlägigen Veröffentlichungen Musterbeispiele im Sinne der Förtsch'schen Aufgabenstellung lieferte, plötzlich eine Kehrtwendung um 180 Grad machen. Entschieden und entrüstet wehrt sie sich dagegen, daß es Aufgabe der DDR-Forschung sei, Magd der Politik und der Propaganda zu sein. Nun, wer wird denn gleich in die Luft gehen, wenn jemand noch nicht begriffen hat, daß jetzt alles, alles anders werden soll!

Man möchte Carola Stern um so lieber glauben, als sie ihre Philippika mit einer handfesten Selbstkritik würzt, indem sie ausruft, die westdeutschen DDR-Forscher hätten bisher nur geringe wissenschaftliche Leistungen vorzuweisen.

Man kann Peter Christian Ludz nur vorbehaltlos zustimmen, wenn er in seinem Beitrag zu diesem Thema betont, das wissenschaftliche Instrumentarium der Sozialwissenschaft müsse auch bei der DDR-Forschung genutzt werden. Ludz faßt die Aufgaben der Forschung über die DDR so zusammen: „Strukturen und Funktionen von Herrschaft, Gesellschaft und Wirtschaft in der DDR zu beschreiben und zu erklären; die Fragen nach dem, was ist, mit den beiden, warum es ist und warum es in der Immanenz des Systems so ist, wie es ist, miteinander zu verbinden; schließlich die Erklärung hinüberzuführen in die Prognose, in die Frage nach der zukünftigen Entwicklung ..." (S. 256).

Und Richert zeigt in seinem Beitrag sehr deutlich die Grenzen der gegenwärtigen DDR-Forschung, wenn er betont, daß die DDR für die wissenschaftliche Forschung schwer aufschließbar sei, „solange wir keine normalen Beziehungen" zur DDR hätten. Eben.

Bemerkenswert ist, daß einige Analysen in den nun vorliegenden Heften den Vorstellungen von Richert und Ludz weitgehend gerecht werden, z. B. der Beitrag von Klemens Pleyer über die rechtliche Stellung der VVB im Neuen Ökonomischen System oder die Abhandlung von Hartmut Vogt über die neue Schulordnung in der DDR.

Auffallend sachlich auch die Analyse von Klaus Westen zur Situation des Rechts in der DDR. Der Verfasser kann sich zwar nicht zu der These durchringen, daß sich die DDR zu einem Rechtsstaat sui generis entwickele, aber er ist wesentlich um Objektivität bemüht bei der Darstellung des in die Funktion der sozialistischen Gesellschaft einbegriffenen Rechts. Diesen grundsätzlich positiven Beiträgen, die für eine zukünftige DDR-Forschung durchaus beispielhaft sein können, stehen nun andere gegenüber, die mit unterschiedlicher Thematik noch nach der alten Melodie singen, die nun schon bald niemand mehr hören mag.

Da gibt Herbert Wehner „Antworten auf Lebensfragen", die in ihrer Allgemeinheit kaum zu fassen sind und die sich lesen, als habe sich jemand den Scherz erlaubt und das Geklapper einer tibetanischen Gebetsmühle mitstenografiert. Da stoßen wir auf den ollen, ehrlichen Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, der mit treuem Augenaufschlag erklärt, natürlich wolle man die DDR nicht isolieren. Guttenberg weiß, daß Papier nicht rot wird... Auch Bruno Gleitze und Hans-Dietrich Sander mit ihrem unersättlichen Ehrgeiz, alle realistischen Ansätze westdeutscher DDR-Forschung sofort wieder ad absurdum zu führen, fehlen nicht.

So wird der Januskopf der westdeutschen DDR-Forschung deutlich sichtbar. Noch positiv zu registrieren sind der Dokumentationsteil und die Chronik, wenn man sich auch den Dokumentationsteil ausführlicher wünscht. Dafür könnten manche Berichte wegfallen.

Was die „Analysen" und das „Forum" als die beiden wichtigsten Teile dieser Publikation anbelangt, so fragt es sich, was die Redaktion eigentlich daran hindert, auch Analysen von Forschern aus der DDR selbst zu veröffentlichen und sie am Forum zu beteiligen. Falls es sich um eine unabhängige Redaktion handeln sollte, könnte es ihr nicht schwer fallen, Schritte in dieser Richtung zu tun. Das würde zusammen mit einem erweiterten Dokumentationsteil dem Leser die reizvolle Möglichkeit geben, das Gewicht der Argumente selbst zu prüfen, anstatt vorgekaute Meinungen zu registrieren.

Die Zeitschrift mit dem anspruchsvollen Namen, dem sie bisher nur in wenigen Ansätzen gerecht wird, ist auf dem Wege. Aber um neue Ufer zu gewinnen, muß noch viel Ballast abgeworfen werden. Im Augenblick spiegelt sie in ihrer inneren Gegensätzlichkeit den Zustand der westdeutschen DDR-Forschung sehr genau wider.

Um den Anforderungen, die die Zeit auch an diese Zeitschrift stellt, wirklich gerecht werden zu können, müßten Wissenschaftler wie Richert, Ludz und andere zu den bisher erarbeiteten Dimensionen ihrer Forschung allerdings noch eine dazu gewinnen: Gemeint ist das Problem der deutschen Frage aus historischer Sicht.

Solange eine noch so nüchterne und sachliche westdeutsche DDR-Forschung ausgesprochen oder unausgesprochen von dem Standpunkt ausgeht, daß es angesichts der 11 Millionen Opfer der Hitlerschen Konzentrationslager und der ca. 20 Millionen getöteter sowjetischer Männer und Frauen für das deutsche Volk nach 1945 lediglich darauf ankam, unter Ausbügelung gewisser verfassungsrechtlicher „Unebenheiten" von Weimar jenen Weg in aller Seelenruhe weiterzugehen, der wie durch einen bedauerlichen Betriebsunfall 1933 unterbrochen wurde, wird diese westdeutsche DDR-Forschung bei allen sichtbaren Ansätzen guten Willens ihrer Aufgabe nicht gerecht werden.

Aber, wie Hartmut Vogt in seiner Analyse über Erwachsenenqualifizierung sagt, eine zukünftige Entwicklung „bleibt abzuwarten..."

Dr. Wolfgang Plat

Zur Technik politischer Werbung

Karl Schiller, Reden zur Wirtschaftspolitik. Hrsg. von der Pressestelle des BMWi, Bonn 1967.

Karl Schiller als Wanderprediger der Marktwirtschaft — so könnte das Motto der Reden heißen, die der Bundeswirtschaftsminister in knapp einem Jahr Amtszeit gehalten hat und die jetzt vom BMWi in zwei Bänden veröffentlicht worden sind. Für den an der Technik politischer Werbung Interessierten bieten diese Reden eine faszinierende Lektüre. Adressaten, Thematik und Vokabular der Schillerschen Ansprachen lassen eindeutig klar werden, wessen Zustimmung zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung hauptsächlich gewonnen werden soll und wie dies geschieht. Von 26 in den zwei Bänden vereinigten Reden wurden fünf im Bundestag, zwei auf SPD-Parteitagen und eine einzige auf einem Gewerkschaftskongreß gehalten, dagegen acht bei Wirtschaftsverbänden und Industrieunternehmen und vier zu Messeeröffnungen — nach Schiller selbst Orte des „Dialogs zwischen Politik und Wirtschaft" (Bd. II, S. 105) — wobei er keinen Zweifel daran läßt, daß für ihn die Wirtschaft durch die Unternehmer repräsentiert wird.

So kann als wichtigste Funktion der hier zusammengestellten Reden die herausgearbeitet werden, den verschiedenen Gruppen der Unternehmerschaft die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu verkaufen. Der Aufbau der Reden ähnelt einander bis zum Stereotyp: einer rhetorischen Verbeugung vor der angesprochenen Gruppe und ihrer wichtigen Funktion in der freien Marktwirtschaft folgt die Darstellung der wirtschaftlichen Lage der BRD und der daraufhin ergriffenen Maßnahmen der Bundesregierung, deren dynamischen Charakter Schiller wie ein Werbemanager preist. Er kann direkt als Erfinder einer neuen Sprache der Werbung in der Wirtschaftspolitik dienen, in der neue Begriffe dazu dienen, alte Waren besser verkaufen zu können. Die Adjektive, mit denen Schiller die Wirtschaftspolitik kennzeichnet, haben alle den Duft der großen weiten Welt; seine Reden quellen über von Begriffen wie hart, schnell, dynamisch, zielgerichtet, deutlich, ehrlich, konkret, straff und transparent. Zuweilen gipfelt die sich überschlagende Metaphorik in Sätzen wie: „Die Stahlkontore sollen dynamisierend, fusionierend für die Herstellung besserer, konkurrenzfähigerer, sportlicher Stahlteams dienen" (Bd. I, S. 129). Die Zielprojektion der Bundesregierung für 1967 war eine „mutige Projektion" (Bd. I, S. 86), die Vorschläge der Bundesregierung zum Atomsperrvertrag sind „sehr konkret und detailliert" (Bd. I, S. 88), der Investitionshaushalt muß „zeitlich und sachlich ein Höchstmaß von Effizienz erreichen" (Bd. I, S. 84), der Entwurf des Stabilitätsgesetzes wurde in der Öffentlichkeit „präzise und deutlich" (Bd. I, S. 87) diskutiert, die EDV-Industrie setzt den „neuen technischen Fortschritt" auf „rasante Weise in Bewegung" (Bd. II, S. 136) — alles birst aus den Nähten vor Energie: „Wir brauchen eine stetige, gelassene, optimistische, energische und freiheitliche Politik" (Bd. II, S. 63). Nach einer solchen Aussage weiß jeder genau, was er zu erwarten hat. Denn: „Auf jeden Fall treiben wir eine Wirtschafts- und Finanzpolitik der umfassenden Information ... unsere Politik ist gekennzeichnet durch klare Entscheidungen und entschlossenes Handeln" (Bd. I, S. 161). Fürwahr: der Ritter Ajax der Wirtschaftspolitik ist unterwegs, zwingt die Flaute raus, zwingt Wachstum rein. Allerdings immer nur ein Wachstum „nach Maß": Schiller will es auch mit den Stabilitätsfanatikern nicht verderben, er versteht sich selbst als „ein Neuer, der in Sache und Person zugleich Kontinuität und Wandel darzustellen hat" (Bd. I, S. 81). Seine Marktwirtschaft ist stets und immer und für jeden, vor dem er spricht, die bessere Marktwirtschaft. Diesen Eindruck erzeugt er dadurch, daß er stets statt „Ja" oder „Nein" „Jein" sagt: „Die letzte Woche war für die Bundesregierung die Woche der Wahrheit. Nicht, daß wir vorher Wochen der Lügen gehabt hätten, sondern es war eine Woche besonderer Wahrheit" (Bd. I, S. 26). Oder: „Wir wollen auch nicht ... daß sich die bekannte Spirale in Bewegung setzt, die mal Preis-Lohn-Spirale, mal Lohn-Preis-Spirale genannt wird" (Bd. I, S. 132). Leerformeln treten an die Stelle, wo klare Aussagen und Definitionen not täten: „... der Präsident des BDI (hat sich) gegen eine einseitige Interpretation des Begriffs soziale Symmetrie gewandt, nicht mehr. Ich kann das nur unterstreichen; soziale Symmetrie schließt ein, daß man nicht asymmetrisch vorgeht" (Bd. I, S. 133). In der Tat, Herr Professor; aber es wäre beruhigend, zu erfahren, daß

Sie unter Symmetrie inhaltlich etwas verstehen, was von der Meinung des Präsidenten des BDI abweicht. Auch die konzertierte Aktion beschreibt Schiller ganz genau: „... es handelt sich nicht um Appelle an Wohlverhalten oder um Kapuzinerpredigten. Es geht vielmehr um das konkrete Zusammenspiel von staatlicher Wirtschaftspolitik und den autonomen Gruppen" (Bd. I, S. 116). Nun wird eine Sache allerdings auch nicht dadurch konkreter, daß sie konkret genannt wird; und gerade Schiller hat mit seinen Reden den besten Beweis dafür geliefert, daß da, wo man nicht bereit ist, wirksam in die geheiligte unternehmerische Freiheit einzugreifen, eben nicht viel mehr als Appelle als wirtschaftspolitisches Instrumentarium übrigbleibt. Deshalb auch ist der Grundtenor aller Reden die Betonung der Bedeutung der Bereitschaft der Unternehmer, ihre Entscheidungsfreiheit zu Syntax-Investitionen zu nutzen: „Ich weiß, daß Sie Ihre Entscheidungen nicht davon abhängig machen können, ob sie in die Linie der Politik hineinpassen oder nicht. Ihre unternehmerische Entscheidung muß — und dies ist bleibende Grundlage unserer marktwirtschaftlichen Ordnung und unseres wirtschaftlichen Fortschritts — stets gemessen werden an der Entwicklung ihrer eigenen Absatzmärkte" (Bd. I, S. 91). Oder: „Wir sagen Ja nicht nur zur unternehmerischen Entscheidung, ... sondern wir sagen auch Ja zur unternehmerischen Selbstfinanzierung ... die Gewerkschaften (haben) die projizierte Steigerung der unternehmerischen Selbstfinanzierung ... zur Kenntnis genommen, was eine Veränderung der politischen Landschaft in diesem Bereich — nach meiner Ansicht zum Positiven hin — bedeutet" (Bd. I, S. 163/4). Der Verzicht auf wirksame Planung der Investitionstätigkeit führt zu der makabren Situation, daß der Wirtschaftsminister den Unternehmern sogar danken muß, wenn sie einmal etwas weniger unsozial gewesen sind: „Ich möchte an dieser Stelle all den Unternehmern der Automobilwirtschaft im weitesten Sinne danken, die in jener Zeit der ... Talsohle durchgehalten haben, die von Massenentlassungen abgesehen haben, die das Risiko der Produktion auf Halde oder des Übergangs zur Kurzarbeit auf sich genommen haben. Sie alle ... haben damit freiwillig einen Teil der Last der allgemeinen Rezession auf sich genommen" (Bd. II, S. 107). In der Tat, unfreiwillig müssen ja nur die Arbeiter die „Last der Rezession" auf sich nehmen, und ihnen dankt niemand dafür — ein besserer Beweis für die tatsächliche Machtverteilung in der Wirtschaft hätte wohl kaum geliefert werden können. Und zum Schluß immer wieder der Appell: „Vor allem (bitte ich) um Vertrauen der Unternehmer in sich selbst" (Bd. I, S. 121), denn: „Der unternehmerische Entschluß liegt bei ihnen selbst" (Bd. I, S. 115).

Da das Wohl aller Menschen von der unternehmerischen Investitionsbereitschaft abhängt, muß das Ziel der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung auch notwendigerweise die „Überwindung der gegenwärtigen unternehmerischen Unsicherheit und ... die Verbesserung der Investitionsneigung" (Bd. II, S. 35) sein. Und da wir ja alle in unserer schönen pluralistischen Gesellschaft („ich entdecke jeden Tag eine neue autonome Größe") (Bd. I, S. 133) im gleichen Boot unternehmerischer Willkür sitzen, hält nach dem Schillerschen Vulgärverständnis auch die große Gemeinsamkeit die divergierenden Interessen letztlich zusammen. Immer wieder zitiert er aus gemeinsamen Erklärungen von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, und er kommt zu dem Schluß: „Die soziale Symmetrie ist kein bloßes Versprechen, ... sie ist auch Ausdruck dafür, daß alle Autonomien letztlich gesamtwirtschaftlich gebunden sind ... Wir alle müssen einfach zusammenarbeiten" (Bd. I, S. 116). Die antagonistischen Interessenkonflikte in der bestehenden Gesellschaft: Schiller deckt sie mit dem Mantel der Gemeinsamkeit zu. Im Interesse der neuen, dynamischen Politik finden alle an einen Tisch, und hinter ihnen wirken die „spontanen Kräfte ... des Marktes" (Bd. II, S. 160), denen man nur helfen muß, mit Sonderabschreibungen, staatlichen Aufträgen und möglichst viel Seelenmassage.

Die Ideologisierung des gegenwärtigen wirtschaftlichen Systems geht bei Schiller sogar so weit, daß er sich nicht scheut, auch noch das Märchen vom frei entscheidenden Verbraucher zu verkaufen, der letztlich mit seinen Kaufentscheidungen die Investitionsentscheidungen der Unternehmer determiniert: „Die Marktwirtschaft (ist) ein tägliches Plebiszit, eine tägliche Abstimmung, in der in Millionen von Kaufentscheidungen Wahlhandlungen vorgenommen werden" (Bd. II, S. 61). Unge-

trübt von allen Zweifeln, die die Wirtschaftstheorie seit fünfzig Jahren an dieser Herrschaft des Konsumenten hätte wecken können, trotz Konzernbildung, Wettbewerbsbeschränkungen und der Flut unkontrollierbarer Werbung, verkündet Schiller, daß der Einzelhandel frei über Angebot und Nachfrage verfügt: „Die Wahlmänner dieser täglichen Volksabstimmungen, das sind sie: die Einzelhändler" (Bd. II, S. 61). In dieses Bild einer Gesellschaft von Kleingewerbetreibenden paßt auch Schillers Aufforderung an die Handwerker, nicht „den Schritt in die unternehmerische Selbständigkeit zu scheuen"; denn: „Unsere Marktwirtschaft und unsere freiheitliche Gesellschaft wäre ohne die selbständigen Berufe verloren. Der Mut des Selbständigen zum Eigenrisiko, sein Unabhängigkeitswille, sein Wettbewerbsbewußtsein und seine Bereitschaft zur Eigenverantwortung, das alles sind Kardinaltugenden, die eine mündige Gesellschaft fordert" (Bd. II, S. 31). Eine solche primitive Mittelstandsideologie, die das unabhängige Nebeneinander von Großkonzernen und Schusterwerkstätten suggeriert, sollte aus dem Munde eines Mannes, der ständig mit Großindustriellen zu tun hat und die tatsächliche „Freiheit" der Kleinen kennt, nicht einmal in der euphorischen Stimmung einer Meisterfeier möglich sein. Aber es kommt noch schlimmer: „Unsere Welt sollte nicht allein von großbetrieblich angemieteten Spezialisten und Experten regiert werden. In dieser Welt ist das Engagement ... der nichtangeheuerten Selbständigen, die sich mit ihrer eigenen Existenz dem Markt stellen, mehr denn je vonnöten" (ebda). Als ob sich die Marktabhängigkeit der Angestellten und Arbeiter in irgendeiner Weise qualitativ von der des Kleinunternehmers unterschiede! Hier grenzt marktwirtschaftliche Ideologie an das sozialfaschistisch hinterwäldlerische Modell einer Gesellschaft von Handwerkern und Bauern, die noch ‚frei sind, wie es die Väter waren'. Das hindert Schiller natürlich nicht daran, in der gleichen Rede die „gesellschaftliche Wirklichkeit der Gegenwart" als geprägt von „hochtechnisierten Apparaturen der modernen Industriewelt und von einer intensiven sozialen Dynamik und Mobilität" (Bd. II, S. 37) zu kennzeichnen — eine Gesellschaft frei von wirtschaftlicher Machtkonzentration, in der sich der Fähige unabhängig von seiner Ausgangsposition durchsetzt; weshalb Schiller auch den Handwerkern das schöne Bild des Innovators an die Wand projizieren kann, der „mit eigenen Erfindungen und Entwicklungen auf dem Markt vordrängt" (Bd. II, S. 32), ohne rot zu werden.

Nun obliegt Schiller aber nicht nur die Aufgabe, seine Politik an die Unternehmer zu verkaufen: auch Gewerkschaften und Parteimitglieder wollen überzeugt sein, wenn ihre Meinung auch weniger relevant ist. Dementsprechend formuliert Schiller in seinen Reden vor Gewerkschaft und SPD das Ziel der Regierungspolitik anders: nicht mehr als Wiederherstellung unternehmerischen Vertrauens, sondern als Beseitigung der Arbeitslosigkeit (vgl. Bd. II, S. 44 f.); daß dies Ziel nun einmal leider in unserem System nur dadurch zu erreichen ist, daß man den Unternehmern höhere Gewinne zuschanzt, wird schamhaft verschwiegen. Dennoch lassen sich Widersprüche nicht vermeiden. Wenn Schiller einerseits von Unternehmern fordert, „daß wieder ein gesundes Maß an Selbstfinanzierung in den deutschen Unternehmen entsteht" (Bd. I, S. 37), andererseits den SPD-Genossen die Flaute als „die große Stunde der Gemeinschaftsaufgaben" an die Wand malt, die deshalb notwendig seien, damit der Zustand der Gesellschaft nicht als „privater Wohlstand und öffentliche Armut" (Bd. II, S. 144) gekennzeichnet werden könne, dann ist hier genau der Zielkonflikt formuliert, den Schiller mit seiner einseitigen Begünstigung der Privatwirtschaft im Sinne der öffentlichen Armut gelöst hat. Daß die mittelfristige Finanzplanung mit der sozialen Gerechtigkeit konform gehen müsse, fordert Schiller nur vor denen, die mit dieser Forderung übereinstimmen (Bd. II, S. 50), nicht vor denen, denen gegenüber er sie durchsetzen müßte. Ein SPD-Parteitag ist auch der einzige Ort, an dem er die Ergänzungsabgabe unter den Leistungen der Bundesregierung hervorhebt — „Da mußten wir auch die angehen, deren Portemonnaie und deren Brieftasche etwas größer ist als bei denen, die die breite Masse darstellen" (Bd. II, S. 53) — bei den Besitzern dieser Brieftaschen wird dieser Punkt in der Aufzählung wirtschaftspolitischer Verdienste schamhaft verschwiegen. Daß Schillers Anliegen ausgerechnet die Mitbestimmung sei, erfährt der staunende Leser auch nicht dadurch, daß er sie den Unternehmern gegenüber standhaft vertritt, sondern aus

seiner Rede auf dem bayrischen Landesparteitag der SPD, auf dem er mit der Formulierung, die Kommission zur Untersuchung dieser Frage werde „nun wohl endlich in diesen Tagen ... vom Kabinett dem deutschen Bundestag vorgeschlagen" (Bd. II, S. 152) den Eindruck erweckt, als habe er seit seinem Eintritt in die Bundesregierung um nichts anderes gekämpft; die tatsächliche hinhaltende Taktik Schillers in dieser Frage ist hinlänglich bekannt.

Die Methode „jedem das Seine" zeigt sich auch in den Nuancierungen, die Schiller der Darstellung des gleichen Sachverhalts vor Unternehmern und Gewerkschaften verleiht. Während er sich auf der 5. Internationalen Messe Druck und Papier bei der Darstellung seiner Bergbau-Politik in die Brust wirft: „Ich habe immer gesagt: Stilllegungsprämien für das dekapitalisierte Kapital muß in diesem Falle sein ...! Wenn man aber Prämien für den Kapitalverlust gibt, dann muß es auch für den bis dahin im Bergbau arbeitenden Menschen Prämien geben, der seinen Arbeitsplatz verliert" (Bd. I, S. 149), verschweigt er vor Gewerkschaftlern schamhaft sein besonderes Interesse an Stillegungsprämien und betont sein soziales Gewissen: „Wenn bei unvermeidlichen Stillegungen Entschädigungen für das dekapitalisierte Kapital gezahlt werden (man beachte das Passivum) ..., so muß der arbeitende Mensch mindestens im gleichen Maße berücksichtigt und entschädigt werden; das ist der Grundsatz" (Bd. I, S. 75).

Diesem Grundsatz bleibt Schiller auf dem Papier treu; Gegensätze überspielt er durch Verschweigen oder inhaltsleere Reklamesprüche, Widersprüche löst er im Modell der prästabilisierten Harmonie, in der sich alle Gruppen zum gemeinsamen Wohl den Bewegungen des von privater Unternehmerentscheidung getragenen Konjunktur überlassen. In seiner Politik erweist er sich notwendig als Interessenvertreter derjenigen, denen er selbst die Entscheidungsfreiheit und die Macht nicht streitig machen will; und das Neue an seiner Politik ist tatsächlich, daß diese Interessenvertretung zum ersten Mal bewußt und gesteuert, mit allen Mitteln der modernen Nationalökonomie, geschieht, nicht mehr, wie vorher, durch Unterlassen, sondern durch Tun. Insofern sind seine Reden Bestandteile seines Tuns, als sie ganz deutlich machen, wer gewonnen werden muß, wenn der Regierung politischer Erfolg beschieden sein soll: denn von der Investitionsneigung der Unternehmer hängen nicht nur die Konjunktur, sondern mit ihr die Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse und damit die Machtpositionen der Regierung ab. So wird der Unternehmer wieder einmal zum Sachwalter des öffentlichen Interesses: und Schiller verbleibt die Aufgabe, ihn zu überzeugen, daß das öffentliche Wohl von seiner Bereitschaft abhängt, Gewinne zu machen. Diese Aufgabe scheint in den hier untersuchten Reden trefflich erfüllt worden zu sein.

Margaret Wirth

Texte zur politischen Wissenschaft

Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit. Aufsätze und Essays, hrsg. von Ernst Forsthoff. Wege der Forschung Bd. CXVIII, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1968, 618 S., 51,80 DM.

Strukturwandel der modernen Regierung, hrsg. von Theo Stammen. Wege der Forschung Bd. CXIX, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1967, 500 S., 47,10 DM.

Die Arbeit der politischen Wissenschaft in der Bundesrepublik wird bis heute durch eine weit verbreitete Aversion gegen diese „Modewissenschaft" behindert, die nach Auffassung der „staatserhaltenden Kräfte" die geheiligten Werte der deutschen Tradition und der Politik, zu deren Rechtfertigung diese Ideologie dient, allzu kritischen Analysen unterzieht. Beinahe ebenso erschwerend wie dieses, aus handfesten Interessen der Herrschenden resultierende Vorurteil wirkte sich aber ein technischer Mangel aus: Weder gab es brauchbare Lehrbücher, die eine Einführung in das Fachgebiet insgesamt, noch Textsammlungen, die einen Einblick in den Forschungsstand in einem speziellen Problem vermittelt hätten.

Als die Studentenzahlen in den Sozialwissenschaften aber in den letzten Jahren

rapide anwuchsen, erkannten die Verlage, daß hier eine Marktlücke vorlag, und zogen die Konsequenzen. So erschienen in letzter Zeit neben der Einführung des Berliner Ordinarius von der Gablentz (Westdeutscher Verlag) auch einführende Werke des Tübinger Politologen Lehmbruch und des Marburger Abendroth-Teams (Kohlhammer-Verlag bzw. Francke-Verlag). Was Textsammlungen betrifft, so hatte der Luchterhand-Verlag die Pionierarbeit geleistet. Leider sind die vorzüglichen Bände der politischen und der soziologischen Reihe nicht so preisgünstig, daß sie von dem durchschnittlichen Studenten, der auf ein Honnef-Stipendium oder auf die Unterstützung des meist kleinbürgerlichen Elternhauses angewiesen ist, ohne größere Entbehrungen gekauft werden könnten.

Neben einer Reihe anderer Verlage hat nun auch die Darmstädter Buchgesellschaft nachgezogen. Auch ihre Bände sind ansprechend ausgestattet — und auch sie sind für den Normalstudenten zu teuer, selbst wenn man die Ermäßigung, die sie ihren Mitgliedern gewährt, berücksichtigt. Gibt es denn wirklich keinen Taschenbuch-Verlag, der solche Bücher billig herausbringen könnte?

In bezug auf die politische Tendenz sind allerdings erhebliche Unterschiede zwischen der Darmstädter Buchgesellschaft einerseits und etwa dem Luchterhand-Verlag, der Europäischen Verlagsanstalt und dem Suhrkamp-Verlag andererseits feststellbar. Kann die Tendenz dieser drei Verlage, die der Tendenz der meisten Sozialwissenschaftler entspricht, als links, d. h. demokratisch und progressiv, gekennzeichnet werden, so ist die Richtung der Darmstädter Buchgesellschaft eher als gemäßigt rechts, als konservativ zu umschreiben. (Daß der führende Ideologe der NPD, Prof. Ernst Anrich, bis vor einigen Jahren als Direktor dieser Gesellschaft fungierte, war sicherlich kein Zufall.)

Der Band „Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit" wurde herausgegeben von Ernst Forsthoff, einem Schüler des Staatsrechtslehrers Carl Schmitt, der zu den schärfsten Kritikern des Weimarer Verfassungssystems gehörte und nach 1933 zum führenden Rechtstheoretiker des Dritten Reiches avancierte. Carl Schmitt selbst konnte zwar nach 1945 angesichts allzu profilierter Vergangenheit nicht auf einen Lehrstuhl zurückkehren, aber seine Schüler haben — obgleich im Dritten Reich ebenfalls schon stark engagiert — umso rascher Karriere gemacht. So ist eine beträchtliche Anzahl von Lehrstühlen des Staats- und Völkerrechts in der Bundesrepublik von Juristen besetzt, die nicht nur durch die Schule des zweifellos hochintelligenten und äußerst scharfsinnigen Carl Schmitt gegangen sind, sondern seine Lehre auch heute noch vertreten (freilich beschnitten um die offen faschistischen Konsequenzen) und die junge Generation der Juristen und damit die Elite des Staatsapparates von heute und morgen auf das stärkste beeinflussen.

So verwundert es nicht, daß in diesem Bande konservative Stimmen dominieren. Neben Carl Schmitt und Ernst Forsthoff selbst sind hier vor allem Werner Weber — gleichfalls Carl Schmitt-Schüler —, Ernst Rudolf Huber — im Dritten Reich ausgezeichnet durch eine Professur an der „Reichsuniversität" (wohin nur die Zuverlässigsten gelangten) in Straßburg —, Arnold Gehlen — profiliertester Sozialwissenschaftler der Rechten in der Bundesrepublik, im Dritten Reich wie Forsthoff Professor in Königsberg — und Ulrich Scheuner — im Dritten Reich wie Huber an der „Reichsuniversität" in Straßburg, heute Professor in Bonn und Rechtsberater der Bundesregierung — zu nennen. Sie alle sind bemüht, den Begriff der Sozialstaatlichkeit, auf den sich das Grundgesetz an zentraler Stelle — in Art. 20, der nach Art. 79,3 unabänderlich ist — fatalerweise festgelegt hat, jeder Verbindlichkeit und jeder inhaltlichen Bestimmtheit zu berauben und den Willen des Grundgesetzes als primär auf Rechtsstaatlichkeit im herkömmlichen Sinne gerichtet zu erweisen, die in der Argumentation der Konservativen seit dem 19. Jahrhundert als Damm gegen alle Demokratisierungsbestrebungen fungiert (Vgl. dazu O. Kirchheimer, Über den Rechtsstaat, in: Politische Herrschaft, Frankfurt 1967, S. 122 ff.; auch das Kaiserreich war ein Rechtsstaat in diesem Sinne!). Daß dabei ein beträchtliches Maß an juristischem Scharfsinn demonstriert wird, soll nicht bestritten werden.

Daß jene Stimmen, die Demokratie nicht nur als ein formales Prinzip, sondern als

eine durch soziale Grundsätze inhaltlich bestimmte Staats- und Gesellschaftsordnung verstehen, in diesem Band so selten sind, mag freilich nicht nur an den Auswahlkriterien des Herausgebers, sondern auch daran liegen, daß es nur wenige Sozialwissenschaftler gibt, die sich auch mit juristischen Problemen intensiver befassen. So bleibt dieses Feld den Fachjuristen überlassen, deren konservative Haltung ebenso aus ihrer sozialen Herkunft wie aus der besonderen Art ihrer Ausbildung an unseren Hochschulen zu erklären ist.

Eine der wenigen Ausnahmen repräsentiert der Marburger Politologe Wolfgang Abendroth, der sich in der Gesellschaft der übrigen Autoren dieses Bandes recht sonderbar ausnimmt. Abendroth war ursprünglich Staats- und Völkerrechtler und strebt in allen seinen Analysen eine Verbindung von sozialwissenschaftlichen und juristischen Methoden an. Da das Recht von politischen Kräftegruppierungen geschaffen wird und nur in seiner Funktion als gesellschaftliches und politisches Ordnungs- und Gestaltungsinstrument verstanden werden kann, ist diese Verbindung die einzige Methode, die eine adäquate Erfassung juristischer Phänomene gewährleistet. Die Untersuchungen Abendroths über Sozialstaatlichkeit in diesem Band sowie in seiner Aufsatzsammlung „Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie" können als Beispiel dafür dienen, wie das Grundgesetz demokratisch interpretiert werden kann.

Der Band „Strukturwandel der modernen Regierung" ist nicht ganz so entschieden rechts gerichtet. Es handelt sich eben um ein politologisches Thema, und Politologen sind im Durchschnitt weniger konservativ als Juristen. Das Auswahlprinzip aber ist durchaus das gleiche: Eher nach rechts neigende Politikwissenschaftler wie Hennis, Sternberger, Carlo Schmid und Eschenburg dominieren. **Progressive Politik-Professoren** der Bundesrepublik (wie Fetscher, Krockow, Ellwein, Abendroth, Kogon, Flechtheim, Bracher usw.) sind überhaupt nicht vertreten — dafür aber einige konservative Juristen wie Ulrich Scheuner, Hermann Jahrreiß und Hermann von Mangoldt.

Auch hier muß freilich konzediert werden, daß nicht nur das Auswahlprinzip, sondern auch der Gegenstand des Buches die Zusammensetzung der Beiträge beeinflußte. Denn der Exekutive, dem Hauptinstrument der herrschenden Machtgruppen zur Durchsetzung ihrer Interessen, galt von jeher die besondere Aufmerksamkeit der Konservativen, während sich die Linke stärker für die demokratischen Potenzen, für Volksbewegungen, Massenorganisationen, Parteien und Parlamente interessierte. So konzentrieren sich die meisten Beiträge auf die tatsächliche Beschaffenheit der Exekutive in Vergangenheit und Gegenwart und auf die Frage, wie diese gestaltet werden könne, um eine maximale Effektivität zu erzielen. Daß politische Wissenschaft ihre kritische Funktion einbüßt, wenn sie sich lediglich auf Beschreibungen des Tatsächlichen und auf instrumentale Ratschläge an die jeweils Herrschenden beschränkt, ohne nach Sinn und Berechtigung der Ziele zu fragen, in deren Dienst das Gesamtsystem steht, liegt auf der Hand.

Dr. Reinhard Kühnl

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Anton Hilckmann, Die Wissenschaft von den Kulturen. Verlag Anton Hain, Meisenheim, VIII + 152 S., br. 19,50 DM (Archiv für vergleichende Kulturwissenschaft, Bd. 2).

K.-H. Volkmann-Schluck, Leben und Denken. Interpretationen zur Philosophie Nietzsches. Verlag Vittorio Klostermann, Frankfurt, 156 S., kart. 14,50 DM, Ln. 18,50 DM.

Emil Adler, Herder und die deutsche Aufklärung. Europa Verlag, Wien/Frankfurt/Zürich, 402 S., Ln. 28,— DM.

Roman Rosdolsky, Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen „Kapital". Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 680 S., Ln. 38,— DM; kart. Ausgabe in zwei Bän-

den, Bd. I 366 S., Bd. II 314 S., zus. 29,— DM. — Im gleichen Verlag erschien: Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre „Kapital". Referate und Diskussionen vom Frankfurter Colloquium im September 1967. Herausgegeben von Walter Euchner und Alfred Schmidt (359 S., kart. 22,— DM. Ln. 32,— DM). — Mit Beiträgen u. a. von Roman Rosdolsky, Otto Reinhold, Eduard März, Ernest Mandel, Werner Hofmann, Theodor Prager, Wolfgang Abendroth und Walter Fabian.

Ernst Nolte, Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen. Piper Verlag, München, 475 S., Ln. 35,— DM.

Manfred Henningsen, Menschheit und Geschichte. Untersuchungen zu Arnold Joseph Toynbees „A Study of History". List Verlag, München, 159 S. mit Register, Bibliographie und Anmerkungen, kart. 19,80 DM (Schriftenreihe zur Politik und Geschichte).

Geschichte und Zeitgeschichte

Livius, Der Punische Krieg. Bd. II der deutschen Gesamtausgabe „Römische Geschichte". Übersetzt von Hans Armin Gärtner. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, XXX + 687 S., Ln. 19,80 DM (Kröners Taschenbuchausgabe, Bd. 303). — Der Übersetzer hat seine Neuausgabe durch Anmerkungen erläutert und mit Zeittafeln ergänzt. Band I (Die Anfänge Roms) und Band III (Roms Aufstieg zur Weltmacht) sollen im nächsten Jahr erscheinen.

Anthony Birley, Mark Aurel — Kaiser und Philosoph. Aus dem Englischen von Armin Stylow. Verlag C. H. Beck, München, 468 S., 2 Kt., 8 Tafeln, Ln. 19,80 DM (Beck'sche Sonderausgabe). — Die „Beck'sche Schwarze Reihe" wird fortgesetzt mit Bd. 54: Alexander Gosztoni, Der Mensch und die Evolution, Teilhard Chardins philosophische Anthropologie (264 S., Paperback 12,80 DM).

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

entschieden
demokratisch

Blätter
für deutsche
und internationale
Politik

Brian Crozier, Franco. Eine Biographie. Aus dem Englischen von Christian Röthlingshöfer-Spiel. Bechtle Verlag, München/Eßlingen, 504 S., 16 Bildtafeln und Karten, Ln. 42,— DM.

Probleme der Reichsgründungszeit 1848 bis 1879. Herausgegeben von Helmut Böhme. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 512 S., Ln. 34,— DM, br. 22,80 DM (Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 26).

Peter Graf Kielmannsegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg. Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion, Frankfurt, XII + 742 S., 11 Kt., Ln. 59,— DM (Athenaion-Bibliothek der Geschichte).

Appelle einer Revolution. Dokumente zum Jahr 1918/19 aus den Sammlungen der Städtischen Bibliotheken München. Mit einem Vorwort von Carl Amery und einer historischen Einführung von Karl-Ludwig Ay. Süddeutscher Verlag, München, 20 S. Einführung und 100 Reproduktionen von Plakaten, Aufrufen usw., kart. 19,80 DM.

Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Studienausgabe mit einem Ergänzungsteil „Antidemokratisches Denken in der Bundesrepublik". Nymphenburger Verlagshandlung, München, 363 S., Paperback 17,— DM. — Die Originalausgabe (Vierte Auflage, 416 S., Ln. 45,— DM) ist ebenfalls weiter lieferbar.

Reimund Schnabel, Tiger und Schakal. Deutsche Indienpolitik 1941—1943. Ein Dokumentarbericht. Europa Verlag, Wien/Frankfurt/Zürich, 329 S., Ln. 26,50 DM. — Im Mittelpunkt des Buches steht Subhas Chandra Bose, ein Inder, der den springenden Tiger im Wappen führte und der sich mit Hitler verband, um Indien von der britischen Kolonialherrschaft zu befreien. Der Autor belegt mit vielen Zeugnissen die Ziele der nationalsozialistischen Politik in Ostasien. — Der Europa Verlag legt als weitere zeitgeschichtliche Studie vor: Joseph Buttinger, Der kampfbereite Drache. Vietnam nach Dien Bien Phu (368 S., Ln. 28,— DM).

Valentin Bereshkow, Mit Stalin in Teheran. Stimme-Verlag, Frankfurt, 134 S., 2 Kt., Paperback 10,80 DM (Reihe „Antworten", Bd. 19). — Valentin Michailowitsch Bereshkow kann die Gespräche der „Großen Drei" im November/Dezember 1943 aus genauer Kenntnis schildern: in Teheran dolmetschte er für Stalin. Der sowjetische Diplomat und Journalist, heute stellvertretender Chefredakteur der Moskauer deutschsprachigen Wochenschrift „Neue Zeit", hat über seine Tätigkeit als Erster Sekretär der Sowjetbotschaft in Berlin in einem anderen Buch („In diplomatischer Mission bei Hitler 1940 bis 1941"; siehe „Blätter", Heft 7/1967, S. 740) berichtet.

Aktuelle Themen

KPD-Verbot oder Mit Kommunisten leben? Herausgegeben von Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder und Otto Schönfeldt. Rowohlt Verlag, Reinbek, 142 S., br. 2,20 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 1092).

Stephen Rousseas, Militärputsch in Griechenland oder Im Hintergrund der CIA. Deutsche Ausgabe von „Greece and the American Conscience". Übersetzt von Reinhold Neumann-Hoditz. Mit einer Vorbemerkung von Melina Mercouri. Rowohlt Verlag, Reinbek, 144 S., br. 2,20 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 1089).

Rudolf Dohrmann, Versöhnung hat politische Gestalt. Stimmen zur Begegnung mit Polen. Mit einem Geleitwort von Horst Symanowski. Herbert Reich Verlag, Hamburg 1968, 64 S., kart. 2,80 DM (Evangelische Zeitstimmen, Bd. 39).

Kurt Bienert, Die internationale Liquidität der Volkswirtschaften. Fritz Knapp Verlag, Frankfurt, 184 S., br. 18,— DM.

Wolfgang Kasack, Die Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Überblick über Organisation und Aufgaben, Verzeichnis der Institute. Franz Steiner Verlag, Wiesbaden, 50 S., br. 4,— DM. — Aus dem gleichen Verlag: Verzeichnis deutscher wissenschaftlicher Zeitschriften 1968. Begründet von Bernhard Stricker. Im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft herausgegeben von der Deutschen Bibliothek. Siebte, mit einem Nachtrag versehene Auflage (XII, 113 S., br. 12,— DM).

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der Denkschrift des Parteivorstandes der NPD an die Mitglieder der Bundestagsfraktion der CDU zum Thema „Deutsche Einheit und Selbstbestimmung"

Vor einigen Wochen sandte der Vorsitzende der NPD, Adolf v. Thadden (vgl. dazu auch eine Notiz im „Spiegel" vom 7. Oktober 1968), nachfolgend abgedruckte Denkschrift an die Mitglieder der CDU-Bundestagsfraktion, um die Identität programmatischer Erklärungen zum Thema „Deutsche Einheit und Selbstbestimmung" zwischen NPD und CDU/CSU zu dokumentieren.

D. Red.

„Deutschland wird nie die Oder-Neiße-Linie, wie sie von den vier Siegermächten in Potsdam festgelegt wurde, als deutsche Grenze anerkennen."
Kurt Schumacher, Köln, Oktober 1945

Der Anspruch auf Ostdeutschland darf durch niemand, keine Regierung und keine Partei, aufgegeben werden.
NPD-Programm XV/5

„Die polnisch besetzten und verwalteten Gebiete östlich der Oder und Neiße sind Teile der sowjetischen Besatzungszone und gehören zu Deutschland. Die interne Abmachung zwischen Sowjetrußland und Polen ist weder für die Alliierten bindend noch für die Deutschen moralisch verpflichtend."
SPD-Wahlkampfprogramm 1949

Aus allen Grundsätzen des Völkerrechts folgert, daß das deutsche Volk ein Recht auf staatliche Einheit und Gleichberechtigung hat. Die militärische Kapitulation im Jahre 1945 hat das Deutsche Reich als Subjekt des Staats- und Völkerrechts nicht ausgelöscht.
NPD-Programm XV/8

„Ablehnung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze."
Programm des SPD-Parteivorstandes für den Bundestag, September 1949, Bad Dürkheim

Der Raub uralten deutschen Volksbodens und die Teilung Deutschlands sind Teile einer Gewaltaktion. Jeder Verzicht verrät die Interessen des deutschen Volkes und führt zur Anerkennung der endgültigen Teilung Deutschlands.
NPD-Programm XV/2

„Die Bundesrepublik Deutschland ist allein befugt, für das deutsche Volk zu sprechen. Sie erkennt Erklärungen der Sowjetzone nicht als verbindlich für das deutsche Volk an. Das gilt insbesondere auch für Erklärungen, die in der Sowjetzone über die Oder-Neiße-Linie abgegeben worden sind."
Erklärung der Bundesregierung vom 21. Oktober 1949

Die Bundesrepublik vertritt im geteilten Deutschland die Mehrheit des deutschen Volkes durch eine frei gewählte Regierung. Sie trägt daher auch die Verantwortung für die Deutschen in Mitteldeutschland.
NPD-Programm XV/7

„Der Deutsche Bundestag erklärt den unerschütterlichen Willen des ganzen deutschen Volkes zu seiner nationalen Einheit." ...
Entschließung des Deutschen Bundestages vom 14. September 1950

Der Anspruch des ganzen deutschen Volkes auf das ganze Deutschland muß uneingeschränkt vertreten werden.
NPD-Programm XV/3

„Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit. Der Deutsche Bundestag spricht allen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind und die Einverleibung Deutschlands in das Fremdherrschaftssystem betreiben, das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu handeln."

Entschließung des Deutschen Bundestages vom 14. September 1950

Unrecht an einem Volk wird, wo auch immer, durch Zeitablauf nicht Recht. Wenn auch heute noch keine Möglichkeit besteht, das Deutschland angetane Unrecht auf friedlichem Wege zu beseitigen, ist das kein Grund, das Unrecht anzuerkennen.

NPD-Programm XV/10

„Die deutsche Bundesregierung kennt seit ihrem Bestehen keine verpflichtendere Aufgabe als die Wiederherstellung der deutschen Einheit. Sie ist sich bewußt, daß die erstrebte, ganz Deutschland umfassende staatliche Ordnung aus dem freien Entscheid des gesamten deutschen Volkes kommen muß."

Erklärung der Bundesregierung vom 22. März 1950

Die Vertretung des Selbstbestimmungsrechts darf durch niemanden eingeschränkt werden. Wer die Rechte eines eigenen Volksteiles mißachtet, verzichtet auf die Möglichkeit, sich bei künftigen Friedensverhandlungen auf das Selbstbestimmungsrecht berufen zu können.

NPD-Programm XV/11

„Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen."

Memorandum Konrad Adenauers an Eisenhower, 29. Mai 1953

Der Anspruch auf Ostdeutschland darf durch niemand, keine Regierung und keine Partei, aufgegeben werden.

NPD-Programm XV/5

„Die Bundesregierung muß durch Worte und Taten klarmachen, daß die Deutschen sich niemals mit der Spaltung Deutschlands abfinden und niemals die Existenz zweier deutscher Staaten hinnehmen werden ..."

„Inzwischen gilt es, die deutsche Einheit zu erhalten mit der Kraft des Geistes, des Opfers und der Liebe. Es gibt nur ein einziges deutsches Vaterland. Wir werden nicht ruhen und rasten, bis es seine Einheit wiedergefunden hat in Frieden und in Freiheit."

Erklärung Dr. Adenauers vom 25. Februar 1954

Der Wille zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ist mit allen geeigneten Mitteln als entscheidende Triebkraft allen deutschen Handelns zu mobilisieren. Die Welt muß wissen, daß niemand an diesem Willen vorübergehen kann.

NPD-Programm XV/12

„Der Deutsche Bundestag erklärt, daß das deutsche Volk sich niemals mit der Spaltung abfinden und die Existenz zweier deutscher Staaten hinnehmen wird ... Die Bundesregierung als die einzige demokratische und frei gewählte deutsche Regierung ist allein berechtigt, für alle Deutschen zu sprechen."

Entschließung des Deutschen Bundestages vom 7. April 1954

Die Bundesrepublik vertritt im geteilten Deutschland die Mehrheit des deutschen Volkes durch eine frei gewählte Regierung. Sie trägt daher auch die Verantwortung für die Deutschen in Mitteldeutschland.

NPD-Programm XV/7

„Die Bundesregierung wird in der großen Frage der deutschen Wiedervereinigung unbeirrt das Ziel weiterverfolgen, das in den wiederholten Entschließungen und Stellungnahmen des Deutschen Bundestages, insbesondere auch in seiner Sitzung vom 16. Juli dieses Jahres, einmütig kundgetan worden ist: ein in Frieden und Freiheit wiedervereinigtes Deutschland in einer Welt, in der die Sicherheit aller Völker gewährleistet ist."

Stellungnahme der Regierung von 28. Juli 1955

Europas Einheit setzt die Überwindung der Spaltung Deutschlands voraus. Ohne die Einheit Deutschlands kein vereintes Europa und ohne ein geeintes Europa keine friedliche und gerechte Weltordnung.

Nationaldemokratische Politik ist darum deutsch und europäisch. So wollen wir dem Weltfrieden dienen, ohne den es im Atomzeitalter keinen Fortbestand und keine Weiterentwicklung der Menschheit mehr geben kann.

NPD-Programm-Grundlagen

„Die Teilung Deutschlands ist abnorm, sie ist gegen göttliches und menschliches Recht und gegen die Natur. Ich kann es auch nicht nützlich finden, mit ihr als einer ‚Realität' zu argumentieren, denn das Entscheidende, was daran real ist, ist die Überzeugung aller, daß sie nicht von Bestand bleiben kann und darf ..." — „Es gibt keine echte Sicherheit in Europa ohne die Wiederherstellung der deutschen Einheit."

Grundsatzerklärung Dr. Adenauers vom 9. September 1955

Unser Volk hat das Recht, sein Schicksal nach eigenem Willen zu bestimmen. Wir lehnen es ab, die „Realität" der kommunistischen Eroberungen von 1945 anzuerkennen.

NPD-Programm XV/1

„Wir werden vor allen Dingen nichts tun, was die Hoffnung der deutschen Menschen in Mittel- und Ostdeutschland auf ein freies und würdiges Leben zunichte machen könnte. Das darf und kann das ganze deutsche Volk von der Bundesregierung erwarten."

Erklärung Konrad Adenauers vom 15. Januar 1951

Der Wille zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands ist mit allen geeigneten Mitteln als entscheidende Triebkraft allen deutschen Handelns zu mobilisieren. Die Welt muß wissen, daß niemand an diesem Willen vorübergehen kann.

NPD-Programm XV/12

Zum NS-Einfluß in Staat und Gesellschaft der BRD (Auszüge aus einer Personaldokumentation)

Walter Bargatzky, 1910 geboren, heute Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, tat sich im Dritten Reich als faschistischer Buchautor und Nazi-Verwaltungsjurist hervor. Der NSDAP und dem NS-Rechtswahrerbund angehörend, arbeitete er 1937—39 im Reichsinnenministerium Nazigesetze mit aus (Ausländerstrafrecht). Während der Besetzung Frankreichs 1940—44 schuf er als „Referent für völkerrechtliche Fragen" beim deutschen Militärbefehlshaber in Frankreich die Grundlagen für die Entrechtung und Vernichtung der französischen Juden mit. Seine Aufgaben im Bonner Innenministerium (1954—62) weisen merkwürdige Parallelen zu denen im Dritten Reich auf. Als Leiter der Abteilung „Öffentliche Sicherheit" hatte er den Verfassungsschutz unter sich, bereitete die Notstandsgesetzgebung vor, und als Leiter der Abteilung „Ziviler Bevölkerungsschutz" schuf er die sogenannten „einfachen Notstandsgesetze" mit. Er ist auch der Verfasser einer verlogenen Atomschutz-Broschüre mit dem Titel „Jeder hat eine Chance", mit der alle bundesdeutschen Haushaltungen beglückt wurden. 1963—66 war Bargatzky — trotz Protestes der Ärzteschaft gegen den Nichtfachmann — Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium. Nach seiner Pensionierung als Beamter wurde er im Juli 1967 Präsident des Deutschen Roten Kreuzes. Die Tatsache, daß das DRK in großem Umfang NS-Kriegsverbrechern Warnungen zugehen ließ, denen im Ausland Verhaftung droht, kann bei diesem Vorleben des Chefs — der übrigens gewählt wird — nicht mehr besonders verwundern.

Dr. Günter Diehl, Staatssekretär, Pressechef der Bundesregierung, wegen verfassungswidriger Einflußnahme auf die Presse von der FDP und SPD in letzter Zeit angegriffen,

1916 geboren, war während des ganzen Krieges mit Propagandaaufgaben beim NS-Außenministerium beschäftigt. Nach der Eroberung Belgiens versah er Propagandaaufgaben in Brüssel und leitete später von der Stadt Vichy aus (sein Sitz hierfür: die dortige Zweigstelle der NS-Botschaft in Paris) die gesamte NS-Rundfunkpropaganda im besetzten Frankreich. Seine Aufgabe war es, durch Lügen über den Äther die französische Widerstandsbewegung zu verwirren und zu zersetzen; außerdem wurde über die von Diehl angeleiteten Sender der Terror des NS-Regimes im besetzten Frankreich mit Vorwänden gerechtfertigt. Der NSDAP war Diehl im Jahr 1938 beigetreten. Zeitweilig war Diehl auch unmittelbar in Berlin im Ribbentropministerium zusammen mit dem damaligen NS-Propagandisten K. G. Kiesinger beschäftigt. Im Jahr 1944 (alliierte Invasion) betreute Diehl als Diplomat in Neustadt/Weinstr. französische Faschisten, die es vorgezogen hatten, ihr Land zu verlassen, darunter auch den Faschistenführer Doriot, der nach 1945 in Frankreich hingerichtet wurde. Nach dem Krieg wurde Diehl von dem Verleger Axel Springer als Redakteur für das „Hamburger Abendblatt" beschäftigt. Im Jahr 1950 baute er zusammen mit dem früheren NS-Propagandisten Dr. Hans Schirmer, mit dem früheren NS-Diplomaten Herbert Blankenhorn (beide Reichsaußenministerium) und mit dem früheren NS-Juristen Dr. Hans Globke (Reichsinnenministerium) das Bonner Bundespresseamt auf. Diehl wurde 1952 Adenauers Berater für Außenpolitik. Nach Tätigkeit als Diplomat (Chile) und als Leiter der Auslandsabteilung des Bundespresseamts (Ministerialdirigent) wurde Diehl im Mai 1966 Leiter des „Planungsstabes" im Bonner Außenministerium. Dieser Planungsstab konzipierte unter anderem die sogenannte „neue Ostpolitik", die Adenauers primitive „Politik der Stärke" durch ein Bündel wirtschaftlicher, psychologischer und propagandistischer Maßnahmen ersetzt, jedoch nach wie vor auf die Wiederausdehnung des kapitalistischen Systems auf Osteuropa gerichtet ist. Seine jetzige Funktion als Bundespressechef bekleidet Diehl seit November 1967. Diehls Vorgänger auf diesem höchst einflußreichen Posten hatten dem Naziregime ebenfalls wichtige Dienste geleistet: Felix v. Eckardt (Pressechef 1952—62) als Drehbuchautor faschistischer Hetzfilme, Karl-Günther v. Hase (Pressechef 1962—67) als Offizier im Generalstab der Naziwehrmacht und als fanatischer Durchhalte-Offizier im Raum Schneidemühl (1945). Das Presseamt der Bundesregierung stellt einen mächtigen Apparat mit etwa 700 Beschäftigten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung und zur politischen Agitation dar.

Volkmar H o p f (62), Präsident des Bundesrechnungshofes in Frankfurt/M., ist ein aktiver NS-Jurist gewesen. Als Beigeordneter im Deutschen Städtetag und als Gesetzeskommentator nahm er im Jahr 1933 Einfluß auf die Liquidierung der Provinziallandtage in Preußen, die damals durch faschistisch gelenkte Provinzialausschüsse ersetzt wurden. Parteigenosse Hopf (seit 1934) machte sich in den ersten Jahren des Hitlerregimes auch als offizieller Kommentator von NS-Gesetzes einen Namen, nach denen z. B. Gemeindebeamte in Preußen von 1933 an bei ihrer Anstellung ihre „arische Abstammung" nachzuweisen hatten und im Fall der Heirat durch Urkunden belegen mußten, daß die Braut nicht jüdischer Abkunft ist. Als Landrat im Landkreis Franzburg-Barth (Pommern) ließ sich Hopf ab 1935 die Veröffentlichungen der Gemeinden vorher vorlegen und sandte sie der NSDAP und dem Reichspropagandaministerium zur Zensur ein. Von diesem Posten aus ließ er auch politisch unliebsame Menschen in das KZ Sachsenhausen einweisen. Landrat Hopf bemühte sich auch intensiv um die nazistische Erziehung der Jugend, ordnete Geldsammlungen für die Hitlerjugend an und schaltete die bestehenden Jugendorganisationen in seinem Kreis durch entsprechende Verfügungen aus.

Nach der Annexion der Tschechoslowakei wurde Hopf im Sommer 1939 durch den Hitlerstellvertreter Heß zum Kreishauptmann in Zlin ernannt, wo er u. a. Maßnahmen gegen die Flucht tschechischer NS-Gegner ergriff, die über die Slowakei nach Ungarn emigrierten. Am Krieg nahm Hopf später als Staffelkapitän in der Luftwaffe teil.

Nach dem Zusammenbruch führte Hopfs Weg — wie bei den meisten Nazis — über die Industrie (Syndikus eines Unternehmerverbandes). Im Jahr 1951 findet man ihn bereits im Bundesinnenministerium in Bonn, wo er bis zum Ministerialdirektor aufstieg. 1955 wechselte er ins Bundesverteidigungsministerium über. Hier wurde er Staatssekretär und vollzog 1962 zusammen mit seinem Minister Franz-Josef Strauß unter Bruch der Verfas-

sung die berüchtigte SPIEGEL-Aktion wegen angeblichen Verrats von Staatsgeheimnissen — in Wirklichkeit eine Terrormaßnahme gegen eine unerwünschte Zeitschrift.

Seitdem Hopf Präsident des Bundesrechnungshofes ist (1964), unterliegen die gesamten Staatsausgaben auf Bundesebene (etwa 70—80 Milliarden Mark jährlich) einschließlich des Rüstungsetats und der berüchtigten düsteren Geheimfonds für Regierungspropaganda der nachträglichen Kontrolle dieses Faschisten. Als für diesen Posten nach einem geeigneten Beamten gesucht wurde, zog die Bundesregierung noch zwei weitere ehemalige NS-Beamte in die nähere Wahl: Präsident Oeftering von der Bundesbahn und Präsident Blessing von der Bundesbank, die aber dann auf ihren bisherigen Posten, die sie beide seit 1957 bis heute bekleiden, belassen wurden.

Man überlege einmal die Wirkung, die auf die „freiheitliche Demokratie" in der Bundesrepublik ausgehen muß infolge des Umstandes, daß das seit seinem Bestehen von aktiven Dienern des Naziregimes geleitete Bundespresseamt über die Verwendung seiner Finanzmittel nur dem Bundesrechnungshof gegenüber rechenschaftspflichtig ist, der nunmehr ebenfalls von einem „Kameraden" geleitet wird. Dabei ist wichtig, daß gewisse einflußreiche Journalisten, Kommentatoren, Verlage usw. heimlich Honorare vom Bundespresseamt gezahlt bekommen und deren Informanten auch: die Öffentlichkeit erfährt von jenem Dschungel geistiger Korruption durch Schmiergelder so gut wie nichts. Die Ex-Nazis halten jedenfalls auf dem Gebiet der Meinungsmanipulation und Nachrichtenunterdrückung die Fäden in der Hand.

Prof. Dr. Karl Holzamer (62), der heutige Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), studierte Psychologie und wurde im Jahr 1933 „Sachbearbeiter für religiöse Morgenfeiern" beim Reichssender Köln. Im Kriege betätigte er sich als Oberleutnant in einer sogenannten Propagandakompanie der NS-Luftwaffe als Rundfunk-Kriegsberichter. So erschien er im Juni 1944 in Frankreich im Auftrag des OKW, um beim Abschuß der ersten V1-Raketen auf London von einem erhöhten Beobachtungsstand aus mit entsprechendem Pathos über den Einsatz der neuen Vernichtungsmittel (vgl. DIE BRAUNE SPUR 3/1968, S. 11 f) zu berichten und deren Getöse als besonderes „Erlebnis für die Heimat" den Volksgenossen zu Gehör zu bringen. Der NS-Rundfunk übertrug seine Tonbänder in entsprechenden Propaganda-Dauersendungen, um das eigene Volk mit dem Wunderwaffen-Gefasel über die bevorstehende Niederlage und über den Rückzug an sämtlichen Fronten hinwegzutäuschen und sinnlos weiter in Kampfbereitschaft zu halten. Vor seiner Tätigkeit beim Zweiten Deutschen Fernsehen war Holzamer bis 1960 Vorsitzender des Rundfunkrates beim Südwestfunk (Baden-Baden) und früher auch Direktor des „Studienbüros für Jugendfragen" (Bonn).

Dr. Kurt Lotz ist seit Mai 1968 Vorstandsvorsitzender der Volkswagenwerke und damit Chef des größten westdeutschen Automobilkonzerns. Lotz, 1912 geboren, absolvierte im Dritten Reich freiwillig eine Polizeiausbildung (1943: Leutnant), bewarb sich mit Erfolg als Generalstabsoffizier bei der NS-Wehrmacht und fungierte als Verbindungsmann zwischen der Rüstungsabteilung der Luftwaffe (Göring) und dem Rüstungsministerium (Speer). Nach dem Krieg machte er in der deutschen Tochterfirma BBD (Sitz Mannheim) des schweizerischen Elektrokonzerns Brown, Boveri & Cie. eine steile Karriere. Im Jahr 1967 wechselte er wegen Differenzen mit der schweizerischen Konzernleitung zu VW über.

Prof. Dr. Boris Meissner, Präsident des „Göttinger Arbeitskreises", eines „wissenschaftlichen" Gremiums für Völkerkunde mit Stoßrichtung Osten. Er bekleidet noch viele andere Posten und gehört zu den Oststrategen, die das Bundesaußenministerium in Bonn beraten. Dieser Professor ließ sich nicht nur an Universitäten ausbilden, sondern auch bei der obersten SA-Führung. Er führte im Krieg faschistische estnische Verbände an und half so deutschen Lebensraum gewinnen. Es trug ihm die „Tapferkeitsmedaille für Ostvölker" ein. Schon in Zeiten der Illegalität war dieser „Völkerkundler" für die Faschisten Estlands als Kreisamtsleiter tätig gewesen.

Friedrich Ruge, Präsident des „Verbandes der Reservisten der Bundeswehr" (Bonn) und Präsident des „Arbeitskreises für Wehrforschung" (Stuttgart), war auch vier Jahre

lang Inspekteur der Bundesmarine. Er war Vizeadmiral in der NS-Marine. Außerdem gehörte er der „Seekriegsführung" an und ist so mitverantwortlich für die fortgesetzten Verletzungen der internationalen Abkommen über die Seekriegsführung seitens der NS-Marine wie z.B. Versenkung von Rettungsschiffen des Gegners.

Prof. Peter-Heinz Seraphim, Präsident der „Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie" (Bochum). Im Dritten Reich betätigte er sich laufend antisemitisch, z. B. als Korrespondierendes Mitglied des „Instituts zur Erforschung der Judenfrage" (1941) und als Verfasser des Buches „Das Judentum im osteuropäischen Raum" (1938), in dem es heißt, die Deutschen hätten sich zum rassisch bestimmten Antisemitismus hingewendet, während den Polen und Rumänen bisher eine Weltanschauung fehle, die „den Juden als rassisch bestimmte Gruppe faßt" und behandelt, was ein entscheidender Mangel sei. Seraphim lieh dem Verbrecherregime aber auch als Chefredakteur der judenfeindlichen Hetzschrift „Weltkampf" seine Dienste.

Heinz Wichmann, Präsident der Bundeswehrverwaltung in Schleswig-Holstein (= Wehrbereich I); er leitete außerdem in Bonn im Bundesverteidigungsministerium die Rechtsabteilung und vorher die Personalabteilung. Im Dritten Reich war er der persönliche Referent des „Reichskommissars Ostland", d. h. des Gauleiters Hinrich Lohse (Sitz in Riga/Lettland). Durch seine Hände ging in großem Umfang der Schriftverkehr dieses abgeurteilten Kriegsverbrechers, wozu beispielsweise auch die „Erfolgsberichte" über Judenmaßnahmen in den vier Generalkommissariaten gehörten, welche Lohse kraft seiner Stellung unterstanden. In Riga wurden die Juden von den Nazis erst in einem Getto zusammengefaßt, zur Zwangsarbeit eingesetzt, dann deportiert, um schließlich die leeren Wohnstätten mit aus Deutschland nach Lettland abgeschobenen Juden belegen zu können. Das Reichskommissariat Ostland fungierte als Zivilverwaltung und hat erheblichen Anteil daran, daß dem Gauleiter Lohse Ende 1941 über seinen Adlatus, Parteigenossen Wichmann, gemeldet werden konnte, in Lettland sei nunmehr das gesamte flache Land „judenfrei".

Aus dem Informationsdienst „Die braune Spur", herausgegeben von Wolfgang Koppel, Karlsruhe

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,–, zuzüglich DM –,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,–), zuzüglich DM –,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,– jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich, belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,– jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.– jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,– halbjährlich, dkr 66,– jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,– jährlich; nkr 31,– halbjährlich, nkr 62,– jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden *Verrechnungsbestimmungen.*

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Neue Autoren

Dr. Egbert Höflich, geb. 1929 in Leschnitz/Oberschlesien, studierte klassische Philologie, Philosophie und katholische Theologie in Regensburg, München und Köln; Mitarbeit an mehreren Zeitschriften und Sammelwerken. Seit 1957 im höheren Schuldienst, gegenwärtig Studiendirektor an einem Studienseminar in Köln

Dr. Marie Veit, geb. 1921 in Marburg/Lahn, studierte evangelische Theologie in Marburg; jetzt im höheren Schuldienst in Köln tätig

Michael Dohle, geb. 1942 in Helmstedt, studiert Architektur in Aachen
Dr. Dorothee Sölle, geb. 1929 in Köln, studierte Philosophie, Theologie und Germanistik, 6 Jahre höherer Schuldienst; freie Mitarbeit beim Westdeutschen Rundfunk, Assistentin am Philosophischen Institut der Technischen Hochschule Aachen, Studienrat im Hochschuldienst am Germanistischen Institut der Universität Köln; arbeitet zur Zeit an ihrer Habilitation

Hubert Resch, geb. 1949 in Bremen, zeitweise Sekretär der Sozialistischen Jugend „Die Falken" in Bremen, 1963—1965 Studium an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg, seit November 1965 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) in Bad Godesberg

Margaret Wirth, Diplom-Politologin, geb. 1943 in Oxfort/England. Studium der Politologie in München und an der FU Berlin. Von 1965 bis 1967 in der Studentenvertretung der FU zunächst als Mitglied des AStA, dann als Senatssprecherin tätig

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Suhrkamp Verlages bei, dessen Beachtung wir unseren Lesern empfehlen

Bemerkungen

PREISLISTE FÜR SONDERDRUCKE AUS DER ZEITSCHRIFT „BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK"

Von allen Beiträgen, die in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlicht worden sind, können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten und 5,5% MWSt.

Sonderdruck-Seiten	100	250	500	750	1000	2000	3000	Exemplare
4	48,–	55,–	62,–	71,–	77,–	108,–	138,–	DM
8	79,–	89,–	102,–	115,–	124,–	170,–	216,–	DM
12	118,–	124,–	158,–	198,–	214,–	330,–	444,–	DM
16	152,–	168,–	196,–	222,–	250,–	366,–	474,–	DM
20	210,–	222,–	254,–	276,–	318,–	444,–	564,–	DM
24	218,–	234,–	276,–	300,–	324,–	468,–	612,–	DM
28	251,–	267,–	309,–	334,–	357,–	502,–	675,–	DM
32	284,–	300,–	330,–	356,–	398,–	570,–	798,–	DM
36	293,–	312,–	354,–	378,–	404,–	594,–	930,–	DM
40	301,–	324,–	378,–	400,–	410,–	618,–	978,–	DM

Pahl-Rugenstein Verlag · Köln · Barbarossaplatz 2

Neue Autoren

Dr. Egbert Höflich, geb. 1929 in Leschnitz/Oberschlesien, studierte klassische Philologie, Philosophie und katholische Theologie in Regensburg, München und Köln; Mitarbeit an mehreren Zeitschriften und Sammelwerken. Seit 1957 im höheren Schuldienst, gegenwärtig Studiendirektor an einem Studienseminar in Köln

Dr. Marie Veit, geb. 1921 in Marburg/Lahn, studierte evangelische Theologie in Marburg; jetzt im höheren Schuldienst in Köln tätig

Michael Dohle, geb. 1942 in Helmstedt, studiert Architektur in Aachen
Dr. Dorothee Sölle, geb. 1929 in Köln, studierte Philosophie, Theologie und Germanistik, 6 Jahre höherer Schuldienst; freie Mitarbeit beim Westdeutschen Rundfunk, Assistentin am Philosophischen Institut der Technischen Hochschule Aachen, Studienrat im Hochschuldienst am Germanistischen Institut der Universität Köln; arbeitet zur Zeit an ihrer Habilitation

Hubert Resch, geb. 1949 in Bremen, zeitweise Sekretär der Sozialistischen Jugend „Die Falken" in Bremen, 1963—1965 Studium an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg, seit November 1965 wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) in Bad Godesberg

Margaret Wirth, Diplom-Politologin, geb. 1943 in Oxfort/England. Studium der Politologie in München und an der FU Berlin. Von 1965 bis 1967 in der Studentenvertretung der FU zunächst als Mitglied des AStA, dann als Senatssprecherin tätig

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Suhrkamp Verlages bei, dessen Beachtung wir unseren Lesern empfehlen

Bemerkungen

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Karl Graf von Westphalen
Ernst Wolf

XIII. Jahrgang | November 1968 | Heft 11

Chronik des Monats Oktober 1968

1. 10. — Peru. Die Regierung unter Ministerpräsident Osvaldo Hercelles demissioniert nach erst viermonatiger Amtstätigkeit wegen eines umstrittenen Entschädigungsvertrages des staatlichen Erdölamtes mit der amerikanischen Gesellschaft International Petroleum Company, einer Tochtergesellschaft der Standard Oil. Staatspräsident Fernando Belaunde Terry bildet ein neues Kabinett. — Am 3. 10. unternimmt die Armee einen Staatsstreich gegen den seit 1963 amtierenden (und ebenfalls mit Hilfe der Militärs an die Macht gekommenen) Präsidenten. Ein „Revolutionsrat" ernennt General Juan Velasco Alvarado zum Staatsoberhaupt und annulliert den Erdölvertrag. Belaunde Terry muß das Land verlassen und in Argentinien Asyl nehmen.

2. 10. — UNO. Auf der Grundlage eines traditionellen Jahresberichts des Generalsekretärs beginnt die 23. Vollversammlung ihre Generaldebatte, in deren Verlauf u. a. die Außenminister der USA, der Sowjetunion, Frankreichs und Großbritanniens in längeren Reden die Ansichten ihrer Regierungen zur Weltpolitik darlegen. U Thant hatte in seinem Exposé eine zunehmende Verschlechterung der internationalen Situation während des Berichtsjahres konstatiert und ein gemeinsames Treffen der vier Minister Rusk, Gromyko, Debré und Steward am Sitz der Vereinten Nationen vorgeschlagen. Wichtigstes Thema eines solchen Gespräches, aus dem sich später ein Gipfeltreffen ergeben könne, müsse die Überwindung der Rückschläge in den Ost-West-Beziehungen sein. — Am 8. 10. kommt es am Rande der Vollversammlung zu einer Begegnung zwischen Außenminister Brandt und dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Über den Meinungsaustausch, an dem von beiden Seiten auch Berater teilnehmen, wird ein Kommuniqué nicht veröffentlicht.

— Bundeskabinett. Die Bundestagsabgeordnete Aenne Brauksiepe (CDU) übernimmt anstelle des aus dem Kabinett ausscheidenden CDU-Generalsekretärs Dr. Bruno Heck das Familienministerium; die Nachfolge des SPD-Bundesgeschäftsführers Hans-Jürgen Wischnewski als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit tritt der Abgeordnete Dr. Erhard Eppler (SPD) an.

4. 10. — Sowjetunion/Iran. Der Schah von Persien beendet einen zehntägigen offiziellen Besuch in der Sowjet-

union. In einem Kommunique über die Gespräche mit den führenden sowjetischen Politikern wird vor allem auf die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder hingewiesen. Man sei ferner übereingekommen, die gegenseitigen Besuche und Kontakte auf hoher Ebene fortzusetzen, da sie der Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern dienten.

8. 10. — Kongo. Der frühere Erziehungsminister im Kabinett Lumumba, Pierre Mulele, wird zum Tode verurteilt und schon am nächsten Tag hingerichtet. Mulele war erst am 29. September aus Brazzaville nach Kinshasa zurückgekehrt, nachdem ihm die Regierung ausdrücklich eine Amnestie zugesichert hatte.

9.—13. 10. — Rhodesien. Der britische Premierminister Wilson und der rhodesische Regierungschef Ian Smith konferieren an Bord des vor Gibraltar ankernden Kriegsschiffes „Fearless". Eine Einigung kommt nicht zustande. — Am 22. 10. begegnet Wilson im Unterhaus heftiger Kritik wegen seiner dem Smith-Regime angebotenen Zugeständnisse. In der Abstimmung votieren 56 Labour-Abgeordnete gegen die Regierung, die Konservativen enthalten sich der Stimme. — Am 25. 10. fordert die UN-Vollversammlung in einer Resolution Großbritannien auf, Rhodesien die Unabhängigkeit solange zu verweigern, bis die Regierung Smith durch eine Mehrheitsregierung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts ersetzt worden sei. Die Resolution wird mit 92 gegen 2 Stimmen (Südafrika und Portugal) bei 17 Enthaltungen (darunter Frankreich, Großbritannien und die USA) angenommen.

12. 10. — Äquatorial-Guinea. Das bisher spanische Territorium an der Westküste Afrikas erlangt als Republik Äquatorial-Guinea die Unabhängigkeit. Erster Staatspräsident der Republik, die aus dem Gebiet von Fernando Poo, Annobon, drei weiteren kleinen Inseln am Golf von Guinea sowie der Provinz Rio Muni auf dem Festland besteht und nur 260 000 Einwohner zählt, wird Fancisco Macias Nguema.

12.—17. 10. — Lateinamerika. In dem chilenischen Badeort Vina del Mar leitet Bundesaußenminister Brandt eine Konferenz der in Lateinamerika akkreditierten Botschafter der Bundesrepublik. In einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes über die Beratungen wird eine verstärkte Aktivität der Bundesrepublik und eine Förderung der privaten Kapitalinvestitionen deutscher Unternehmungen in allen Ländern des Kontinents empfohlen. Außenminister Brandt unternimmt im Anschluß an die Konferenz eine ausgedehnte Reise durch Süd- und Mittelamerika.

13. 10. — IOC. Auf einer Sitzung während der XIX. Olympischen Sommerspiele, die vom 12.—27. 10. in Mexiko City stattfinden, faßt das Internationale Olympische Komitee (IOC) den Beschluß, das Nationale Olympische Komitee der DDR künftig mit eigener Flagge und Hymne zu allen Spielen zuzulassen. Die Entscheidung fällt mit 44 gegen 4 Stimmen und gilt ab 1. November 1968.

— *Panama.* Eine Gruppe von Offizieren der Nationalgarde besetzt den Präsidentenpalast und bildet eine regierende Militärjunta. Das „Ministerium für das Amt des Präsidenten" übernimmt Oberst José Maria Pinilla. Der erst vor elf Tagen vereidigte Präsident Arnulfo Arias flüchtet mit einigen Ministern in die von den USA kontrollierte Panama-Kanalzone. Arias reist später nach Washington weiter.

14. 10. — Bundespräsident. Auf einem Empfang anläßlich seines 74. Geburtstages gibt Bundespräsident Lübke bekannt, daß er am 1. Juli 1969, drei Monate vor Ablauf seiner Amtszeit, zurücktreten werde.

16. 10. — Bundestag. Zum zweiten Mal innerhalb von vier Wochen gibt Bundeskanzler Kiesinger eine Regierungserklärung vor dem Parlament ab, in der Probleme der Außenpolitik im Vordergrund stehen. Der Kanzler weist auf die ihm gegenüber vorgebrachte Forderung des amerikanischen Verteidigungsministers Clifford nach einer „Verstärkung der Anstrengungen der europäischen Partner für das gemeinsame Bündnis" hin. Es werde unvermeidlich sein, in der Frage des Devisenausgleichs für die in Deutschland stationierten US-Truppen eine „längerfristige Regelung zu vereinbaren". Der Regierungserklärung schließt sich am 17. und 18. 10. eine Aussprache an.

— *Tschechoslowakei.* Ministerpräsident Cernik und der sowjetische Regierungschef Kossygin setzen ihre Unterschrift unter einen Vertrag, der die weitere An-

wesenheit sowjetischer Truppen auf dem Territorium der Tschechoslowakei regelt. Der Vertragsunterzeichnung waren Besprechungen von Parteisekretär Dubcek und Ministerpräsident Cernik in Moskau vorausgegangen. Artikel 1 des Vertrages sieht vor: „Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die mit Zustimmung der Regierung der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik und der Polnischen Volksrepublik handelt, und die Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik sind übereingekommen, daß ein Teil der in der CSSR befindlichen sowjetischen Truppen zeitweilig auf dem Territorium der CSSR verbleibt, um die Sicherheit der sozialistischen Staatengemeinschaft angesichts der sich verstärkenden revanchistischen Bestrebungen der westdeutschen militaristischen Kräfte zu gewährleisten. Die restlichen Truppen der UdSSR sowie die Truppen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der DDR und der Volksrepublik Polen werden gemäß den Dokumenten der Moskauer Verhandlungen vom 23. bis zum 26. August und vom 3. bis zum 4. Oktober 1968 vom Territorium der Tschechoslowakei abgezogen." Der Abzug soll „etappenweise innerhalb zweier Monate verwirklicht" werden. — Am 26. 10., dem Vortag des 50. Jahrestages der Gründung des unabhängigen tschechoslowakischen Staates, verabschiedet die Nationalversammlung einstimmig ein Gesetz, das das Land mit Wirkung vom 1. Januar 1969 in eine Föderation zweier Sozialistischer Republiken, die Tschechoslowakische und Slowakische, umwandelt.

17. 10. — Berlin. Der Landesvorstand der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) kommt der Entscheidung über ein mögliches Verbot durch die Alliierte Kommandantur zuvor und verfügt seine Selbstauflösung. Der Senat hatte bei den drei Westmächten ein Verbot des Landesverbandes beantragt.

22. 10. — Griechenland. Das State Department teilt den Entschluß der amerikanischen Regierung mit, das nach dem Militärputsch im April 1967 verhängte Embargo für die Lieferung von schweren Waffen zu lockern. Demnächst werde die griechische Armee die gewünschten Flugzeuge und zwei Minensucher erhalten.

— K P D. Generalbundesanwalt Martin bestätigt auf einer Pressekonferenz in Karlsruhe die Aufhebung des im Jahre 1964 erlassenen Haftbefehls gegen den Vorsitzenden der im August 1956 verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands, Max Reimann, durch den politischen Strafsenat des Bundesgerichts.

23.—28. 10. — Italien. Auf dem ersten Kongreß der Sozialistischen Partei nach der Wiedervereinigung der Sozialisten und Sozialdemokraten können die Meinungsverschiedenheiten über die vom Parteivorsitzenden Nenni befürwortete Beteiligung an einer „Regierung der Linken Mitte" nicht beigelegt werden. Die Entscheidung wird dem neugewählten Zentralkomitee übertragen.

30. 10. — Großbritannien. In ihrem Regierungsprogramm für das nächste Jahr, das in der Thronrede von Königin Elizabeth enthalten ist, kündigt die Regierung neben einer Reform des Oberhauses einen Gesetzentwurf über die Herabsetzung des Wahlalters und der Volljährigkeit auf 18 Jahre an.

31. 10. — Vietnam. Präsident Johnson ordnet die vollständige Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam an. Der Präsident, der die von ihm getroffene Maßnahme in einer Fernsehansprache begründet, gibt ferner das Einverständnis der USA bekannt, zu den Pariser Vorgesprächen auch Vertreter der Südvietnamesischen Befreiungsfront (NLF) und der Regierung von Saigon beizuziehen. Das bedeute jedoch keine Anerkennung der NLF für die Vereinigten Staaten.

— China. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei beendet eine fast dreiwöchige Sitzung. In einem Kommuniqué wird mitgeteilt, es sei einstimmig beschlossen worden, den bisherigen Staatspräsidenten Liu Shao-chi wegen seiner „antirevolutionären Verbrechen" aus der Partei auszuschließen und ihn aller seiner Funktionen zu entheben. Außerdem seien „die notwendigen Bedingungen zur Einberufung des 9. Nationalen Parteikongresses . . . zu einem geeigneten Zeitpunkt" erörtert worden.